G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Von der Anti-Hitler-Koalition
zur Anti-Reagan-Koalition?
Wiederholt sich die Geschichte?

Helmut Ridder
Die Souveränität der BRD
und ihre Position in der westlichen Allianz

Rainer Rilling
Militärische Forschung in der BRD

Fritz Michael
Indochinas langer Weg zum Frieden

Jürgen Grumbach
Schnelle Brüter haben Vorrang

Eckart Spoo
Freund- und Feindbilder in der Presse

Das geheime Pentagon-Programm
zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984–1988

8'82

August 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1982

CHRONIK DES MONATS JULI 1982 897

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die Westsahara als Zerreißprobe für die OAU .... *Alexander Gschwind* 900

Abrüstung und Entwicklung ..... *Lutz Köllner* 904

HAUPTAUFSÄTZE

Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte? ..... *Karl D. Bredthauer* 907

Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz ..... *Helmut Ridder* 920

Ächtung der Atomwaffen? ..... *Walter Lewald* 932

Militärische Forschung in der BRD ..... *Rainer Rilling* 938

Indochinas langer Weg zum Frieden ..... *Fritz Michael* 968

Schnelle Brüter haben Vorrang Das neue Energieforschungsprogramm der Bundesregierung ..... *Jürgen Grumbach* 983

Freund- und Feindbilder in der Presse ..... *Eckart Spoo* 995

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Staatliche Haushaltspolitik und Konjunktur ..... *Jörg Goldberg* 1008

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Das geheime Pentagon-Programm („Leitlinien-Dokument") zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984–1988 (Wortlaut des „New York Times"-Berichts vom 30. Mai 1982) 1011

Erklärung der Krefelder Initiative vom 29. Juli 1982 (Wortlaut) 1017

„Kehrt um – entrüstet Euch" – Aufruf zur Demonstration anläßlich des Katholikentages am 4. September 1982 in Düsseldorf (Wortlaut) 1018

Mainauer Friedensmanifest der Nobelpreisträger (Wortlaut) 1021

Rede des ehemaligen Berliner Landesbischofs Kurt Scharf vor der UNO-Sondergeneralversammlung zur Abrüstung am 24. Juni 1982 (Wortlaut) 1022

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juli 1982

1. 7. – Argentinien. Die neue Regierung unter General Reynaldo Bignone (vgl. „Blätter", 7/1982, S. 771) übernimmt die Amtsgeschäfte. Als Nachfolger des am 23. 6. zurückgetretenen Außenministers Costa Mendez tritt Juan Aguirre Lanari in das Kabinett ein.

– UdSSR. In einer Erklärung der Nachrichtenagentur TASS wird eine Mitteilung des US-Außenministeriums vom 30. Juni d. J. als „boshafte Lüge" bezeichnet, die UdSSR habe in letzter Zeit weitere SS-20-Raketen westlich des Urals stationiert. – Am 8. 7. fordert Generalsekretär Breschnew den amerikanischen Präsidenten Reagan auf, seinen Einfluß zur Beendigung der Kampfhandlungen im Libanon geltend zu machen. Falls die USA Truppen in den Libanon entsenden sollten, werde „die Sowjetunion ihre Politik unter Berücksichtigung dieses Faktes gestalten".

2. 7. – Naher Osten. Ein Ausschuß der Arabischen Liga, dem die Außenminister Saudiarabiens, Syriens, Kuweits, Algeriens, des Libanon sowie ein Vertreter der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) angehören, faßt nach einer Sitzung in der saudiarabischen Stadt Taif den Beschluß, wegen der Lage im Libanon Kontakt mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aufzunehmen. Am gleichen Tag hält der israelische Verteidigungsminister Scharon im Ostteil von Beirut eine Pressekonferenz und erneuert die Forderung Israels nach einem

vollständigen Abzug der PLO aus dem Libanon. Scharon spricht von einer „Zerschlagung" der PLO. – Am 4. 7. lehnt das Kabinett in Jerusalem die Vorschläge der PLO für eine Lösung der Krise ab, stimmt aber der Fortsetzung der Mission des amerikanischen Sonderbotschafters Philip Habib zu. Während Habib abwechselnd in Israel und in verschiedenen arabischen Hauptstädten mit den dortigen Regierungen verhandelt und u. a. am 26. 7. mit König Hussein von Jordanien in London zusammentrifft, setzt das israelische Militär trotz mehrfach vereinbarter Waffenruhe seine Aktionen gegen die im westlichen Teil von Beirut eingeschlossene Zivilbevölkerung und die Palästinenser fort und geht mit Panzern, schwerer Artillerie und Luftangriffen von Land und von See her gegen Beirut vor. – Am 7. 7. führt der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Faruk Kaddumi, der sich zuvor mit einer Delegation der Arabischen Liga in Moskau aufgehalten hatte, in Paris ein vertrauliches Gespräch mit Außenminister Cheysson. Cheysson erklärt anschließend vor Journalisten, die französische Regierung verfüge über Hinweise, daß die PLO bereit sei, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Kaddumi habe die Ansicht vertreten, Voraussetzung dafür sei die politische Anerkennung seiner Organisation. – Am 26. 7. protestiert die libanesische Regierung in einem Appell an die Vereinten Nationen gegen die rechtswidrige Einrichtung eigener lokaler Verwaltungen im besetzten Südlibanon durch Israel.
– Am 29. 7. teilt der Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi (Tunesien) mit, der Libanon-Ausschuß der Organisation habe sich auf einen Sechs-Punkte-Plan geeinigt, der jetzt mit den beteiligten Seiten erörtert werde.

4. 7. – U N O. Der Sicherheitsrat verurteilt in einer einstimmig angenommenen Resolution „alle Gewaltakte" gegen Zivilisten im Libanon. – Am 10. 7. endet in New York die zweite Sondergeneralversammlung über Abrüstung (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 7/1982, S. 770), ohne den vorliegenden Entwurf eines umfassenden Abrüstungsprogramms zu verabschieden. Der Abrüstungsausschuß in Genf erhält den Auftrag, der 38. Generalversammlung im Herbst 1983 einen überarbeiteten Entwurf vorzulegen. Dann solle auch der Zeitpunkt für eine dritte Sondergeneralversammlung über Abrüstung festgelegt werden. Versammlungspräsident Ismat T. Kittani (Irak) erklärt zum Abschluß, die Tagung habe zu einem der „beunruhigendsten Zeitpunkte der internationalen Beziehungen" stattgefunden. – Am 12. 7. fordert der Sicherheitsrat einstimmig einen Waffenstillstand und die unverzügliche Einstellung aller militärischen Aktionen im Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak und beauftragt den UN-Generalsekretär, die Möglichkeiten für die Entsendung von Beobachtern in das Kampfgebiet zu prüfen. – Am 30. 7. verlangt der Sicherheitsrat in einer von Spanien eingebrachten Resolution von der israelischen Regierung, die über den Westteil von Beirut verhängte Blockade sofort aufzuheben und den Transport von Versorgungsgütern für die Zivilbevölkerung zuzulassen. Die Resolution wird mit 14 Stimmen in Abwesenheit der amerikanischen UN-Botschafterin Kirkpatrick angenommen. Der Rat hatte zuvor einen Antrag der USA auf Unterbrechung der Sitzung mit 6 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

– M e x i k o. Zum neuen Präsidenten wird der Kandidat der Regierungspartei (Partido Revolucionario Institucional/PRI), Miguel de la Madrid, gewählt. De la Madrid übernimmt das Amt von Jose Lopez Portillo.

6.–7. 7. – V i e t n a m. In Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon) findet eine Konferenz der Außenminister von Vietnam, Laos und Kampuchea statt. Der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach fordert die im Verband Südostasiastischer Staaten (ASEAN) zusammengeschlossenen Länder Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen zur „Aussöhnung und friedlichen Koexistenz" auf und kündigt den Rückzug eines Teiles der in Kampuchea stationierten vietnamesischen Truppen an. Die Minister schlagen die Einberufung einer internationalen Konferenz über Südostasien vor, an der (zusätzlich zu den genannten Ländern) auch Burma und Indien sowie die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die USA, die UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China, teilnehmen sollten. – Vom 14.–17. 7. hält sich der österreichische Außenminister Willibald Pahr zu Verhandlungen in Hanoi auf, über die Einzelheiten nicht bekannt werden. Pahr ist seit 1981 auch Vorsitzender einer „Internationalen Kambodscha-Konferenz" der Vereinten Nationen.

7.–9. 7. – U n g a r n / F r a n k r e i c h. Auf Einladung von Parteisekretär Janos Kadar besucht Präsident Francois Mitterrand die Ungarische Volksrepublik. Es ist der erste Besuch, den Mit-

terrand als Präsident einem osteuropäischen Land abstattet. Kadar und Mitterrand sprechen sich übereinstimmend für eine Fortführung der Entspannungspolitik in Europa aus.

8. 7. – Abrüstung. Im Namen der westlichen Seite legt Botschafter Walter Boss (BRD) in Wien bei den Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa ein neues Arbeitspapier vor, das die bisherige Haltung der NATO-Staaten modifiziert und Zahlen für die Höchststärken der Streitkräfte beider Seiten nennt. Das Dokument, dessen Text nicht veröffentlicht wird, ist eine Antwort auf die Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrages vom 18. Februar d. J. (vgl. „Blätter", 3/1982, S. 258). Die laufende 27. Verhandlungsrunde wird am 15. 7. beendet.

9. 7. – Iran/Irak. Die Regierung des Iran wendet sich gegen die Erörterung des militärischen Konfliktes mit dem Irak durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Eine entsprechende Erklärung gibt der iranische UN-Vertreter in New York ab. – Am 14. 7. melden Radio Teheran und Radio Bagdad neue militärische Auseinandersetzungen im Gebiet um die irakische Hafen- und Industriestadt Basra. Die Angaben über den Verlauf der Kämpfe sind unterschiedlich.

14. 7. – Portugal. Nach heftiger Debatte beschließt das Parlament, den im März 1975 gebildeten „Rat der Revolution" (vgl. „Blätter", 4/1975, S. 362) aufzulösen. Die Verfassungsänderung wird mit 188 von 250 Stimmen angenommen.

15. 7. – USA. Nach Abschluß der parlamentarischen Anhörungen bestätigt der Senat einstimmig den neuen Außenminister George Shultz (vgl. „Blätter", 7/1982, S. 770). Shultz wird am 16. 7. von Präsident Reagan vereidigt.

15.–17. 7. – Blockfreie Bewegung. Auf Initiative des PLO-Vorsitzenden Arafat findet in Nikosia auf Zypern ein außerordentliches Ministertreffen des Koordinierungsbüros der blockfreien Staaten statt. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die israelische Invasion im Libanon, die in einem Kommunique als eine Fortsetzung der Politik zur Erweiterung des Territoriums Israels auf Kosten seiner arabischen Nachbarn und zur Vernichtung des palästinensischen Volkes bezeichnet wird.

19. 7. – Bolivien. Präsident Celso Torrelio Villa übergibt seine Vollmachten einer Junta, der die Führer der drei Teilstreitkräfte angehören. Zum neuen Präsidenten wird der Stabschef des Heeres, General Guido Vilodoso Calderon, ernannt.

20. 7. – USA / UdSSR. Die in Genf geführten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme mittlerer Reichweite (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 3) werden bis zum 30. September d. J. vertagt.

21. 7. – Polen. Ministerpräsident Jaruzelski gibt vor dem Parlament (Sejm) eine Lockerung der Bestimmungen des am 13. Dezember 1981 verhängten Ausnahmezustandes (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 5f. und S. 116ff.) bekannt. Jaruszelski erklärt weiter, er hoffe, daß ein Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen im kommenden Jahr möglich sein werde. Während der Parlamentssitzung wird Stefan Olszowski, Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), erneut zum Außenminister ernannt. Olszowski löst Jozef Czyrek ab.

22. 7. – Frankreich. In einer offiziellen Erklärung der Regierung heißt es, Frankreich könne die von den USA am 18. Juni d. J. „einseitig" verfügte Ausdehnung der Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR (vgl. „Blätter", 7/1982, S. 769f.) nicht akzeptieren: „Die Regierung stellt klar, daß die mit französischen Unternehmen geschlossenen Verträge über den Bau der Gasfernleitung von Urengoy eingehalten werden müssen."

25. 7. – Indien. Als Nachfolger von Sanjiva Reddy tritt der bisherige Innenminister Zail Singh das Amt des Präsidenten an. Singh war am 12. 7. durch das Unionsparlament in Neu Delhi sowie die Parlamente der 22 Gliedstaaten gewählt worden.

30. 7. – USA / BRD. Bundeskanzler Schmidt kehrt von einem längeren, als privat bezeichneten Besuch, aus den USA mit anschließendem Aufenthalt in Kanada zurück. Schmidt war in Kalifornien zu einem ausgedehnten Meinungsaustausch mit dem neuen amerikanischen Außenminister Shultz zusammengetroffen und hatte auch mit führenden Politikern und Wirtschaftsfachleuten die Meinungsverschiedenheiten mit der US-Regierung über das Erdgasröhrengeschäft mit der Sowjetunion erörtert. Zu Gesprächen über das gleiche Thema hatte sich ebenfalls Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff Mitte des Monats in Washington aufgehalten.

Die Westsahara als Zerreißprobe für die OAU

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) steckt in der wohl schwersten Krise ihrer knapp zwanzigjährigen Geschichte. Die verschiedenen Störmanöver rund um die 19. Gipfelkonferenz in Tripolis und um die damit verbundene Übernahme des OAU-Präsidiums durch den libyschen Präsidenten Moammar Ghaddaffi haben den latent schon lange schwelenden Konflikt zwischen Progressisten und Neokolonialisten offen ausbrechen lassen. Eine Spaltung der afrikanischen Staatengemeinschaft ist zur realen Gefahr geworden, die vielbeschworene Einheit des schwarzen Kontinents wohl mehr denn je zum Mythos verblaßt.

Die Gründer der OAU hatten einst die Befreiung des gesamten Kontinents von der Kolonialherrschaft zu ihrem obersten Ziel erklärt. Bis zur Verwirklichung dieses Ziels sollten inner-afrikanische Konflikte hintanstehen oder noch besser im Interesse desselben brüderlich gelöst werden. Wichtigste voraussehbare Konfliktquelle waren die von den Kolonialmächten willkürlich gezogenen Grenzen. Auch sie sollten – so will es die OAU-Charta bis heute – erst nach der vollständigen Befreiung Afrikas zur Diskussion gestellt werden. Die Ideale der Gründer kollidierten freilich – wie so oft – sehr bald mit der Wirklichkeit: vom Kongo über Biafra zum Ogaden hat Afrika eine ganze Reihe von blutigen Grenz- und Sezessionskriegen mitansehen müssen. Kaum einer dieser Kriege ist freilich in wirklich afrikanischem Interesse geführt worden, nahezu überall waren im Hintergrund imperialistische Regisseure auszumachen. Noch immer warten die Völker Namibias und Südafrikas auf ihre Befreiung und noch immer ist die OAU außerstande, sie beim Kampf darum mit der notwendigen Wirksamkeit zu unterstützen. Im Gegenteil: eine ganze Reihe afrikanischer Regierungen verlängern diesen Kampf sogar, indem sie mit Südafrika mehr oder weniger unverhohlen kollaborieren und derart den Weißrassisten am Kap Überlebenshilfe leisten.

Solche „Dienste" weiß man nicht nur in Pretoria zu schätzen, sondern auch in Washington. Neokoloniale Zustände halten langsam wieder Einzug in Afrika, wo sie nicht – wie in Westafrika – ohnehin überlebt hatten. Die USA verfügen in Zaire, Marokko, Tunesien, Sudan, Somalia und anderswo längst wieder über Stützpunkte zur wirksamen Bekämpfung von Gelüsten nach einer „zweiten Befreiung", wie sie in vielen nur scheinbar unabhängigen Staaten Afrikas spürbar aufkommen. Großbritannien ist angesichts der anhaltenden ökonomischen Krise in der Metropole dazu schon seit längerem nicht mehr in der Lage, Frankreich hat sich seit dem Machtwechsel vom letzten Jahr diesbezüglich wesentlich mehr Zurückhaltung auferlegt. Die USA übernehmen – wie zuvor schon in Lateinamerika und Asien – nun auch in Afrika die Vorwärtsverteidigung der „freien Welt". Zielscheibe sind die blockfreien und sozialistischen Nationen des Kontinents.

Westsahara als Gretchenfrage

Die gegenwärtige Krise der OAU hat ihren Ursprung nicht zuletzt in der neokolonialen Unterwanderung Afrikas. Das ungelöste Problem der Entkolonialisierung der ehemals spanischen Sahara hat den latenten Konflikt zwischen neokolonialen Regimen einerseits und blockfreien oder sozialistischen Nationen andererseits offen ausbrechen lassen.

Das in der Agonie liegende Franco-Spanien hatte Ende 1975 im Madrider Abkommen seine Nordwestafrika-Kolonie an Marokko und Mauretanien verschachert, nachdem zuvor schon König Hassan II. das Gebiet mit einem „Grünen Marsch" von 350 000 Lumpenproleten hatte besetzen lassen[1]). Die dortige Nomadenbevölkerung wurde zwangsumgesiedelt, in Konzentrationslager gesteckt. Hunderttausend Sahraouis flüchteten nach Algerien, wo sie seither in drei großen Zeltstädten bei der Oase Tindouf unter prekären Verhältnissen zu überleben versuchen.

Die spanische Kolonisation hatte sich de facto auf die Küste beschränkt, vor der das drittgrößte Fischvorkommen der Welt reiche Beute versprach. Erst verhältnismäßig spät wurde 100 km landeinwärts bei Bou Craa ein bedeutendes Phosphatlager entdeckt, dessen Ausbeutung mit französischer und deutscher Hilfe 1975 eben erst begonnen hatte. Im Landesinneren jedoch waren die Nomaden von der Kolonialmacht weitgehend unbehelligt geblieben. Einzelne Versuche, sie zu unterwerfen, wurden jeweils erfolgreich abgewehrt.

Seit 1973 organisierte die Befreiungsfront für Saguiet el Hamra und Rio de Oro (Frente POLISARIO) den Widerstand gegen die Spanier und gegen die Gebietsansprüche Marokkos und Mauretaniens. Auf ihr Betreiben befaßten sich der Internationale Gerichtshof in Den Haag und die UNO mit der Westsahara-Frage. Die Haager Richter kamen nach Anhörung sämtlicher Parteien zum Schluß, daß die historisch begründeten Ansprüche Marokkos nicht substantiiert seien. Die Vereinten Nationen forderten Spanien wiederholt auf, die betroffene Bevölkerung in einem Referendum selbst über ihre Zukunft entscheiden zu lassen. Spanien, Marokko und Mauretanien setzten sich mit dem Madrider Abkommen demnach über die internationale Rechtsauffassung hinweg.

Die POLISARIO nahm diese Herausforderung an: am 27. Februar 1976 gründete sie mit Unterstützung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und ihrer Stammesführer die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Auf militärischem Gebiet gelang es ihr sehr schnell, die neuen Besatzer in die Defensive zu drängen. Mauretanien wuchs der Krieg bald über den Kopf. 1978 zog es seine Truppen aus dem südlichen Drittel der Westsahara zurück und schloß ein Jahr später mit der POLISARIO einen Friedensvertrag. Marokko dehnte seine Ansprüche fortan auf das gesamte Gebiet aus. Ein Versuch, durch einen Putsch in Nouakchott, der mauretanischen Hauptstadt, wieder eine pro-marokkanische Fraktion an die Macht zu bringen, scheiterte kläglich. Die POLISARIO ihrerseits konzentrierte ihren Kampf nun auf die marokkanische Besatzungsmacht und trug den Krieg wiederholt auch in deren Kernland, wo verschiedene Nachschubbasen zeitweilig besetzt wurden. 1980 waren die marokkanischen Truppen derart in Bedrängnis geraten, daß König Hassan II. beschloß, die Besetzung auf das sogenannte „nützliche Dreieck" zwischen den Städten El Aioun, Smara und Bou Craa zu reduzieren. Die Ausbeutung von Fisch- und Phosphatreichtümern wurde mit einer mehrere Meter hohen „Sandmauer" und einer 60 000 Mann starken Garnison abgeschirmt. Auf den restlichen neun Zehnteln des Territoriums bewegen sich die POLISARIO-Verbände weitgehend unbehelligt, nachdem sie letzten Herbst auch noch den letzten marokkanischen Außenposten in Guelta Zemmour überrannt und besetzt haben. Die Überwindung der mit modernster amerikanischer Elektronik gesicherten „Sandmauer" gelingt den Sahara-Kämpfern freilich nur noch sporadisch, weil ihnen dazu die nötige militärische Ausrüstung fehlt. Immerhin waren Bou Craa und Smara auch in den letz-

1) Vgl. dazu „Blätter", 5/1978, S. 522-526.

ten Wochen und Monaten Ziel verschiedener für die Besatzer verlustreicher Angriffe.

Die Ohnmacht der OAU

Die Sahara-Republik ist inzwischen von 26 afrikanischen und insgesamt 50 Staaten diplomatisch anerkannt worden. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis wiederholt anerkannt und Marokko aufgefordert, ein entsrpechendes Referendum unter internationaler Aufsicht zuzulassen. Bereits auf dem OAU-Gipfeltreffen von Freetown 1980 stellte die DARS, gestützt auf die Anerkennung durch eine absolute Mehrheit der Mitgliedstaaten, ein Aufnahmegesuch bei der afrikanischen Staatengemeinschaft. Marokko und seine Alliierten drohten daraufhin mit einem Austritt aus der OAU. Um eine folgenreiche Spaltung zu verhindern, wurde ein „Rat der Weisen" bestellt, der die Möglichkeiten eines Waffenstillstandes und einer Volksabstimmung in der Westsahara prüfen sollte. Die entsprechenden Bemühungen scheiterten allerdings ebenso an der marokkanischen Hinhalte-Taktik wie jene eines Vermittlungsausschusses, der ein Jahr später von der OAU-Gipfelkonferenz in Nairobi eingesetzt wurde[2]).

OAU-Generalsekretär Edem Kodjo machte daraufhin von seinem statutarischen Recht Gebrauch und konsultierte die Mitgliedstaaten einzeln zum Aufnahmegesuch der DARS. Nach Vorliegen von 26 positiven Antworten teilte er der DARS mit, sie könne sich künftig als vollwertiges Mitglied der OAU betrachten und lud sie erstmals zu einer Ministerratssitzung am 22. Februar 1982 nach Addis Abbeba ein[3]).

Dieses Vorgehen löste bei Marokko und seinen Verbündeten heftigen Protest aus. Eine Sperrminorität von 18 Staaten verließ die Sitzung von Addis Abbeba und ließ sie damit platzen. Wenige Wochen später wiederholte sich dasselbe Spiel mit umgekehrten Vorzeichen in Dakar: weil die mit der marokkanischen Haltung sympathisierende senegalesische Regierung der sahraouischen Delegation die Einreise zur Tagung der OAU-Informationsminister verweigerte, kam dort das nötige Quorum für die Aufnahme der Konferenzarbeiten schon gar nicht zustande. Der Versuch der Marokkaner allerdings, mit diskreter Hilfe der USA auch das Gipfeltreffen von Tripolis zu torpedieren und damit gleichzeitig auch Präsident Ghaddafi an der Übernahme des OAU-Vorsitzes zu hindern, dürfte scheitern. Die mühsam genug zusammengekratzte Sperrminorität eines Drittels der Mitgliedstaaten zerbröckelt: Mauritius und Mauretanien haben sich auf die Seite der DARS geschlagen, Niger, Benin, Obervolta und Togo wollen das Weiterbestehen der OAU nicht gefährden.

Eine selten klare Rechtslage

Artikel 28 der OAU-Charta, auf den sich Generalsekretär Kodjo bei der DARS-Aufnahme berief, läßt keinerlei Zweifel offen: jeder „unabhängige und souveräne Staat Afrikas kann jederzeit einen Aufnahmeantrag beim Generalsekretär stellen. Dieser unterbreitet den Antrag den Mitgliedern. Wird der Antrag von einer einfachen Mehrheit der Mitglieder gebilligt, wird dem Antragsteller durch den Generalsekretär die Aufnahme in die OAU bestätigt. Dies und nichts anderes hat Kodjo getan und die entsprechende Absicht erst noch zehn Monate im voraus, anläßlich des Gipfels von Nairobi, unwidersprochen kundgetan.

Marokko und die Anhänger seiner Thesen freilich berufen sich auf Artikel 27 der Charta, wonach „Interpretationen der Charta" den Staatschefs vorbehalten bleiben. „Interpretationsbedürftig" ist nach marokkanischer Ansicht der Charakter der DARS als „unabhängiger und souveräner Staat". Zunächst einmal, weil

2) Vgl. dazu Maurice Barbier, Le Conflit du Sahara Occidental, Ed. L'Harmattan, Paris 1982.
3) Ebd. sowie „Le Monde" v. 23. 7. 1982, S. 4.

Marokko, im Gegensatz zu immerhin 50 Staaten in der Welt(!), die Existenz des Sahara-Staates bis heute negiert. Dann aber auch, weil nach marokkanischer Lesart die DARS ein algerisch-libysches Phantom darstellt.

Diese Argumentation hält freilich nicht einmal der klassischen bürgerlichen Staatslehre stand. Zur Anerkennung als völkerrechtliches Subjekt bedarf es danach eines „Staatswillens", eines „Staatsvolkes" und eines „Staatsgebietes". Alle drei Kriterien sind im Falle der DARS gegeben: Das sahraouische Volk hat durch seinen Widerstand gegen Fremdherrschaft und die Staatsgründung im Exil sowie den Aufbau der entsprechenden Verwaltungsstrukturen und einer Armee seinen Willen zur Eigenstaatlichkeit nachdrücklich manifestiert. Marokko hat durch den Rückzug auf das „nützliche Dreieck" und die damit verbundene Preisgabe von neun Zehnteln des sahraouischen Territoriums diesem Volk – wenn auch unfreiwillig – auch sein Staatsgebiet überlassen. Die Ansprüche auf den noch besetzten Teil werden außerdem durch die von der OAU-Charta sanktionierten alten Kolonialgrenzen und den Haager Schiedsspruch von 1975 untermauert[4]).

Dazu kommt das Gewohnheitsrecht der OAU selbst: Guinea-Bissau wurde bereits ein Jahr vor seiner Unabhängigkeit in die OAU aufgenommen, ohne daß damals Marokko dagegen Einwände erhoben hätte; die Volksrepublik Angola wurde ebenfalls mit einfacher Mehrheit und ohne Konsultation einer Gipfelkonferenz aufgenommen; Mauretanien wurde 1963 aufgenommen, obwohl Marokko dessen Unabhängigkeitsrecht bestritt (und das Gebiet wie später die Westsahara bis 1970 für sich beanspruchte), von Artikel 27 wurde auch damals kein Gebrauch gemacht. Schließlich hat Marokko der damaligen provisorischen algerischen Exilregierung von 1958 bis 1962 weder Anerkennung noch Gastrecht verweigert, obwohl deren Kontrolle über Staatsgebiet und Staatsvolk wesentlich geringer war als dies heute bei der DARS der Fall ist.

Wie lange noch?

Hassan II. spielt auf Zeit, seit nunmehr sieben Jahren schon. Er hofft immer noch, die Sahraouis zermürben und entmutigen zu können. Im besetzten „nützlichen Dreieck" machen sich marokkanische Siedler breit. Die ursprünglichen Bewohner wurden ermordet, verschleppt oder in die Flucht geschlagen[5]). Das sahraouische Volk soll derart ausgerottet, seine allfälligen Reste mit dem marokkanischen zwangsverschmolzen werden. Dies alles geschieht weitgehend ohne Wissen der Weltöffentlichkeit, und wo etwas nach außen dringt, wird es alsobald von der marokkanischen Propagandamaschinerie und ihren willfährigen Helfern in den westlichen Medien zugedeckt.

Wer allerdings je Zeuge der zähen Aufbauarbeit in den POLISARIO-Lagern war, wer die imposanten Leistungen auf dem Erziehungs- und Gesundheitssektor gesehen hat und wer den Mut der Sahara-Kämpfer in der Auseinandersetzung mit einem übermächtigen Gegner erlebt hat, wird kaum an der Fähigkeit dieses Volkes zweifeln, seiner Sache früher oder später zum Durchbruch zu verhelfen. Die Frage lautet lediglich, wie lange die marokkanische Monarchie ihren Träumen von einem Großreich noch nachhängen kann, ohne daß sich das marokkanische Volk (das die Zeche mit Blut, Kriegssteuer und Wirtschaftsmisere bezahlt!) dagegen erhebt. Ohne amerikanisch-saudiarabische Hilfe wäre nicht nur der Sahara-Krieg längst verloren, sondern auch Marokkos Staatskasse bankrott: die USA helfen mit

4) Vgl.: „Entwicklungspolitische Nachrichten", 7/1981, Wien 1981; sowie Elsa Assidon, Sahara Occidental – un enjeu pour le nord-ouest africain, Paris 1981 (Maspero).

5) Vgl. Amnesty International, Briefing Morocco, London 1977, sowie die Resolution der UNO-Menschenrechtskommission v. 18. 2. 1982, verabschiedet von deren 38. Session in Genf.

einem Rüstungsgeschenk von 30 Mio. Dollar und einem Handelskredit von 270 Mio., Saudiarabien läßt sich den täglichen Völkermord in der Sahara gar 2,8 Mio. Dollar pro Tag (!) kosten[6]).

Alexander Gschwind

Abrüstung und Entwicklung

Die UNO legt einen neuen Bericht über Abrüstung und wirtschaftlich-soziale Entwicklung vor.

Neben Verträgen und Absichtserklärungen über physische Rüstung, seien sie international (SALT II, START) oder auf die europäische Scene beschränkt (MBFR, KSZE), verdienen die langjährigen Bemühungen der Vereinten Nationen in New York und Genf Beachtung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle durch eine Verminderung von Militärausgaben zu erreichen. Seit über 12 Jahren wird dieser in der Bundesrepublik wenig beachtete Weg von der Weltorganisation beschritten. Besonders Dr. Waldheim hat sich Verdienste auf diesem dornenreichen Weg erworben, nicht zuletzt, weil er durch eine Reihe von Expertengutachten Vollversammlung und Abrüstungsausschuß aus dem langjährigen Stadium langatmiger Erklärungen und gegenseitiger Beschuldigungen herausholte.

Auch bei uns bekannt wurde das 1976 in Genf erarbeitete Gutachten über die Messung und die internationale Berichterstattung von Militärausgaben (Measurement and International Reporting of Military Expenditures), das in der 31. Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit als Diskussionsgrundlage für weitere Erörterungen und Beschlüsse angenommen wurde. In der Bundesrepublik bisher weniger bekannt wurde hingegen bisher das auch von deutschen Fachleuten in West und Ost zwischen 1978 und 1981 erstellte und jüngst im UNO-Geschäftsgang erschienene Gutachten über „Abrüstung und Entwicklung" (Disarmament and Development). Dieses Gutachten lag auf den Tischen der Delegierten der zweiten UNO-Sondervollversammlung über internationale Abrüstung im Sommer 1982 in New York*). Eine gute Regie sorgte dafür, daß mehr als 40 Wissenschaftler aus 20 Ländern wirtschaftliche und soziale Aspekte eines gebremsten Rüstungswettlaufs einer genauen Prüfung unterzogen. In manchen Punkten ähnelt dieses Gutachten dem Bericht der Nord-Süd-Kommission, in der Thematik und in der Denkrichtung. Experten und Regierungsvertreter bauen darauf, daß es möglich sein kann, mehr Stabilität in die neue Weltökonomie hineinzutragen, wenn es gelingt, international Rüstungsausgaben einzuschränken. Jedenfalls stellt der 200 Seiten starke, um eine Reihe von Minderheitsvoten ergänzte Bericht einen weiteren Meilenstein an dem langen Pfad der Vereinten Nationen dar, einen eigenen Beitrag zur weltweiten Abrüstungsdebatte zu leisten. Obwohl der neue Bericht im Kern von Fachleuten erarbeitet wurde, stellt er auch eine *diplomatische* Leistung dar, als es eine Gruppe von Regierungsvertretern war, die unter dem Vorsitz der Schwedin

6) Vgl. „El Moudjahid", Algier, v. 3. 3. 1982.

*) Study on the Relationship between Disarmament and Development, Report of the Secretary General, Nr. A/36/336 – New York 1981.

Inga Thorsson den Gesamtbericht aus den Beiträgen der Fachleute in mühsamer Kleinarbeit zusammenstellte. Von deutscher Seite haben Mitarbeiter der Universitäten Hamburg und Bonn sowie je ein Vertreter des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung in Berlin und des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr in München an dem Großprojekt mitgearbeitet. Das Moskauer Institute for United States and Canadian Affairs sowie das ebenfalls in Moskau angesiedelte Institute for Oriental Studies haben ebenso Beiträge geliefert wie Altmeister und Nobelpreisträger Wassily Leontief von der Universität New York. Seiner Forschungsrichtung folgend entwickelte er eine Input-Output-Matrix für veränderliche Militärausgaben und deren Folgen für die nationale und internationale wirtschaftliche Entwicklung. Die bundesdeutschen Forscher lieferten statistische Materialien, die für ein solches Unternehmen unerläßlich sind, Fallstudien für ausgewählte Entwicklungsländer (Ägypten, Iran, Indien) und sie entwarfen makroökonomische Modelle für ökonomische Abrüstungs- und Umverteilungsprozesse. Damit erhielt ein bisher noch wenig entwickelter Zweig der Ökonomie und politischen Wissenschaft wieder einen leichten Auftrieb, der seit einigen Jahren unter dem Namen Konversionsforschung bekannt wurde. Diese Forschungsrichtung wurde bisher betont von dem in Berlin lehrenden Professor Ulrich Albrecht vertreten.

Das Forschungsmandat, das den Experten in aller Welt von den Vereinten Nationen übertragen worden war, umfaßte drei grundlegende Fragen: 1. Wie werden gegenwärtig ökonomische Ressourcen und Kapazitäten für militärische Zwecke genutzt, 2. welches sind die erkennbaren und kaum noch umstrittenen Folgen des Rüstungswettlaufs in der Welt und 3. wie steht es um die Umformung von militärisch genutzten Ressourcen für nicht-militärische Zwecke; was kann die Wissenschaft zu diesen drei Fragen sagen? Das Gutachten kommt bei der Beantwortung dieser Fragen zu dem Ergebnis, daß es einen positiven Zusammenhang zwischen der Stabilität der weltwirtschaftlichen Beziehungen und Abrüstungsmaßnahmen gibt. Wie das im einzelnen aussieht, darüber gibt es freilich verschiedene Auffassungen. Denn es handelt sich jedenfalls um eine Stabilität im Wandel, um ein dynamisches Gleichgewicht. Denn zu den weniger erfreulichen Entwicklungen der letzten Jahre gehört es z. B., daß die Gruppe der in der UNO-Sprache so bezeichneten „developing countries" inzwischen 16% der Weltrüstungsausgaben repräsentieren. Einschränkungen bei den Militärausgaben treffen mithin nicht nur die älteren Hochindustriestaaten, sondern auch manche Entwicklungsländer, bei denen Militär und Rüstung zu Beginn ihrer wirtschaftlich-sozialen Entwicklung eine oft fatale Rolle spielen. Da die UNO eine Weltorganisation ist, kann sie bei der Behandlung grundlegender Zusammenhänge zwischen verminderten Militärausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung solche Fälle nicht aussparen.

In sechs Hauptkapiteln behandelt der Bericht u. a. Rahmen und Reichweite der Beziehungen zwischen Abrüstung und Entwicklung, die derzeitige Bindung von Ressourcen für das Militär, die ökonomischen und sozialen Folgen eines weiteren Rüstungswettlaufes, Transformations- und Konversionsprobleme sowie eine Reihe institutioneller Folgen und Begleiterscheinungen von physischer und finanzieller Abrüstung. In diesem Zusammenhang gewinnt der von bundesdeutscher und gleichzeitig von französischer Seite unabhängig voneinander eingebrachte Vorschlag Bedeutung, einen besonderen internationalen Abrüstungsfonds zu installieren und ihn einem reformierten Bretton-Woods-System anzugliedern. In den Schlußfolgerungen des UNO-Gutachtens wird dieser Gedanke aufgegriffen und es lohnt sich, ihm einige Bemerkungen zu widmen.

Werden Militärausgaben national eingespart, so kann das den eigenen Etat entlasten und die freiwerdenden Mittel können im eigenen Lande ausgegeben werden. Denkbar ist natürlich auch, die Ausgaben lediglich im eigenen Haushalt zu verschieben, so daß die Staatsquote von daher unverändert bleibt. Ein anderer Weg ist es, freiwerdende Mittel dem freien internationalen Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen oder aber eben in einen besonderen Fonds zu überführen. Dieser Fonds könnte einmal die freigewordene neue internationale Liquidität binden, aber auch regional kanalisieren. Außerdem könnten bei der Weitergabe von Fondsmitteln überwiegend an Entwicklungsländer solche Staaten bevorzugt werden, die ihre Militärausgaben in engen Grenzen halten. Da die Mittel aus Abrüstungsgeldern stammen, kann der Fonds somit eine Art internationale finanzielle Rüstungskontrollpolitik betreiben, bei den Geberländern ebenso wie bei den Empfängerländern. Würde man die in den Hochrüstungsländern freiwerdenden Mittel dem freien internationalen Kapitalmarkt zur freien Verwendung überlassen, gäbe es diese Möglichkeit nicht. Es bestände eher die Gefahr, daß die unkontrollierbare internationale Liquidität sich ausweiten würde. Neben den Petro- und den Euro-Dollar könnte ein schwer regulierbarer Abrüstungs-Dollar treten. Das wäre eine neue Belastung des internationalen Währungssystems und nicht etwa, wie bei der Einrichtung eines besonderen Abrüstungsfonds, eine Chance der Schaffung eines neuen internationalen Steuerungsinstrumentes.

Die Experten haben darauf aufmerksam gemacht, daß es zwei Wege gibt, „finanzielle Abrüstung" finanztechnisch herbeizuführen. Entweder kann eine Rüstungssteuer erhoben werden von solchen Staaten, die sich nicht an mögliche künftige internationale Vereinbarungen über finanzielle Abrüstung halten; oder es kann die sogenannte „Abrüstungsdividende" in den Fonds überwiesen werden, die entsteht, wenn weniger finanzielle Mittel für als wenig produktiv angesehene militärische Zwecke eingespart werden, die an einer anderen Stelle ergiebiger eingesetzt werden können. Ein Teil des so entstehenden Plus an wirtschaftlicher Wohlfahrt könnte über den Fonds der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden. Natürlich sind die statistischen Probleme der Messung und Feststellung einer derartigen Abrüstungsdividende ungewöhnlich groß. Und so wird in den Schlußfolgerungen des UNO-Gutachtens auch hervorgehoben, daß neben der Formulierung klarer Zielsetzungen für eine ökonomisch orientierte Abrüstungspolitik in der Welt bei gleichzeitig erhöhter Öffentlichkeitsarbeit der UNO für ihre Abrüstungsbemühungen ständig auch die statistischen Apparate weltweit verbessert werden müssen. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, daß die Aktivitäten der Vereinten Nationen für den Frieden zwischen ihren einzelnen Organisationen noch besser als bisher aufeinander abgestimmt werden sollten. In den insgesamt 9 wichtigen Schlußfolgerungen, die der Bericht zieht, wird auch die Empfehlung gegeben, die Mitgliedsländer sollten regelmäßig an die Weltorganisation über ihre Erfahrungen mit den wirtschaftlichen und den sozialen Folgen verminderter Rüstung berichten. Mehr Transparenz in die beobachteten Beziehungen zwischen Abrüstung und wirtschaftlich/sozialer Entwicklung hineinzubringen wäre in der Tat eine gute vertrauensbildende Maßnahme.

Lutz Köllner

Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte?

Von Karl D. Bredthauer

I. Parallelen zu den 30er Jahren

Es wird bereits ganz offen darüber gesprochen[1]), und doch schreckt jeder, der auch nur eine Ahnung von der Geschichte der 30er und 40er Jahre hat, davor zurück, es wahrzuhaben: wir sind in eine Lage geraten, die bedrückende Parallelen zu einer ein für allemal – mit Schrecken – beendet geglaubten Epoche aufweist! Häufen sich denn nicht die Indizien, daß wir in eine neue Weltwirtschaftskrise hineinsteuern? Verbreitet sich nicht, selbst in den reichsten Industrieländern wie den USA und in der Bundesrepublik, die lange als unerschütterliche Inseln der Stabilität und Prosperität galten, der Eindruck, daß „nichts mehr geht", daß man nicht mehr so weitermachen kann wie bisher, daß aber auch niemand zu wissen scheint, wie es denn anders weitergehen soll?

Schlimmer noch: Wie selbstverständlich, allenfalls mit dem Unterton resignierenden Fatalismus', wird ringsum wieder von „Krieg" gesprochen. So selbstverständlich und routinemäßig wie wohl nie nach 1945. Von „Handelskrieg", von „Stahlkrieg" . . . und mit der größten Selbstverständlichkeit wird, vor allem in Washington, der Atomkrieg in allen denkbaren Varianten debattiert, als „begrenzter" oder „länger dauernder" Atomkrieg, als „theater nuclear war" oder „all out nuclear war". Und während Reagans Strategen die heilsame Furcht der Menschheit vor der Atomwaffe bedenkenlos zerreden, brennt es im Libanon, in Mittelamerika, im Nahen und Mittleren Osten. England, schon seit Jahren der „kranke Mann" unter den alten Industrieländern, leistet sich, obwohl bankrott, einen Kolonialkrieg, 13 000 km von seinen Grenzen entfernt, und verfällt darüber in einen chauvinistischen Taumel, als lebten wir noch im Zeitalter der Kanonenbootpolitik und hätten 1914 und 1939 nicht hinter uns, sondern noch vor uns! Krisen, verdeckte Interventionen, offene „kleine" Kriege – Vor-„Geplänkel"? Vorzeichen wie vor 1939 der Spanische Bürgerkrieg, Japans Expedition gegen China oder Italiens Krieg gegen Äthiopien? Vor dem Hintergrund der „Vereisung" zwischen Washington und Moskau und erst recht vor dem Hintergrund der tiefen, vielen ausweglos erscheinenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen, ohne die die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage nicht zu begreifen ist, erscheint die Vorstellung, die Geschichte könnte sich so oder so wiederholen, nur diesmal

1) So z. B. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) v. 11. 7. 1982 im Leitartikel („Unfähigkeit zum Wandel").

in einer Welt der Atom- und Massenvernichtungswaffen, zu grausam, um sie zuende zu denken. – Gerade für Deutsche! Und doch können gerade Deutsche es sich nicht leisten, jetzt den Kopf in den Sand zu stecken.

Vor 50 Jahren war es Deutschland, dessen herrschende Wirtschafts- und Finanzkreise den Ausweg aus der Krise in der „Flucht nach rechts" suchten. Man zählte 6 Millionen Arbeitslose allein in Deutschland. Eine gigantische Aufrüstung, gerechtfertigt damit, daß dem Land der ihm gebührende Platz an der Sonne gegen eine feindliche Umwelt (wieder-)erkämpft werden müsse, notfalls mit Gewalt, sollte die Wirtschaft wieder ankurbeln. Zur Integration der auf die Straße geworfenen, radikale Änderungen suchenden Massen und zu ihrer Immunisierung gegen wirklich gesellschaftsverändernde Programme wurden in bis dato nicht gekannter Schärfe Antikommunismus und Antisowjetismus, aber zugleich auch Antiliberalismus, Antihumanismus und allgemeine Fortschrittsfeindlichkeit, zur alles beherrschenden Staatsideologie. Das war das Programm Hitler. „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" sagten die Kommunisten schon 1932, aber Sympathie für die antikommunistische Stoßrichtung, Übereinstimmung „im Prinzip" bei aller Skepsis gegenüber Hitlers Methoden, machten viele blind für die heraufziehende Kriegsgefahr, so Chamberlain (England) und Daladier (Frankreich) noch 1938 in München. Sie glaubten, der Krieg werde sich „begrenzen" und in die richtige Richtung lenken lassen. Wenn Deutschland die Sowjetunion „erledige", wäre die Nachkriegswelt – ohne Kommunismus – sicherlich den „Wertvorstellungen" der westlichen Welt förderlicher. (So drückte man sich allerdings 1939 noch nicht aus – auf diese Terminologie werden wir bei der Beschäftigung mit der gegenwärtigen US-Strategie gegenüber der Sowjetunion stoßen.) Erst als ganz Europa in Flammen stand, Frankreich schon geschlagen war, England vom Kontinent vertrieben und den Angriffen der deutschen Luftwaffe und U-Boote ausgesetzt, kam es damals zu der rettenden Koalition aller Betroffenen, die die Sowjetunion schon vor 1939 vergeblich immer wieder vorgeschlagen hatte: zur Anti-Hitler-Koalition – zu spät für über 50 Millionen Opfer, die der Zweite Weltkrieg fordern sollte, aber noch nicht zu spät für die Rettung der Menschheit.

Und heute? Heute sind es, vor dem Horizont einer neuen Weltwirtschaftskrise, die USA, das mächtigste Industrieland der Welt, die unter Reagan die „Flucht nach rechts" angetreten haben. Und wie vor 50 Jahren die mächtigsten Konzerne und Banken Deutschlands das Heil in forcierter Aufrüstung und antisowjetischer Mobilisierung suchten, so setzt heute das stärkste kapitalistische Land angesichts von 12 Millionen Arbeitslosen und tiefer wirtschaftlicher Depression auf Rüstung, Kriegsvorbereitung, schroffe Konfrontation mit der Sowjetunion. Reagan und Weinberger haben das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Menschheit in Gang gesetzt, für die unvorstellbare Summe von 1,6 Billionen Dollar in fünf Jahren. Nach neuen Richtlinien des Pentagon, auf die zurückzukommen sein wird, will man diese Ansätze sogar noch weit überschreiten. Und der amerikanische Präsident läßt keinen Zweifel daran, wozu diese beispiellose Aufrüstung dienen soll. Es handelt

sich nicht um eine verfehlte, aber doch gut gemeinte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – die USA Ronald Reagans haben ein einziges, klar formuliertes Ziel, dem buchstäblich alle Bereiche der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft unterzuordnen sind: Oberstes, geradezu besessen verfolgtes Ziel ist es, die Sowjetunion als den weltpolitischen Gegenspieler „auszuschalten", so oder so in die Knie zu zwingen, und diesem Ziel hat sich nicht nur in den USA selbst alles unterzuordnen, sondern ebenso auch alle „Partner", die NATO und die gesamte „freie Welt", die von Washington wieder wie in der Nachkriegszeit als Hinterhof der USA betrachtet und behandelt werden. Es geht den USA also, schon seit Ende der 70er Jahre, und darin besteht in den herrschenden Kreisen Konsens weit über das eigentliche Reagan-Lager hinaus, um die Neuverteilung der weltpolitischen Machtverhältnisse, die Wiederherstellung der amerikanischen Vorherrschaft gegenüber „Freunden" und „Gegnern", wie sie zur Zeit des ersten Kalten Krieges einmal bestand, ja um die späte Verwirklichung des amerikanischen Traums vom „american century", einer Welt, in der es für die Sowjetunion, für sozialistische Gesellschaftssysteme und damit für jede Systemalternative zum „american way", zum Kapitalismus, keinen Platz mehr gibt.

Man sieht: die Dimensionen sind andere, wenn Amerika die „Flucht nach rechts" antritt und offen auf die Karte Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und „Ausschaltung" der Sowjetunion setzt, aber in den Ursachen, Triebkräften und Erscheinungsformen gibt es erschreckende Parallelen. Sicher ist es unsinnig, den Mann Reagan mit dem Mann Hitler zu vergleichen oder das politische System der USA in einen Topf zu werfen mit dem der Weimarer Republik oder Nazi-Deutschlands. Aber es handelt sich um das gleiche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das heute wieder wie damals Depression und Massenarbeitslosigkeit produziert. Und war es damals ein führendes kapitalistisches Industrieland wie Deutschland, dessen herrschende Kreise den Ausweg aus der Krise in Aufrüstung und Kriegsvorbereitung suchten, so hat sich heute das mächtigste Land der kapitalistischen Welt überhaupt auf diesen Weg begeben. Und heute wie damals wird gegen die erneut zur Ursache aller Übel abgestempelte Sowjetunion mobilisiert, sowohl aus erkennbar innenpolitischen Gründen, um unzufriedene Massen von den innergesellschaftlichen Problemen und den für diese Verantwortlichen abzulenken, zu „re-integrieren", vor allem aber in der Hoffnung, den großen „Betriebsunfall" des 20. Jahrhunderts, die gesellschaftliche und staatliche Realität einer Systemalternative zum Kapitalismus in Gestalt der Sowjetunion seit 1917 und weiterer sozialistischer Staaten seit 1945 rückgängig machen zu können und die eine, heile kapitalistische Welt wiederherzustellen, damals unter großdeutscher, diesmal unter amerikanischer Vorherrschaft. So irreal dieser „amerikanische Traum" ist, so lebensbedrohend real sind die Gefahren, die die in seinem Namen geführte amerikanische Politik für alle Welt, in vorderster Front für Europäer und Deutsche heraufbeschwört.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn heute Ideologen aus der Umgebung Ronald Reagans ausgerechnet die Friedensbewegung, die in der

westlichen Welt wohl der deutlichste Ausdruck des Bedürfnisses ist, die Fehler von 1933/1939 nicht noch einmal zu machen und diesmal rechtzeitig Dämme gegen die Kriegsgefahr zu errichten, des „Appeasement" bezichtigen zu können glauben und also mit der Politik eines Chamberlain und des bürgerlichen Vorkriegseuropa gleichsetzen, die sich ja gerade unfähig zeigten, den auch damals vorhandenen Widerstand gegen Hitlers Kriegspolitik aufzugreifen, rechtzeitig eine Koalition, eine Bewegung gegen die heraufziehende Gefahr zu bilden, und die stattdessen glaubten, mit dem antikommunistischen und antisowjetischen Feuer spielen zu können, ohne sich dabei selbst die Finger zu verbrennen. Parallelen zu dieser Haltung von „München" gibt es auch heute leider nur zu deutliche, doch sind sie heute zuallerletzt in der Friedensbewegung, in „Hollanditis", Pazifismus oder Neutralismus zu suchen . . .

II. Will Reagan Krieg?

Auch im zweiten Jahr der Reagan-Administration, nach zahllosen unmißverständlichen Absichtserklärungen Reagans und seiner engsten Mitarbeiter und nach einer ganzen Reihe nun schon regelmäßig sich wiederholender peinlicher Überraschungen für alle, die die zwischenzeitlich eingestreuten „Abrüstungs"-Pflichtvorträge wörtlich nehmen und dann unverzüglich wieder von „den Kalifornien" desavouiert werden, neigen in Bonn und anderswo immer noch viele dazu, Reagans kriegerische Töne nicht ganz erst zu nehmen und die entsprechenden Taten zu verharmlosen, herunterzuspielen. Das beste Beispiel, das allerdings in gewisser Weise auch einen Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen bedeutet, bieten die jüngsten amerikanischen Embargomaßnahmen gegen das westeuropäisch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft. Wer da in Bonn oder anderswo aus allen Wolken gefallen ist, weil Reagan ohne Konsultation seiner Verbündeten, entgegen ihren den Amerikanern wiederholt ausdrücklich bekannt gemachten Positionen und in bewußter Verletzung ihrer wirtschaftlichen Interessen seinen Handelskrieg gegen die Sowjetunion weiter eskaliert, der hat zwei Jahre knallharter amerikanischer Worte und Taten verschlafen oder sich selbst etwas in die Tasche gelogen. Reagans Röhren-Embargo ist ein Lehrstück, aus dem hoffentlich alle europäischen Regierungen, auch Bonn, die überfälligen Konsequenzen ziehen werden. Dieser „wirtschaftspolitische" Schritt Washingtons ist von ähnlicher Machart, wie eine Reihe voraufgegangener, auch politischer und militärischer, Schritte (zu erinnern sei nur an die Entscheidungen in Sachen Neutronenbombe), aber die brutale Art, mit der er die engsten Verbündeten der USA hier und heute im Nerv trifft, „mitten im Frieden", läßt es vielen wie Schuppen von den Augen fallen: hier geht es um mehr als Röhren. Hier demonstrieren die USA, daß sie selbst sich bereits mitten im Krieg befinden und daß es in diesem Krieg keinerlei Rücksichten für sie gibt, auch nicht gegenüber den eigenen „Verbündeten".

Reagan setzt sich bewußt und demonstrativ über die Souveränität anderer Staaten, über Völkerrecht und geltende Verträge hinweg. Von den EG-Staa-

ten wird erwartet, daß sie endlich begreifen: für Washington herrscht (noch Kalter) Krieg! Und das bedeutet: Washington führt das Kommando und alle anderen haben sich unterzuordnen, auch wenn es gegen ihre ureigensten Interessen verstößt. Haben diese europäischen Regierungen denn nicht selbst ihre Länder als „Theater", als Kriegsschauplatz für die amerikanischen Expeditionstruppen und Atomraketen zur Verfügung gestellt? Wie können sie gleichzeitig gegen den ausdrücklichen Willen Washingtons wirtschaftlich und technisch mit dem „Erzfeind" der USA zusammenarbeiten?! So etwa sieht das für Reagan aus. Daß der Wirtschaftskrieg Vorstufe, ja Bestandteil allumfassender Kriegsvorbereitung ist, geht unmißverständlich aus dem „Leitlinien-Dokument" des Pentagon hervor, das die „New York Times" kürzlich enthüllte: „Als Ergänzung der Militärstrategie *in Friedenszeiten* sollten, wie in dem Leitlinien-Dokument festgestellt wird, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten faktisch der Sowjetunion wirtschaftlich und technisch *den Krieg erklären!*"[2]) Die USA haben diesen Krieg bereits erklärt. Worauf warten die Verbündeten noch?

Die Reaktionen aus den betroffenen westeuropäischen Hauptstädten, auch und gerade aus dem Reagan ideologisch so nahestehenden London Margaret Thatchers, zeigen mittlerweile allerdings, trotz Helmut Schmidts untauglicher Beschönigungsformel vom „Familienkrach", daß diesmal überall in Westeuropa die Erkenntnis dämmert, wie wenig die Eigeninteressen seiner Verbündeten, auch die elementarsten, für Reagan zählen. Diesmal geht es um europäische Arbeitsplätze, Geschäftsinteressen, die Zukunft der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa – Dinge, die wichtig genug sind, um entschiedene Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aber dieser Wirtschaftskonflikt ist ja, wie gesagt, nur ein Teilstück in Reagans umfassender Konfrontationsstrategie. Und in diesem Programm zur Unterwerfung der Sowjetunion, zur Erlangung der weltweiten Vorherrschaft der USA über „Freund" und „Feind", koste es was es wolle, geht es für die Europäer nicht allein um Arbeitsplätze und wirtschaftliche Zukunftsinteressen (darum allerdings eben auch, schon heute!), sondern um ihre nackte Existenz.

Die letzten Unklarheiten sollte der bereits zitierte Fünfjahresplan des Pentagon zur umfassenden Kriegsvorbereitung in den Jahren 1984 bis 1988 beseitigt haben. Seltsamerweise aber ist dieses (schon in den von der „New York Times" ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten Auszügen) alarmierende Dokument in der europäischen Öffentlichkeit, auch in der Friedensbewegung, bisher kaum mit der ihm gebührenden Aufmerksamkeit studiert worden. Bernd Greiner hat im Juli-Heft der „Blätter" bereits eine kurze erste Charakterisierung gegeben, und in diesem Heft findet sich der vollständige „New York Times"-Text erstmals in deutscher Sprache. Das neue Pentagon-Papier übertrifft noch die wahnwitzigen Aufrüstungsdimensionen des 1,6-Billionen-Dollar-Programms, das US-Verteidigungsminister Weinberger bereits kurz nach seinem Amtsantritt vorlegte, und es gibt vom Persischen Golf bis in

2) Vgl. den Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes. Hervorh. v. Verf.

den Weltraum keinen Bereich, der hier dem Zugriff globaler US-Militärambitionen entgeht.

An dieser Stelle soll nur auf ein Kernstück eingegangen werden, das in der Tat von der *Existenz* der Europäer, insbesondere der Russen und der Deutschen, handelt: auf die Präzisierungen zur neuen amerikanischen Atomkriegsstrategie, die es verdienen, mindestens so ernst genommen zu werden wie das, was in dem gleichen Dokument über den bereits in Gang gesetzten wirtschaftlichen und technischen Krieg gegen die Sowjetunion steht. (s. o. – In Westeuropa müßte man sich jetzt nicht schockiert die Augen reiben, nachdem Reagan tatsächlich ein Röhrenembargo verhängt hat, wenn man rechtzeitig aufgehört hätte, die offenherzigen Ankündigungen und Drohungen Washingtons als „Theaterdonner" zu verharmlosen, statt sie so bitter ernst zu nehmen, wie sie ganz offensichtlich gemeint sind!)

„Die neue atomare Strategie", so ist dem „Leitlinien-Dokument" des Pentagon jetzt zu entnehmen, „fordert von den amerikanischen Streitkräften die Fähigkeit, ‚die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur *auszuschalten*' . . ." (Hervorh. v. Verf.) Hier hat sich nun regierungsamtlich, in völliger Abkehr von bisherigen NATO-offiziellen Theorien über die alleinige Abschreckungs- und Kriegsverhütungsaufgabe von Atomwaffen, die „Sieg ist möglich"-Konzeption von Colin S. Gray durchgesetzt, die man, als die „Blätter" sie vor knapp zwei Jahren erstmals in deutscher Sprache bekannt machten[3]) , noch als nicht repräsentative Denkspiele eines militärpolitischen Außenseiters zu verharmlosen suchte. „Die Vereinigten Staaten sollten planen", hatte Gray im Sommer 1980 geschrieben, „die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen."[4]) Von dem neuen Pentagon-Papier heißt es nun, zwei Jahre später, in der „New York Times": „Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis hin zum Atomkrieg – zu besiegen."

Und jetzt kommt die – gerade die Bundesrepublik vital in Mitleidenschaft ziehende – Kernforderung, die Gray 1980 so formulierte: „Die furchterregendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihres politischen Systems. Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Schlüsselfiguren der Führung, ihre Kommunikationsmittel und -wege und einige ihrer innenpolitischen Kontrollinstrumente zu zerstören. Die UdSSR mit ihrer mächtigen Überzentralisierung der Macht, zusammengefaßt in der riesigen Bürokratie in Moskau, dürfte höchst verwundbar einem solchen Angriff gegenüber sein. Die Sowjetunion würde möglicherweise aufhören zu funktionieren, wenn ihr Sicherheits-

3) Wortlaut in: „Blätter", 12/1980, S. 1502–1509.
4) Ebd., S. 1506.

dienst, der KGB, ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in eine Anarchie auflösen . . ."[5]) – In dem neuen Richtlinienpapier des Pentagon heißt es jetzt, in der Wiedergabe der „New York Times", kurz und knapp: „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung (‚decapitation'), d. h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion." Das *Moskau* nach einer solchermaßen zum offiziellen Programm erhobenen „Enthauptung" der Sowjetunion Washington jederzeit das Schlimmste zutrauen muß, mit den entsprechenden Folgen für den Umgang zwischen den beiden nuklearen Weltmächten, deren Reaktionen bekanntlich in Minuten oder Sekunden über das Schicksal der Menschheit entscheiden könnten, liegt auf der Hand. (Nebenbei zerfetzt das neue Pentagon-Papier mit einem Schlag all die ausgeklügelten Bilderbuchvorstellungen der NATO von „Eskalation", die einen Krieg – wie ein Schachspiel zwischen zwei rationalen Gegenspielern – auf einer Vielzahl von Stufen immer wieder kalkulierbar, begrenz- und beendbar erscheinen lassen sollten. Mit wem vereinbart man denn den Abbruch der „Eskalation", wenn man die Gegenseite erst einmal „enthauptet" hat?!)

Aber warum betrifft diese Konzeption speziell uns *Deutsche?* Weil auf dem Boden der Bundesrepublik *und ausschließlich hier* exakt die Waffen stationiert werden sollen, die man speziell für die „Enthauptung" der Sowjetunion konstruiert zu haben scheint, nämlich die 108 Pershing-II-Raketen, die der NATO-„Nachrüstungsbeschluß" (neben 464 landgestützten Cruise Missiles) für Westeuropa vorsieht. McGeorge Bundy, der Sicherheitsberater Präsident John F. Kennedys, hat bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die Stationierung der Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik, von wo aus sie binnen 5 Minuten, also praktisch ohne jede Vorwarnzeit, Moskau erreichen können, darauf hinauslaufe, die andere Weltmacht mit der „Enthauptung" zu bedrohen[6]). McGeorge Bundy gebrauchte in diesem Zusammenhang genau dieses Wort – und er warnte die USA davor, einen solchen Schritt mit seinen unabsehbaren Folgen als erste zu tun. Mit anderen Worten: die Qualität der Bedrohung, der Washington die Sowjetunion mit seiner „Enthauptungs"-Strategie aussetzen will, ist historisch ohne Beispiel – und die Abschußbasis für diese „Endlösung der sowjetischen Frage" soll unser Land sein, die Bundesrepublik – das einzige Land, das sich für die Stationierung der todbringenden Pershing II hergegeben hat!

Nur die Pershing-II-Raketen, hier auf den vorgeschobensten Abschußrampen der USA an der Grenze des Warschauer Pakts *„landgestützt"* stationiert, sind schnell und zielgenau genug, diese „Mission" zu erfüllen – U-Boot-Raketen der amerikanischen Forward Based Systems, die ebenfalls Moskau in wenigen Minuten erreichen könnten, sind (noch) nicht treffsicher genug für solche

5) Ebd.
6) Vgl. die FAZ v. 22. 10. 1981.

„Präzisionsarbeit", und die Cruise Missiles, deren Zielgenauigkeit ausreichen dürfte, brauchen zu lange für den Anflug. Außerdem sind es eben die Pershing II, für die bekanntlich ein Spezialsprengkopf entwickelt wurde, der sich in die Erde bohrt und – speziell zur Zerstörung verbunkerter Kommandozentralen, Raketenstellungen usw. – erst *unter* der Erde detoniert, mit einer Zielabweichung von unter 50 m nach fast 2000 km Flugdistanz. Und 108 dieser Raketen dürften für ein solches Kalkül der „Enthauptung" mehr als genug sein! Hier zeigt sich, wie wenig die Zahlenspiele der „Nachrüstungs"-Befürworter, etwa wenn sie den „Nachrüstungsbeschluß" mit dem Argument herunterzuspielen versuchen, hier gehe es doch nur um einige hundert neue Raketen vor dem Hintergrund vieler tausender schon existierender, Aufschluß über die wirkliche Situation geben. Hier zeigt sich auch, daß der „Nachrüstungsbeschluß" die Bundesrepublik eben doch genau in jene exponierte Sonderposition gebracht hat, die selbst Adenauer einst zu vermeiden wußte und die Bundeskanzler Schmidt erklärtermaßen hatte verhindern wollen. Schmidt selbst hat in einem Interview mit der Londoner „Times"[7]) vor einiger Zeit durchblicken lassen, daß er sehr wohl weiß, was die „exklusive" Stationierung der Pershing-II in der Bundesrepublik zu bedeuten hat!

Mit der Stationierung der Pershing II auf deutschem Boden, die Bundeskanzler Schmidt – sehenden Auges oder in einem Zustand geistiger Umnachtung – den USA 1979 quasi blanko gestattet hat, erhält der amerikanische Präsident – und der heißt seit 1981 Ronald Reagan! – die noch nie dagewesene „Option", die andere Weltmacht permanent und aus heiterem Himmel mit ihrer „Enthauptung", der Vernichtung Moskaus und aller Staatsautorität, bedrohen zu können, und das von deutschem Boden aus, fernab des Pentagon oder des Weißen Hauses! Eine permanente tödliche Bedrohung, der Moskau keinerlei Abwehr entgegensetzen könnte – außer, auf Verdacht einen *präemptiven*, d. h. zuvorkommenden Atomschlag gegen den unmittelbaren Ausgangspunkt der Gefahr, gegen die Pershing-II-Basis Bundesrepublik, zu führen, also „auf Verdacht" die Deutschen „auszuradieren" – oder aus Rücksichtnahme auf andere dem eigenen Untergang ins Auge zu sehen! (Von einer sowjetischen „Option", Washington „enthaupten" zu können und damit die Befehlszentrale, von der aus ohne jedes Konsultations- oder Vetorecht der Deutschen der Pershing-Erstschlag geführt werden würde, ist nichts bekannt. Vielleicht hätten die US-Strategen es sich sonst anders überlegt . . .)

Ein wahrhaft diabolisches Kalkül, mit dem die Pentagon-Strategen da zwei europäische Völker in die Situation der zwei Skorpione, die man in einer Flasche zusammengesperrt hat, zu bringen gedenken – und ausgerechnet Deutsche und Russen, wohl wissend, wie wenig die Sowjetunion je die 20 Millionen Toten vergessen kann, die der letzte Weltkrieg, ebenfalls von deutschem Boden ausgehend, sie gekostet hat, und wie tief entschlossen jede sowjetische Politik und Strategie sein muß, eine solche Bedrohung nie wieder aufkommen zu lassen, sie notfalls im Keim zu ersticken. Aber was da jetzt in Washington

7) Vgl. den Bericht in der „Süddeutschen Zeitung" v. 17./18. 11. 1981, S. 1.

vorbereitet wird, wäre schlimmer noch als selbst der „Fall Barbarossa" 1941, weil es diesmal „danach" kein Moskau, keine Sowjetunion, mehr gäbe!

Der „Fall Pershing II", die Enthauptung Moskaus von deutschem Boden aus, wäre also – ginge es nach dem Pentagon-Plan – eine „Option", mit der Washington sowohl die Sowjetunion, den „Erzfeind", als auch die Bundesrepublik, den ungeliebten „Juniorpartner" und Wirtschaftsrivalen, permanent erpressen, weil regelrecht zu Geiseln nehmen, und im Ernstfall „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen" könnte, ohne sich – nach außen hin – selbst die Hände allzu schmutzig zu machen!

Denn natürlich weiß man im Pentagon (und in Bonn vielleicht nicht?!), daß in der Bundesrepublik aufgestellte Pershing-II-Raketen ausschließlich für den amerikanischen Erstschlag, also die „decapitation", taugen – „use them or lose them", reimt sich das auf amerikanisch: „Setz sie ein oder verlier sie!" Einen Gegenschlag der Sowjetunion würde die Pershing II, aber auch ihr „Gastland", nicht überleben, denn den „Schutzschild" der Pershings bilden – anders als bei den für die Stationierung in den USA selbst gedachten, ebenfalls landgestützten Erstschlagsraketen vom Typ MX – keine Betonsilos oder Abwehrraketen, sondern ausschließlich die zu atomaren Geiseln degradierten 60 Millionen Bundesbürger (bzw. die Mitteleuropäer) – eine unglaublich perverse Vorstellung, dergegenüber Soldaten, die unbewaffnete Zivilisten, Frauen und Kinder als Kugelfang vor sich hertreiben, kaum noch als „Kriegsverbrecher" bezeichnet werden können, weil man nicht weiß, mit welchem Wort man dann die Planer des „Falls Euroshima" noch träfe . . .

Diese abartige Kombination tödlicher Präzision mit demonstrativer Verwundbarkeit der Stationierungsgebiete macht die Pershing II zu dem idealen Instrument der beschriebenen „Zwei-Fliegen-mit-einer-Klappe"-Strategie der USA, unserer angeblichen „Schutzmacht"! Die Bundesrepublik müßte in jedem Fall mit dem Untergang büßen: gleich, ob im Pentagon, und sei es von einem Verrückten oder infolge eines Computerfehlers, der Enthauptungsschlag gegen Moskau ausgelöst wird (der ja wohl immer auch sozusagen automatisch den sowjetischen Vergeltungsschlag auslösen müßte), oder ob Moskau, nach Reagans Strategie planmäßig in die Enge getrieben, keinen anderen Ausweg mehr sieht, als seiner Enthauptung durch einen Präemptivschlag zuvorzukommen. Wahrhaftig: Ein „Plan Euroshima"! Was für Volksvertreter, was für Politiker sind das, die im Namen der Bundesrepublik für so etwas grünes Licht geben?!

III. Reagan in den Arm fallen – um des Überlebens willen

Was immer der subjektive Hintergrund der Reagan und Weinberger sein mag: objektiv ist das politische Programm, das sie in Angriff genommen haben und bisher unbeirrbar vorantreiben, noch gefährlicher – seine möglichen Folgen, nämlich der globale Holocaust oder „zumindest", bewußt einkalkuliert, hunderte Millionen von Atomtoten, noch verbrecherischer, wenn eine solche

Steigerung überhaupt möglich ist – als Hitler-Deutschland und der von ihm entfesselte Weltkrieg, so unglaublich das klingt!

Hitler-Deutschland war einfach technisch noch nicht in der Lage, die Menschheit als Ganze auszurotten, den Globus in die Luft zu sprengen . . . Im Atomzeitalter aber gibt es diese „Option", und Reagans Programm läuft, wenn man ihm nicht in den Arm fällt, so oder so auf Atomkrieg hinaus. Nur: 1933 und noch 1939 haben die meisten nicht geglaubt oder, weil sie sonst nicht hätten schlafen können, verdrängt, was sie spätestens 1945 wußten – am eigenen Leibe erfahren –, mittlerweile aber womöglich von neuem vergessen oder verdrängt haben. Wer nicht glauben mag, daß Reagans Programm wirklich auf genau den Krieg hinausläuft, den seine Kraftsprüche heraufbeschwören und den seine Strategen in allen Varianten durchrechnen und proben, dessen Waffen in den Labors und Rüstungsfabriken Kaliforniens bereits entstehen: diesmal wird es definitiv zu spät sein, wenn wir erst einmal abwarten wollen, wie weit Reagan im Ernstfall wirklich zu gehen bereit ist . . . („Die Ära der Skrupel ist vorbei", hat er immerhin selbst gesagt[8]), und nicht nur seine derzeitigen Handelskriegs-Praktiken geben eine „Kostprobe" davon, daß es ihm Ernst ist.)

Verschließe niemand länger die Augen vor dem, was heute schon offenliegt:

– Reagan-Amerika setzt alles auf eine Karte, ohne Rücksicht auf Verluste, weder auf eigene, noch erst recht auf fremde.

– Es handelt sich um eine „Sieg"-Strategie,

– die Krieg, auch Atomkrieg, ausdrücklich *nicht* ausschließt, sondern im Gegenteil umfassende Vorbereitungen trifft, atomar und konventionell, global und regional, für „reguläre" und „schmutzige" Kriegsoperationen, jederzeit, überall, in allen „3 Welten".

– Dabei wird die Souveränität anderer Staaten mit Füßen getreten, sogar die Souveränität der „Verbündeten", erst recht die „gegnerischer" Länder.

– Ausdrücklich und in dieser brutalen Offenheit wohl präzedenzlos wird die Ruinierung der Volkswirtschaft anderer Länder zum offiziellen Programm einer Regierung (die immerhin auch die UNO-Charta und die KSZE-Schlußakte unterschrieben hat!) erklärt – mit provozierendem „Freimut" gegenüber der Sowjetunion proklamiert, faktisch aber auch als selbstverständliches Opfer für die höhere gemeinsame „Mission" („Ausschaltung" der Sowjetunion, Wiederherstellung der globalen US-Vorherrschaft) bei den „Partnern" in Kauf genommen.

– Diese US-Strategie mutet in ihren perversen „Sieg"-Kalkulationen sogar dem eigenen Volk 10, 20, zig Millionen Atomkriegstote zu[9] (und vorher Massenverelendung als Preis der Kriegsrüstung), falls dafür ein „entwaffnender

8) Vgl. die Dokumentation „Wichtigeres als Frieden?" in Heft 5/1982 der „Blätter".

9) So z. B. der derzeitige US-Vizepräsident Bush (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 526) und z. B. schon 1974 der damalige US-Verteidigungsminister Schlesinger.

Erstschlag" gegen die Sowjetunion zu kaufen ist; auf die unvorstellbaren Verluste in West- und Osteuropa einschließlich der Sowjetunion kommt es in diesem Kalkül, wenn die Pentagon-Planer den „Sieg" vor Augen wähnen, erst recht nicht an.

– Die Atomkriegsstrategie Reagans baut die – ohnehin schwachen und auf die Dauer wenig vertrauenerweckenden, nur durch Abrüstungsschritte zu stabilisierenden – letzten Sicherungen vor dem atomaren Holocaust bewußt und planmäßig ab, militärstrategisch und militärtechnisch ebenso wie außenpolitisch, innenpolitisch und massenpsychologisch!

Die Herausforderung durch den „Reaganismus" erweist sich als weltumfassend und total! – Aber mittlerweile regt sich, nach dem ersten Schock oder der zählebigen Hoffnung, es werde schon nichts so heiß gegessen wie gekocht werden, auch in buchstäblich allen Teilen der Welt Widerstand gegen Reagans Politik, inzwischen vernehmlich auch in den USA selbst. Es will einiges heißen, wenn ein führender Vertreter der Bonner Kanzlerpartei wie Egon Bahr „Eine Bilanz nach zwei Jahren" Reagan-Administration unter die Schlagzeile „US-Außenpolitik auf dem Nullpunkt" setzt und nach einer Tour d'horizon vom Nahen Osten über Lateinamerika, Peking, Tokio, London, Paris und Moskau zu dem Fazit kommt: „Die außenpolitische Bilanz der Reagan-Administration ist einmalig negativ . . . Es kann nicht daran liegen, daß alle wichtigen Partner, Freunde oder Gegner der Vereinigten Staaten töricht oder böse sind."[10])

Der Widerstand gegen Reagan ist heute schon so breit gefächert wie das Spektrum all derer, die Washingtons Politik herausfordert oder in Mitleidenschaft zieht: von Lateinamerika über Europa bis Japan und China, von Betriebsräten und Belegschaften embargogeschädigter Werke bis zur Deutschen Bank, von Regierungssozialdemokraten bis zu Unionskreisen, Kommunisten oder Grünen regen sich Gegenkräfte, die oft wenig oder gar nichts miteinander gemein haben – außer der ihnen aufgezwungenen Frontstellung gegen eine US-Politik, die zur alles andere in den Schatten stellenden Hauptgefahr für die Zukunft der Menschheit zu werden droht.

Selbst die mächtigen USA können, wenn der „Rest der Welt" sich gegen ihre aberwitzige „Flucht nach rechts" zusammenschließt, gestoppt werden, ehe sie alles mit sich in den Abgrund ziehen, dem sie heute so entschieden zustreben! Man mag angesichts der historischen Parallelen, die sich aufdrängen, von einer „Anti-Koalition" sprechen, also heute von einer „Anti-Reagan-Koalition" – so wie man, seinerzeit leider erst *nachdem* Hitler-Deutschland die Kriegsschwelle überschritten hatte, zu einer weltweiten Anti-Hitler-Koalition fand, um zu retten, was noch zu retten war . . . Man mag wegen der offenkundigen Unterschiede zwischen damals und heute, in Personen, Praktiken und Zeitumständen, vor einem solchen Begriff zurückschrecken: der Sache nach handelt es sich heute wie damals, als sogar Washington und Moskau, die Me-

10) „Vorwärts" v. 22. 7. 1982, S. 1.

tropolen der beiden gegensätzlichen Weltsysteme, sich in eine gemeinsame Front gedrängt sahen, um eine umfassende Bündelung aller, in anderen Fragen noch so konträrer, Kräfte gegen die eine, überwältigend akute Hauptbedrohung. Ist die Gefahr heute noch größer, weil der drohende atomare Weltkrieg die Menschheit als Ganze und unwiderruflich ausrotten könnte, so sind aber doch die Rahmenbedingungen des Widerstandes und die Breite der möglichen Koalition ermutigend: das weltweite politische, kulturelle, aber auch wirtschaftliche und militärische Kräfteverhältnis ist 1982 nicht mehr vergleichbar mit dem von 1939. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas können nach dem Zusammenbruch der Kolonialreiche (nach 1945!) nicht mehr einfach ignoriert werden – und während es, als Hitler zur „Ausschaltung" der Sowjetunion mobilisierte, nur diesen einen ersten sozialistischen Staat UdSSR in einer Welt von Gegnern gab, hat der sozialistische Teil der Welt heute ein erheblich gewachsenes Gewicht und Potential, z. B. fast 40% der Weltindustrieproduktion.

Der Widerstand gegen die Reagan-Politik äußert sich heute in vielen Formen:

– in Form der Friedensbewegungen in Westeuropa und in den USA;
– in der gemeinsamen Realisierung kommerzieller und industrieller Projekte zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern Europas;
– in der gemeinsamen Frontstellung aller – abgesehen von den USA – wesentlichen Industrieländer, von Japan bis Kanada, gegen den von Reagan ausgerufenen Wirtschaftskrieg;
– in der fast totalen Isolierung, der sich die USA (leider allzu oft in Gesellschaft der Bundesrepublik) immer häufiger in der UNO gegenübersehen – vor allem in „Nord-Süd"-Fragen und in Sachen Abrüstung;
– im anhaltenden und noch wachsenden Widerstand der von Reagan-Amerika erbarmungslos bekämpften und mit beispiellosem Zynismus zu „Terroristen" abgestempelten Befreiungsbewegungen, wie z. B. in Mittelamerika.

Die Rundumschlag-Politik der Reagan-USA zwingt die betroffenen Kräfte geradezu, so unterschiedlich sie sind, in eine de facto-„Anti-Reagan-Koalition" – und immer deutlicher wird vor allem: Nur wenn Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik ihre von der Politik Reagans im Nerv getroffenen Lebensinteressen jetzt offensiv verfechten und sich von anachronistischen, täglich durch die Praxis widerlegten atlantischen Lebenslügen befreien, kann der drohende Atomkrieg noch mit einiger Sicherheit abgewendet werden.

Man sollte sich nichts vormachen: Die Tatsache, daß die Politik Reagans den USA bisher weltweit nur geschadet, aber nirgendwo einen Durchbruch erzielt hat, hat in Washington keinerlei Bereitschaft zum Umlernen ausgelöst, sondern eine weitere Kursverschärfung, ein Engerschließen der Reihen um Reagan und Weinberger. Der gegenwärtige Kurs der USA ist nun einmal nicht Ausdruck einer flüchtigen politischen Laune; seine Wurzeln liegen in der kapitalistischen Krise, aus der die seit Mitte der 70er Jahre immer einflußreicher gewordenen rechtesten Kreise des US-Establishments keinen anderen Weg als den Reagans wissen! Im mächtigsten Land der „freien Welt" regiert bis auf

weiteres eine Rechte, wie sie in Westeuropa heute überhaupt nicht mehr denkbar erscheint. Man darf, bei Strafe folgenschwerer Selbsttäuschung, nicht übersehen, daß die Amerikaner eben im Unterschied zu den Europäern, gleich ob in Ost oder West, ob in Bonn oder Moskau, weder Faschismus noch Krieg im eigenen Land erfahren und also keine entsprechenden Hemmschwellen entwickelt haben. Man muß Reagan nicht zum Faschisten machen, um zu erkennen, daß der „Reaganismus" die rechteste und aggressivste Politikvariante ist, die der Kapitalismus seit der faschistischen Krisen- und Kriegspolitik der 30er und 40er Jahre hervorgebracht hat. Für Reagan und Weinberger sind ja schon westeuropäische Sozialdemokraten oder aufgeklärte Konservative des Teufels und selbst ein F. J. Strauß dürfte sich in der Optik der Reagan-Administration fast als ein „Liberaler" darstellen . . .

Es wäre also absolut unverantwortlich, einfach auf das „Abwirtschaften" Reagans zu setzen und bis dahin sozusagen „mit niedrigem Profil" überwintern zu wollen. Selbst Helmut Schmidt scheint das in Kalifornien zeitweilig aufgegangen zu sein. Das Reagan-Lager hat – und das ist entscheidend – bis auf weiteres die Macht, und es ist entschlossen, jeden Widerstand zu brechen.

Vor diesem Hintergrund ist nicht mehr zu verkennen, daß es für die Bundesrepublik 1982/83, gleichgültig, was auf der Bonner Vorderbühne geschieht, keine wichtigere Frage geben kann als die Verhinderung des „Plans Euroshima", der Stationierung von 108 Pershing II und 464 Marschflugkörpern in der Bundesrepublik bzw. Westeuropa. Glaube doch kein Gewerkschafter, sozialpolitisch werde sich irgend etwas bewegen lassen, solange Bonn nicht mit dem Reagan-Kurs, der „Nachrüstung" und all ihren verhängnisvollen Folgen für Entspannung und Ost-West-Zusammenarbeit unzweideutig gebrochen hat! Glaube doch niemand, die Umwelt werde sich retten lassen, solange die Vorbereitungen für die atomare Katastrophe nicht gestoppt sind, und glaube doch kein Unionsanhänger, ausgerechnet eine Kohl/Strauß-Regierung werde die Bundesrepublik aus der Misere heraussteuern können! Die erbärmliche Rolle, die diese Herren gegenüber den Herausforderungen Reagans spielen, veranlaßt ja schon das Unternehmerorgan „Handelsblatt", Kohl „primitiven Amerikanismus" vorzuwerfen. Die Zukunft der Bundesrepublik hängt heute in erster Linie daran, daß die Friedensbewegung den in sie gesetzten Hoffnungen gerecht wird und sich durch nichts mehr von der Hauptfrage, 1983 die Raketenstationierung zu verhindern, abbringen läßt. Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden. Fast eine halbe Million war am 10. Juni in Bonn, um Reagan und den versammelten NATO-Spitzen dies klarzumachen. Je näher die Stationierung rückt, desto spürbarer wird die Betroffenheit, desto mehr Menschen zeigen sich bereit, selbst auf die Straße zu gehen, Front zu machen gegen die Bedrohung, die im Ernstfall keine Unterschiede zwischen den Anhängern der einen oder der anderen Partei machen wird und zu deren Abwehr jeder, wirklich jeder, gebraucht wird. Noch ist Zeit, etwas zu tun – allerdings höchste Zeit!

Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz*)

Von Helmut Ridder

I

Eine nicht geringe und daher nicht zu vernachlässigende Rolle spielt im Streit um den sogenannten NATO-Doppelbeschluß über die sogenannte Nachrüstung das „Souveränitätsdefizit" der BRD. So wird seitens der Apologeten des Beschlusses, wenn auch nicht lautstark, sondern eher gedämpft, undeutlich und beiläufig, eingestreut oder angedeutet: Selbst wenn die BRD die Installierung der Abschußrampen und eine Lagerung dieser Waffen durch die auf ihrem Gebiet stationierten amerikanischen Streitkräfte nicht wolle, könne sie doch rechtlich dagegen nicht remonstrieren, weil ihre Souveränität insoweit noch nicht hergestellt sei und die entsprechenden Rechte jener Streitkräfte durch einen Überhang aus dem Besatzungsregime der Zeit vor der Gründung der BRD abgesichert seien. Damit werden nicht ungeschickt inhaltlich ähnliche Vorstellungen angerufen, die auch bei den Gegnern der „Nachrüstung" verbreitet sind. Die Friedensbewegung würde sich in ihrem Kampf gegen den „Doppelbeschluß" ohne Not einer Waffe begeben, wollte sie die Souveränitätsfrage auf sich beruhen lassen. Aber der Umgang mit dieser Argumentation bereitet Schwierigkeiten. Sie sind der Juristisches und Politisches nicht hinreichend unterscheidenden Unschärfe der Begriffsbildung, der mangelhaften Registrierung und Verarbeitung der Positionsveränderungen der BRD in der westlichen Allianz und vor allem der Unkenntnis des hohen Funktionswerts der mitnichten zum imperialistischen Schrott gehörenden Souveränität der Staaten in der Völkerrechtsgemeinschaft der Vereinten Nationen geschuldet. Tatsächlich gibt es hierzulande nicht zuletzt unter demokratisch Gesinnten ein tiefsitzendes und, erinnert man sich an die Hochjubelung der Souveränität zur Entscheidungsmacht über Krieg und Frieden speziell in der deutschen konservativen Völkerrechtsliteratur, auch historisch sehr verständliches Mißtrauen gegenüber der Souveränität des Staates, dem infolge des jahrzehntelangen bösen politischen Spiels mit dem „geteilten Deutschland" auch nicht eine konstruktive ideologische Erfahrung bundesdeutscher Staatlichkeit entgegengesetzt worden ist.

*) Dem nachstehenden Beitrag liegt das Referat zugrunde, das Prof. Dr. Ridder auf der Konferenz „Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa – Für Frieden, Abrüstung und Entspannung" am 20./21. März 1982 in Frankfurt/M. gehalten hat. Die Red.

So steht in diesem Land Souveränität weithin für staatliche Repression nach innen, für Nationalismus und für friedensfeindliche Kriegsfreiheit nach außen. Naturrechtlichen Träumereien der verschiedensten Spielarten gilt sie als ein Widersacher der „Menschenrechte"; und je mehr die Menschenrechte „in" sind, um so mehr ist die Souveränität „ex". Doch sollte zu denken geben, daß gerade die epigonalen westdeutschen Naturrechtler, die in den ersten Nachkriegsjahren die völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Lehre und Praxis der BRD entscheidend beeinflußt haben, bezeichnenderweise in der Mehrzahl solche waren, die sich von begeisterten Verfechtern oder mindestens willfährigen Mitläufern des Nazi-Regimes urplötzlich zu glühenden Demokraten, Verfechtern der Werte des „christlichen Abendlands" und Menschenrechtlern „gewandelt" hatten. Der 8. Mai 1945 ist hier eben kein Datum einer tief einschneidenden ideologischen Zäsur, und viele alte Ströme imperialistischen, kolonialistischen, antiparlamentarischen und antidemokratischen Denkens wurden seither weniger gebrochen als vielmehr umetikettiert; das Etikett der „Supranationalität" – so für die „Europäischen Gemeinschaften" von der Montan-Union an – ist eines der verdächtigsten.

II

Wurde die BRD schließlich doch, die Kröte der gleichzeitigen und gleichrangigen Mitgliedschaft der DDR schluckend, Mitglied der Vereinten Nationen, so ist es nachgerade an der Zeit, sich mit dem Standpunkt des positivierten universalen Völkerrechts zur Souveränitätsfrage vertraut zu machen: Die Vereinten Nationen, deren Gründung ja eine Reaktion des Weltgewissens auf die konkret-historische Entfesselung des größten fremde Souveränität vernichtenden Raub- und Ausrottungskriegs der Neuzeit war, beruhen nach ihrer Charta, die aus Mängeln des Völkerbundes Lehren gezogen hat, dezidiert und unmißverständlich *„auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit"* aller ihrer Mitglieder (Art. 2 Nr. 1 SVN), in deren innere Angelegenheiten auch die Organisation selbst grundsätzlich nicht eingreifen darf (Art. 2 Nr. 7 SVN). Und wenn nach Art. 4 SVN nur solche friedliebenden Staaten Mitglied der Organisation werden können, die die Verpflichtungen aus der Charta übernehmen und nach dem Urteil der Organisation fähig und willens sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen, dann ist damit für die Mitglieder auch die nicht abdingbare permanente Pflicht statuiert, nicht nur die Souveränität aller anderen Mitglieder zu respektieren, sondern auch die eigene zu pflegen, d. h. vorhandene Souveränitätsdefizite tendenziell abzubauen und neue nicht entstehen zu lassen.

Diese Souveränität, ein *Rechts*institut (das also weder faktische Autarkie voraussetzt, noch zwischenstaatliche politische Abhängigkeiten leugnet!), umfaßt selbstverständlich *nicht* das *ius belli ac pacis,* ein „Recht" also, darüber zu entscheiden, ob der Verkehr mit den anderen Staaten ein friedlicher oder ein kriegerischer sein soll. Dieses ius belli ac pacis ist übrigens entgegen einer über eine frühere Praxis verbreiteten irrigen Meinung *auch früher kein recht-*

liches Attribut der Souveränität gewesen: Die bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts als ein angebliches Souveränitätsrecht, ja als Krönung der Souveränität akzeptierte sogenannte Kriegsfreiheit zeigt vielmehr nur die an entscheidender Stelle klaffende *Lücke* in jener neuzeitlichen *europäischen* Völker*rechts*ordnung an. Denn es kann gar keine *Rechts*ordnung geben, deren oberster *Rechts*satz in dem aberwitzigen „Recht" bestünde, alle friedensrechtlichen Bindungen jederzeit einseitig, willkürlich oder fristlos aufzukündigen. Es ist von dieser Fehlmeinung her nur ein kleiner Schritt zu der sogenannten kriegsrechtlichen Völkerrechtstheorie, in der der Frieden zur opportunistischen Unterbrechung des Krieges verkommt. Ich muß das erwähnen, weil auch diese Theorie inhaltlich keineswegs zum Schnee von gestern gehört, sondern in dem Nachlaß aus spezifisch deutscher Vergangenheit ihr quicklebendiges Unwesen treibt; sie ist auch die ideologische Folie der amtlichen BRD-Doktrin, die die „Ostverträge" in „modi vivendi", d. h. zu Waffenstillständen (!), herunterstuft. Richtig ist, daß die endgültige Lösung des im 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt erreichenden europäischen Völkerrechts vom „materiellen Kriegsrecht", von den Doktrinen also über den „gerechten" Krieg, mit dem Ausbau eines humanitären Kriegsführungsrechts einherging, der das „Verhältnismäßigkeitsprinzip" der militärischen „Kriegsräson" benutzte, und daß dieser Schritt relativen zivilisatorischen Fortschritts durch die Ausklammerung der Frage nach der „Gerechtigkeit" des Krieges erleichtert worden ist. Aber damit stellen wir nur eine vergangene historische Konjunktur fest. Es ist die Konjunktur des auf die sogenannten zivilisierten Staaten beschränkten Völkerrechts jener Zeit, von dessen Segnungen schon seit Beginn der Weltentdeckung die vom europäischen Imperialismus und Kolonialismus heimgesuchte übrige Menschheit ausgeschlossen war. Das mit der Ära der Vereinten Nationen sich entfaltende *universale* Völkerrecht muß selbstverständlich alle positiven Erträge jener früheren Entwicklungen des Kriegsführungsrechts festhalten, ja sie für alle Fälle weiter zu verbessern suchen. Das Völkerrecht der Vereinten Nationen, das darüber hinaus die Kriegsfreiheit untersagt, hat damit die Kriminalisierung des Kriegs und die Rechtswidrigkeit des ius belli ac pacis bestätigt.

Der hohe Funktionswert der einzelstaatlichen Souveränität für die Effektivität des Kriegsverbots läßt sich nur erfassen, wenn man alle Eierschalen des Naturrechtsdenkens hinter sich läßt, das den Weg zur Friedenssicherung von Meilensteinen von Souveränitätsopfern gesäumt sieht, und wenn man den Charakter der heutigen universalen Völkerrechtsgemeinschaft ins Auge faßt. Diese Völkerrechtsgemeinschaft ist *nicht ideologisch homogen.* Sie umfaßt Staaten mit höchst unterschiedlichen, ja konträren gesellschaftlichen Ordnungen. Sie ist für die Realisierung der Kriegsächtung auf strenge koexistenzielle Gleichheit angewiesen; sie muß versuchen, den größtmöglichen *Schutz gegen* ökonomische und militärische *Interventionen* aus Gründen der Systemverschiedenheit zu produzieren. Diese Völkerrechtsgemeinschaft und ihr Recht steht und fällt also mit der Souveränität und rechtlichen Gleichheit der Staaten.

III

In der Amtssprache und den Akten der auswärtigen Gewalt der BRD wird das Wort „Souveränität" auffällig ausgespart. Von den beiden schon etwas älteren einschlägigen BRD-Monographien (O. Kimminich: Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, 1970, und H. Rumpf: Land ohne Souveränität, [2]1973) konstatiert die erstgenannte nicht unerhebliche Defizite – der Autor verbindet diese Feststellung in sehr symptomatischer Weise mit einer naturrechtlich inspirierten Umwandlung der Not in eine Tugend –, während Rumpf seine rádikalen Wertungen bereits im Titel zum Ausdruck bringt.

Die Defizit- bzw. Null-These könnte in drei Bereichen überprüft werden.

a) Den ersten kann ich hier nur streifen. Es ist der schon genannte *Komplex der Europäischen Gemeinschaften,* die erst nach der Gründung der BRD und auf ihre Mitinitiative hin entstanden sind und deren Organe hoheitliche Befugnisse wahrnehmen, die die staatliche Korporationsschale durchschlagen und innerhalb der Mitgliedstaaten unmittelbar verbindlich sind. Verfassungsrechtlich wird die entsprechende „Übertragung von Hoheitsrechten" auf diese Gemeinschaften mit Art. 24 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) für die BRD gerechtfertigt. Vom Nimbus der europäischen Einigung verklärt und mit der scheinparlamentarischen Kulisse von Straßburg ausgestattet, besorgen die rechtsverbindlich entscheidenden Gemeinschaftsorgane, gratis für das Ensemble der dominanten privatwirtschaftlichen Kräfte, d. h. auf Kosten der Allgemeinheit, an den nationalen parlamentarischen Kontrollinstanzen vorbei, einigermaßen effizient und mit Wirkungen weit über den Gemeinschaftsraum hinaus, die essentials der Steuerung des Wirtschaftsgeschehens. Hier zeigt sich, wie das „Souveränitätsopfer" die einzelstaatliche demokratische Innenausstattung der Souveränität aushöhlt. Deshalb darf die doppelte Frage mindestens aufgeworfen werden, ob *diese* Art einer partiellen Preisgabe von Souveränität grundsätzlich staatsrechtlich vor einer das Demokratiegebot enthaltenden Verfassung und völkerrechtlich eben vor dem Souveränitätsgebot haltbar ist, das ja der Interventionsabwehr dient, wenn auch die Schöpfer der Charta den Interventionismus nichtstaatlicher Mächte nicht reflektiert haben dürften.

b) Der zweite, zunächst auch nur kurz zu behandelnde Bereich bringt uns bereits an die Genese der BRD heran. Es ist ein Komplex voller Absurditäten, in denen jede Rationalität erstickt und eine faszinierende Vernarrtheit in unauflösliche Widersprüche zutage tritt. Wir haben es hier zu tun mit den – noch nie in ihrer Tragweite für die Souveränitätsfrage beleuchteten – Folgen der fixen Idee von der *Fortexistenz eines „deutschen Gesamtstaats",* die mit zunehmendem Altersstarrsinn von der BRD-Amtlichkeit und allen bundesdeutschen Politikern, die im Wege der Alleinvertretung das demokratische Meinungsspektrum besetzt halten, einstimmig als ein juristisches Dogma aufrecht erhalten wird.

Darüber lachten zwar schon immer die Hühner und lächelten schon geraume Zeit die Auguren, aber schwätzen immer noch die Werk- und Sonntagsredner und schreiben unentwegt die Juristen – immer neue zu den schon vorhandenen Tausenden Seiten von Makulatur, einschließlich des Grundvertragsurteils des Bundesverfassungsgerichts. Der juristischen Unsinnigkeit dieser Glaubenslehre wird man habhaft, wenn man erkennt, daß hier eine Fiktion zur nicht-fiktiven rechtlichen Realität gemacht wird, was aber in völkerrechtlicher Hinsicht nur dann möglich sein kann, wenn alle, die es angeht, das wollen, also sozusagen in einem Fall Österreich (das mit dem allseitig akzeptierten Staatsvertrag von 1955 sein staatliches Kontinuum befestigen konnte). Aber an einem solchen internationalen Konsens fehlt es im Falle des „gesamtdeutschen Staats" ja gerade; und so vertrocknet die BRD, mit diesem Dogma auch von ihren Freunden in der westlichen Allianz allein gelassen, in den vordersten Schützengräben des Kalten Krieges, wo sie sich mit dieser These festgenagelt hat und inzwischen allerdings ganz langsam anfängt, sich über ihre Unbeweglichkeit zu wundern.

Von der uns hier interessierenden Souveränitätsfrage her sieht die Sache so aus: Die BRD, angeblich mit dem „gesamtdeutschen Staat" identisch (oder teil-identisch), wird von diesem ihrem angeblich handlungsunfähigen alter ego, für das sie aber pausenlos selbst handelt, indem sie beispielsweise das angeblich über die Bundesangehörigkeit weit hinausreichende und keineswegs am 8. Mai 1945 erstarrte „deutsche" Staatsangehörigkeitsrecht regelt, in ihrer eigenen Souveränität auf das empfindlichste beschnitten. Sie kann angeblich durch die von ihr im Zuge der sogenannten neuen Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Regierung abgeschlossenen Verträge den „gesamtdeutschen Staat" nicht verpflichten, rangiert die Verträge infolgedessen zu modi vivendi herunter und behält dadurch dem nicht vorhandenen „gesamtdeutschen Staat", der in ihr selbst vorhanden ist, also sich selbst, eine nicht vom Recht, sondern nur durch die Grenzen des Machbaren domestizierte Personalhoheit über Nichtbundesbürger und eine nicht preisgegebene, sondern nur stillgelegte Gebietshoheit über fremdes Staatsgebiet vor. Selbstverständlich ist das alles ohne Einfluß auf den Inhalt und die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Verträge. Aber weder das ist hier weiter zu behandeln, noch ist darauf einzugehen, welche Erschwerungen der Vertragspraxis daraus entstehen und welchen nicht sonderlich friedliebenden Hintersinn die perpetuierte nicht realisierbare Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrags mit dem fiktiven „gesamtdeutschen Staat" hat. Es ging hier nur um die Darstellung des wahrlich phantastischen Vorgangs, daß die BRD durch Anrufung eines imaginären Doppelgängers *ihre eigene Souveränität* (scheinbar) *verstümmelt* und dadurch gleichzeitig jedenfalls tendenziell auch die *Souveränität ihrer Vertragspartner in Mitleidenschaft zieht.* Das kann kein satzungsgemäßes Verhalten eines friedliebenden Mitglieds der Vereinten Nationen sein, in denen die BRD als BRD und nicht gleichzeitig auch als Treuhänder eines nicht vorhandenen Staats Mitglied ist.

c) Mit dem dritten unter dem Aspekt der Souveränitätsfrage auftauchenden Komplex sind wir mitten in der politischen Gesamtthematik. Wir haben es hier also auch mit der brennenden Frage zu tun, ob es laufende und kommende Rüstungs-, Ausrüstungs- und sonstige militärische Maßnahmen innerhalb der Allianz auf bundesdeutschem Boden oder mit Wirkung auf bundesdeutsches Gebiet gibt oder geben kann, die entweder in rechtlich unzulässiger Weise die Souveränität der BRD affizieren oder aber nur deswegen rechtlich zulässig sind, weil insoweit die Souveränität der BRD beschränkt ist.

„Westliche Allianz" ist hier das auf dem Nordatlantik-Vertrag vom 4. April 1949 aufruhende Paktsystem mit dem Kurznamen NATO, dem die BRD am 6. Mai 1955, am Tag nach der Aufhebung des Besatzungsregimes der Drei Mächte, beigetreten ist. Wir dürfen dabei vernachlässigen, daß die BRD außerdem schon am 23. Oktober 1954 der WEU (= Westeuropäische Union; ehemals „Brüsseler Pakt") beigetreten ist, die sich am 17. März 1948 konstituiert hatte – bereits im Zeichen der Erweiterung und Umfunktionierung des englisch-französischen Dünkirchen-Pakts von 1947 in ein westeuropäisches Teilstück des kommenden atlantischen Systems, innerhalb dessen sie dann sechs Jahre später bestimmte Funktionen aus der gescheiterten EVG (= Europäische Verteidigungsgemeinschaft) auffing, deren gedankliches Kernstück in der entnationalisierenden Integration bundesdeutscher Kontingente in eine europäische Streitmacht bestanden hatte. Für all das ist auf den Text der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 3. Oktober 1954 zu verweisen.

IV

Nicht nur als Juristen, sondern auch im Interesse einer national zu verantwortenden Politik haben wir das NATO-System beim Inhalt des zugrundeliegenden Pakts zu nehmen, was immer seine Väter darüber hinaus als mehr oder minder eifrige Kreuzzügler gedacht haben mögen.

Die NATO hält sich, wie der im Gegenzug, teils unter wörtlicher Übernahme des NATO-Textes, entstandene Warschauer Pakt, der Satzung der Vereinten Nationen verpflichtet. Die NATO ist ein *militärisches Verteidigungsbündnis.* Der Vertragstext beschreibt in Art. 5 und 6 präzise den undifferenziert und insgesamt in seiner Sicherheit zu garantierenden europäischen und nordamerikanischen Raum, der das *„nordatlantische Gebiet"* heißt, zu dem beispielsweise weder Afghanistan noch der Persische Golf noch Nicaragua gehören. Deshalb ist nicht nur jede Entscheidung, Planung oder Maßnahme eines NATO-Partners, die nicht Verteidigungs-, sondern Angriffszwecken dient, sondern auch eine Verteidigungszwecken dienende, wenn sie mit Sicherheit die Sicherheit (und damit die Souveränität) eines anderen Partners bedroht, ein *schwerwiegender Vertragsbruch.* Ein schwerwiegender Vertragsbruch ist also beispielsweise die Entwicklung und Realisierung eines rüstungs- und/oder militärstrategischen Konzepts, das, die Kriegsschwelle senkend, den auf eine europäische Region begrenzten Kernwaffenkrieg einkalkuliert,

der das gesamte Staatsgebiet eines Partners zerstören würde. Die dazu gehörende Installation neuer atomarer Waffen, die die völlige Zerstörung eines Partnerstaats durch den Gegenschlag des potentiellen Gegners geradezu provoziert, ist eine *Bedrohung des „nordatlantischen Gebiets"*, das nicht aus den USA allein besteht und auch im übrigen nicht teilbar ist. Vertragsbruch aber ist ein *völkerrechtliches Delikt*, und zu den erlaubten Sanktionen gegen Vertragsverletzungen gehört im Völkerrecht von jeher, daß der verletzte Vertragspartner sich seinerseits als aus den vertraglichen Bindungen entlassen betrachten kann.

Die Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 definiert in Art. 60 als „wesentlichen Vertragsbruch" die „Verletzung einer Vertragsbestimmung, die für die Verwirklichung des Gegenstandes und Zwecks des Vertrages wesentlich ist". Um so mehr ist eine Handlung ein „wesentlicher Vertragsbruch", wenn sie den ganzen Vertragszweck pervertiert, wie das hier bei der Vertauschung der Sicherheit des „nordatlantischen Gebiets" mit der Sicherheit des Gebiets eines Partnerstaats zulasten eines andern der Fall ist. Im Falle eines multilateralen Vertrags berechtigt nach Art. 60 der Konvention ein wesentlicher Vertragsbruch „einen durch den Vertragsbruch besonders betroffenen Partner, diesen Bruch als Grund für die Aussetzung der Wirksamkeit des Vertrages im ganzen oder teilweise in den Beziehungen zwischen diesem Staat und dem vertragsbrüchigen Staat geltend zu machen". Das klingt nur deswegen nach Lehrbuch, weil die Vertragsrechtskonvention naturgemäß keine Vorschriften darüber enthalten kann, wie man sich eine Regierung beschaffen kann, die nicht ununterbrochen aus dem Glashaus mit Steinen nach den Grenzen der politischen Entscheidungsspielräume der kleinen Brüder eines anderen Bündnissystems wirft und die, statt dem doch unfruchtbar bleibenden Geschäft nachzugehen, durch Entdeckung von Raketenlücken Vertrauenslücken zu stopfen, sich zu der Erkenntnis durchringt, daß die NATO dem eindeutigen verbindlichen Vertragstext zufolge eben kein Instrument amerikanischer Weltmachtpolitik, sondern ein Bündnis zum Schutz eines nicht teilbaren Sicherheitsgebiets ist.

Die NATO ist bei all dem aber natürlich *kein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit"*, wie das mit geradezu unverfrorener Dreistigkeit eine Ende des vergangenen Jahres vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken verlautbarte Erklärung behauptet. Im Vergleich zu Verteidigungsbündnissen (unter „Gleichgesinnten") sind „Systeme der kollektiven Sicherheit" weitaus effizientere Instrumente der Verbürgung von Sicherheit und Frieden; sie schließen aktuelle und/oder potentielle *Gegner* zusammen und legen ganz grundsätzlich und von vornherein die Axt an die Wurzeln der spiralförmig wuchernden Rüstungsfreiheit. Das Völkerbund-Europa der 30er Jahre stand im Zeichen der aufsteigenden faschistischen Achsenmächte vor der Aufgabe des Zusammenschlusses aller nicht-faschistischen Länder zu einem solchen System der kollektiven Sicherheit. Es hat die darin liegende Chance nicht begriffen und damit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die Aggressoren vorgearbeitet.

Das (meist genauso unsorgfältig wie der NATO-Vertrag gelesene) Grundgesetz für die BRD enthält in Art. 24 Abs. 2 einen Verfassungsauftrag, der „zur Wahrung des Friedens" die Einordnung unseres Landes in ein solches System zum Gegenstand hat, wobei die Einwilligung in solche Beschränkungen der Souveränität („Hoheitsrechte") erlaubt ist, „die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa [das reicht bekanntlich vom Atlantik bis zum Ural] und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern". Wer von den Absolventen der Schulen unseres Landes kennt schon diese Bestimmung, und wer von den wenigen Kennern kennt ihre wahre Bedeutung? Vielleicht Herr Bahr, dessen Überlegungen in Sachen „Gemeinsame Sicherheit" also zwar kein Neuland erschließen, aber Beifall und jede Unterstützung verdienen, mit dessen Prioritäten und Abwarteempfehlungen in der uns konkret bedrängenden Frage der sogenannten Nachrüstung aufgrund des sogenannten Doppelbeschlusses der NATO freilich um so weniger einverstanden sein kann, wer mit leider nur zu gutem Grund in den dort vorgesehenen Stationierungen die Entzündung der Kriegslunte erblickt. Und ist es nicht sowohl erschreckend als zugleich auch zutiefst beschämend, daß in dem Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, den der DDR-Staatsratsvorsitzende am 17. Dezember 1969 Bundespräsident Heinemann übermittelt hat, einleitend „die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit" angesprochen und als Baustein eines Systems der Friedenssicherung ein ausformulierter Art. IV enthalten war: „Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland verzichten darauf, Kernwaffen zu erlangen oder in irgendeiner Form über diese zu verfügen. Sie verpflichten sich, dafür einzutreten, daß Verhandlungen über Abrüstung durchgeführt werden. Auf dem Boden der beiden deutschen Staaten dürfen weder chemische noch biologische Waffen hergestellt, stationiert oder gelagert werden" – daß diesem handfesten Vorschlag aber seitens der BRD sowohl beim Erfurter als auch beim Kasseler Treffen justament des großen atlantischen Bruders wegen nur mit einigen verschwommenen allgemeinen Absichtserklärungen begegnet wurde, die dann auch zu der wäßrigen Unverbindlichkeit von Art. 5 des Grundvertrags geführt haben?

Ich habe vorhin implizit zum Ausdruck gebracht, daß ich die Argumentationsfäden, an denen die Völkerrrechtslehre der DDR, wenn ich richtig sehe, einhellig, einen wohl auch rechtlich gravierenden Grundwiderspruch zwischen dem NATO-Pakt – ich spreche von ihm und nicht von der mit ihm betriebenen Politik – und der UN-Charta festmachen will, für bedenklich lang und dünn halte. Um so richtiger ist die Feststellung, daß die Existenz der NATO wie im Ergebnis auch des Warschauer Pakts einen beklagenswerten Tiefstand an Entfaltung des Geistes eines universalen Völkerrechts indiziert und daß ein jeder auch noch so bescheidene Schritt von Mitgliedern dieser Paktsysteme in Richtung auf eine, sei es bilaterale, sei es multilaterale Institutionalisierung kollektiver Sicherheit die Entfaltung dieses Geistes fördert. Als ein Unternehmen der Sicherheitsverbesserung ist auch ein jeder solcher Schritt vereinbar mit den chartagemäß interpretierten Bündnissen selbst, die dadurch ih-

rem natürlichen Ende (durch Überflüssigwerden) nähergebracht werden und nur solange und soweit rechtlich haltbar sind, wie nichts für die Friedenssicherung Effizienteres an ihre Stelle tritt.

V

Wenn die Einbindung in die westliche Allianz für die BRD hinsichtlich ihrer Souveränität Probleme aufwirft, die für die anderen Mitglieder, die sich beispielsweise auch an das NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951 gebunden haben und deren Truppen mit Ausnahme Frankreichs wie die Verbände der Bundeswehr auf dem europäischen Festland der nordatlantischen Kommandogewalt unterstehen, nicht vorhanden sind, so ist das eine Folge der Eigentümlichkeiten des Entstehens der BRD und des viele Etappen umfassenden Prozesses ihrer Eingliederung in die Allianz. Politisch gesehen und bildhaft beschrieben, war schon die Geburt der BRD kein so heiteres Ereignis wie das Auftauchen der Venus aus den freien Meereswellen, sondern von strengen Konditionen abhängig. Dieses Kind des Kalten Krieges war zum Frontsoldaten ausersehen, sonst hätte es das Licht der Welt nicht erblickt. Die Vorherbestimmung beruhte auf Erwartungen, die im Blick auf die Gesamtsituation Trizonesiens*), auf die politisch-psychologischen Folgen des mit der Ausweisung der Bevölkerung verbundenen Verlustes der deutschen Ostgebiete, auf die im Emotionalen und Moralischen hängenbleibende Verarbeitung der jüngsten erlittenen eigenen Geschichte, auf die Möglichkeit, dem Antikommunismus seinen geliebten Erbfeind zu erhalten und zu vergrößern, auf den anstelle der unmöglichen Revolution von außen unternommenen und in juristisch-bürokratischem Irrsinn strandenden Versuch von „Entnazifizierung", auf die Restituierung der alten ökonomischen Mächte, auf das jedenfalls für diesen Zweck positive, objektive zwieträchtige Zusammenwirken von christdemokratischer Abendländlerei und sozialdemokratisch-chauvinistischer Abgrenzungsneurose wohl begründet waren.

Der außenpolitische Datenrahmen der Zweckschöpfung des westdeutschen Staats war aber so kompliziert, daß die Herstellung vollständiger und vorbehaltloser bundesrepublikanischer Souveränität nicht sofort erfolgen konnte. Ich erwähne von vielen Gründen nur den Umstand, daß die drei ihre Besatzungszonen zusammenschließenden Westmächte nach Maßgabe ihrer eigenen unterschiedlichen Erfahrung mit deutscher Kriegsmacht und Okkupation in dem Maß an Vertrauen, das sie dem neuen Verbündeten entgegenbrachten, divergierten. Die auch in Sachen der deutschen Staatsgründung jeweils nachziehende Sowjetunion ist im Vertrag vom 20. September 1955 mit ihrer ehemaligen Besatzungszone bei einer uneingeschränkten Souveränitätsüberlassung verblieben. Für die BRD stellen die westdeutschen Gewährsleute mit unterschiedlichen Nuancierungen jedenfalls ein schlechtere „Souveräni-

*) Ironische Bezeichnung der Nachkriegszeit für die drei westlichen Besatzungszonen, die sogenannte Trizone. Die Red.

tätslage" fest. Sie haben damit in dieser Allgemeinheit recht. Aber was sind denn nun die konkreten Vorbehaltsräume, die als fortbestehendes („versteinertes") Besatzungsrecht, über das die BRD weder selbst verfügen kann noch aus souveräner Gleichheit mit anderen Mächten kontrahieren konnte, Lücken in der Souveränität der BRD gelassen haben? Der Umfang der ihretwegen zu erstattenden Fehlanzeige ist heute ziemlich gering.

Wir können hier alles beiseite lassen, was nicht in das Umfeld von „Truppenstationierung" i. w. S. gehört und demzufolge heute einen NATO-Bezug hat (wie etwa gewisse Verkürzungen der bundesdeutschen Justizhoheit durch kassationsbefugte internationale Stellen). Dann sind wir im Bereich der *Art. 2, 4 und 5 des Deutschland-* (oder General-) *Vertrags* (DV), der nach der Natur seines Gegenstands unstreitig einem entwicklungsgeschichtlichen Abschmelzungsprozeß unterliegt. Das gilt sehr deutlich für Art. 5 Abs. 2, die Vorbehaltsrechte „in bezug auf den Schutz der Sicherheit" der fremden Streitkräfte in der BRD. Ihr „Erlöschen" ist im Zusammenhang mit der Verabschiedung der bundesdeutschen Notstandsgesetzgebung sogar ausdrücklich von den Drei Mächten „notifiziert" worden. (Ich lasse beiseite, daß das diesbezügliche Notenspektakel aus Washington, London und Paris an Bonner Kaminen vorbereitet worden ist, um jener Gesetzgebung den innenpolitischen Weg zu ebnen; daß das Recht innerdeutscher „Notwehr" für die fremden Streitkräfte nach wie vor reklamiert wird und daß daraus hervorgeht, wie gering die Substanz dieser Vorbehaltsrechte von Anfang an gewesen ist; und ob deutsche oder fremde Geheimdienste die Telefone überwachen, ist angesichts ihrer vorbildlichen Zusammenarbeit ziemlich schnuppe.)

Bleiben die über Art. 4 Abs. 2 miteinander verflochtenen Art. 2 und 4 des Deutschland-Vertrags. In dem Gefüge dieser beiden Artikel begegneten sich, was die Motivation angeht, ein westalliiertes Interesse an der Verfestigung der Legitimation ihrer militärischen Präsenz in der BRD durch eine rückgreifende Verkoppelung mit dem alten Viermächte-Besatzungsregime für alle vier Besatzungszonen und das bundesrepublikanische Interesse an der Verstärkung einer „gesamtdeutschen Klammer", die Berlin einschließt. Die seitens der BRD von dem westalliierten Vorbehalt der bisherigen „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" erhoffte politische Dynamik blieb von vornherein hinter den Erwartungen zurück, weil die Drei Mächte sich von vornherein weder das bundesdeutsche Dogma vom fortexistierenden „gesamtdeutschen Staat" noch das Dogma von der Zugehörigkeit Berlins zur BRD zueigen gemacht haben. *Rechtlich endgültig und insgesamt gegenstandslos geworden* sind *die Vorbehaltsrechte des Art. 2 DV* in deutschen Angelegenheiten, was auch immer ihre konkret faßbare Substanz gewesen sein mag, durch den von den drei Westmächten selbst gutgeheißenen und geförderten ost- und deutschlandpolitischen Normalisierungsprozeß, der in die bekannten Verträge der BRD mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik Polen und der DDR und in das langfristige Interim des Viermächte-Abkommens über Berlin einmündete. Wenn der

Grundvertrag und die Ostverträge wirkliche internationale Verträge sind – sie sind es – und keine modi vivendi, was nur die Doktrin für den Hausgebrauch der BRD behauptet, haben sich diese Rechte verzehrt. Das ist niemandem klarer als den Westmächten selbst, deren bemerkenswerte Anstrengungen, die BRD an den Verhandlungstisch zu bringen, für das Zustandekommen wahrscheinlich schwerer wiegen als die von der BRD selbst nur zurückhaltend an den Tag gelegte Begeisterung für die „neue" Deutschland- und Ostpolitik. Daher kann Art. 9 des Grundvertrages, wonach die BRD und die DDR darin übereinstimmen, „daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden", nicht die Bedeutung haben, die Vorbehaltsrechte aus Art. 2 DV am Leben zu erhalten. Das gilt genauso für die entsprechenden Artikel der Ostverträge. Der DV wird eben nur mit seinem durch den jeweiligen Entwicklungsstand gegebenen eigenen Inhalt durch den Grundvertrag und die Ostverträge nicht berührt.

Damit ist aber auch die in *Art. 4 Abs. 2 DV* enthaltene *besatzungsrechtliche* Wurzel alliierter Truppenpräsenz in der BRD *eingetrocknet*. Sie hat sowieso von Anfang an z. B. auch nur eine Präsenz bis zur Effektivstärke vom Tage des Volleintritts der BRD in das NATO-System legitimiert. Das ist auch seitens der BRD nicht übersehen worden. Und man hat deswegen – mit einem durchaus richtigen Ansatz, aber sich in juristischen Haarspaltereien verheddernd – versucht, zwischen einer besatzungsrechtlichen und einer NATO-bezogenen vertragsrechtlichen Legitimation der Truppenpräsenz zu unterscheiden. Bleibt man dabei stecken, kommt freilich Unsinn heraus. Militärische Streitkräfte sind funktionelle Einheiten. Das Splitting der Rechtsgrundlagen der Truppenstationierung führt, konsequent betrieben, zu papiernen Zahlenspielen, die völlig an dieser Funktionseinheit vorbeigehen. Es müßte ja das stationierte Militärpersonal mit dem numerisch stets gleichbleibenden Teil, der der ehemaligen Effektivstärke entspricht, der besatzungsrechtlichen, dagegen mit dem jeweils diese Stärke übersteigenden Teil der vertragsrechtlichen Grundlage zugeschrieben werden. Das hieße, nehmen wir beispielsweise ein aktuelles Verhältnis 1:1 an, daß, wenn amerikanische Truppen in der BRD völlig neuartige Waffensysteme installieren, dies genau zur Hälfte in einem besatzungsrechtlichen Freiraum geschehen könnte, der irgendwie mit den deutschen Querelen nach Art. 2 DV zusammenhinge, und zur anderen Hälfte, orientiert an dem allen NATO-Partnern gemeinsamen Ziel der Verteidigung des „atlantischen Sicherheitsgebiets", auf seine NATO-vertragliche Zulässigkeit hin zu prüfen wäre.

Allein die letzte Prüfung ist indes am Platze, nachdem der Verzehr der Vorbehaltsrechte aus Art. 2 DV eingetreten ist und Art. 4 Abs. 2 DV mitgenommen hat. Und hier könnte dann eben *nur noch der Stationierungsvorbehalt des Art. 4 Abs. 1 DV* einschlägig sein, wobei sicher nach der Aufnahme der BRD in die NATO aus der als Aufgabe der in der BRD stationierten Truppen genannten „Verteidigung der freien Welt" (Satz 3) NATO-gerecht die Verteidigung des „atlantischen Sicherheitsgebiets" zu machen ist. Generell stellt sich die

Frage, ob auch dieser ganze Vorbehalt erledigt ist. Ich zögere nicht, auch sie zu bejahen. Bereits Art. 4 Abs. 1 Satz 1 DV selbst verwies für Inhalt und Umfang der vorbehaltenen Rechte und Pflichten auf den „Truppenvertrag" mit dem Datum des 23. Oktober 1954, der schon etwas gewaltsam interpretiert wird, wenn man ihm unterstellt, er habe noch den in ihm ja nicht normierten, für das ursprüngliche Besatzungsregime in Deutschland typischen unbegrenzten Freiraum für jegliche Entscheidung über Aktivitäten, Bewaffnung usw. der fremden Truppen *vorausgesetzt*. DV, Truppenvertrag, Finanzvertrag, Überleitungsvertrag und die sonstigen, alle mit demselben Datum versehenen Verträge und Protokolle waren ja eine ganz maßgebliche Etappe der Liquidierung des Besatzungsregimes. Ganz sicher hat sich die besatzungsrechtliche Wurzel der Truppenstationierung spätestens aufgelöst mit dem Inkrafttreten des NATO-Truppenstatuts vom 19. Juni 1951 für die BRD, also mit dem 1. Juli 1963, dem Tage, an dem auch das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 in Kraft getreten und der Truppenvertrag vom 23. Oktober 1954 erloschen ist. Der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23. Oktober 1954 läuft mindestens leer; da er nach Art. 3 „mit dem Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland" außer Kraft treten soll und an die Stelle einer solchen friedensvertraglichen Regelung endgültig das System der Ost-Verträge der BRD getreten ist, muß er meines Erachtens für konsumiert gehalten werden.

Somit ist der gesamte um die Truppenstationierung zentrierende Komplex von seinen besatzungsrechtlichen Ursprüngen rechtlich gelöst und obliegen der BRD, die freilich in einzelnen Beziehungen, so in dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, mehr Pflichten als die sonstigen NATO-Mitgliedstaaten übernommen hat, keine über die vertraglichen Pflichten hinausgehenden Duldungspflichten mehr. Sie ist, was die aktuelle Frage der Installierung der neuen Nuklearwaffen laut „NATO-Doppelbeschluß" angeht, nicht weniger souverän als die übrigen NATO-Mitgliedstaaten. Eine ohne Zustimmung der BRD erfolgende Installierung verletzt die Souveränität der BRD und das Recht der Charta der Vereinten Nationen, zu deren Respektierung die BRD übrigens schon, bevor sie UNO-Mitglied wurde, durch keinen anderen als gerade den Deutschland-Vertrag (Art. 3 Abs. 1) im Verhältnis zu den Drei Mächten verpflichtet war.

VI

Kürzlich hat Herr Bahr am Fernsehschirm die Meinung geäußert, Installierungen wie die im „NATO-Doppelbeschluß" vorgesehenen, von chemischen Waffen usw. seien *an die Zustimmung der BRD gebunden*. Er dürfte das *politisch* gemeint haben. Und er hat sicher recht, wenn er in einem klaren Nein der BRD ein nicht überwindliches Hindernis sieht. Ein solches dezidiertes Nein wäre das letzte entscheidende Wort bei einer Kontroverse, oder die Allianz würde zusammenbrechen. Das ist freilich nur der erste richtig dargestellte Teil eines politischen Zusammenhangs, dessen zweiter wieder zu der Frage

zurückführt, unter welchen Voraussetzungen, wenn nicht unter dem überwältigenden Druck einer aufgeklärten Volksmeinung, in der BRD ein Verfassungsorgan zu finden sei, das fähig und willens wäre, zum Mord und Selbstmord der Nation, zum Vertragsbruch der NATO-Vormacht und zur Verletzung der UN-Charta Nein zu sagen. Wir können dem SPD-Politiker bestätigen, daß das *Nein auch rechtlich kein Nullum wäre.* Die Friedensbewegung muß wissen, daß die Bundesregierung sich ihrer Verantwortung für das Ja zum „NATO-Doppelbeschluß" nicht dadurch entziehen kann, daß sie sich hinter irgendwelchen „Souveränitätsdefiziten" der BRD verschanzt.

Ächtung der Atomwaffen?

Von Walter Lewald

I

Im Jahre 1958 hat Albert Schweitzer eine Schrift betitelt „Friede oder Atomkrieg" (Untertitel „Die Gefahr des Atomkrieges")[1]) veröffentlicht, die folgende Sätze enthält:

„Wir müssen heute mit der drohenden Möglichkeit eines zwischen der Sowjetunion und Amerika ausbrechenden Atomkrieges rechnen. Vermieden kann er nur werden, wenn die Atommächte sich miteinander entschließen, auf Atomwaffen zu verzichten.

Im Jahre 1945 gelingt Amerika die Herstellung der auf Kernspaltung von Uran 235 beruhenden Atombombe. Diese läßt es am 6. August 1945 auf Hiroshima und am 9. August auf Nagasaki abwerfen. Der Besitz dieser Atombombe verleiht ihm eine einzigartige militärische Überlegenheit über alle Völker. Von Juli 1949 an verfügt die Sowjetunion auch über eine Atombombe. Und zwar ist deren Wirkung ebenso groß wie die der zwischen 1946 und 1949 vervollkommneten amerikanischen Bombe. Zwischen beiden Mächten ist nun der Friede insofern gewahrt, als jede Respekt vor den Bomben der anderen hat."

Mit diesen Worten hat Albert Schweitzer auch den heute bestehenden Zustand, von den Unterschieden der damals und heute gegebenen statistischen Daten abgesehen, richtig beschrieben.

1) Erschienen im C. H. Beck Verlag, München.

Nachdem – nach Schweitzer im Jahr 1949 – die UdSSR der potentielle atomare Kriegsgegner der USA geworden war, hat der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Weltmächten begonnen, welcher bis heute andauert.

„Zur Erhaltung des Völkerfriedens und der internationalen Sicherheit" (Präambel des Vertrages von San Francisco vom 26. 6. 1945) begannen im Anfang der 50er Jahre die Abrüstungsverhandlungen in der Abrüstungskommission und im Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen in New York und in der Abrüstungskonferenz im Palais des Nations in Genf, letztere unter Vorsitz der beiden Supermächte.

Die Genfer Verhandlungen waren zum geringsten Teil der Abrüstung, vorwiegend dagegen den Versuchsexplosionen, die damals an verschiedenen Punkten der Erde stattfanden, ihrer Kontrolle und letztlich ihrer Einstellung gewidmet. Nach den in mehr als drei Jahrzehnten mit Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung gemachten Erfahrungen, wirkte als Alarmsignal der von dem Generalsekretär der UNO der 32. Generalversammlung vorgelegte Bericht[2]) über die „Wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs und seine äußerst schädlichen Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit in der Welt". Der Bericht des Generalsekretärs beginnt mit den Worten:

„Die Bedrohung durch endgültige Selbstzerstörung als Folge eines Nuklear-Krieges ist die größte Gefahr, der die Welt ausgesetzt ist. Zwar waren die nuklearen Arsenale seit vielen Jahren ausreichend, um die ganze Welt zu zerstören, aber die Anhäufung von Kernwaffen setzt sich dennoch fort. Dies verstärkt die Gefahren und schafft immer umfassendere Mittel, um die Menschheit endgültig auszulöschen."

Der Bericht weist darauf hin, daß die strategischen Nuklear-Streitkräfte der beiden Supermächte auf einen Bestand von ca. 12 000 Sprengköpfen im Jahr 1976 angewachsen sind, deren Sprengkraft zusammen 1,3 Millionen Hiroshima-Bomben entspricht, und läßt mit genügender Deutlichkeit erkennen, daß der atomaren Hochrüstung der Supermächte weltwirtschaftliche Bedeutung zukommt. In dieser Beziehung wird von einer Beanspruchung staatlicher Ressourcen in Höhe von Hunderten Milliarden US-$ gesprochen.

Der Überzeugungskraft überwältigender Vernunftgründe steht die Sinnlosigkeit der atomaren Hochrüstung der Supermächte gegenüber. Sie ist sinnlos, weil

1. unter der Voraussetzung annähernder Parität der beiderseitigen Rüstung bei ihrer Herabsetzung auf das geringstmögliche Niveau die Wirksamkeit der Abschreckung unberührt bleiben muß;

2. die Beanspruchung ungeheurer Summen der staatlichen Haushalte für rein destruktive Zwecke eine krasse Fehlinvestition darstellt;

2) Bericht des UN-Generalsekretärs Dr. Kurt Waldheim vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. 9. 1977 in New York.

3. bei freier Verfügung über die in Frage kommenden Geldsummen hohe Ziele der Weltwirtschaft und der Weltpolitik (Welternährung, Umweltschutz, Entwicklung neuer Energiequellen etc.) gefördert werden könnten.

Bei all diesen Überlegungen ist die drohende Weltkatastrophe noch nicht berücksichtigt.

II

Sowohl nach Völkergewohnheitsrecht als auch nach Vertragsrecht (Art. 23 a und 23 e Haager Landkriegsordnung, Genfer Protokoll v. 17. 6. 1925, Völkermordabkommen v. 9. 12. 1949) sind die Atomwaffen verbotene Waffen. (Georg Schwarzenberger „The Legality of nuclear weapons"; Eberhard Menzel „Legalität oder Illegalität der Anwendung von Atomwaffen".)

Heute bedrohen sich die beiden Weltmächte USA und UdSSR, welche die Weltlage maßgeblich beeinflussen, um nicht in Erinnerung an die denkwürdige Prognose von Tocqueville zu sagen, die Welt beherrschen, gegenseitig mit nuklearer Hochrüstung als gegenseitige Abschreckung. Genügt es für die Wirksamkeit dieser Abschreckung, daß Einverständnis über die Notwendigkeit des Gleichgewichts der beiderseitigen Rüstung (genannt „Gleichgewicht des Schreckens") besteht (wobei zu bedenken ist, daß wegen der Verschiedenartigkeit der Waffensysteme der kritische Vergleich der beiderseitigen Rüstung erhebliche Schwierigkeiten machen kann)? Genügt es für die Wirksamkeit der Abschreckung, daß Einverständnis darüber besteht, daß ein Atomkrieg nicht stattfinden darf und daß die Atomwaffe eine „politische Waffe" ist? Natürlich sind die Atomwaffen auch politische Waffen und sind als solche gefährlich genug, insofern als zu Erpressungszwecken mit ihrer Anwendung gedroht werden kann. Aber die Meinung, sie seien nur politische Waffen, was die These sicherlich meint, beruht auf einer völligen Verkennung der weltpolitischen Lage!

Genügt es, daß Einverständnis darüber besteht, daß gegenüber einem „konventionellen" Angriff – zunächst! – eine „Flexible response", nicht eine „massive Vergeltung" in Frage kommt (während gerade vor kurzem der Meinungsstreit bezüglich dieser Alternative wieder aufgelebt ist!)?

Nach mehr als 30jähriger Erfahrung darf gesagt werden, daß die Weltlage für lokale oder regionale Kriege in hohem Maß anfällig ist (Naher und Ferner Osten, Afrika, Persien). Die Weltmächte können je nach Interessenlage jederzeit durch Eingriffe in zunächst lokale Konflikte den großen Atomkrieg auslösen, wenn, womit jedenfalls als Möglichkeit zu rechnen ist, technisches oder menschliches Versagen oder auch „dolus eventualis" im Hinblick auf das Resultat des Völkermords eine verhängnisvolle Rolle zu spielen vermögen. – Wir müssen den Experten, insbesondere den Vertretern der Naturwissenschaft, Glauben schenken, wenn sie vom „Untergang" der Menschheit oder der Vernichtung der menschlichen Zivilisation sprechen, ohne daß die große Weltöffentlichkeit das sie treffende Risiko richtig einzuschätzen vermag. Der militärische Sachverständige der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Adelbert

Weinstein, hat in einem „Der Mythos vom begrenzten Krieg" betitelten Leitartikel (FAZ vom 23. Oktober 1981) ausgesprochen, daß die Atomstrategie eine „Geheimwissenschaft" sei, die „von einigen Dutzend Analytikern, militärischen Fachleuten, Philosophen und Journalisten betrieben" werde. Hier ist der Kern der Sache getroffen: Tatsächlich ist das „Volk", um dessen Schicksal es doch geht, über die genaue Beschaffenheit und die Wirkungsweise der Atomwaffen niemals informiert worden. – Eine gewisse Aufklärung läßt sich neuerdings aus einer „Studie" über die militärischen und politischen Probleme der Atomstrategie gewinnen, die von den bekannten amerikanischen Politikern McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, anerkannten Experten, unlängst in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" und in Heft 7 des „Europa Archivs" vom 10. April 1982, veröffentlicht worden ist. (Vgl. die Auszüge in Heft 5/1982 der „Blätter" und den Kommentar von General a.D. Vollmer)

Der amerikanische Korrespondent Jan Reifenberg hat sich in der Ausgabe der FAZ vom 13. April 1982, S. 3, mit diesem Dokument auseinandergesetzt. Ursprünglich, im Anfang der 50er Jahre, als sich die USA im alleinigen Besitz der Atomwaffe befanden und deshalb „eine einzigartige militärische Überlegenheit über alle Völker" besaßen, galt die „Doktrin" der massiven Vergeltung eines von der Sowjetunion mit überlegenen konventionellen Streitkräften geführten Angriffs. Später ist jene Doktrin durch die Doktrin der „Flexible response" ersetzt worden. Letztere bedeutete, „den Gegner, die Sowjetunion, in ständigem Zweifel darüber zu lassen, unter welchen Umständen und zu welchem Zeitpunkt der Westen Kernwaffen zur Abwehr der Übermacht des Warschauer Paktes an Mannschaften und Panzern einsetzen werde". Massive Vergeltung ebenso wie Flexible response basieren auf dem Motiv gegenseitiger Abschreckung als letzter *politischer* Grundlage der Atomstrategie, die demgemäß von der Voraussetzung ausgeht, daß der allgemeine Atomkrieg „undenkbar" und die Atomwaffe somit eine ausschließlich *politische* Waffe ist. Während die Flexible response, richtig verstanden, die Möglichkeit des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen auf dem europäischen Gefechtsfeld beinhaltet, plädieren die Autoren der genannten Studie für den Verzicht auf den Ersteinsatz der Atomwaffe, dies im Einklang mit der Sowjetunion, die nach Ansicht des amerikanischen Außenministers Haig mit dem ihrerseits ausgesprochenen gleichen Verzicht das Prinzip der Flexible response „unterläuft", d.h. aber doch wohl in Frage stellt. Ungeachtet dieses Verzichts auf den Ersteinsatz von Atomwaffen gegen einen nichtatomaren Angriff sprechen die Autoren der Studie die *Überzeugung* aus, daß „jede Anwendung von Kernwaffen in Europa das hohe und unausweichliche Risiko der Steigerung zum allgemeinen Atomkrieg bedeutet, der für alle den Ruin, für keinen den Sieg bedeuten würde". Als Gegengewicht wird von den Autoren des Artikels eine wesentliche Erhöhung der konventionellen Streitkräfte der Parteien des atlantischen Bündnisses für erforderlich gehalten. Trotz der scharfsinnigen Abwägung aller für die Beurteilung eines außerordentlich komplizierten Sachverhalts maßgeblichen Gründe bleibt für die Autoren „eine grundsätzliche *Reali-*

tät": Selbst wenn allseitiges Einverständnis über die Notwendigkeit des Verzichts auf den Ersteinsatz der Atomwaffe bestehen würde, gibt es keine Garantie, „daß im Fall des Ausbruches eines großen konventionellen Krieges keine Kernwaffen eingesetzt würden. *Solange die Atomwaffen an sich existieren, wird die Möglichkeit ihres Einsatzes bestehen bleiben.*"

Eindrucksvolle Worte gelten der Bundesrepublik Deutschland: „Das Recht der Deutschen auf Mitsprache" wird anerkannt, ja „die Rolle der Bundesrepublik Deutschland muß im Mittelpunkt stehen. Amerikaner vergessen allzu leicht, daß die Menschen in der Bundesrepublik in einer dreifach exponierten Situation leben . . . Sie haben keine Atomwaffen, sie haben eine lange Grenze gemeinsam mit der Sowjetunion, ihr Land wäre in jedem Konflikt im zentralen Frontabschnitt das erste Schlachtfeld. Zusammen bilden diese Bedingungen eine enorme Belastung. Die Überlegungen sollten ihren Grundbedürfnissen Rechnung tragen. Sie haben den Wunsch, daß es keinen Krieg irgendwelcher Art geben möge, aber auch das Bedürfnis, den Frieden mit Hilfe von Streitkräften zu verteidigen, die ihnen nicht nur die fürchterliche Option der nuklearen Eskalation lassen".

Die bedrohliche Entwicklung der Weltlage drängt die Frage auf, ob es nach der Ächtung des Angriffskrieges durch den Pariser Pakt vom 27. August 1928 nicht im Interesse der Fortentwicklung des positiven Völkerrechts zwecks Humanisierung der modernen Kriegführung liegt, das gewohnheitsrechtlich bereits geltende Verbot der Atomwaffe durch eine von der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu beschließende Konvention zu positivieren, die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen verbietet und die völkerrechtliche Verpflichtung zur Vernichtung aller bestehenden atomaren Waffensysteme unter der Kontrolle der Vereinten Nationen statuiert. Eine solche Konvention, welche ein für den Weltraum nach früheren diesbezüglichen Abkommen bereits bestehendes Verbot räumlich erweitern würde, könnte einen psychologisch wirksamen Antrieb bilden, das völkerrechtliche Vertragsrecht zwecks globaler und regionaler Friedenssicherung fortzubilden. Dies gilt insbesondere für die Frage eines durch Abkommen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes zu schaffenden Systems kollektiver Sicherheit Gesamteuropas, eine der dringlichsten Aufgaben internationaler Friedenssicherung.

III

Die 37. Jahrestagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen steht bevor. Die Vereinten Nationen sollten die im höchsten Grade bedrohliche Weltlage als moralische Nötigung verstehen, nach jahrzehntelangen Debatten über „Entspannung" und „Abrüstung", nach langen Erörterungen „über vertrauensbildende Maßnahmen" (Sanktionen?!), nach Einholung von Gutachten, nach demoskopischen Umfragen, *auf den Durchbruch zu positiven Handlungen hinzuwirken,* als da sind

1. Beschlußfassung über eine Konvention des Verbots der Herstellung und Anwendung von Atomwaffen;
2. Beschlußfassung über die Einberufung einer in Permanenz tagenden europäischen Sicherheitskonferenz der Staaten der NATO und des Warschauer Pakts zur Erarbeitung eines unter der Garantie der USA und der Sowjetunion stehenden Systems kollektiver Sicherheit Gesamteuropas[3]).

Es ist unverantwortlich, wenn sich die Politiker, in deren Händen die Gestaltung der Zukunft liegt, länger der Einsicht verschließen, daß Fortbestand oder gar noch Steigerung der nuklearen Hochrüstung der beiden Supermächte keine tauglichen Mittel internationaler Friedenssicherung sind, während im Gegensatz zu einer solchen Politik hartnäckig beschränkter Geisteshaltung der Abschluß eines Abkommens über die kollektive Sicherheit Gesamteuropas die Chance eines „denkbaren" Weltfriedens bieten könnte, in Verbindung mit einem gewohnheitsrechtlich bereits bestehenden, durch eine Konvention der Generalversammlung der UNO zur positiven Rechtsnorm zu gestaltenden Verbot der Herstellung und Anwendung der Atomwaffen, umso mehr, wenn dieses Verbot befolgt würde, was – im Hinblick auf die Ersparnisse der staatlichen Haushalte – immerhin „denkbar" ist.

Es ist klar, daß die vorstehenden Ausführungen einer Abkehr von der bisherigen Strategie atomarer Rüstung zwecks Abschreckung das Wort reden. Sie sind von der Überzeugung getragen, daß nur *eine Reform an Haupt und Gliedern* zu einer Wende der katastrophalen Weltlage führen könnte.

3) Bei den Arbeiten einer solchen Konferenz kann angeknüpft werden an zahlreiche Materialien der früheren Genfer Verhandlungen in Gestalt von Vertragsentwürfen, z. B. sowjetischer Vorschlag vorgelegt dem Abrüstungskomitee am 10. 5. 1955, sowjetischer Vorschlag für einen europäischen Sicherheitsvertrag vom 20. 6. 1955, sowjetischer Vorschlag zur Einschränkung der Rüstungen und Verbot von Kernwaffen vom 21. 7. 1955, abgedruckt als Dokumente Nr. 4, 6 und 7 in Joachim H. Iwan, „Die Abrüstung", Münchener Studien zur Politik, München, 1965; Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 23. 11. 1978, abgedruckt in „Blätter", 12/1978. Auch bundesdeutsche wissenschaftliche Gremien haben wichtige Beiträge zur Lösung des Problems eines europäischen Sicherheitssystems geleistet, z. B. Professor Eberhard Menzel, Friedensvertrag mit Deutschland und das europäische Sicherheitssystem, in: „Jahrbuch für Internationales Recht", 1967; ders., Grundfragen eines europäischen Sicherheitssystems, in: Völkerrechtliches Gewaltverbot und Friedenssicherung. Studientagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Baden-Baden 1971.

Militärische Forschung in der BRD

Von Rainer Rilling

Während Wissenschafts- und Forschungsausgaben für den gesellschaftlichen Bedarf einschneidenden Kürzungen unterliegen, die zur Gefährdung ganzer Forschungsbereiche und Ausbildungsstätten sowie langfristig zu einer katastrophalen Unterversorgung mit wissenschaftlichen Dienstleistungen führen werden (vgl. die Leitsätze des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" in: „Bältter", 6/1982, S. 727 ff), erfreut sich die militärische Forschung ungeschmälerter finanzieller Zuwendungen – ja sie verzeichnet seit Beginn der 80er Jahre sogar beträchtliche Zuwachsraten.
Rainer Rilling hat die „Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD" bereits 1970 in einer gleichnamigen Studie, die im Pahl-Rugenstein Verlag erschien, einer ersten ausführlichen Analyse unterzogen (vgl. auch die Beiträge in: „Blätter", 12/1969, S. 1272ff sowie 1/1970, S. 52ff). Mit der folgenden Untersuchung liegt nun eine Anschlußstudie vor, die erstmals die Entwicklung der Rüstungsforschung während der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre auf der Grundlage umfassender Recherchen dokumentiert. Dabei wird gezeigt, wie eng der militärische Forschungsbetrieb in den zivilen Wissenschaftsbetrieb eingebunden ist und – weit über die unmittelbar beteiligten Wissenschaftler und Techniker hinaus – einen Beitrag leistet zur „Nachrüstung der Gehirne" („Frankfurter Allgemeine"). Das zunehmende Engagement von Wissenschaftlern gegen die „Nachrüstung", das in den letzten Monaten zu verzeichnen ist, kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten, wenn es gelingt, die militärische Forschungspraxis „vor Ort" zu enttarnen, die verhängnisvollen Konsequenzen der Disproportion zwischen militärischer und ziviler Forschung öffentlichkeitswirksam aufzuzeigen und gesellschaftlich nützliche Alternativen in der Wissenschaft zu erproben. D. Red.

Unsere Gesellschaft tabuisiert die Forschung für den Krieg auf vielfältige Weise. Doch diese Forschung hat im System der Weltwissenschaft eine geradezu kommandierende Position. Sie ist ihr mächtigster, dynamischster und aufwendigster Sektor. Nirgends ist wissenschaftliches Handeln so folgenreich wie hier. Ohne seine beispiellose Mobilisierung ist das nuklearstrategische NATO-Kalkül des „Victory is possible" („Sieg ist möglich") nicht denkbar. In den 80er Jahren zeichnet sich ein explosionsartiger Aufschwung des Potentials der Kriegsforschung ab. Die „Nachrüstung der Gehirne" („Frankfurter Allgemeine Zeitung"/FAZ) ist in vollem Gange. Die Rüstungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland ist ein zentraler Bestandteil dieses Systems.

1. Die Darstellung der militärischen Forschung durch die Wissenschafts- und Militäradministration der BRD

Die Präsentation der militärischen Forschung in den zentralen staatlichen Dokumenten der Forschungs- und Militärpolitik der BRD – den 6 „Bundesforschungsberichten" und den 3 „Verteidigungsweißbüchern", die zwischen 1965 und 1979 publiziert wurden[1]) – läßt ein über die Jahre beibehaltenes, kohärentes Muster erkennen.

Erstens vermeiden es die Publikationen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) durchgängig, die Verwissenschaftlichung des Militär- und Rüstungswesens als relevantes oder gar primäres *Ziel* der Forschungspolitik zu nennen[2]).

Zweitens wird militärische Forschung in aller Regel im Zusammenhang mit Förderungsgebieten präsentiert wie Friedensforschung, Bildungsforschung oder Gesundheitsforschung, ohne daß es zur Begründung einer solchen *Plazierung* eine wissenschaftsinhaltliche oder finanzielle Gemeinsamkeit dieser Gebiete geben würde[3]).

Drittens entspricht der *Umfang* der Darstellung in keiner Weise dem Gewicht des Förderungsbereichs. So widmet etwa der letzte Bundesforschungsbericht nicht einmal ein Prozent seiner 460 Seiten der militärischen Forschung; und nicht genug: hier wird sogar dreimal dieselbe Tabelle abgedruckt[4]). Das BMFT und der Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) waren Anfang der 70er Jahre gezwungen gewesen, aufgrund der damaligen Kritik an der Rüstungsforschung zu einer (äußerst begrenzten) Information überzugehen[5]). Das ist vorbei.

Viertens unterliegt die militärische Forschung vor allem in der Darstellung der Wissenschaftsadministration dem, was Roland Barthes den *„Mechanismus der Entnennung"* genannt hat: sie erscheint als „Verteidigungs"-, „Wehr-" oder „Sonderforschung" bzw. -technik, oder sie wird als übergreifender Ziel- und Funktionszusammenhang arbeitsteiliger Forschungsprozesse unsichtbar gemacht, indem sie in einzelnen Rubriken wie „Weitver-

1) Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hrsg.), Weißbücher zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr 1973/1974, 1975/1976, 1979, Bonn 1974 ff.; Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.), Bundesbericht Forschung I–VI, Bonn 1965–1979 (BF).

2) Zu solcher Imagepflege vgl. den letzten BF von 1979, S. 9, wo bei der Aufzählung der „Ziele" der Förderung nur so anheimelnde Zielsetzungen wie „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen" oder „Ressourcenschonung und Erhaltung der natürlichen Lebensvoraussetzungen" aufgeführt werden; ebenso der BF V, Bonn 1975, S. 10, und der BF IV, Bonn 1972, S. 9 ff.

3) Der BF IV erwähnte die Rüstungsforschung als größten Förderungsbereich erst auf S. 57, eingerahmt von den Bereichen „Arbeitswelt und technischer Wandel" und „Friedens- und Konfliktforschung".

4) Vgl. BF VI, S. 68, 137 ff.

5) Vgl. die „Jahresberichte der Rüstung" oder den Materialienband zum BF IV, S. 44–50. Der BF IV von 1972 hat über die militärische Forschung immerhin noch – vergleichsweise – 5–10mal soviel berichtet wie seine Nachfolger von 1975 und 1979.

kehrstechnik", „Erkundungstechnik", „Luftfahrtforschung" o. ä. *parzelliert* wird[6]).

Diese Merkmale sind das Ergebnis einer Darstellungsweise, der zugrundeliegt, was man eine *Technik der Marginalisierung* nennen könnte. Der Gebrauch dieser Technik ist offenbar selektiv. Sie findet sich bei keinem anderen Bereich der Forschungsförderung auch nur ansatzweise vergleichbarer Größenordnung. Ihr Ziel ist, gegenüber den Hauptadressaten der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit – den Wissenschaftlern – die Bedeutung der militärischen Forschung innerhalb des gesamten Wissenschaftspotentials herabzuspielen. Durchaus dasselbe gilt für die Darstellung der eigentlichen *technisch-militärischen Zweck- und Funktionsbestimmung* – den Folgen – der militärischen Forschung und die *finanziellen Aufwendungen* für sie. Im Unterschied zu anderen Förderungsbereichen sehen BMVg und BMFT im Falle der Rüstungsforschung davon ab, die bezweckten Auswirkungen dieser Forschung zu benennen und präzise zu beschreiben: die Vernichtung menschlichen Lebens und die Zerstörung natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen.

Auch die finanziellen Aufwendungen für Rüstungsforschung werden systematisch herabgespielt. Die Publikationen der staatlichen Administration verweisen häufig auf den (im Vergleich mit den USA und England) niedrigen Anteil der militärischen Forschung am Einzelhaushalt des BMVg, dem Einzelplan (Epl.) 14 und auf den Rückgang der Mittel in den Jahren 1980 und 1981. Häufig wird auf das Absinken des Anteils der Mittel für Rüstungsforschung an den nationalen bzw. staatlichen Forschungsausgaben in der BRD verwiesen, das seit zwanzig Jahren zu vermerken ist. Erwähnenswert ist auch, daß die breit präsentierten in den 70er und 80er Jahren aufgestellten mehrjährigen Finanzplanungen und Prognosen durchgängig ein zukünftiges absolutes Absinken der Mittel behaupten. Im Gegensatz zu solchen Versicherungen, die einer Kritik am gegenwärtigen hohen Stand der Ausgaben für Rüstungsforschung durch das „Versprechen" ihrer zukünftigen Verringerung begegnen wollen, sind diese Mittel bis 1979 kontinuierlich gestiegen und nehmen auch gegenwärtig wieder zu[7]). Eine Einschätzung der Bedeutung der Rüstungsforschung im internationalen Rahmen wird nicht gegeben. Beide Ministerien verzichten darauf, die spätestens seit Anfang der 70er Jahre vorliegenden Analysen zur Rolle der militärischen Forschung innerhalb des Weltwissenschaftspotentials zu erwähnen. Insgesamt ist der offenbare Zweck der Präsentation der Rüstungsforschung in den Publikationen der Wissenschafts- und Militäradministration, die tatsächlich überragende Bedeutung der Rüstungsforschung im nationalen wie internationalen Wissenschaftssystem systematisch zu verschleiern.

6) Vgl. die Polemik des BF IV, S. 60, gegen den Begriff „Kriegsforschung"; gemeint war wohl auch R. Rilling, Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD, in: „Blätter", 12/1969, S. 1272 ff., 1/1970, S. 52 ff., sowie ders., Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970.

7) Vgl. Tabelle 1 sowie BF VI, S. 137; „BMFT-Mitteilungen", 11/1977.

2. Potentialanalyse der militärischen Forschung

2.1. Militärische Forschung im System der Weltwissenschaft

Geheimhaltung, Tabuisierung und Probleme der statistischen Erfassung und des internationalen Vergleichs sind einige der Ursachen dafür, daß erst in den 70er Jahren einige Untersuchungen zu den globalen Aufwendungen für militärische Forschung und zur Anzahl der hier beschäftigten Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure und Hilfskräfte vorgelegt wurden. Ungeachtet beträchtlicher Unterschiede und Ungenauigkeiten stimmen die Analysen und Angaben der UNO, des SIPRI, des Worldwatch-Institutes, von Sundaram, Thee und Malecki[8]) in der Einschätzung überein, daß die militärische Forschung im Weltwissenschaftssystem eine Schlüsselrolle hat. Am weitesten verbreitet ist eine Angabe der UNO von 1977, wonach seit 1945 durchschnittlich 25% aller Wissenschaftler (einschließlich der Sozialwissenschaftler) und 40% der staatlichen Forschungsausgaben im Sektor Rüstung verausgabt wurden[9]). Detailliertere Angaben und Schätzungen stellte erstmals das SIPRI 1972 zusammen[10]). Danach waren im Schnitt der 60er Jahre zwischen 15 und 16,5 Mrd. Dollar für Rüstungsforschung ausgegeben und zwischen 150 000 und 300 000 Personen in diesem Bereich beschäftigt worden[11]). Die Anteile der Mittel für Rüstungsforschung an den gesamten nationalen bzw. öffentlichen Forschungsausgaben betrugen 1967 in den USA 34,1% (52,6%), in England 24,3% (46,6%), in Frankreich 23,5% (35,1%) und in der BRD 9,9% (21,3%). Der Anteil der militärischen Forschung und Entwicklung an den gesamten Militärausgaben betrug in diesen Ländern 1967 11,1%, 10,5%, 10,7% und 4,8%[12]). *85%* dieser Mittel entfielen allein auf die USA und die UdSSR, womit die geographische Konzentration der militärischen Forschung weit höher war als die der gesamten Forschungs- oder Militärausgaben. Das SIPRI schätzte dabei den Anteil der UdSSR auf 30–37% und begründete ausführlich die dominierende Stellung der USA im System der militärischen FuE (Forschung und Entwicklung)[13]).

8) Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hrsg.), Jahrbuch 1972, Stockholm 1972, S. 149 ff.; dass., Jahrbuch 1973, Stockholm 1973, S. 252 ff.; UNO (Hrsg.), Economic and Social Consequences of the Armaments Race and its Extremely Harmful Effects on World Peace and Security, New York 1977; M. Lumsden, Militärische Forschung und Technologie und die neue Weltwirtschaftsordnung, in: „Wissenschaftliche Welt", 2/1979, S. 27 ff.; F. Barnaby, Militärtechnische Fortschritte und das Wettrüsten, in: „Wissenschaftliche Welt", 1/1978, S. 23 ff.; ders., „Optimist zu sein ist schwer", in: „Wirtschaftswoche", 44/1981, S. 94 ff.; G. S. Sundaram, Is military R & D a necessary evil?, in: „impact of science on society", 1/1981, S. 5 ff.; I. Malecki, Influence of weapon development on scientific research, in: ebd., S. 39 ff.; M. Thee, The impact of the arms race on society, in: ebd., S. 49 ff.; C. Norman, Knowledge and Power: The Global Research and Development Budget. Worldwatch Paper 31, Washington 1979.

9) Vgl. „Militärpolitik Dokumentation", 2/1976, S. 17.

10) SIPRI-Jahrbuch 1972, S. 207 ff.

11) Ebd. sowie SIPRI-Jahrbuch 1973, S. 254.

12) SIPRI-Jahrbuch 1972, S. 156, 178 ff.

13) Das SIPRI verweist auf das geringere Spektrum an neuen Waffensystemen in der UdSSR, ihre geringere technische Komplexität, den durchgängigen Vorlauf der USA bei der Einführung neuer Systeme. Im SIPRI-Jahrbuch 1973 wird diese Argumentation zwar kurz wiederholt, dann aber erklärt, daß in der UdSSR die Ausgaben für militärische Forschung „anscheinend die gleiche Größenordnung haben wie die der USA" (S. 254). Ähnlich konstatiert F. Barnaby (der bis 1981 das SIPRI leitete), Social and economic reverberations of military research, in: „impact of science on society", 1/1981, S. 74, einen wachsenden Anteil der UdSSR in den 70er Jahren.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wurden einige neue Untersuchungen vorgelegt, die das weitere Wachstum der Rüstungsforschung dokumentieren. Der UNO-Bericht von 1977, Lumsden und Barnaby setzten für die 70er Jahre die Zahl der in diesem Sektor *Beschäftigten* auf 400 000 Personen, Norman und Thee auf 500 000 an. Der polnische Wissenschaftsforscher Malecki hat 1981 gezeigt, daß angesichts der starken Steigerung der Aufwendungen für militärische FuE (die mittlerweile weit besser erfaßt werden können als die Zahl der Beschäftigten) diese Schätzungen viel zu niedrig liegen. Nach seinen Berechnungen arbeiteten Anfang der 80er Jahre rund 850 000 Personen für die Rüstungsforschung, d. h. über 30% der rund $2^1/_2$ Millionen Wissenschaftler der Erde (ohne Sozial- und Kulturwissenschaften)[14]). Die *Weltausgaben* für militärische Forschung schätzen Norman auf 35 Mrd. Dollar, Sundaram auf 35–40 Mrd., Barnaby auf 50 Mrd. und Thee auf 50–75 Mrd. Dollar[15]). Barnaby hat in seiner UNESCO-Publikation versucht, die rapide Entwicklung der Ausgaben zu zeigen. Danach stiegen sie von 12 Mrd. Dollar 1960, 15 Mrd. (1965), 20 Mrd. (1970) über 26 Mrd. (1975) auf 50 Mrd. (1980)[16]). Sivard schätzt, daß zwischen 1960 und 1979 insgesamt über 370 Mrd. Dollar für militärische Forschung ausgegeben wurden[17]). Hier soll davon ausgegangen werden, daß 1982 zwischen 60 und 65 Mrd. Dollar für militärische FuE ausgegeben werden, wobei insbesondere die atemberaubende *Entwicklung in den USA* berücksichtigt werden muß.

Die Ausgaben für Kriegsforschung stiegen dort von 7,9 Mrd. (1970) über 9,5 Mrd. (1975) auf 13,5 Mrd. (1980), 16,5 Mrd. (1981) und 21,7 Mrd. (1982); für 1985 sind 32 Mrd. Dollar geplant. Stellt man die direkten oder indirekten Ausgaben für militärische Forschung durch die NASA und das Energieministerium, das „Independent R & D Program" des Pentagon und private, von der Industrie eigenfinanzierte Aufwendungen in Rechnung, liegen diese Angaben sogar um mehr als 50% zu niedrig[18]). Sollten die Planungen der Reagan-Administration realisiert werden, werden die USA ihre Ausgaben für Rüstungsforschung in nur 15 Jahren vervierfacht haben, wobei die Zuwachsraten in den 80er Jahren fast dreimal höher liegen als in den 70er Jahren[19]).

14) Malecki, Weapon development, S. 41; vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 4./5. 7. 1981, sowie M. Thee, The Arms Race, Armaments Dynamics, Military Research and Disarmament, in: „Bulletin of Peace Proposals", 2/1978, S. 109 f. *E. L. Woollett:* Physics and modern warfare: The awkward silence, in: Am. J. Phys. 2/1980 S. 107 schätzt, daß 55% der Physiker und Astronomen in den USA, die Forschungs- und Entwicklungsarbeit betreiben, 1974 direkt für militärische Zwecke arbeiteten.

15) Norman, Knowledge, S. 6; Sundaram, R & D, S. 7; Barnaby, Military research, S. 75, Thee, Arms Race, S. 51.

16) Barnaby, Military research, S. 75.

17) R. L. Sivard, World Military and Social Expenditures, Leesburg (Va.) 1979, S. 10.

18) Zur Entwicklung in den USA vgl. „Science and Public Policy" (SPP), 11/1975, S. 519 f.; „Wehrtechnik" (Wt), 5/1975, S. 196, 9/1976, S. 56; „Interavia", 10/1980, S. 883; SZ v. 18./19. 7. 1981; M. Thee, Military Research and Development: The Driving Force behind Armaments, in: „Bulletin of Peace Proposals", 1/1978, S. 36; V. M. Kulish, Scientific and technical progress and disarmament, in: „impact of science on society", 1/1981, S. 61 ff.; J. V. Reppy, The Independent Research and Development Program of the Department Research and Development Program of the Department of Defense, in: „Bulletin of Peace Proposals", 1/1978, S. 65 ff.; M. Kaldor, Rüstungsbarock, Berlin 1981; H.-J. Krysmanski, Der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes auf die amerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik, in: „Blätter", 7/1982, S. 841 ff. Woollett, Physics, S. 110 schätzt, daß 1978 34% des NASA-FE-Budgets und 22% des ERDA-FE-Budgets militärischen Charakter tragen. Eine Studie zur US-Militärforschung der Reagan-Administration wird vorbereitet.

19) Vgl. „Science Resources Newsletter" (SRN), 6/1981, S. 7. Bemerkenswert unseriös die Angaben der Bun-

Gemeinsam mit England, Frankreich und der BRD vereinen die USA über 95% der Mittel auf sich, die in den nichtsozialistischen Ländern ausgegeben werden. Rüstungsforschung ist der wichtigste Faktor für die Entstehung und Reproduktion der fundamentalen Disproportion im System der internationalen Arbeitsteilung in der Wissenschaft, in der von 100 Dollar Forschungsausgaben nur 3 in den Entwicklungsländern aufgewandt werden können. Die USA, UdSSR, BRD, Frankreich und England geben mehr als 90% der Aufwendungen für militärische Forschung insgesamt aus. Damit geben sie „fast sechsmal" soviel für militärische Forschung aus, als alle Entwicklungsländer gemeinsam für alle Forschungsarten ausgeben"[20]). Die augenblickliche Zunahme der Rüstungsforschung – aber auch die Militarisierung der Wissenschaftssysteme in den Entwicklungsländern – droht diese Ungleichheit weiter zu vertiefen.

Insgesamt deutet sich in der Entwicklung des Gesamtbereichs Militärforschung eine Phasenentwicklung ab: in der *Nachkriegsperiode* dehnten jene Länder ihre militärische Forschung aus (USA, UdSSR, England, Kanada und Schweden), die bereits im Zweiten Weltkrieg ein entsprechendes Potential aufgebaut hatten. Eine zweite Expansionswelle *Ende der 50er Jahre* brachte Frankreich, die BRD und die VR China in die Führungsgruppe der Militärforschung treibenden Länder. Zugleich entwickelten sich im Laufe der 60er Jahre Ansätze eines auf militärische Zwecksetzungen gerichteten Forschungspotentials auch in den Entwicklungsländern. Seit *Mitte der 70er Jahre* nun setzt eine dritte Expansionswelle ein, deren Tempo und Reichweite die ersten weit übertreffen. Ihr Zentrum liegt vor allem in den USA, mit Abstand aber auch in England, Frankreich und der BRD. Insgesamt sind die Ausgaben für militärische Forschung in der Nachkriegszeit um ein Mehrfaches schneller gestiegen als die gesamten Militärausgaben.

Bekanntlich hat sich seit Mitte der 60er Jahre das Spektrum der staatlichen Forschungspolitik weit ausgedehnt, vorrangig in Richtung auf direkte Industrieförderung und Entwicklung infrastrukturell relevanter Gebiete. Die Einführung zahlreicher neuer Forschungsprogramme etwa zur Datenverarbeitung, Meeresforschung, Umwelt oder Energie hat – verbunden mit der starken Ausdehnung der staatlichen Forschungsbudgets – dazu geführt, daß in allen kapitalistischen Hauptländern der Anteil der Rüstungsforschung an den nationalen und staatlichen Forschungsbudgets rasch absank. Dieser Trend prägt auch heute noch die Präsentation der Rüstungsforschung in den Hauptdokumenten der Wissenschaftsadministration und soll die Behauptung von der geringen und weiter abnehmenden Bedeutung der Rüstungsforschung abstüt-

---

desregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Dt. Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1401 v. 3. 2. 1982), s. 5, welche für 1978–1981 folgende Ausgabenentwicklung der USA bzw. UdSSR (in Mrd. DM) angibt: 1978 USA 23,06, UdSSR ca. 60; 1979 23,38/ca. 63; 1980 24,55/ca. 65; 1981 37,43/–. Doch auch wenn die Ausgaben für die USA weit untertrieben sind, wird die Explosion der amerikanischen Rüstungsforschungsausgaben im Haushalt 1981 deutlich.

20) Weltföderation der Wissenschaftler/Union of Algerian Engineers (Hrsg.), Proceedings of the Symposium on Science, Technology and Development, Algier 1979, S. 58.

zen helfen. Derlei Thesen täuschen darüber hinweg, daß 1. die militärische Forschung weiterhin weltweit *Priorität* besitzt und 2. sich eine *Trendwende* in der Ausgabenentwicklung durchgesetzt hat.

Norman hat für 1979 eine Aufteilung des Weltbudgets Forschung nach Forschungszielen vorgelegt, aus der die *Priorität militärischer Forschung* eindeutig hervorgeht. Er resümiert seine Analyse mit den Worten: „Es ist offensichtlich, daß die militärischen Forschungsprogramme allein mehr finanzielle und intellektuelle Ressourcen beanspruchen als die Forschungen für Gesundheit, Nahrungsmittel, Energie und Umweltschutz zusammen."[21]) Auch der 1982 vorgelegte Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit („Palme-Bericht") bestätigt diese dramatische Disproportion im Wissenschaftssystem mit drastischen Vergleichen: „Die für die militärische Forschung bereitgestellten Summen übertreffen bei weitem die Mittel für jedes andere staatliche Forschungsvorhaben . . . Großbritannien allein gibt mehr für militärische Forschung und Entwicklung aus als alle OECD-Länder zusammen für Forschungsarbeiten in den Sektoren Umweltschutz, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Die USA wenden mehr für militärische Forschung und Entwicklung auf als alle OECD-Länder für staatlich finanzierte Forschungsvorhaben in den Bereichen Energiegewinnung, Industrieförderung und Landwirtschaft"[21a]).

Die Entwicklung der Forschungsprioritäten in den kapitalistischen Ländern zeigen die neuesten Angaben der OECD zu den zehn Ländern, die 1979 über 95% der in den kapitalistischen Ländern für Forschung und Entwicklung ausgegebenen Mittel bestritten[22]). Nur in drei dieser Länder (Japan, Holland, Italien) spielt die Rüstungsforschung keine wichtige Rolle; in den USA und England verschlingt die Rüstungsforschung *mehr als die Hälfte* aller staatlichen Forschungsmittel. Die OECD resümierte ihre Analyse der Prioritätenstruktur in 12 OECD-Ländern, daß „1979 rund ein Drittel aller FuE-Mittel im Bereich der OECD in den Militärbereich gingen"[23]). In den USA ist gegenwärtig der Aufwand des Department of Defense für militärische Forschung mehr als 100mal so hoch wie die Forschungsaufwendungen des Arbeitsministeriums, Erziehungsministeriums, Verkehrsministeriums, der Umweltschutzbehörde, der Rauschgiftkommission und der Seuchenkontrolle zusammengenommen! Zur *Entwicklungstendenz* in der Aufteilung der FuE-Mittel auf Forschungsziele stellte die OECD 1975 erstmals fest: „In den 60er Jahren zeigte der Anteil der Verteidigungsforschung an den öffentlichen Forschungsaufwendungen eine fallende Tendenz, insbesondere in . . . den USA, England, Frankreich und Schweden. *Diese Periode des Rückgangs scheint vorbei zu sein* (Herv. d.

21) Norman, Knowledge, S. 7. Nach Barnaby, Fortschritte, S. 24, arbeitet über die Hälfte aller Wissenschaftler im naturwissenschaftlich-technischen Bereich an militärischen Projekten. Die Zahl der Friedensforscher wird weltweit auf 3000 geschätzt, vgl. „Die Neue" v. 14. 2. 1981. – Norman, ebd., S. 6, hat die Aufteilung des Weltbudgets für Forschung nach den Forschungszielen (1979) aufgeschlüsselt: für Militär – 24%, Grundlagenforschung – 15%, Weltraum – 8%, Energie – 8%, Gesundheit – 7%, Information/Datenverarbeitung – 5%, Transport/Verkehr – 5%, Umweltschutz – 3%, Landwirtschaft – 3%, Sonstige 20%.

21a) *Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit* (Hrsg.): Bericht, Köln 1982, S. 102.

22) Vgl. die Aufstellung in SRN 6/1981, S. 5; alle Länder gaben mindestens 2 Mrd. Dollar für FuE jährlich aus.

23) SRN 5/1980, S. 9.

Verf.). Der Prozentanteil für Verteidigung zeigt einen klaren Zuwachs für Schweden seit 1970, einen etwas schwächer ausgeprägten Zuwachs in Großbritannien seit 1971 und in den USA seit 1974/75. In Frankreich ist der Anteil seit 1972 nicht mehr gefallen. Der Trend, wachsende Mittel für nichtmilitärische Forschung und Entwicklung aufzuwenden, scheint zu einem Ende gekommen zu sein."[24]) Mit Ausnahme Schwedens – das aber 1980/81 wieder steigende Ziffern aufweist – haben alle kapitalistischen Länder mit einem hohen Anteil der Ausgaben für Rüstungsforschung diesen im letzten Jahrfünft noch weiter gesteigert (zur BRD s. u.).

Diese Prioritätenstruktur und *ihre Tendenz in Richtung auf ein rasches Weitertreiben des ohnehin hohen Grades an Militarisierung des Forschungssystems* wird bestätigt durch die Angaben, welche die Europäische Gemeinschaft nach einer etwas anderen Systematik publiziert: Sieht man von der „allgemeinen Forschungsförderung" ab, die z. B. auch Aufwendungen für die Hochschulen einschließt, dann ist die Forschung für den Krieg in der Europäischen Gemeinschaft der weitaus wichtigste Förderungsbereich mit dem Schwerpunkt in England, Frankreich und der BRD. Für ihn werden *dreimal* so viel Mittel verwandt wie für die Bereiche Umwelt und Gesundheit zusammengenommen. Die Angaben der EG belegen auch eindeutig, daß seit *Mitte der 70er Jahre* der Trend zum relativen Rückgang des Anteils der Ausgaben für militärische Forschung gestoppt wurde. In nur fünf Jahren ist er von 21,8% auf 26,0% *gestiegen;* man kann annehmen, daß er 1982/83 die 30%-Grenze überschreitet. Die ohnehin geringen Anteile, die in der Europäischen Gemeinschaft dagegen für Umweltforschung, medizinische Forschung oder Sozialwissenschaft veranschlagt werden können, *sinken* – zum Teil schon seit mehreren Jahren – *ab.* Während die EG 1978 noch von einer „Abwärtsbewegung" des Anteils für Rüstungsforschung sprach, „die sich jedoch abflacht", mußte sie 1981 eine „globale Zunahme des Verteidigungsanteils an den öffentlichen FuE-Mitteln"[25]) konzedieren. Auch der ‚Palme-Bericht' konstatiert seit Ende der 70er Jahre „starke Veränderungen" und resümiert: das gegenwärtige „hohe Niveau der militärischen Forschung ist in Friedenszeiten ohne Beispiel"[25a]). Die sich hier insgesamt andeutenden, vor allem von England und den USA ausgehenden Verschiebungen im Wissenschaftssystem der kapitalistischen Staaten in Richtung auf eine weitere Verstärkung des ohnehin hohen Niveaus der Ausrichtung der Wissenschaft auf militärische und rüstungspolitische Zielsetzungen sind in ihren Folgen noch gar nicht abzusehen. Die Rüstungsforschung in der BRD ist Bestandteil dieses Systems[26]). Hier zeigen sich mit einer geringen Zeitverzögerung ähnliche Tendenzen.

24) SPP 12/1975, S. 541.

25) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft (Hrsg.), Öffentliche Aufwendungen für Forschung und Entwicklung 1970–1977, Luxemburg 1978, S. 20; 1970–1980, Luxemburg 1981, S. 39. Der Bericht von 1981 konstatiert: „Der Vergleich der vorläufigen Haushalte 1979 und 1980 läßt auf Gemeinschaftsebene eine Abnahme des Anteils der Ziele im humanitären und sozialen Bereich vorhersehen, die vor allem der Verteidigung zugute kommt." (S. 37)

25a) Kommission, Bericht, S. 135.

26) 1970 wurden $^1/_3$ der bi- und multilateral aufgewandten Forschungsmittel der BRD im Rahmen der militärischen Forschung verausgabt, vgl. dass., 1970–79, Luxemburg 1980, S. 44.

2.2. *Militärische Forschung in der BRD*

Im Unterschied zu anderen Staaten wie Japan oder Italien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls keine Rüstungsindustrie besaßen und bis heute keine relevante Rüstungsforschung aufgebaut haben, ist in der BRD seit Mitte der 50er Jahre der Aufbau eines solchen Potentials massiv vorangetrieben worden. Nach den USA, England und Frankreich hat die BRD die *viertgrößte* Militärforschungskapazität errichtet – und zwar in einem unvergleichlichen Tempo[27]).

Daß die Aufwendungen in England und Frankreich gegenwärtig noch höher liegen, ist häufig vor allem von der CDU/CSU als Anlaß für die Forderung nach einer Steigerung der Mittel genommen worden[28]). Tatsächlich muß bei der Analyse der Entwicklung in der BRD darauf Rücksicht genommen werden, daß die Rüstungsindustrie später als in England und Frankreich aufgebaut wurde, das Rüstungsmaterial zu einem beträchtlichen Teil im Ausland (USA) gekauft werden mußte und eine Reihe von Produktionsbegrenzungen festgelegt wurden, die erst in den 60er und 70er Jahren sukzessiv aufgehoben wurden[29]). Ganz wesentlich aber ist, daß die höheren Aufwendungen in den USA, Frankreich und England entscheidend durch Ausgaben für militärische Atomforschung und -entwicklung verursacht werden, die in der BRD in dieser Weise nicht existieren[30]).

Betrachtet man die in der Regel verbreiteten Angaben der Bundesregierung zur militärischen Forschung in der BRD, dann müßte tatsächlich von einer *schwindenden* Bedeutung der Rüstungsforschung ausgegangen werden.

27) Vgl. SIPRI 1972, S. 172: die Ausgaben stiegen 1956–61 in der BRD „fast exponentiell"; für 1961–67 konstatiert das SIPRI ein „sehr schnelles Wachstum, das in den anderen Ländern dieser Gruppe keine Parallele hatte". Von 1961–1971 stieg die militärische Forschung in der BRD um das 2,25fache, in den USA um 0,84, England 0,71 und Frankreich um 1,42, vgl. O. Keck: west german science policy since the early 1960's: trends and objectives, in: „Research Policy", 5 (1976), S. 145. Zur Entwicklung der militärischen Forschung in der BRD insgesamt vgl. neben den in Anm. 6 genannten Titeln J. Fleischhut, Staatliche Forschungsförderung. Meisenheim 1978; J. Senger, Rüstungswirtschaft und Rüstungstechnologie: zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der rüstungstechnologischen Forschung und Entwicklung, Würzburg 1980; K. Engelhardt/K. Berndt, Militärische Forschung und Entwicklung in der imperialistischen Hochrüstung, in: „JPW-Berichte", 6/1981, S. 10ff. H. Fiedler/K. Lehmann, Qualitative Rüstung und Rüstungskapital, in: „wirtschaftswissenschaft", 9/1981, S. 1041ff.; A. Leisewitz, Naturwissenschaften – Rüstungsforschung – Abrüstung, in: W. v. Bredow/G. Kade (Hrsg.), Abrüstung. Ökonomische Folgen, Aufgaben der Wissenschaftler, Köln 1978, S. 130ff.; R. Godement, Aux sources du modèle scientifique americain, in: „La Pensée", 201 (1978), S. 33ff., 203 (1979), S. 95ff., 204 (1979), S. 86ff.; R. Rilling/H. Sychla, Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: „Blätter", 6/1972, S. 598ff., 8/1972, S. 862ff., R. Rilling, Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung, in: „Blätter", 3/1971, S. 273ff.; „Wechselwirkung", 9/1981, S. 8ff.

28) Vgl. z. B. CDU-MdB M. Wörner, Wehrforschung heute – Sicherheit morgen, in: Wt, 4/1972, S. 138.

29) So das SIPRI 1972, S. 162ff.

30) Die Bundesregierung hat jüngst immerhin auf zwei Differenzen verwiesen, welche die Aufwendungen der BRD gegenüber anderen Ländern als viel geringer erscheinen lassen: „Ein internationaler Vergleich der Ausgaben für wehrtechnische Forschung und Entwicklung hat wegen der unterschiedlichen Haushaltssystematiken nur begrenzte Aussagekraft. So umfassen die Werte bei Großbritannien Ausgaben der staatseigenen Forschungs- und Entwicklungsbetriebe, denen unter anderem auch die Erprobung des Wehrmaterials entsprechend der Aufgabenstellung unserer Erprobungsstellen obliegt. Die ... Beträge enthalten bei Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR auch Ausgaben für die Nuklearrüstung, über deren Größenordnung keine Angaben zu erhalten sind. Auch hieraus ergibt sich die nur bedingte Vergleichbarkeit der Ausgaben." (Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1401 v. 3. 3. 1982, S. 5).

Auch der ‚Palme-Bericht' spricht davon, die Ausgaben in der BRD seien „zurückgegangen"[30a]). Tatsächlich wurden nach den offiziellen Angaben 1980 in der BRD 1,666 Mrd. DM aufgewandt, das entspricht 4,8% der gesamten nationalen (privaten, öffentlichen und vom Ausland kommenden), 10,0% der öffentlichen und 16,0% der zentralstaatlichen (Bundes-)Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Diese Anteile haben sich in den letzten 20 Jahren halbiert. 1980/81 gingen die Ausgaben sogar nominal zurück. „Noch nie", schreibt die FAZ vom 27. Juli 1981, „waren die Mittel für Forschung, Entwicklung und Erprobung im Verteidigungsetat so unzureichend wie dieses Jahr". Die CDU/CSU richtete in kurzer Zeit zwei Anfragen an das BMVg über „Kürzungen bei der wehrtechnischen Forschung und Entwicklung" und „Weiterentwicklung der verteidigungstechnischen Industrie", zahlreiche Artikel in der Militärpublizistik und konservativen Presse forderten einen Zuwachs der Mittel[31]). Eine detaillierte Analyse ergibt jedoch ein *völlig anderes Bild* der *Größenordnung*, aber auch der *Entwicklungstendenz* der Ausgaben für militärische Forschung in der BRD.

Die Wissenschaftsstatistik in der BRD unterscheidet zwischen Wissenschafts- und Forschungsausgaben. Von der Bundesregierung werden meistens (etwa in ihren Antworten auf die erwähnten Kleinen Anfragen im Bundestag) die wesentlich niedrigeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung aufgeführt. Die Differenz ist beträchtlich. 1980 gab das BMVg 1,695 Mrd. DM für FuE, aber 1,8187 Mrd. für Wissenschaft aus (vgl. Tabelle 1). Auch bei einer konservativen Schätzung wird man jedoch davon ausgehen können, daß unter Zugrundelegung der vom SIPRI verwandten Definition von militärischer Forschung und Entwicklung[32]) die tatsächlich über den Einzelplan 14 des BMVg und andere Bundesministerien verausgabten Ausgaben für militärische Forschung wesentlich höher sind. Einzubeziehen sind: zurechenbare Förderungsanteile für die Hochschulen der Bundeswehr[33]), Baukosten im FuE-Bereich[34]), Personalmittel[35]), anteilige Aufwendungen für wissenschaftliche und technische Dienststellen der Bundeswehr und Erprobungseinrichtungen, die in England und auch großenteils in den USA unter „Research, Development and Testing" fallen und sehr kostenaufwendig sind; weiterhin Zu-

30a) Kommission, Bericht, S. 91.

31) Vgl. ebd. sowie Dt. Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/400 v. 6. 5. 1981; „Wehrdienst" (W), 823/1981, Wt, 12/1978, S. 23, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 28. 9. 1981, 6. 3. 1982.

32) Vgl. SIPRI 72, S. 211: militärische Forschung und Entwicklung umfasse „1. jede FuE, die durch die Haushaltsausgaben eines „Verteidigungsministeriums" (oder einer vergleichbaren Verwaltungseinheit) finanziert werden; und 2. jede andere FuE, die durch Ministerien und Behörden finanziert wird und offiziell als FuE bezeichnet wird, die für Zwecke des Militärs, der Verteidigung oder Zivilverteidigung durchgeführt werden oder sich hauptsächlich mit Waffen befassen." Sofern zu ermitteln, treten private Aufwendungen hinzu. Militärische Forschung wird also intentional/funktional und nicht nach ihren kognitiven Merkmalen bestimmt.

33) Vgl. Wt, 6/1980, S. 50ff.

34) Vgl. Tabelle 2. Die Baukosten sind hier zu niedrig ausgewiesen, da sie nicht vollständig erfaßt werden können.

35) Diese Mittel können vor allem hinsichtlich der Forschungsverwaltung und der durchführenden Stellen außerhalb der vom BMVg grundfinanzierten staatlichen Einrichtungen nicht exakt erfaßt werden und sind zu niedrig ausgewiesen.

Tabelle 1
Ausgaben für militärische Forschung

Jahr	Wissenschaftsbudget BRD 1955–1980	(I) Ausgaben für militärische FuE (Wissenschaft)		(II) Gesamtausgaben FuE	(III) Davon Staat	(I) in % von (II)	(III)
	Mio. DM	Mio. DM		Mio. DM	Mio. DM	%	%
1955	1 573	1,0					
1956	1 998	9,0					
1957	2 440	31,9					
1958	2 871	111,2					
1959	3 429	155,8					
1960	3 451	182,9					
1961	4 726	381,0					
1962	5 683	410,3		4 490	2 278	9,1	18,0
1963	7 023	547,9		5 380	2 627	10,2	20,9
1964	8 642	649,2		6 570	3 192	9,9	20,3
1965	10 369	704,2		7 910	3 746	8,9	18,8
1966	11 385	760,6		8 840	4 220	8,6	18,0
1967	12 628	968,9		9 740	4 796	9,9	20,2
1968	13 640	985,3		10 550	4 960	9,3	19,9
1969	15 652	1070,7		12 250	5 674	8,7	18,9
1970	19 063	1151,0		14 800	6 900	7,8	16,7
1971	22 911	1239,6		18 000	8 700	6,9	14,2
1972	25 043	1312,9		19 250	9 600	6,8	13,7
1973	27 572	1381,6		20 460	10 350	6,8	13,3
1974	31 387	1410,5	1426[1])	22 290	11 350	6,3	12,4
1975	34 382	1449,9	1486	24 645	12 035	5,9	12,0
1976	35 449	1610,6	1701	25 740	12 300	6,3	13,1
1977	37 926	1597,4	1716	27 889	12 700	5,7	12,6
1978	40 117	1711,0	1848	30 116	13 900	5,7	12,3
1979	43 913	1818,8	1973				
1980	46 588	1665,6	1858	34 700	16 600	4,8	10,0
1981		1533,2					
1982		1643,5					
1983		1653,3					
1984		1800,8					

Quelle: BMFT (Hrsg.), Bundesbericht Forschung VI, Bonn 1979, S. 389; BMFT (Hrsg.), Was geht uns Forschung an? Bonn 1981, S. 41; R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 241; „Wehrdienst" 785/1981, 796/1981; „Wehrtechnik", 10/1981, S. 109; BMBW (Hrsg.), Forschungsbericht IV der Bundesregierung, Bonn 1972, S. 58; BMFT (Hrsg.), Bundesbericht Forschung V, Bonn 1975, S. 85; ab 1978 Soll; Stifterverband für die deutsche Wirtschaft (Hrsg.), Wissenschaftsausgaben der Wirtschaft 1977, Essen 1981, S. 43, 44.
1) Wissenschaftsausgaben BMVg.

schüsse für im Wissenschaftsbereich agierende Institutionen und Organisationen[36]), Gutachten, Projekte und Studien[37]) sowie – insbesondere – die Zu-

36) Bes. Arbeitskreis für Wehrforschung, Gesellschaft für Wehrkunde, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Carl-Cranz-Gesellschaft, auch Zuschüsse zum Verband für Arbeitsstudien, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt, Deutsche Gesellschaft für Photogrammetrie, Deutsche Geophysikalische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Qualität e.V., Deutsche Gesellschaft für Operations Research, Förderkreis Universität Koblenz e.V.
37) Auf Gebieten wie Wehrmedizin, Wehrpsychologie, Wehrgeophysik, Wehrsoziologie, Dokumentation, Systemforschung, Militärgeschichte und -politik.

schläge für „freie Forschung"[38]), die das BMVg bei Beschaffungsverträgen, aber auch bei Entwicklungen und gelegentlich auch bei der Materialerhaltung in Höhe von 2–4% vergibt. In den Untersuchungen des SIPRI und der UNO, aber auch etwa von Senger werden die militärischen Komponenten der Atom- und Weltraumforschung in der BRD anteilsmäßig dem Komplex „militärische Forschung" zugeschlagen; Barnaby schätzt diese Mittel auf 1 Mrd. DM[39]). Diese Vorgehensweise soll hier nicht übernommen werden, zumal bislang keine Analyse militärisch orientierter oder relevanter Bestandteile der Raumforschung in der BRD vorliegt. Vielfachen offiziellen Äußerungen folgend, kann jedoch davon ausgegangen werden, daß in Etats anderer Ministerien – vor allem des BMFT und des BMWi – besonders in den Bereichen Luftfahrtforschung[40]), Datenverarbeitung[41]) und Mikroelektronik[42]) Mittel für militärische Forschung verausgabt werden.

38) Vgl. G. Walpuski/D. O. Wolf, Der „Militär-Industrie-Komplex", in: Beilage zu „Das Parlament" B 14/1978 v. 8. 4. 1978, S. 36: „Daneben gewährt das Verteidigungsministerium mit Beschaffungsverträgen, aber auch bei bestimmten Entwicklungen und gelegentlich auch bei der Materialerhaltung einen besonderen Zuschlag (etwa zwischen 2 und 4 Prozent) für sogenannte ‚freie Forschung und Entwicklung'. Der Gesamtbetrag hierfür dürfte 1976 bei 200 Millionen DM gelegen haben, also dem Dreifachen der ‚kontrollierten und zielgerichteten Forschung'. Bis heute hat das Ministerium keine Kontrolle und Steuerung über diese Mittel." Die große Bedeutung dieser Mittel wird von der Rüstungsindustrie betont, vgl. Wt, 5/1978, S. 29: „Durch die ebenfalls seit kurzem allgemein angewachsenen Fertigungsaufgaben stiegen in gleichem Maße auch die zur Verfügung stehenden Mittel für freie Forschung und Entwicklung und natürlich auch die Möglichkeit für eigenfinanzierte Projekte."

39) Barnaby, Military research, S. 75, schätzt daher den Umfang der BRD-Rüstungsforschungsausgaben auf 1,1 Mrd. Dollar; ähnlich, ziemlich oberflächlich, Senger, Rüstungswirtschaft, S. 67 ff.

40) Vgl. Erläuterung zu Tabelle 2. Bundesfinanzminister F. Matthöfer stellte in seiner Rede zur Einbringung des Bundeshaushalts 1980 fest: „Allerdings werden auch Aufwendungen für die Forschung im Verteidigungsbereich im Haushalt des Forschungsministeriums ausgewiesen." Wichtiger noch die Aufwendungen anderer Ministerien für Projekte, die erst im nachhinein militärisch genutzt werden. Am bekanntesten ist hier der Fall des für 130 Mio. DM vom Bundeswirtschaftsministerium von Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelten und u. a. nach Chile exportierten Hubschrauber Bo-105, der nicht nur lt. Werksangaben in 45 Minuten zum Militärhubschrauber umgerüstet werden kann, sondern mittlerweile auch dank einer „wehrtechnischen Anpassungsentwicklung" als Verbindungshubschrauber bzw. lenkwaffenbestückter Kampfhubschrauber in Großserie geht. Das ganze heißt dann: „die vielseitige Bo-105-Familie" (MBB), vgl. Wt, 4/1977, S. 42 ff., 3/1974, S. 89 ff. Zum Luftfahrtforschungsprogramm 1979–1982 tragen das BMVg 700 Mio. und das BMFT 620 Mio. DM bei; vgl. „Interavia", 1/1980, S. 12 ff.

41) „Auch die Bundesregierung fördert seit Jahren sowohl in den Datenverarbeitungsprogrammen als auch speziell mit dem von 1974–1979 laufenden und mit 286,5 Mio. DM ausgestatteten Bauelementeprogramm diesen Bereich. Hier findet auch eine enge Abstimmung zwischen den Erfordernissen der Wehrtechnik und den zivilen Wünschen statt." („Jahrbuch der Wehrtechnik", Folge 11, Koblenz 1978, S. 67.)

42) Sehr deutlich hat die Bundesregierung auf die explizit militärischen Zielsetzungen von staatlich geförderten Forschungsprogrammen hingewiesen, die ansonsten als ausschließlich zivil orientiert bezeichnet werden, als sie die Anfrage der CDU im März 1982 beantwortete; vgl. Dt. Bundestag, Drucksache 9/1401, S. 8: „Die Mikroelektronik führt insbesondere zur Verbesserung der Führung und der Aufklärung sowie des Waffeneinsatzes; darüber hinaus ermöglicht sie die Realisierung neuer Defensivwaffen, wie z. B. der Endphasenlenkung bzw. autonomer Suchköpfe in Geschossen. Die Grundlage für die hierzu erforderlichen technologischen Fähigkeiten muß sich die deutsche Industrie zunächst auf dem zivilen Markt schaffen. Hierzu stellt der Bundesminister für Forschung und Technologie in den Jahren 1982 bis 1984 ca. 380 Mio. DM für ein Forschungs- und Entwicklungsförderungsprogramm im Bereich der Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit Hilfe dieses Programms die Industrie Grundlagen erarbeitet, die auch für die Durchführung eines spezifisch wehrtechnischen Schwerpunktes der Mikroelektronik notwendige Voraussetzung sind. Mit diesen Maßnahmen kann die deutsche Industrie in für die Wehrtechnik wichtigen Teilbereichen den Anschluß an die Technologie der USA und Japans finden . . . Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich die deutsche Industrie der Mikroelektronik im zivilen wie im Verteidigungssektor gleichermaßen bedienen wird." Vgl. auch BMFT (Hrsg.), Sonderprogramm Anwendung der Mikroelektronik, Bonn 1981. Eine Zurechnung von ca. 60 Mio. DM zum Bereich militärische Forschung wäre möglich.

Tabelle 2
Gliederung des Budgets Rüstungsforschung 1973–1981

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
I Forschung									
1 *Wehrtechnische Forschung*	57 340	57 973	53 187	54 985	54 999	58 999	59 000	57 000	50 000
2 *Sonstige militärische Forschung (Medizin, Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte, Systemforschung u.s.w.)*	8 465	11 087	11 983	12 096	11 034	12 923	18 352	18 671	18 260
3 *Entscheidungshilfen für Planung und Führung (Operations Research)*	4 850	4 999	5 077	47 732	46 998	49 876	49 998	52 000	47 500
4 *Hochschulen der Bundeswehr*	5 647	48 067	127 691	185 258	141 789	116 263	102 611	106 976	97 830
5 *Beiträge an Verbände, Vereine und Gesellschaften (Arbeitskreis für Wehrforschung, Gesellschaft für Wehrkunde, Deutsche Atlantische Gesellschaft*	663	663	687	716	723	723	741	832	816
II Entwicklung und Erprobung									
1 *Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung*	819 974	867 409	873 037	911 166	906 728	992 851	1 099 977	1 070 000	910 480
2 *Entwicklung MRCA/TORNADO*	402 258	383 401	380 441	426 351	418 907	421 766	400 399	287 500	321 000
3 *Bau, Betrieb, Erhaltung und Ausstattung der technischen und wissenschaftlichen Dienststellen und sonstige Aufwendungen für Erprobung*	436 554	432 387	525 990	541 653	567 183	568 106	584 069	599 622	620 813
4 *Luftfahrttechnik und -forschung*	137 019	151 032	172 071	185 860	214 625	170 229	238 205	264 290	295 200
5 *Entwicklung und Erprobung auf den Gebieten des Sanitäts-, Verpflegungs- und Bekleidungswesens, der Unterkunft und des Bauwesens*	1 827	1 012	1 185	2 145	1 786	2 230	2 295	3 600	3 060
6 *Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung des neuen Führungssystems*	–	–	36 971	52 000	51 702	64 993	79 999	90 000	65 000
III Institutionelle Förderung und weitere Zuweisungen									
1 *Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt*	47 500	43 200	47 000	52 307	53 378	54 488	55 648	55 050	55 050
2 *Fraunhofer-Gesellschaft*	12 640	16 547	22 589	23 620	24 829	26 798	29 358	31 820	31 820
3 *Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften*	16 911	22 282	20 255	22 980	24 192	25 425	27 426	31 110	30 335
4 *Forschungsinstitut St. Louis*	9 749	9 941	11 300	15 078	14 487	15 353	16 585	17 900	20 500
5 *Sonstige Zuweisungen und Kostenanteile*	18 717	18 349	22 676	27 103	26 503	27 863	28 070	29 490	30 919
6 *Forschungen im Rahmen der Zivilverteidigung*	965	1 927	1 734	1 141	1 589	1 300	1 245	1 250	1 300
Summe	1 981 079	2 070 276	2 313 874	2 562 101	2 561 452	2 610 226	2 871 330	2 717 111	2 599 883

Eine entsprechende Analyse der Bundeshaushaltspläne 1973–1981 (Tabelle 2) zeigt, *daß der tatsächlich für militärische Forschung in der BRD vom Bund ausgegebene Betrag 1973 bereits um über 60% und 1981 um 100% den in der Regel ausgewiesenen Betrag für „Verteidigungsforschung" übersteigt.* Gegenwärtig sind die staatlichen Forschungsausgaben für militärische Zwecke

Erläuterungen zur nebenstehenden Tabelle 2

Vgl. Bundeshaushaltspläne für die Haushaltsjahre 1975–1981, Bonn.

I 1 Vgl. Einzelplan (Epl) 1420 551 01.

I 2 Vgl. Kap. 1401 526 02, 526 03, 535 03, 684 01; 1402 531 01, 539 01, 539 02; 1404 526 24; 1420 551 02; 0402 Titelgr. 01.

I 3 Kap. 1420 551 03.

I 4 Vgl. Kap. 1405 Titelgr. 03-08; 1412 557 80. Der Forschungsanteil wurde mit 50% angesetzt; vgl. BMWF (Hrsg.), Bundesbericht Forschung II, Bonn 1967, S. 139, P. Zimmermann, Sechs Jahre Hochschulen der Bundeswehr, in: Wt, 6/1980, S. 50ff., bes. S. 58f.

I 5 Kap. 0403 68502, 685 03; 1402 68501.

II 1 Vgl. Kap. 1420 551 11.

II 2 Kap. 1420 551 16; 1422 686 06.

II 3 In der Vorbemerkung zu Kap. 1420 „Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung" (Bundeshaushaltsplan 1981, Bonn 1981, S. 2069) heißt es, daß „weitere Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Erprobung in anderen Kapiteln des Epl. 14 veranschlagt (sind), und zwar für Betrieb, Erhaltung und Ausstattung der technischen und wissenschaftlichen Dienststellen in Kap. 1421 . . . sowie für Infrastrukturmaßnahmen in Kap. 1412 (Grunderwerb und Baumaßnahmen für Erprobungsstellen)." Diese Aufwendungen sind hier zusammengestellt. Die Aufwendungen für diese Dienststellen wurden mit 100%, die sonstigen Aufwendungen in Kap. 1421 zu 60% anteilig veranschlagt. Die Aufwendungen für Erprobung sind hier jedoch viel zu niedrig ausgewiesen, da die Aufwendungen für Grunderwerb nicht erfaßt werden konnten und (vor allem) ebensowenig die Kosten für Erhaltung und Beschaffung der für die Erprobungsstellen, das Marinearsenal und die sonstigen technischen und wissenschaftlichen Dienststellen erforderlichen Schiffe, Betriebswasserfahrzeuge, Boote, schwimmende Geräte, Flugzeuge und das flugtechnische Gerät, die in Kap. 1418 und 1419 veranschlagt sind und deren Anteil nicht ermittelt werden kann.

II 4 Vgl. Kap. 0403 68503; Titelgr. 09 (50%); 3006 685 59 (50%), 685 02, 893 02 (50%), 685 55, 893 55 (20%). Hier geht es um die Förderung von Rüstungsforschung durch das Wirtschafts- und Forschungsministerium; vgl. etwa die Erläuterung zu Kap. 3006 685 02 (Bundeshaushaltsplan 1975, S. 2825): „Weiterhin werden aus diesem Titel Ausgaben bestritten, die in Wahrnehmung der Koordinierungszuständigkeit des Bundesministers für Forschung und Technologie für die zivile und militärische Luft- und Raumfahrtforschung und -entwicklung im nationalen und internationalen Rahmen erforderlich sind." Der einstige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Siegfried Mann hat schon vor einigen Jahren hervorgehoben: „Auch andere Bundesressorts – insbesondere das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) – fördern wissenschaftliche und technische Forschungsvorhaben, die im Interesse der Verteidigung liegen . . . Auf einigen Wissensgebieten wird die Planung der Forschungsprogramme gemeinsam mit dem BMFT durchgeführt. Bei gegenseitiger Information über das Gesamtprogramm werden nur die Arbeiten vom Verteidigungsressort betrieben, die im vorrangigen Interesse der Verteidigung liegen."

II 5 Kap. 1420 551 12, 551 15.

II 6 Kap. 1420 551 17.

III 1 Kap. 1420 Titelgruppe 01.

III 2 Kap. 1420 Titelgruppe 02.

III 3 Kap. 1420 Titelgruppe 03.

III 4 Kap. 1420 Titelgruppe 04.

III 5 Hier sind zusammengefaßt: anteilige Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben (Kap. 1421) sowie Aufwendungen im Rahmen der NATO, von seiten des BMFT, für die Carl-Cranz-Gesellschaft sowie Bundesforschungsanstalten (Kap. 1422 686 08, 533 04), Epl 30, Kap. 3006, 68521; 1420, 685 01, 980 01.

III 6 Epl 36, Kap. 3609.

Nicht erfaßt wurden die beträchtlichen Aufwendungen „für die Finanzierung internationaler Forschungseinrichtungen in Kap. 1422 (Anti-Submarine Warfare Center = SACLANTCEN in La Spezia, SHAPE Technical Center = STC in Den Haag)" (Vorbemerkung, S. 2069) sowie zahlreiche andere Aufwendungen im Rahmen der NATO, die nicht einzeln ausgewiesen sind.

in der BRD doppelt so hoch, als es die offizielle Forschungsstatistik ausweist. Sie sind in knapp zehn Jahren um rund 1 Mrd. DM auf *über 3 Mrd. DM* gestiegen. Das *Gesamtbudget* Rüstungsforschung (unter Einbeziehung der eigenfinanzierten Forschung der Rüstungsindustrie und – geringer – Aufwendungen, die aus dem Ausland kommen – NATO, Pentagon) dürfte 1979 bei knapp *4 Mrd. DM* gelegen haben. Das bedeutet, daß gegenwärtig etwa $^1/_{10}$ *aller Ausgaben* für Forschung und Entwicklung in der BRD in diesen Bereich gehen. Die gesamten Mittel für Kriegsforschung summieren sich 1973–1981 auf 31 Mrd. DM, davon allein die staatlichen Ausgaben auf 25,1 Mrd. DM. Die staatlichen Aufwendungen für Rüstungsforschung machten Anfang der 80er Jahre somit rund $^1/_4$ *der öffentlichen und* $^1/_3$ *der zentralstaatlichen Gesamtausgaben für FuE* aus (vgl. Tabelle 3). Diese Anteile liegen daher weit über jenen, welche die nationale und internationale Forschungsstatistik ausweist[43]). Die militärische Forschung in der BRD liegt unter den Schwerpunkten der zentralstaatlichen Forschungsförderung an *erster* Stelle und beansprucht *mehr als doppelt soviel Mittel wie die Forschungen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Ernährung, Humanisierung des Arbeitslebens, Bildung und Berufsbildung sowie Friedens- und Konfliktforschung zusammen*[44]).

Tabelle 3
Gesamtbudget Rüstungsforschung 1973–1981

Jahr	*Militärische FuE*		*Öffentliche*	*„Freie*	*Industrie*
	Gesamt	*In % Gesamtbudget FuE*	*Aufwendungen*	*Forschung"*	
1973	*2761*	*13,5*	*1981*	*240*	*540*
1974	*2918*	*13,1*	*2070*	*258*	*590*
1975	*3145*	*12,8*	*2314*	*261*	*570*
1976	*3474*	*13,5*	*2562*	*282*	*630*
1977	*3518*	*12,6*	*2561*	*297*	*660*
1978	*(3600)*	*12,0*	*2610*	*324*	–
1979	*(3900)*	*12,3*	*2871*	*348*	–
1980	*3769*	*10,9*	*2717*	*372*	*680*
1981	*(3712)*	–	*2600*	*432*	–

Eigene Berechnung (in Mio. DM)

43) Vgl. SRN, 2/1977, S. 1, 6/1981, S. 7: nach OECD-Angaben lagen die Ausgaben für Rüstungsforschung in der BRD 1975 bei 11,1% und 1980 bei 10,2% der staatlichen FuE-Ausgaben. Nach Angaben der EG (Statistisches Amt, Aufwendungen 1970–1979, S. 36 f., 155; 1970–1980, S. 37, 158, 1970–1977, S. 20, 86) entwickelte sich dieser Anteil 1970–1980 wie folgt (in %):

Jahr	1970	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
%	17,7	11,8	11,0	11,4	12,5	12,2	11,7	10,2

Der direkte oder indirekte Anteil der Länder an der Finanzierung der militärischen Forschung kann nicht ermittelt werden. Er dürfte vor allem im Bereich der Grundfinanzierung eine gewisse Rolle spielen.

44) Schätzungen über den Umfang des FuE-Personals im Bereich der Rüstungsforschung der BRD liegen bislang nicht vor. Je nach Vorgehensweise ergeben sich hier sehr unterschiedliche Größenordnungen. Überträgt man die international angewandte Berechnungsweise (vgl. Anm. 14) und legt man die wenigen Angaben über das Forschungspotential in einigen Rüstungsunternehmen zugrunde, ergibt sich eine Größenordnung von 35 000–40 000 Wissenschaftlern und Ingenieuren und eine Gesamtbeschäftigungszahl von weit über 100 000 Personen im Sektor militärische Forschung.

Kann nun die Verlangsamung des Mittelzuwachses in den 70er Jahren und der zeitweise Mittelrückgang 1980/81 als eine substantielle Mittelumverteilung, als Neuorientierung der Forschungspolitik und als Indiz einer bundesdeutschen Sonderentwicklung gegenüber der massiven Steigerung der Mittel für Rüstungsforschung in den USA, England und Frankreich interpretiert werden? Tatsächlich zielt die Forschungspolitik in der BRD bereits seit 1966/67 darauf ab, Forschungsförderung (im Unterschied zu den USA und auch England) als unmittelbare Industrieförderung zu betreiben und das Wirtschaftswachstum unmittelbar und nicht indirekt auf dem Umweg über rüstungstechnologische Sekundäreffekte zu fördern. Ebenso haben die sich in den 70er Jahren vertiefenden Infrastrukturkrisen und die rasch voranschreitende Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses qualitativ neue Anforderungen an die staatliche Politik der Forschungsförderung gestellt. Ähnlich wie in anderen westlichen Industrieländern hat sich bis Mitte der 70er Jahre auch in der BRD eine Ausdifferenzierung zahlreicher neuer Betätigungsfelder der staatlichen Wissenschaftsadministration vollzogen, die den Zuwachs an finanziellen und personellen Ressourcen fast völlig an sich zog[45]). In dieser Expansionsphase der staatlichen Forschungsförderung hat die relative Bedeutung der bis dahin nahezu uneingeschränkt dominierenden Rüstungsforschung deutlich abgenommen. Wenn nach der EG-Systematik der staatlichen FuE-Ausgaben nach Forschungszielen der Anteil der Rüstungsforschung in der BRD von 1969 bis 1972 von 19,2% auf 10,6% abfiel, dann spiegelt sich dieser Bedeutungsverlust hier deutlich wider[46]). Bis 1977 ist dieser Anteil langsam angestiegen (12,5%) und bis 1980/81 wieder schwach abgefallen. Der Mittelrückgang 1980/81 bedeutet nur eine Unterbrechung, aber keine Brechung des Trends zum allmählichen Zuwachs der Mittel. Zunächst wurde gezeigt, daß ein wachsender Teil der Ausgaben außerhalb des Epl. 14 bzw. des offiziell veranschlagten Mittelrahmens verausgabt wird. Dieser Anteil ist 1973/80 doppelt so schnell gewachsen. Der aktuelle Mittelrückgang ist auf augenblickliche Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen, die zu einer Umverteilung von Mitteln innerhalb des investiven Teils des Rüstungsetats zugunsten des Tornado-Beschaffungsprogramms führten.[47]) Die gegenwärtig vorliegenden Absichtserklärungen und Planungen der Bundesregierung, des BMVg und der Militärs zielen auf einen starken Mittelzuwachs ab 1983 ab: 1983 sollen 1,685 Mrd. DM, 1984 1,837 Mrd. und 1985

45) Vgl. dazu auch U. Albrecht, Prioritäten in der Rüstungsforschung, in: W. Pohrt (Hrsg.), Wissenschaftspolitik – von wem, für wen, wie? Prioritäten in der Forschungsplanung, München o.J., S. 138 ff. Diese Entwicklung hat wohl auch dazu geführt, daß in Standardwerken zur Analyse der Forschungspolitik die Rüstungsforschung auf frappierende Weise ignoriert wird; vgl. V. Ronge, Forschungspolitik als Strukturpolitik, München 1977; G. Bräunling/D.-M. Harmsen, Die Förderungsprinzipien und Instrumente der Forschungs- und Technologiepolitik, Göttingen 1975; Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1977.

46) Vgl. BF VI, S. 393.

47) Vgl. Staatssekretär K. D. Leister in: Wt, 1/82, S. 17: „In den beiden letzten Jahren mußten die Haushaltsansätze aufgrund anderer Prioritäten im Verteidigungsetat verringert werden." Die FuE-Ausgaben mußten „zweimal hintereinander für die Finanzierung des Tornado-Programmes verringert werden" (Wt, 10/1981, S. 109).

2,019 Mrd. DM aufgewandt werden[48]). Zweitens befindet sich in der BRD gegenwärtig ein beträchtlicher Teil des Forschungspotentials in der Anfangsphase der Erforschung, Entwicklung und Erprobung der Waffensysteme der „dritten Generation", deren Forschungskosten vorwiegend ab Mitte dieses Jahrzehnts anfallen werden. Bei zahlreichen Waffensystemen wird mit einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Forschungs- und Entwicklungskosten gerechnet[49]). Endlich ist die BRD eingebunden in internationale Entwicklungen über enge bilaterale Wissenschaftsbeziehungen mit Frankreich, England und in erster Linie mit den USA[50]) sowie über die expandierende Wissenschaftstätigkeit der NATO[51]). Die augenblickliche öffentliche Auseinandersetzung über die angeblich zu geringe Rüstungsforschung in der BRD soll das Rechtfertigungsklima für die abzusehende und intendierte Expansion der Ausgaben herstellen, mit der sich die BRD in den vor allem von den USA und England ausgehenden Entwicklungstrend dann voll einfügen würde. Der Ausbau der Forschungsbasis des Militärs wird sich dann verstärkt fortsetzen.

3. *Die Wissenschaftsbasis des Rüstungssektors*

Daß eine solche eigene Forschungsbasis existiert, ist in zahlreichen Dokumenten mit dem Hinweis bestritten worden, daß in der BRD keine großen außeruniversitären Forschungsinstitute existierten, die eigens dem BMVg unterstellt seien und als nationale Forschungsstätten fungierten. Das Fehlen solcher Einrichtungen gilt als Beleg für die geringe Bedeutung der Rüstungsforschung im nationalen Wissenschaftssystem[52]) und als Ausweis ihrer produktiven Einbindung in die zivile Forschung.

Eine Auseinandersetzung mit dieser These und eine Beurteilung der Wissenschaftsorganisation der Rüstungsforschung werden durch die sehr geringe Transparenz dieses Bereichs erschwert. Die vorliegenden Daten ergeben jedoch ein anderes Bild. Am 29. Februar 1980 gab es 595 Forschungs- und 2002 Entwicklungsvorhaben, die über das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als staatlicher Behörde verwaltet wurden. Diese Vorhaben lassen sich auf verschiedene Weise gliedern. So entfielen etwa 1974 76,4% der Entwicklungsmittel auf Projekte, 6,8% auf Geräteentwicklungen, 3,7% auf Komponentenentwicklungen, 7,0% auf technische Studien und 6,1% auf Planungs- und Managementhilfen. Vier von zehn Vorhaben waren rein nationale

48) Dt. Bundestag, Drucksache 9/1401, S. 4. Vgl. auch Staatssekretär Schnell in Wt, 4/1980, S. 23: Der Mittelrückgang 1980: 1979 sei bedingt durch den „Rückgang der für das Tornado und die zweite Waffensystemgeneration erforderlichen Entwicklungsmittel. Auf der anderen Seite stehen neue Programme vor uns, die eine Aufstockung des Entwicklungstitels erforderlich machen." Vgl. auch Wt, 1/1982, S. 17, W, 825/1981, S. 1, 830/1982, S. 1.

49) Vgl. das BMVg bereits 1979: „Die Vorarbeiten für eine künftige Waffengeneration laufen dagegen erst in den nächsten Jahren verstärkt an. In dieser Zwischenphase können bei insgesamt geringeren Mitteln gleichwohl die eingeleiteten Vorhaben fortgesetzt werden."

50) Vgl. Rilling, Kriegsforschung, S. 80ff.

51) Vgl. NATO (Hrsg.), Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1978, S. 205ff.; „wirtschaft und wissenschaft", 2/1969, S. 9; „NATO-Brief", 2/1977, S. 19ff.; Wt, 4/1972, S. 137, 1/1973, S. 46, 4/1973, S. 159, 7/1978, S. 40f., 10/1981, S. 39ff.

52) Vgl. etwa BF IV, S. 58ff.; zu den folgenden Angaben vgl. auch Wt, 5/1980, S. 57, 12/1974, S. 451f.

Projekte[53]). Die relativ geringen Mittel für wehrtechnische Auftragsforschung stagnieren gegenwärtig bei 55–60 Mio. DM. Die noch schmalen Ausgaben für die nichttechnische, insbesondere militärmedizinische Forschung nehmen zu[54]). Besonders signifikant ist die starke Zunahme der Mittel für die sog. „Zukunftstechnik" im Rahmen der Entwicklung, die die dominierende Rolle der Elektronik innerhalb der Militärtechnologie reflektiert[55]). Der weitaus größte Teil der Entwicklungsmittel geht in den Bereich der Luftwaffe: zeitweise wurde über die Hälfte aller Mittel für das größte westdeutsche Rüstungsforschungs- bzw. -entwicklungsprojekt, das Tornado-Waffensystem, aufgewandt. Von den seitens der BRD insgesamt veranschlagten 6 Mrd. DM wurden bis 1981 über 4 Mrd. DM ausgegeben[56]). Die restlichen Mittel entfallen je zur Hälfte auf Projekte des Heeres bzw. der Marine und Luftwaffe gemeinsam.

Die globale Aufteilung dieser Mittel auf „verbrauchende Stellen" ist stabil. Im letzten Jahrzehnt gingen konstant $^4/_5$ der für Zwecke der Rüstungsforschung in der BRD aufgewandten Mittel in die *Industrie*. Diese staatliche Finanzierung der industriellen Rüstungsforschung spielt eine beträchtliche Rolle für die Verwertung des privaten Forschungskapitals. 1980 machten sie rund 30,5% aller in die Wirtschaft geflossenen staatlichen Forschungsmittel und ungefähr 8% des im Bereich der Wirtschaft umgeschlagenen Forschungskapitals aus. Der Zufluß an Mitteln für Rüstungsforschung ist hoch konzentriert. Bereits Anfang der 70er Jahre gingen über 80% aller Mittel in nur zwei Industriezweige – den Flugzeugbau und die Elektronik/Elektrotechnik; 1979 floß $^1/_3$ der vom BMVg für Zwecke der Rüstungsforschung und -entwicklung verausgabten Mittel (563,3 Mio. DM) den Unternehmen AEG, IABG, MBB, Dornier, SEL und Siemens zu, also ausschließlich Luftfahrt- und Elektronikunternehmen (sieht man von der IABG ab). Darunter die drei größten Rüstungskonzerne der BRD, nämlich MBB, Siemens und AEG, die als einzige einen Rüstungsumsatz von über 1 Mrd. DM haben. 1979 gehörten 22 der größten Rüstungskonzerne der BRD zur Gruppe der 100 größten Industrieunternehmen bzw. Töchtern dieser Gruppe. Die Rüstungsforschung konzentriert sich in der BRD in den größten Rüstungsunternehmen, die zugleich die staatliche Forschungsfinanzierung auf sich konzentriert und zur Gruppe der forschungsintensivsten Kapitale der BRD gehört (sieht man von der Chemieindustrie ab, die im Rüstungsbereich keine Rolle spielt, aber am meisten für FuE ausgibt).

Im Zentrum dieses Komplexes steht der Siemens-Konzern mit einem jährlichen Forschungsaufwand von 3 Mrd. DM und einem unmittelbaren Rü-

53) Vgl. Wt, 5/1980, S. 57.

54) Die in Kap. 1420 ausgewiesenen FuE-Mittel stiegen 1981/82 um 8,9% und sollen 1984 und 1985 um 9,0% bzw. 9,9% zunehmen. Der Titel 55101 Forschung soll schwach ansteigen von 46 Mio. (1982) über 50 Mio. (1983/84) auf 55 Mio. (1985). Gemessen an den Hochschulausgaben sind die Mittel des BMVg für „Wehrmedizin" gering; vgl. BF V, S. 31.

55) Die weitere Entwicklung: 1982/83 324 Mio. DM, 1984 390 Mio, 1985 480 Mio. DM.

56) Vgl. W, 789/1981, 803/1981 und 827/1981.

stungsumsatz von 2 Mrd. DM[57]). Die Verwertung dieses Forschungskapitals findet unter privilegierten Bedingungen statt und begründet Sonderinteressen an einer Ausdehnung dieser Bedingungen: der Forschungsaufwand wird nicht nur ersetzt und zunehmend auch vorgeschossen, sondern insgesamt verwertet sich das staatlich mobilisierte Forschungskapital beim privaten Auftragnehmer, der bei einem im Verhältnis zu seinem Bilanzkapital minimalen Einsatz von Eigenkapital eine Profitmasse realisieren kann, die auf der Verwertung des gesamten (staatlich vermittelten) fungierenden Kapitals beruht. Die Galbraithsche Formel – „das einzig Private an diesen Firmen ist ihr privater Profit" – trifft auch für die Forschungsmittel kapitalisierende Rüstungsindustrie zu. Zweifellos läßt sich insgesamt festhalten, daß die industrielle Forschungsbasis des Rüstungsprozesses in der BRD – wie in den anderen westlichen Industriestaaten auch – dominiert.

Vor allem gegenüber den Hochschulen, aber auch der Industrie haben im letzten Jahrzehnt jedoch die *staatlichen* Forschungseinrichtungen als Institutionen der Rüstungsforschung kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Die ihnen verfügbaren Mittel sind überdurchschnittlich gestiegen, ihr personelles und materielles Potential wurde erweitert, und ihre Struktur hat sich stabilisiert. An erster Stelle ist hier die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt *(DFVLR)* zu nennen. Sie ist die größte ingenieurwissenschaftliche und Luftfahrtforschungseinrichtung der BRD und beschäftigt in 31 Instituten und Abteilungen über 3100 Personen. Sie „nimmt in erheblichem Umfange Aufgaben auf dem Gebiete der wehrtechnischen Luftfahrtforschung wahr"[58]). Ähnlich wichtig ist die *Fraunhofer-Gesellschaft* mit 28 Forschungseinrichtungen und 2500 Beschäftigten; 6 Institute führen fast ausschließlich Forschungsarbeiten für das BMVg durch[59]) und werden von ihm zu 100% finanziert. Die *Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften* (FGAN) wird ausschließlich vom BMVg finanziert; in 7 Instituten sind 365 Personen beschäftigt[60]). 128 Personen sind in der Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik (FWG) in Kiel beschäftigt,

57) Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 8/4457, Bonn 1980, S. 4; C. Bielefeldt/P. Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der BRD, Frankfurt/New York 1980, S. 85; BMFT, Statistische Informationen 2/1981, S. 9; J. Huffschmid (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat?, Köln 1981, S. 41 ff.; Wt, 10/1977, S. 72, 6/1978, S. 77.

58) Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1981, Bonn 1981, Einzelplan 14 (BMVg), Kap. 1420, Erläuterungen, S. 2072. Zur DFVLR vgl. auch BF VI, S. 251 ff., sowie „Jahrbuch der Luftwaffe", Darmstadt 1971, S. 172 ff.

59) Vgl. BF VI, S. 297 ff., Wt, 12/1975, S. 69, 12/1978, S. 50, sowie Fraunhofer-Gesellschaft (Hrsg.), Die Fraunhofer-Gesellschaft, München 1974. Der Beitrag des BMVg betrug 1973 noch 20,7 Mio., 1981 bereits 44,7 Mio. DM (Soll). Die Institute sind: 1. Institut für Angewandte Festkörperphysik, Freiburg (5,7 Mio. DM Grundfinanzierung 1981), 2. Institut für Kurzzeitdynamik-Ernst-Mach-Institut, Freiburg (7,9.), 3. Institut für Treib- und Explosivstoffe, Pfinztal/Karlsruhe (7,74), 4. Institut für Angewandte Materialforschung (3,7.), 5. Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen, Euskirchen (3,6), Institut für Hydroakustik, Ottobrunn (1,7); vgl. Bundeshaushaltsplan 1981, S. 2072.

60) Vgl. BF VI, S. 310 f. Die Institute sind: 1. Forschungsinstitut für Hochfrequenzphysik, Wachtberg-Werthhoven (5,6 Mio.), 2. Forschungsinstitut für Funk und Mathematik, Wachtberg-Werthhoven (8,1), 3. Forschungsinstitut für Anthropotechnik, Wachtberg-Werthhoven (4,2), 4. Forschungsinstitut für Optik, Tübingen (1,8), 5. Forschungsinstitut für Informationsverarbeitung und Mustererkennung, Karlsruhe (1,8), 6. Institut für Fernmeldetechnik und Elektronik, Wachtberg-Werthhoven (2,9), 7. Forschungsinstitut für Lasertechnik, Ottobrunn (–).

die ausschließlich für das BMVg arbeitet und von ihm finanziert wird[61]). 468 Beschäftigte hat das deutsch-französische Institut Saint-Louis (ISL), das in den Bereichen der Aerodynamik, Ballistik, Physik und Meßtechnik tätig ist[62]). Eine herausragende Rolle spielt die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG), die als größtes Systemanalyse- und Testzentrum der BRD seit 1961 aufgebaut wurde und zu 80% im Bereich Rüstungsforschung tätig ist. Der Umsatz dieses staatlichen Betriebs, an dem die Luft- und Raumfahrtindustrie beteiligt ist, lag 1978 bei 168 Mio. DM bei 1600 Beschäftigten[63]). Eine Sonderrolle spielen auch die zwei Bundeswehrhochschulen, deren tendenziell bedeutendes Forschungspotential zunehmend zur Geltung kommt[64]). Das Rüstungsforschungspotential an den Hochschulen wird vom BMFT für 1978 mit 12 Mio. DM und 290 Personen angegeben, was $^1/_2$% aller Hochschulangehörigen und ganze 0,2% der Forschungsausgaben an den Hochschulen entsprechen würde[65]). Nach meiner Schätzung werden gegenwärtig höchstens 5% der Forschungsausgaben an den *Hochschulen* und höchstens rund 4000 Vollzeitkräfte für militärische und Rüstungszwecke verwandt, also wesentlich mehr, als offiziell ausgewiesen, aber bei weitem weniger als in Frankreich oder den USA. Schwerpunkte der Rüstungsforschung sind die Technischen Hochschulen und Universitäten, insbesondere etwa Karlsruhe oder München.

Insgesamt aber läßt sich festhalten, daß bei andauernder Dominanz der industriellen Rüstungsforschung die staatliche Forschungsbasis des militärischen Sektors sich stabilisiert und erweitert hat. *Das Militär schafft sich seine eigene Forschungsbasis.* Das System militärischer Forschung hat sich in den letzten Jahrzehnten horizontal wie vertikal ausgedehnt, in Hunderte von Laboratorien, Universitätseinrichtungen, Industriefirmen, Wissenschaftsrichtungen und -disziplinen. Es wirkt nicht mehr auf Teilbereiche, sondern auf das *Gesamtgefüge* der Wissenschaft. Dieses veränderte Verhältnis von Militär und Wissenschaft ist zwar auch den praktischen Möglichkeiten geschuldet, welche die Erkenntnisfortschritte der Wissenschaft gebracht haben; der allgemeine Zugriff des Militärs auf das Unternehmen Wissenschaft widerspiegelt aber in erster Linie die Tatsache, daß der Krieg zu einem totalen Gesellschaftsphänomen geworden ist, dessen Vorbereitung, Durchführung oder Verhinderung nichts auslassen kann. Der Anspruch der Repräsentanten des militärischen Staatsapparats, daß prinzipiell jede Wissenschaft und Forschung militärisch relevant und rüstungsbezogen ist, steht auf der Höhe der Zeit – im Unterschied zum immer noch verbreiteten Bewußtsein vieler Wissenschaftler, die diesem Anspruch ihre individuelle Freiheit des auf Wahrheitserkenntnis abzielenden

61) Vgl. BF VI, S. 333, sowie „Jahrbuch der Wehrtechnik" 12, Koblenz 1981, S. 144ff.
62) Vgl. BF VI, S. 372, sowie „Wehrkunde", 4/1965, S. 201ff., und „Soldat und Technik", 8/1969, S. 415ff.
63) Vgl. das Firmenporträt in: Wt, 3/1979, S. 96ff. Weitere staatliche Forschungseinrichtungen existieren im Bereich der Militärmedizin, -geschichte, -soziologie und -geographie. Besonders wesentlich hier das Militärgeschichtliche Forschungsamt mit über 150 Mitgliedern (1978: 485 Mio. DM Ausgaben; vgl. BF VI, 216) und das Batelle-Institut. Die Aufwendungen für DFVLR, FhG, FGAN und ISL sollen von 1982–1985 von 142 auf 147 Mio. DM ansteigen; vgl. Dt. Bundestag, Drucksache 9/1401, S. 9.
64) Vgl. Wt, 6/1980, S. 50ff.
65) BF VI, S. 91.

Forschungsvollzugs entgegenhalten[66]). Die Wissenschaftsadministration der Rüstungsforschung in der BRD versucht daher, das Gesamtspektrum der naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen einzubeziehen[67]). Die Führungsstruktur unter den kriegswichtigsten Disziplinen hat sich dabei geändert. Der erste Weltkrieg war ein Krieg der Chemie. Der zweite Weltkrieg war der Krieg der Physik, welche die Entwicklung der Atom- und thermonuklearen Waffen ermöglichte und mit der Entwicklung der Raketenwaffen die Trägersysteme revolutionierte. Die 50er und 60er Jahre standen im Zeichen der Entwicklung neuer Waffenwirkungen, also Waffen und Massenvernichtungsmittel und der entsprechenden Träger. Diese Entwicklungen wurden getragen von Physik, Chemie, Maschinenbau, Elektronik. Die 70er Jahre und 80er Jahre stehen im Zeichen der Treffsicherheit der Waffen. Die tragende Disziplin ist die Elektronik. Der dritte Weltkrieg wäre ein Krieg der Elektronik. Die Schwerpunkte der Rüstungsforschung in der BRD liegen daher auf den Gebieten der A- und C-Kriegsführung, Festkörper- und Hochfrequenzphysik, Elektronik, Informatik, Kybernetik, Geophysik, Werkstofforschung, Meteorologie, Ozeanographie, Luftfahrttechnik, Sprengphysik und Ballistik, Anthropotechnik und Militärgeographie. Daneben noch Militärmedizin, -soziologie, -psychologie und -geschichte[68]). Die Schwerpunkte der Entwicklungsprojekte 1981 waren in der BRD: 1. Mittel der See- und Luftkriegsführung (Fregatten, Tornado), 2. Panzer, 3. Panzerabwehr, 4. Heeresaufklärung und Artillerie, 5. Pionierfahrzeuge, 6. Hubschrauber, 7. Führungssysteme, 8. Funk- und Fernmeldesysteme, 9. „Zukunftstechnik"[69]).

4. *Zur Legitimation der Rüstungsforschung*

Rüstungsforschung kann nicht mit statischen Begriffen gefaßt werden. Sie ist eine der dynamischsten Institutionen des Wissenschaftssystems. Ihre Leistungen sind: beizutragen zur ständigen *ökonomischen Entwertung der Rüstungswaren,* die ununterbrochene *Vervollkommnung des „Gebrauchswerts" der Rüstungsgüter – ihres Zerstörungspotentials –,* endlich die kontinuierliche *Destabilisierung der technologischen Basis des politisch-militärischen Gleichgewichts.*

Militärische Forschung steht zugleich in einer besonderen Situation *latenter Delegitimation,* die – verglichen mit anderen zentralstaatlichen FuE-Programmen – für sie typisch ist. Sie resultiert ganz wesentlich aus der unproduk-

66) Vgl. M. Leitenberg, The classical scientific ethic and strategic-weapons development, in: „impact of science on society", 2/1971, S. 123 ff., sowie „Wechselwirkung", 9/1981, S. 9 ff.

67) Vgl. den damaligen Verantwortlichen im BMVg W. Strathmann in: Wt, 10/1973, S. 358, „daß das gesamte Spektrum des naturwissenschaftlichen Wissens für diese Aufgaben benötigt wird", und in Wt, 7/1977, S. 40, „daß praktisch jede Forschungsrichtung Beiträge für jede militärische Aufgabe liefern kann".

68) Vgl. Wt, 7/1977, S. 36 ff., 12/1978, S. 50, 10/1972, S. 420. 1979 lag folgende Aufgliederung vor: Aerodynamik und Hydrodynamik, Flugmechanik 4,8 Mio. DM, Akustik 3,2 Mio., Antriebe 4,0, Festkörperphysik und Optik 7,9, Geophysik 2,1, Hochfrequenz-Physik 4,9, Informatik 4,1, Kybernetik 2,0, allgemeine Forschung 1,0, konventionelle Bedrohung 1,6, nukleare Bedrohung 1,0, Ballistik 3,8, Bauweisen und Konstruktion 3,6, chemische Abwehr 3,1, chemische Energieumwandlung 3,0, Nichtmetalle 3,5, Stahlforschung 4,8; vgl. Wt, 797/1981.

69) Vgl. Wt, 794/1981 sowie „Soldat und Technik", 8/1979, S. 403 ff.

tiven Natur der Ökonomie der Rüstung und ihrer augenscheinlichen extremen Bindung gesellschaftlicher Ressourcen. So verbraucht etwa das Militär in der BRD jährlich für rund 6 Mrd. DM Energie- und Rohstoffe, nutzt mit bis zu 600 000 ha Boden ein Gebiet militärisch, das dreimal so groß ist wie alle Naturschutzgebiete unseres Landes zusammengenommen, und beansprucht schließlich in einer Situation tiefer ökonomischer Krise Mittel in Höhe von rund 112 Mrd. DM[70]). Innerhalb einer solchen Situation latenter Delegitimation, die nicht mehr allein durch die traditionelle Unsicherheit gekennzeichnet ist, die aus der kontroversen Interpretation der innen- und außenpolitischen Funktion und Zielsetzung des Militärs in der Gesellschaft resultiert, entsteht ein erhöhter, spezialisierter Legitimationsbedarf. Zur Rechtfertigung der beträchtlichen Ressourcenmobilisierung für die militärische Forschung in der BRD – nach den offiziell ausgewiesenen Angaben im Zeitraum 1955–1982 rund 26,5 Mrd. DM – haben neben der eingangs skizzierten *Technik der Marginalisierung drei Konzepte* eine Rolle gespielt, die versuchen, diesem Ressourcenaufwand einen Sinn zuzuordnen und ihn dadurch gesellschaftlich akzeptabel zu machen:

1. die *sicherheitspolitische* Argumentation, wonach das technologische Wettrüsten Bedingung von Gleichgewicht und damit Sicherheit sei;

2. die *wissenschaftspolitische* Argumentation, wonach die Rüstungsforschung eine Vielzahl neuer Erkenntnisse erbringe und den wissenschaftlichen Fortschritt bzw. die Wahrheitsfindung fördere;

3. die *wirtschaftspolitische* Argumentation, wonach über Transfervorgänge aus der wissenschaftsintensiven Rüstungsproduktion in die zivile Ökonomie Wachstumseffekte erzielt werden könnten („spin-off" bzw. „spill-over"-Argument).

Von der Aufbauphase der Bundeswehr seit Mitte der 50er Jahre bis ungefähr 1966/67 spielte das spin-off-Argument eine starke Rolle und wurde nicht nur von den unmittelbar am Rüstungsprozeß beteiligten Akteuren verwandt. Seine weite Verbreitung in der Wissenschaftsadministration und -elite, Unternehmerverbänden und Militärapparat reflektierte, daß in dieser Phase die Förderung des Wirtschaftswachstums durch den Aufbau und die Entwicklung wissenschaftsintensiver rüstungsorientierter Wirtschaftszweige ein zentrales Element der wirtschafts- und forschungspolitischen Strategie war[71]). Diese Strategie wurde 1966/67 durch eine Konzeption abgelöst, die auf eine direkte staatliche Förderung der Industrieforschung abzielte[72]). In den zentralen Publikationen der Wissenschafts- und Militäradministration wird die spin-off-Argumentation Anfang der 70er Jahre nur noch selten und schließlich überhaupt nicht mehr verwandt[73]). Sie findet sich in den 70er Jahren im wesentlichen nur noch in den Publikationen der Rüstungsindustrie.

70) Vgl. J. Huffschmid, Rüstungs- oder Sozialstaat, a.a.O.
71) Vgl. Rilling, Kriegsforschung, S. 107 ff.
72) Vgl. Bräunling/Harmsen, Förderungsprinzipien, S. 11 ff., S. 80.
73) Vgl. Wt, 12/1980, S. 30.

Der instrumentelle Charakter der Argumentationsweise zeigt sich auch an einer kleinen Episode aus jüngster Zeit. Die zentrale Interessenorganisation der Industrie der BRD, der Bundesverband der Deutschen Industrie, welche vor einem Jahrzehnt häufig die nützlichen Sekundäreffekte der Rüstungsforschung propagiert hatte, lehnte Ende 1980 angesichts einer unter Hinweis auf aus dem spin-off resultierende Extraprofite aufgestellten staatlichen Forderung nach einer industriellen Finanzierungsbeteiligung an FuE-Vorhaben diese ihre frühere Konzeption entschieden ab[74]). Gleichwohl aber ist bemerkenswert, daß diese wirtschaftspolitische Argumentation 1980/81 in der Wissenschaftsöffentlichkeit und insbesondere von Entscheidungsträgern in der Administration erstmals wieder aufgenommen und vertreten wurde. Dasselbe gilt für wichtige Rüstungszeitschriften in der BRD und die Rüstungsindustrie[75]). Die erneut aufgegriffene Argumentation soll die Forderung nach einer Erhöhung der finanziellen Aufwendungen für militärische Forschung in den 80er Jahren und einer – begrenzten – Umverteilung der Forschungsmittel abstützen. Dieser Rückgriff geschieht durchaus ungeachtet der Tatsache, daß die Argumentation selbst in der Sache *unhaltbar* ist, wie die zwei bislang in der BRD vorliegenden Untersuchungen zeigen[76]).

Sicherlich gibt es auch im Bereich der Rüstungsforschung der BRD eine Reihe von – meist allerdings kaum spezifizierten – Beispielen für eine Anwendung wissenschaftlichen Wissens, know-how oder Technologien im „zivilen" Sektor, die ursprünglich im militärischen Bereich gewonnen wurden. Angesichts des *überragenden Gewichts der Rüstungsforschung* im Wissenschaftssystem in den 50er und 60er Jahren war ein solcher Transfer freilich geradezu *unvermeidlich*. Die Frage ist offensichtlich anders zu stellen: Wie ist die *Relation von Forschungsaufwand und jeweils erreichtem (sekundärem) Wachstumseffekt?* Hier aber zeigt sich, daß zunächst die Kosten zur Durchführung spezieller *Transferprogramme* und -institutionen in den USA höher waren als der Nutzen, der durch die transferierte Technologie erzielt werden konnte; in der BRD gibt es – von Literatur- und Dokumentationszentren abgesehen – keiner-

74) In der BDI-Erklärung heißt es: „Ein bei der Durchführung von Entwicklungsaufträgen des Verteidigungsressorts erlangter Vorteil des Auftragnehmers, daß nämlich das bei der Durchführung des Entwicklungsauftrages erzielte Know-how in der zivilen Fertigung einsetzbar sein soll, wird häufig überschätzt. Aufgrund einiger weniger Einzelfälle läßt sich damit die Forderung nach einem generellen finanziellen Selbsterhalt der Industriefirmen nicht begründen. In der Regel ist dagegen bei der vom Verteidigungsressort schwerpunktmäßig finanzierten anwendungsorientierten und objektbezogenen Entwicklung im Unterschied zur allgemeinen Grundlagen-Forschung und Entwicklung der sogenannte Spin-off gering . . . Mithin ergeben sich aus der zumeist objektbezogenen Entwicklung für das Verteidigungsressort nur selten Vorteile für zivile Programme, deren Auswertung zudem regelmäßig mit erheblichem zusätzlichen personellen Aufwand für die Firmen verbunden ist, bevor die technischen Ergebnisse der Verteidigungsaufträge für zivile Zwecke genutzt werden können." (W, 802/1981.)

75) So etwa der frühere BMVg-Staatssekretär und jetzige Forschungsminister A. v. Bülow im Bundestag; vgl. Wt, 3/1981, S. 15; der BMVg-Staatssekretär K. D. Leiser; vgl. Wt, 1/1982, S. 16, oder der letzte Geschäftsbericht von MBB, München 1980, S. 8, aber auch die EG (Statistisches Amt, 1970–80, S. 39), die „vermerkt, daß die Forschungen im Verteidigungsbereich . . . beträchtliche technologische Niederschläge in anderen Forschungsbereichen hatten."

76) Vgl. Rilling, Kriegsforschung, S. 190 ff., Senger, Rüstungswirtschaft. Sehr kritisch dazu auch A. Mechtersheimer, Rüstung und Politik in der Bundesrepublik. MRCA Tornado, Bad Honnef 1977, S. 145 ff.

lei derartige staatliche Transferprogramme[77]). Die aus den USA vorliegenden Untersuchungen des quantitativen Umfangs des Transfers anhand der zivil genutzten, in der militärischen Forschung entstandenen Patente belegen durchweg, daß der spin-off sehr gering ist und die Forschungskosten der zivilen Endprodukte sechs- bis zehnmal über dem Durchschnitt liegen[78]). Zu Recht vermerkte daher ein Expertenbericht der UNO von 1978: „Es hat unvergleichlich mehr militärisch nutzbare Abfallprodukte der zivilen Forschung gegeben als umgekehrt. Die wirklich bemerkenswerte Tatsache ist, wie wenig und nicht wie viel Neues für den zivilen Sektor bei all den militärischen FuE-Anstrengungen herausgekommen ist."[79]) Die Frage des spin-off ist somit wiederum und anders zu stellen: *Weshalb ist der ökonomische Nutzen der Rüstungsforschung so gering?*

Hervorzuheben sind neben der Erschwerung der Transfervorgänge durch Geheimhaltungsbestimmungen und dem fehlenden Interesse der privat wirtschaftenden Rüstungsindustrie an einer staatlich organisierten öffentlichen Verallgemeinerung des produzierten Wissens m. E. jene Aspekte, die mit der spezifischen kognitiven Natur des Rüstungswissens und den materiellen Gebrauchswerteigenschaften der Rüstungswaren zusammenhängen. Rüstungsforschung produziert Waren mit extrem hohem Gebrauchswert, die extremen Anforderungen standhalten müssen: extremen Temperaturen, starken Druckschwankungen, hohe Festigkeit etwa gegen Erschütterungen, Unempfindlichkeit gegenüber Feuchtigkeit usw. Kurz gesagt: es sind Produkte, deren Parameter nicht durch die merklich gezügelten Nutzungsansprüche eines mitteleuropäischen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts gesetzt werden; es sind Produkte, die weder am Polarkreis noch in der Sahara noch bei Radioaktivität ihre Funktionstüchtigkeit verlieren. Die Mode des „military look" in der Unterhaltungselektronik arbeitet mit dem Versprechen auf solchen extremen Gebrauchswert. Mary Kaldor hat in ihrer Untersuchung vom „Rüstungsbarock" und der „technologischen Redundanz" gesprochen, die für die moderne Rüstungstechnologie typisch sei und, das wäre hinzuzufügen, als entsprechende extreme Leistungsorientierung in die Zielgebungen der Wissenschaftspraxis eingeht. Dieser spezialisierte Rüstungsbarock, der partiell Züge eines *„technologischen Triumphalismus"* annimmt, ist ein ganz entscheidender Grund dafür, daß militärische Technologie wenig zivilen Nutzen hat.

Wo braucht man ein Flugzeug im zivilen Luftverkehr, das die Flügel schwenken und mit Schallgeschwindigkeit unterhalb der Erfaßbarkeit durch Radar in Baumwipfelhöhe entlangrasen kann? *Eine triumphalistische Technologie beantwortet Fragen, die eigentlich keiner gestellt hat, und löst Probleme, die*

77) Vgl. Mechtersheimer, Rüstung, S. 145f., zum MRCA/Tornado: „Zukunftsweisende Technologien hat das MRCA direkt nicht initiiert." Es „sind regierungsseitig keine nennenswerten Vorkehrungen oder Maßnahmen auszumachen, die die Realisation dieser proklamierten nichtmilitärischen Funktion hätten begünstigen können ... Selbst bei der Industrie sind bisher nur wenige Ansätze zu erkennen, das militärisch-technische Know-how systematisch zivil zu nutzen."

78) Vgl. Rilling, ebd.

79) Huffschmid, Rüstungs- oder Sozialstaat, a.a.O.

niemand hatte. Sie setzt ungeheure Mittel ein, um geringfügige Verbesserungen von Zielwerten zu erreichen, nach denen ebenfalls niemand gerufen hatte. Rüstungsbarock und Rüstungstriumphalismus implizieren Parameter, deren Erreichung äußerst *ressourcenintensiv* ist. Die Effekte dieses Wissenschaftstypus auf die Ökologie sind extrem negativ. Das bedeutet auch: das hier eingesetzte *Rüstungsforschungskapital* schlägt nur sehr *langsam* um, die Profitraten bleiben gering, da die Produkte aufgrund ihrer hohen Funktionstüchtigkeit nur langsam verschleißen. Der damit verlangte außerordentliche *Kapitalaufwand,* den dieser Forschungstypus impliziert, erfordert und provoziert den systematischen *Staatseingriff* und verhindert andererseits, daß bei der Rüstungsindustrie ein Interesse an einem Transfer von Wissen und Technologie in zivile, geringer vergesellschaftete Anwendungszusammenhänge entsteht, da sie dafür sehr hohe Aufwendungen tätigen müßte. Es gibt daher gute Gründe für die Annahme, daß angesichts der kontraproduktiven Natur der militärischen Forschung ihre augenblickliche (und erst recht ihre angestrebte starke) Ausdehnung nicht zu einer Milderung, sondern zur *Vertiefung der ökonomischen Krisenprozesse* führen wird.

5. *Zur politischen Kultur der Rüstungsforschung*

In der Rüstungsforschung und ihren Ergebnissen kumulieren barocke Technik und technologischer Triumphalismus, extremer Ressourcenverbrauch und nur noch staatlich mobilisierbarer hoher Kapitalaufwand zu einem *hochvergesellschafteten* und zugleich *entfremdeten Sozialtypus Wissenschaft,* der sich abgelöst hat von den Zusammenhängen gesamtgesellschaftlicher und insbesondere globaler Bedürfnisbefriedigung und Problemlösung. Auf die Lösung der Basisprobleme der Wasserversorgung und Energiebeschaffung, des Hungers, des Analphabetismus, der Krankheit, des Lokalismus und Regionalismus der unterentwickelten Länder ist die Extremtechnologie der Rüstung nicht eingestellt. Sie wirft keinen spin-off für die Dritte Welt ab.

Sicherlich ist die relative Stabilität und Expansionsfähigkeit der Militärforschung auch ein Ergebnis erfolgreicher Legitimierungspolitiken. Sie vermögen aber nicht, die paradoxe Eigenheit der Rüstungsforschung zu erklären: *Keine Forschung ist potentiell* (und, wie die alltäglichen Kriege zeigen, auch aktuell) *so folgenreich, und keine spezielle Wissenschaftskultur hat sich dieser Folgen so erfolgreich entledigt.* Zu diesem klassischen Problem der Wissenschaftsethik – der Frage nach den Folgen wissenschaftlichen Handelns und der daraus entspringenden Verantwortung des Wissenschaftlers – finden sich in der politischen Kultur der Rüstungsforschung *drei* Haltungen.

1. *Die Verharmlosung dieser Folgen* des Einsatzes vor allem der modernen Massenvernichtungsmittel. Sie kulminiert bei jenen, die sich professionell mit diesen Folgen befassen, den Wissenschaftlern des Zivilschutzes, deren grausiger Zynismus sich in konsequenter Einhaltung bewährter Wissenschaftsnormen des „Realismus", der „Objektivität", der „Neutralität" und der „Emotionslosigkeit" verbirgt. Eine Kostprobe aus einem Forschungsbericht

des amerikanischen Zivilschutzes vom Mai 1979 mag dies verdeutlichen. Es heißt da: „Die postnukleare Gesellschaft wird lernen müssen, sich im Umfeld von ionisierender Strahlung zu bewegen. Im ganzen betrachtet, wird nach Meinung des Forschungsberichtes keine Panikstimmung auftreten. Die Verhaltensmuster der Überlebenden werden durchaus adaptiv sein ... Die Furcht vor gravierenden ökologischen Schäden erscheint wenig begründet. Die Natur ist durch die menschliche Zivilisation bereits so gründlich verändert, daß eine nukleare Katastrophe höchstens zu einer allmählichen Rückkehr zur ursprünglichen Situation führen dürfte."[80])

2. *Die militante und aggressive Akzeptanz dieser Folgen.* Zweifellos findet sich diese Haltung fast durchgängig in der dominierenden Fraktion der Wissenschaftselite innerhalb des Sozialsystems der Rüstungsforschung. Das Psychoprofil des Sam T. Cohen bündelt geradezu paradigmatisch die Hauptmerkmale der Motive und Haltungen, Einstellungen und Weltbilder dieses schmalen, aber mächtigen und einflußreichen Sektors der scientific community. Kriege gelten hier nicht als gesellschaftliche, sondern als natürliche Phänomene. Cohen: „Es liegt in der Natur des Menschen, Kriege zu führen." Cohen, der Vater der Neutronenbombe, stellt sich dar: als Gegner von Entspannungspolitik, für den Kommunismus etwas vernichtenswert abgrundtief Böses ist, den „der Geruch der Menschen (stört)" und dem sein Hund das Liebste auf der Welt ist, für den Soldaten keine Menschen sind, der den nächsten Krieg für unvermeidlich hält und der diesen Dritten Weltkrieg daher gewinnbar machen möchte, der die „menschliche Rasse" für „verrückt" hält, die „Peanuts" als seine alleinige Lektüre hervorhebt und dem die Entwicklung von Waffen als „eine faszinierende Beschäftigung" gilt[81]). Ein „Schlagwortregister" der Hauptkomponenten dieses Profils würde enthalten: Zynismus und Fatalismus, Antikommunismus und Antihumanismus, Wissenschaftsoptimismus und sozialwissenschaftlichen wie kulturellen Analphabetismus, Elitarismus und Nationalismus – kurz, es erschiene wie die Verkehrung der Wissenschaftsethik des klassischen bürgerlichen Humanismus, mit der es nichts mehr verbindet. Es liegt nahe anzunehmen, daß die Rüstungsforschung ein Forschungstypus ist, in dem die Hemmschwelle gegenüber Tests an Menschen signifikant niedriger ist, denkt man etwa daran, daß zwischen 1945 und 1962 250 000 Militärangehörige in den USA A-Tests ausgesetzt wurden und insgesamt rund eine halbe Million Menschen durch solche Versuche geschädigt wurden, denkt man aber auch an Drogenexperimente, Mind-Bending

80) „Wie wir einen Atomkrieg überleben", in: „Münchner medizinische Wochenschrift", 36/1979, S. 1125 f. Die hier skizzierten Haltungen finden sich in allen Sektoren des Militär-Industrie-Komplexes. Als Beispiel für die äußerst zynische Verharmlosung der Wissenschaftsfolgen folgender Ratschlag des Generals Daniel Graham, Militärberater des Weißen Hauses: „Es heißt", so schreibt er, „vor Kernwaffen gebe es keine Rettung. Aber Sie haben doch Beine, und wenn man Sie warnt, daß über dem Haus, in dem Sie sich befinden, in einer Stunde eine Atombombe explodieren wird, werden Sie Grips genug haben, das Haus zu verlassen und sich hinter einem Fliederbusch zu verkriechen – dann werden Sie keinen Schaden nehmen ... Die Explosion und die Wärmestrahlung erreichen Sie nämlich nicht, wenn Sie 4,2 Meilen vom Explosionsherd entfernt sind. Diese 4,2 Meilen sind auf jeden Fall in einer Stunde zu bewältigen. Falls Sie nicht invalide sind." („Sonntag", 44/1981.)

81) „Playboy", 12/1981, S. 77 ff.

usw.[82]) Viel verbreiteter als die hier skizzierte zielgerichtete, aggressive Akzeptanz ist jedoch

3. *die Ignoranz des Problems der Folgen wissenschaftlichen Handelns.* Die Dominanz dieser Haltung hat viele Gründe. Sicherlich etwa, daß die wissenschaftliche Elaboration von Systemen der Massenvernichtung eine Folgenabschätzung im Prinzip ausschließt, da ihre experimentell überprüfende Erprobung mit der selbstvernichtenden Anwendung zusammenfiele. Das Folgeproblem gerät von vornherein (aus kognitiven Gründen) aus dem Blickfeld. Doch sicher wichtiger: für jene, die sie organisieren und von ihr profitieren, hat die militärische Forschung Vorteile. Sie ist eine Technologie und Wissenschaft, die mit Faszination arbeiten kann. Die Forderung nach extremer Effektivität der Tötungsmittel und die finanziellen Spielräume, die durch das bereitgestellte staatliche Kapital vermittelt werden, öffnen den Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern den Weg, sich relativ unabhängig vom Diktat ökonomischer Verwertungszwänge dem wissenschaftlich und technologisch Denkbaren widmen zu können, kurz: der *Faszination des Möglichen* nachzukommen. Rüstungsforschung verspricht Entfaltung wissenschaftlicher Produktivität. Sie bietet Frontforschung, „schöne Physik", in der vom äußeren, durchaus rabiaten Zusammenhang des jeweiligen, wissenschaftlich bearbeiteten Problems nicht die Rede ist. An die Stelle der Kriegsverherrlichung tritt die Technikverherrlichung, deren Zweck, die Steigerung der Tötungseffizienz, ausgegrenzt wird. Die Medien der Rüstungskultur preisen die Faszination, Funktionalität und Schönheit der militärischen Spitzentechnologie, unterlassen aber zugleich jeden Hinweis auf die soziale Zwecksetzung der Waffen, ihre Wirkung, ihre lebensvernichtenden Eigenschaften. Genau so wirbt der größte westdeutsche Rüstungskonzern MBB für eine neue Luft-Schiff-Rakete mit dem Slogan „fire and forget". Die Position der Folgenlosigkeit reflektiert aber auch die Modernität der Produktionsweise in der Rüstungsforschung. Der Systemcharakter der modernen Waffen hat eine Struktur tiefer innerer Arbeitsteilung im Forschungsprozeß als Voraussetzung, welche für den einzelnen Wissenschaftler oder die Arbeitsgruppe den Zugang zum übergreifenden Funktionszusammenhang des Systems wenn nicht abschneidet, so doch erschwert. Hinzu kommt, daß der hier gemeinte äußere Funktionszusammenhang des wissenschaftlichen/technologischen Finalprodukts aus dem „Entstehungsgang Wehrmaterial" ausgeblendet wird. Ökonomisch-soziale und ökologische Bedingungen wie Folgen des Gesamtinnovationsprozesses in der Rüstung kommen in dem Faktorengefüge der Konzeptualisierung und Systemplanung von Waffensystemen nicht vor[83]).

82) Vgl. O. Wilkes, Military Research and Development Programs: Problems of Control, in: „Bulletin of Peace Proposals", 1/1978, S. 4; K. Lohs/A. H. Westing, Abrüstung und Umwelt, in: „Spektrum", 12/1981, S. 8.

83) Vgl. Wt, 4/1973, S. 137 ff., 4/1974, S. 131 ff., 7/1977, S. 23 ff., 43 ff. Woollett, Physics, S. 105 hat anhand einer Inhaltsanalyse von 41 in den USA gebräuchlichen Physikeinführungen gezeigt, wie diese Haltung weitergegeben wird: "the student has a less than even chance of hearing a physicist discuss nuclear weapons at all, one chance in five of hearing anything about the history of fission weapons, almost no chance of hearing about the history and motivations of and for the 'hydrogen bomb', and almost no chance of hearing about rockets and shock waves with significant reference to their past and present military context and importance."

Daß sich dieser Wissenschafts- und Technologietypus gegenüber solchen Bedingungen *verselbständigt* habe, ist eine unter Rüstungs- wie Wissenschafts- und Technikkritikern gleichermaßen in jüngster Zeit immer häufiger zu hörende Einschätzung. Waffeninnovation gilt als aus sich selbst lebender Prozeß[84]). Auch wenn hier die wachsende Verselbständigung technischer Systeme als Subjektivität mystifiziert wird, so reflektiert sie doch reale Zusammenhänge, die der Grund dafür sind, warum eine Kontrolle des Prozesses permanenter Rüstungsinnovation als dem dynamischsten Moment des Aufrüstungsprozesses so schwierig ist.

Militärische Forschung und Entwicklung expandieren innerhalb einer Gesellschaft, die sich im ganzen die Wissenschaft keineswegs angeeignet hat. Wenn die Wissenschaft unser Leben bis ins Kleinste und Privateste bestimmt, so ist sie uns zwar auf den Pelz gerückt, aber im Grunde doch fremdgeblieben (Böhme). Wissenschaft wird – von Milliarden Menschen – nicht verstanden. Ihre Produktion und Anwendung ist Privileg der Gebildeten und der Wissenschaftlerelite, nicht der Betroffenen und Konsumenten. Wissenschaft gilt als anerkannte und herrschende Form der Rationalität, deren Daten und Fakten man sich „im Zweifelsfall" zu fügen hat. Sie wird in aller Regel als kompetente Autorität inszeniert und dogmatisiert. Sozial reflektiert sich in dieser Fremdheit der innere, elitäre Charakter des bürgerlichen Wissenschaftsunternehmens und seine Einbindung in den Aktions- und Funktionszusammenhang der politisch herrschenden Klassenmacht. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Stellung und Funktionseinbindung steht die Wissenschaft den Betroffenen – zuerst: der Arbeitnehmerschaft – fremd, unverständlich und als unbeherrschbare Macht gegenüber.

Rüstungs- und Kriegstechnologie nun reflektiert und verschärft dieses allgemeine Grundverhältnis der Entfremdung. Zur allgemeinen Entfremdung vom Unternehmen Wissenschaft und der Funktionsweise seiner Ergebnisse tritt hinzu die Angst vor den Wirkungen dieser speziellen, eben „kriegerischen" Wissenschaft. Wie sich diese auf den Krieg orientierte Wissenschaft gegenwärtig entwickelt, begründet endlich noch ein weiteres drittes Entfremdungsmoment. Das technologische Wettrüsten orientiert sich ja nicht mehr allein an dem Handlungsmuster Aktion–Reaktion der militärischen Kontra-

84) Vgl. Wt, 10/1973, S. 358, 3/1979, S. 98. Zur Tradition des Verselbständigungskonzepts vgl. L. Winner, Autonomous Technology, Cambridge 1977. Als aktuelles Beispiel von seiten der Kritiker vgl. E. P. Thompson, Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation, in: Die Grünen (Hrsg.), Entrüstet Euch, Bonn 1981, S. 33 f.: „Die Waffeninnovation ist ein aus sich selbst lebender Prozeß." – „Atomwaffen (wie alle Waffen) sind Dinge, und dennoch: sie selbst und die Systeme zu ihrer Unterhaltung scheinen nach eigenen Gesetzen zu wachsen, so als seien sie von einem unabhängigen Willen besessen." – „Die heutige Militärtechnologie löscht jedes Element von ‚Politik' aus." Ähnlich Leitenberg, Scientific ethic, S. 132. Zur Diskussion vgl. auch SIPRI-Jahrbuch 1981, London 1981, S. 45 ff. Als Beispiel von seiten der Forschungsadministration vgl. den früheren Verantwortlichen für militärische FE im Pentagon J. S. Foster: "Now most of the action the United States takes in the area of research and development has to do with one or two types of activities. Either we see from the field of science and technology some new possibilities, which we think we ought to exploit, or we see threats on the horizon, possible threats, usually not something the enemy has done but something we have thought ourselves that he might do, we must therefore be prepared for. These are the two forces that tend to drive our research and development activities." Vgl. Woollett, Physics, S. 108.

henten, an dem Konkurrenzdiktat auf dem Weltmarkt der Rüstungswaren oder der communityinternen Konkurrenz um Wahrheit, Anerkennung und Macht. Das Denken des technologischen „worst case", nach welchem nicht das tatsächliche Handeln des Kontrahenten, sondern das fiktive, technologisch mögliche Handeln zur Maxime des eigenen Handelns wird, verschärft die systemimmanente Eigendynamik des Rüstungsinnovationsprozesses und spitzt die Entfremdungssituation vollends zu. Innovation scheint sich endgültig vom menschlichen, auch politischen Handeln und Entscheiden losgelöst zu haben, verselbständigt und im doppelten Sinn a-sozial geworden zu sein. Täter und Opfer, Angreifer und Verteidiger, Name und Adresse, Ursache und Wirkung verflüchtigen sich angesichts der Dynamik verselbständigter Technologie:

Diese These ist in der gegenwärtigen Diskussion nicht ohne Einfluß, und sie hat zweifellos tatsächliche Prozesse und Funktionszusammenhänge von Militärtechnik als Bezugspunkt. Doch spätestens dann, wenn etwa ein Direktor des „Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung" als zentraler, den militärtechnologischen Innovationsprozeß organisierender Behörde gleichfalls die Formel beschwört. „Auch der Mensch beherrscht die Projekte nicht mehr"[85]), muß auch nach den Interessenten solcher Thesen gefragt werden. Denn die Autonomiethese ist das passende Korrelat zu all jenen, die das Wettrüsten proporzartig, ausgewogen und vorsichtshalber auf alle sich anbietende Schultern gleichmäßig verteilen, um auf keinen Fall einseitig und unausgewogen zu wirken. Beide Thesen kennen keine Ursachen und Wirkungen mehr, sondern nur noch Betroffene und Verantwortliche. Die Verselbständigungsthese soll Verantwortliche in bloß Betroffene verwandeln. Sie soll zugleich die Betroffenen ohnmächtig machen. Sie legt fest, daß sich die Kriegstechnologie der Kritik, Meinung, Emotion und dem handelnden Eingriff entziehe. Doch Ursache und Wirkung sind nicht dasselbe, und ihre Benennung ist eben keine hinterhältige Einseitigkeit.

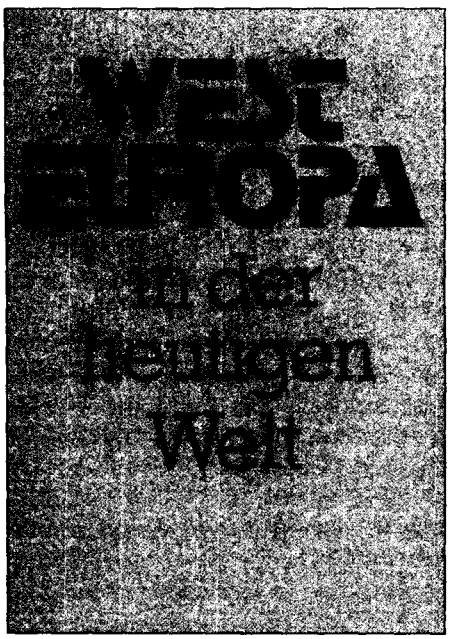
Die Entmystifizierung der „Subjektivität der Technik" bedeutet nicht, ihre wachsende Verselbständigung zu ignorieren. Über die Kritik des militaristischen Produktivkraftfetischismus, der von der Verherrlichung der Tötungstechnologien durch Kriegsspielzeug und pseudoszientistischer Landser- und Science-Fiction-Literatur über die Technikinszenierung während der „Tage der offenen Tür" der Bundeswehr und Messen der Militärelektronik bis hin zu elaborierten Theorien über die Sachgesetzlichkeit der Militärtechnik reicht, gilt es zu einer Kritik, Delegitimation und praktischen, breiten Auseinandersetzung um die militärische Forschung selbst zu kommen. Es ist im großen gelungen, einige – begrenzte – Fortschritte bei der Eindämmung der militärischen Forschung zu machen, etwa bei der Einschränkung der Nukleartests

85) K. Haase in: Wt, 1/1974, S. 7.

oder der „geophysikalischen" Führung von „Umweltkriegen"[86]). Zum drittenmal in der Nachkriegszeit – nach Hiroshima und Vietnam – beginnt in den USA und Europa eine große Diskussion um Wissenschaft, Rüstung und Krieg.

Es ist heute eine zentrale Aufgabe der Friedensbewegung im Wissenschaftssektor, „an der Basis" die weitere Ausdehnung der militärischen Forschung zu verhindern und durchzusetzen, daß ihre Orte, Institutionen, Betriebe und Universitäten, Institute und Arbeitsplätze nicht nur frei werden von Atomwaffen und -raketen, sondern auch von der Forschung für den Krieg.

86) Durchaus weitreichende Forderungen zur Militärforschung und -technik liegen mittlerweile von gewerkschaftlicher Seite vor; so forderte der ÖTV-Hauptvorstand am 18. 5. 1981: „Langfristig müssen alle atomaren Waffen und andere Massenvernichtungsmittel einschließlich der Neutronenbombe sowie die Entwicklung neuer Waffentechnologien verboten werden, und zwar in Ost und West." Der DGB-Bundesjugendausschuß forderte am 10. 3. 1981: „Keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme." Der 120. Bundeskongreß des DGB vom Mai 1982 forderte den „sofortigen Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt werden muß" und ein „Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien".



Lutz Maier/Daniil Melnikow u.a.

Westeuropa in der heutigen Welt

640 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag
DM 38,—
ISBN 3-7609-0501-3

Westeuropa ist in den 70er Jahren zu einem bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Faktor innerhalb des kapitalistischen Weltsystems geworden. Für die 80er Jahre zeichnen sich neue Tendenzen, darunter auch zunehmend Rivalitäten in den ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Westeuropa, den USA und Japan ab.

Der widersprüchlich verlaufende Integrationsprozeß und die technisch-wissenschaftlichen Bedingungen haben auch weitreichende Veränderungen im sozialen Bereich zur Folge und dürften in den 80er Jahren zu stärkeren sozialpolitischen Auseinandersetzungen führen.

Indochinas weiter Weg zum Frieden

Perspektiven der politischen Lage in Vietnam, Kampuchea und Laos

Von Fritz Michael

Im kommenden Monat beginnt in New York die 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen, und wie in den vergangenen Jahren wird auch diesmal immer noch hart um die UNO-Vertretung Kampucheas gerungen. Um den UNO-Sitz dieses Landes noch einmal für die Vertreter des in Kampuchea selbst schon 1979 von der Macht vertriebenen Pol-Pot-Regimes zu retten, schlossen diese jetzt ein widersprüchliches Zweckbündnis mit anderen Exilgruppen unter dem früheren Staatschef Prinz Sihanouk. Andererseits haben die drei indochinesischen Regierungen auf ihrer Außenministerkonferenz im Juli 1982 neue Vorschläge zur Lösung der Probleme dieser Region vorgelegt. Der Westen, erst Frankreich und dann die USA, hat die Region über 30 Jahre lang mit Krieg überzogen – er muß jetzt endlich seinen Beitrag dazu leisten, daß Vietnam, Laos und Kampuchea in Frieden leben und ihr Schicksal ohne Einmischung von außen selbst bestimmen können. – Fritz Michael, profunder Kenner der Indochina-Problematik, untersucht im folgenden die aktuelle Situation, die Hintergründe und mögliche Perspektiven. D. Red.

> *„Nixon sagt, er habe Kissinger an Lots Weib erinnert: ‚Ich sagte, Henry, wir haben's getan. Nur nicht zurückblicken'."*[1])

Jedes Ereignis, wenn es beschrieben wird, setzt sich aus einer Fülle von Fakten, Eindrücken und Meinungen zusammen. Im Lichte subjektiver Wertbegriffe kann die Wirklichkeit verzerrt erscheinen; Sprache, die in einem dialektischen Verhältnis zur Wahrheit steht, vermittelt nicht mehr Wissen und Einsicht, sondern bloß Eindrücke, die dann aber für Urteile herhalten müssen. Der „kleine Drache" (Vietnam) bedroht den „großen Drachen" (China): das Wortspiel ersetzt konkrete Aussagen. Journalismus als Unterhaltung! – Mit dieser Vorbemerkung will der Autor dieses Berichtes sich legitimieren, den gewohnten Darstellungen der Probleme der indochinesischen Länder in den Massenmedien der Bundesrepublik nicht zu folgen. Zwei Reisen in den Jahren 1980 und 1982 nach Vietnam, Kampuchea und Laos, zahlreiche Gespräche mit der Bevölkerung, mit Journalisten, Vertretern von Behörden, vor allem aber mit hohen Beamten der Außenministerien, vermittelten Einsichten in lokale und regionale Zusammenhänge.

1) Richard Nixon im Interview mit David Frost am 13. 5. 1977. Zit. nach William Shawcross, Schattenkrieg, Berlin 1980.

Vietnam ist ein Lehrstück für die Tatsache, daß die Welt vergeßlich ist; gerade heute: „Nur nicht zurückblicken!" Wer sich das unleugbare Geschehen kolonialer und imperialistischer Greuel in das Gedächtnis zurückruft, kann sich erdrückt fühlen von der Schuld, die westliche Länder, gemeint sind ihre Regierungen, auf sich geladen haben. Doch sie wird verdrängt. An ihre Stelle ist der Grundsatz vom Eigennutz der herrschenden Klassen getreten, danach sind die Schwächeren weiterhin auszubeuten.

Westlichen Politikern fehlt eine grundsätzliche Einsicht für die Beurteilung vietnamesischer Politik. Sie lautet: Die in unendlich lang erscheinenden Jahren unter unsagbaren Leiden erkämpfte nationale Freiheit wird unter allen Umständen verteidigt.

Die Hinterlassenschaft

Die Schwierigkeiten, die Vietnam von außen aufgezwungen werden, gruppieren sich um einen Hauptvorwurf: die Regierung in Hanoi habe hegemonistische Pläne gegenüber den Ländern Südostasiens. Beweise seien der „Überfall" auf Kampuchea Anfang 1979 und die „Vorherrschaft" über Laos. Vietnam sei der Vorposten der Sowjetunion in dieser Region.

Das Hegemonismus-Problem hat eine historische Perspektive; es dient seit dem Prozeß der Entkolonialisierung als Rechtfertigungsgrund ausländischer Mächte, in die inneren Angelegenheiten Vietnams einzugreifen. Die chinesischen Politiker handhaben diesen Vorwurf mit großer Virtuosität. Das Argument des Völkerrechtsbruchs wird wie ein Hammer genutzt, der jede friedliche Entwicklung zerschlägt. Dabei gibt es gute Gründe, sogar die bloß formale Rechtlichkeit des Vorwurfs einer Verletzung des Völkerrechts anzuzweifeln.

Vietnam ist eine starke Militärmacht, es hat 53 Millionen Einwohner. Laos hat nur 3,5 Millionen und Kampuchea ungefähr 4 bis 5 Millionen Einwohner, beider militärische Kapazität ist gegenüber dem Nachbarn bedeutend geringer. Diese Machtverhältnisse spielen bei der Behandlung der vietnamesischen Frage in der Weltpolitik die wesentliche Rolle. Es wird kaum in Betracht gezogen, daß Vietnam ein bedrohtes Land ist, das an seiner schmalsten Stelle mit etwa 60 km Breite in wenigen Minuten überflogen werden kann; daß es lebensbedrohend wäre, wenn im Westen – wo Kampuchea und Laos liegen – eine feindliche Macht regieren würde. Pol Pots kriegerische Überfälle auf Vietnam geben das beste Beispiel. Aber nicht nur er, sondern schon sein Vorgänger Lon Nol, Freund der USA, hatte den Traum von der Eroberung Süd-Vietnams geträumt. Mit Hilfe der US-Amerikaner wollte er bis zur „Spitze von Camau" vordringen, der Südspitze Vietnams. Mit unvorstellbarer Härte ließ er die ungefähr 400 000 Vietnamesen, die in Kampuchea lebten, verfolgen, so daß – wie Sihanouk selber entsetzt feststellte – deren vom Wasser aufgetriebene Kadaver den Mekong übersäten. Pol Pot, der Lon Nol 1975 vertrieb, setzte die Politik des Hasses fort. Die Führung der Roten Khmer rief zum Völkermord an Vietnamesen auf. Am 10. Mai 1978 verkündete Radio Phnom

Penh: „Wenn wir nur zwei Millionen Kampucheaner opfern, wird es den Roten Khmer gelingen, bis zu 60 Millionen Vietnamesen und Vietnamesinnen auszurotten. Und es werden uns noch sechs Millionen Kampucheaner und Kampucheanerinnen übrigbleiben, um unser demokratisches Kampuchea aufzubauen und zu verteidigen."[1a])

Nach dieser grausamen Rechnung sollte jeder Rote-Khmer-Soldat 30 Vietnamesen töten. Pol Pot nannte das den 1:30-Slogan. Alle Vorschläge Vietnams, die Grenzkonflikte durch Verhandlungen zu lösen, wurden von der Führung der Roten Khmer zurückgewiesen.

Heute haben sich die Roten Khmer in das Grenzland zwischen Kampuchea und Thailand zurückgezogen. Von hier aus operieren sie mit Unterstützung der Thailänder, der Chinesen, der Nordamerikaner. Und ein unfreundliches Thailand zeitigt gegenwärtig vergleichbare Schwierigkeiten.

In der Welt bestehen zahlreiche Allianzen, etwa die NATO, mit recht unterschiedlichen Kapazitäten der einzelnen Alliierten. Darüber regt sich niemand auf. Vietnam ist, um seine Unabhängigkeit zu halten, verpflichtet, Partner für ein Bündnis zu suchen. Es findet sie am ehesten dort, wo gemeinsame Interessen bestehen und eine gemeinsame historische Erfahrung.

Vietnam ist ein „gebranntes Land". Tausend Jahre von den Chinesen – von 111 v. Chr. bis 939 – beherrscht, danach noch lange Zeit tributpflichtig, ausgebeutet durch mehr als hundertjährige Kolonialzeit, zerstört durch grausame Kriege, hat es seine Identität erhalten.

US-Präsident Roosevelt zu Außenminister Hull im Jahre 1944: „Frankreich hat das Land – 30 Millionen Einwohner – fast hundert Jahre lang gehabt, hat es hundert Jahre ausgesaugt. Das Volk von Indochina hat etwas Besseres verdient."[2]) Einige Jahrzehnte später waren es Amerikaner, die gefangenen Vietnamesen die Ohren abschnitten, um sie als Kriegstrophäen zu sammeln. Amerikaner hinterließen 25 Millionen Krater, die ihre 14 Millionen Tonnen Bomben und Granaten in den Boden gerissen hatten. Es blieben nach dem US-Krieg eine Million Witwen, 800 000 Waisenkinder und viele Kriegsverletzte zurück. Statistiken erfassen materielle Verluste; Zahlen beeindrucken die Öffentlichkeit. Das zentrale Problem gesellschaftlicher Verhältnisse bleibt unberücksichtigt: die Zerstörung kultureller Werte. Die enormen Schwierigkeiten, die in Ho Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon, im ökonomischen Bereich auftreten, sind in wesentlichen Punkten eine Folge der amerikanischen Lebensweise. „In Saigon ist die Hinterlassenschaft der amerikanischen Okkupation eine verstümmelte, verwestlichte Stadt ohne jeden Charakter. Ein Volk ohne Nation."[3]) So war es im Jahre 1970. Banden von obdachlosen Jugendlichen machten die Straßen unsicher, Zehntausende von Prosti-

1a) Zit. nach: Sihanouk, Kambodscha, Frankfurt/Berlin 1980, S. 82.
2) Aus: Arthur Schlesinger, Das bittere Erbe, München 1967, S. 15.
3) Victoria Britain, „New Statesman" v. 1. 5. 1970. Hier zit. nach Noam Chomsky, Indochina und die amerikanische Krise. Frankfurt/M., S. 87.

tuierten suchten auf den Straßen die Gunst amerikanischer Soldaten, Polizeispitzel schafften ein Klima der Angst, und „die vietnamesischen Familien, die in winzigen Hütten entlang der Eisenbahnlinie hausen, stinken so, als verfaulten sie"[4]).

Für Phnom Penh beschreibt Prinz Norodom Sihanouk die Wirkung der amerikanischen Hilfe und Anwesenheit: „. . . diese Hilfe (war) eine wahre Brutstätte der Korruption . . . Sicher weiß ich aber, daß – sobald die Gelder flossen – eine regelrechte Dollarpartei entstand, eine gewisse Gier, eine Lebensweise, eine Imitation des amerikanischen Way of Life, die unsere Gesellschaft im Tiefsten verdarb."[5])

Wer jetzt Hanoi und Ho Chi Minh-Stadt besucht, stellt im Vergleich fest, daß die Spuren jener westlichen Kultur im Süden nicht überwunden sind. Der Schwarzhandel blüht, die Dollarsucht ist groß, die Prostitution nicht verschwunden; harte Arbeit erscheint einem Teil der Einwohner als zu große Last.

Der Vorwurf des Hegemonismus

> *„Der Krieg ist ein Weg der Täuschung. Zeige dich dem Gegner so, als ob du etwas nicht tun könntest, obschon du es kannst. Tue so, als ob du etwas nicht ausnutzen könnest, obschon du es ausnutzen kannst."*
> *Sun Tse. Die 13 Gebote der Kriegskunst.*
> *4. Jahrhundert v. Chr.*

Den Vorwurf einer hegemonistischen Politik erheben Vietnam und China gegenseitig mit klischeehafter Unbestimmtheit. Gibt es Anhaltspunkte, die eine eindeutigere Zuordnung möglich machen? Vietnam hat seit 1979 Truppen in Kampuchea stationiert; China hat Vietnam im Februar 1979 überfallen, hat Dörfer zerstört, Zivilisten umgebracht und hat dafür den völkerrechtlich ungewöhnlichen Begriff einer „Strafaktion" geprägt. Dazu trat das Versprechen der Wiederholung. Von der Tatsache des chinesischen Überfalls kann sich jeder Besucher der Provinz Lang Son überzeugen. Der Krieg Chinas gegen Vietnam dauert an. Die USA und Japan haben ihn „abgesegnet".

China will „der vietnamesischen Führung klarmachen, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz gegenseitig respektiert werden müssen, daß es weder die eigene Einkreisung noch die Unterwerfung anderer Länder dulden will", begutachtet Jürgen Horlemann aus chinafreundlicher Sicht das Blutvergießen[6]). Fidel Castro vertritt dagegen eine ganz andere These: „Während einer langen Zeit war ich davon überzeugt, daß die chinesischen Führer schwere Irrtümer begingen (. . .) Jetzt bin ich absolut überzeugt, daß dies nicht Irrtümer

4) Alje Vennema, Hier zit. nach Chomsky, a.a.O.
5) Norodom Sihanouk, Indochina von Peking aus gesehen. Gespräche mit Jean Lacouture, Stuttgart 1972, S. 63.
6) Jürgen Horlemann, in: „avanti" v. 4.4. 1979.

sind, sondern eine wohldurchdachte politische Linie des Verrats am Internationalismus und der Allianz mit dem Imperialismus."[7])

China, das lehrt die Analyse seiner politischen Handlungen, denkt in epochalen Zeiträumen. Es war ein Zentrum der großen Weltkulturen, das mächtigste Land Asiens. Welche Perspektive: Fast zur gleichen Zeit wie das Römische Imperium gegründet, bestand es als Kaiserreich bis zum Jahre 1912. Rom war da schon seit 1500 Jahren aus der Weltpolitik verschwunden.

Zum Verrat, wie Castro es nennt, gehört vor allem die Zusammenarbeit Chinas mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dabei war Amerikas erstes Ziel in seinen südostasiatischen Kriegen paradoxerweise die Zerstörung des chinesischen Einflusses in der Region. Der Verlust Vietnams würde bedeuten, daß „die rotchinesische, militante Doktrin der Weltrevolution sich nicht mit der Eroberung begnügen würde", meinte im Dezember 1964 der US-Außenminister. Rotchina sollte daran gehindert werden, eine Hegemonie über Südostasien zu errichten. In diesem Zusammenhang trägt, da sich an Chinas Auftreten in der Region nichts geändert hat, die US-Asienpolitik irrationale Züge. Über Chinas Willen zur Vorherrschaft gibt es Hinweise aus dem „eigenen Hause". Mao wird folgende Aussage im ZK der KP Chinas zugeschrieben: „Wir müssen unbedingt Südostasien gewinnen, einschließlich Südvietnam, Thailand, Burma, Malaysia, Singapur (. . .) Eine Region wie Südostasien ist reich, sie hat natürliche Bodenschätze in großer Fülle, sie verdient es, daß man Kosten aufwendet, um sie sich anzueignen."[8])

Dokumentarisch belegt ist die Äußerung von Tschou En-lai aus dem Jahr 1963. Während eines Treffens mit Vertretern der vier kommunistischen Parteien von Vietnam, China, Indonesien und Laos in Kwangtung sagte er: „Unser Land ist groß, es hat aber keine Ausgangsbasis. Deshalb wünschen wir eindringlich, daß uns die Arbeiterpartei Vietnams einen neuen Weg nach Südostasien bahnt."[9])

Ein ausgeprägter Familiensinn, Heimatliebe und ein nationales Zugehörigkeitsgefühl verbinden Millionen von Auslandschinesen mit dem chinesischen Staat. Für die Gastländer entstehen dadurch Probleme.

„Ein besonderes Problem für die südoastasiatischen Staaten ist die Anwesenheit teils beträchtlicher überseechinesischer Bevölkerungsgruppen (80% in Singapur, etwa 40% in Malaysia, starke Minderheiten in den anderen Staaten), die ‚lange Jahre von der dortigen Bevölkerung als fünfte Kolonne Pekings betrachtet wurden'. In Malaysia beispielsweise bedrohte ein Bürgerkrieg zwischen den Auslandschinesen und dem malayischen Staatsvolk 1969 den Bestand des Staates . . ."[10])

7) Fidel Castro, in: „Afrique-Asie", Mai 1977.
8) Günter Giesenfeld, Land der Reisfelder, Köln 1981, S. 189.
9) Wahrheit über die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen während der letzten dreißig Jahre, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der SR Vietnam, Hanoi 1979, S. 13.
10) Karl Grobe, Chinas Weg nach Westen. Frankfurt/M., S. 325.

Auch in Vietnam wurde die chinesische Volksgruppe nach der Befreiung im Jahr 1975 eine Gefahr. Vor allem als China begann, die Hoa, wie die Vietnam-Chinesen genannt werden, für seine Politik einzuspannen. Ihre wirtschaftliche Stärke, ihre starke Organisation, zum Teil in Geheimbünden, machten sie zu einer „regelrechten Gegenmacht (. . .) Die sino-vietnamesische Welt Cholons beobachtet wie eine Eule mit ihrem starren Blick die triumphierende Revolution. (. . .) Sie wartet auf ihre Stunde, nicht ohne im Hinterzimmer die fertig gepackten Koffer stehen zu haben."[11])

Es gibt ausreichend Argumente, die dafür sprechen, daß nicht Vietnam, sondern China eine Vorherrschaftspolitik in Südostasien betreibt. So verweist Heinzlmeier auf den stark ausgeprägten Überlegenheitsanspruch der Chinesen: „Fast 2000 Jahre lang war Nordvietnam chinesische Kolonie bzw. den Chinesen tributpflichtig. Das entsprach – im chinesischen Selbstverständnis – dem konfuzianischen Unterordnungsverhältnis vom jüngeren zum älteren Bruder. Einiges in der neuesten chinesischen Politik spricht dafür, daß auch das kommunistische Peking an dieser Zuordnung festzuhalten trachtet. Es sieht in Indochina seine Einflußsphäre. Als Hanoi dem entgegensteuerte, reagierte Peking heftig . . ."[12]) Die Haltung Chinas während der Genfer Konferenz 1954 bestätigt diese Politik; es war ein Ziel Chinas, die Teilung Vietnams lange aufrechtzuerhalten. Mao gegenüber den Führern Vietnams im Jahre 1956: „Das Problem der Teilung Vietnams kann nicht in einer kurzen Zeitspanne gelöst werden, es braucht Zeit (. . .) Wenn zehn Jahre nicht ausreichen, müssen es hundert sein."[13]) Heute arbeiten China und die USA zusammen, nach dem Sprichwort, das vietnamesische Politiker gelegentlich zitieren: „They may sleep in the same bed, but each has its own dreams." Frei übersetzt: Sie schlafen zwar in einem Bett, aber jeder hat seine eigenen Träume.

Nach der Chinareise Nixons erklärte Kissinger vor Journalisten, daß er und Nixon in Zukunft „nur noch Moskau im Auge behalten und Vietnam vernichten müßten"[14]). Und im Einverständnis mit den USA konnten die Chinesen 1974 den vietnamesischen Archipel Hoang Sa, die Inselgruppe der Paracels, besetzen. Nationalistische Handlungen begleiten solche Inbesitznahme. Im Februar 1982 besucht der chinesische Generalsstabschef Yang Dezhi die Inseln, chinesisch Xisha, er bringt Erde aus Peking mit, um junge Kokospalmen in China-Erde zu betten. Die „anwesenden Kommandeure und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee sind tiefbewegt angesichts dieses wertvollen Geschenkes."[15])

Vietnam hat zahlreiche Vorschläge zur Aufnahme der Gespräche zwischen den beiden Ländern gemacht, die im März 1980 von den Chinesen abgebrochen worden waren, weil Vietnam eine „chinafeindliche Politik" betreibe und „hegemonistische Pläne in der Region" verfolge.

11) Jean et Simonne Lacouture, Vietnam, Paris 1976, S. 102.
12) Helmut Heinzlmeier, Die Massenflucht aus Vietnam, in: „Das Parlament" v. 8. 9. 1979.
13) Wahrheit über . . ., a.a.O., S. 31.
14) Vgl. Marvon und Bernhard Kalb in „Kissinger", Boston/Toronto 1974, S. 283.
15) Chinas Nachrichtenagentur „Xinhua" am 11. 2. 1982 aus Peking.

Das Zusammenspiel USA–China findet in Thailand eine willige Operationsbasis. Es ist jedoch vorstellbar, daß die Thais mit wachsendem Unbehagen den Einfluß hinnehmen, den China ihnen aufzwingt. Thailand hat für Indochina eine Schlüsselposition, aber China hat den Schlüssel zur Lösung des Problems in der Hand. Bangkok „ist immer weniger ein Teil Thailands und immer mehr ein Bestandteil des Westens"[16]; aber abseits der Hauptstadt besetzen die Chinesen wichtige Positionen, ihre starke Stütze sind die Truppen Pol Pots in den Grenzregionen zu Kampuchea.

Das Verhältnis zwischen Kampuchea und Thailand ist seit langem durch den thailändischen Expansionismus belastet. Die Einfälle in Laos und die Besetzung eines Teiles dieses Landes zeigen ein aggressives Thailand, dessen Bourgeoisie noch immer den Traum von „Groß-Thailand" träumt. Sihanouk charakterisiert die gegenseitigen Beziehungen: „Was die Thailänder betrifft, so können wir uns nicht verheimlichen, daß sie uns verabscheuen und nichts anderes im Sinn haben, als sich unserer westlichen Provinzen zu bemächtigen, wie sie es 1940 taten, bis sie endlich aufgrund des Eingreifens der Franzosen ihre Beute wieder hergeben mußten (. . .) Die Frage unserer Beziehungen zu Bangkok sieht düster aus."[17]

Heute sind die Flüchtlingslager der Kampucheaner an der thailändisch-kampucheanischen Grenze eindeutig gegen die neue Regierung in Phnom Penh gerichtet. Leidtragende sind die Flüchtlinge, die unter der Herrschaft der Roten Khmer und der Khmer Serei[17a]) stehen. Am meisten profitieren die Thais, die in den Lagern riesige schwarze Märkte eingerichtet haben: „Laut der Tageszeitung ‚Bangkok Post' sind einige der Grenzdörfer zu den wohlhabendsten des Landes geworden, und mancher tüchtige Einwohner brachte es zum Millionär."[18])

Indem sie die internationale Hilfe, die den Flüchtlingslagern zuteil wurde, mißbrauchten, haben „Chinesen, Amerikaner und Thais dazu beigetragen, daß die Roten Khmer wieder eine militärische Kraft" werden konnten[19]).

Die Weltöffentlichkeit, nicht nur schlecht, sondern auch falsch informiert, nimmt die Vorgänge in Indochina kaum zur Kenntnis. Vietnam jedoch hat klare Vorstellungen, welche Gefahren bereits wieder akut geworden sind. Ein Kampuchea unter chinesischem Einfluß würde das Ende seiner Freiheit bedeuten. In Amerika wird – und dies muß die Haltung Vietnams verstärken – Thailand als die neue Front im Kampf um Einfluß und Märkte begriffen. Lionel Rosenblatt, der frühere US-Botschafter in Saigon, 1980 Flüchtlingskoordinator der Kampuchea Emergency Group (KEG) in Thailand, erklärte: „Ich habe das Gefühl, was wir hier machen, ist die angemessene Fortsetzung unseres Krieges in Vietnam (. . .) es wird in den achtziger Jahren ein zunehmendes

16) Bell/Resnick. Hier zit. nach: Chomsky, a.a.O., S. 29.
17) Norodom Sihanouk, Indochina, a.a.O., S. 138.
17a) Freie Khmer = Oberbegriff für antikommunistische Widerstandsgruppen in Kampuchea. Sie wurden in den 60er Jahren von den USA und von Thailand unterstützt.
18) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" v. 5. 1. 1981.
19) „The Guardian Weekly" v. 6. 7. 1980.

Engagement der USA in Südostasien geben. Und die neue Front, wenn Sie so wollen, ist genau hier, in Thailand, okay?"[20])

Zur „Aufrüstung" der Roten Khmer, jener Armee Pol Pots, deren Schreckensherrschaft auch von US-Präsident Carter als die bösartigste Verletzung von Menschenrechten in der Welt bezeichnet wurde, trägt vermutlich sogar die Bundesrepublik bei. In einer Information vom 7. April 1982 erklärt die Bundesregierung, daß „im Rahmen der bundesdeutsch-thailändischen Verhandlungen sich die Bundesrepublik bereit erklärt, eine spezielle Hilfe für die Flüchtlinge in Südostasien zu leisten. Zwischen 1979 und 1981 sind bereits 60 Millionen DM nach Thailand geflossen, um Flüchtlingsprojekte zu finanzieren. Jetzt wird die BRD weitere zehn Millionen in diesen Titel einbringen"[21]). John Pilger, der die Lager in Thailand bereist hat und dort neben Angehörigen internationaler Hilfsorganisationen auch einen hohen Pol-Pot-Mann traf, der Lagerkommandant war und „der Schlächter" genannt wurde, schreibt: „Sein Name ist Nam Phann, wahrscheinlich ein Militärpseudonym. Er bestätigte eifrig, daß die westliche Hilfe tatsächlich die Roten Khmer gerettet und wieder aufgebaut hat . . ., und wir bedanken uns dafür bei Ihnen sehr und bitten um mehr'."[22])

Sihanouks widersprüchliche Rolle

China ist in der Auswahl seiner Partner nicht wählerisch. Neben den Amerikanern sind es so widersprüchliche Agenten wie die Führungsgruppe der Roten Khmer mit Pol Pot, der aus dem Hintergrund die Geschicke seiner Terroristen leitet, Kieu Samphan und Ieng Sary sowie Prinz Norodom Sihanouk. Seit einigen Jahren bemühen sie sich, eine Koalition gegen die Vietnamesen aufzubauen, zu der auch noch Son Sann, früherer Ministerpräsident in Kampuchea, gehört. Son Sann, erklärter Antikommunist, hat sich lange geweigert, mit den Roten Khmer Pol Pots zusammenzugehen. Streitpunkt war die Frage, wer in dem neuen Bündnis die führende Rolle innehaben würde. Und das wollten wohl alle drei. China drängt Sihanouk; die ASEAN-Staaten unternahmen immer wieder Anstrengungen, um die Front gegen Vietnam zustandezubringen.

Widersprüchlich ist vor allem die Rolle Sihanouks, der in einem Interview im Mai 1981 erklärte: „Die Chinesen und die Amerikaner zwingen uns, mit den Roten Khmer zu verhandeln. Auch die ASEAN-Staaten und Japan sagen uns, daß wir uns in das von den UN anerkannte ‚demokratische Kampuchea' integrieren müssen. Für mich aber sind Pol Pot, Khieu Samphan und Ieng Sary Kriegsverbrecher, die den Völkermord an den eigenen Landsleuten beginnen. Niemals wird Sihanouk mit ihnen ein Bündnis eingehen."[23])

20) John Pilger, Amerikas 2. Krieg in Indochina, „New Statesman". Hier zit. nach „Deutsche Volkszeitung" v. 25. 9. 1980.
21) Kommuniqué über Verhandlungen Thailand–Bundesrepublik. 7. 4. 1982. Hrsg. v. BMZ. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
22) John Pilger, a.a.O.
23) FR v. 29. 5. 1981.

Wegen seiner wechselnden Stellungnahmen wird Sihanouk oft als „schillernde Gestalt", spöttelnd auch als „Prinz Wetterhahn" bezeichnet. Wer sich solcher polemisierenden Argumentation nicht anschließen möchte, ist dennoch immer wieder verwirrt über die Logik, die dem Verhalten des früheren Staatschefs zugrunde liegen mag. Es gibt zahlreiche Sympathiekundgebungen des Prinzen gegenüber den Vietnamesen und ebenso viele Verurteilungen des Völkermords von Pol Pot-Ieng Sary. Auch nahe Verwandte Sihanouks wurden von Pol Potisten ermordet. Und dann verbreitet der geheime Sender der Roten Khmer folgende Nachricht:

„Am 10. Februar 1981 empfing Samdech Norodom Sihanouk in seiner Residenz in Pjöngjang den Botschafter unseres Demokratischen Kampucheas in der DVR Korea. Die Audienz verlief in einer sehr herzlichen und warmen Atmosphäre. Unser Botschafter übermittelte dem Samdech und seiner Gattin Grüße seiner Exzellenz des Ministerpräsidenten Khieu Samphan. Der Samdech nahm die Grüße freundlich entgegen und ließ seinerseits Seine Exzellenz Khieu Samphan, Seine Exzellenz Pot Pot und alle anderen kampucheanischen Führer grüßen . . ."[23a])

Der Druck Chinas und der ASEAN-Länder auf Sihanouk hat nach mehr als zwei Jahre währenden Verhandlungen den Prinzen zu einer erneuten Wendung seiner politischen Einstellung gebracht. Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine „Regierungskoalition" unterzeichnet, die den Kampf gegen Vietnam fortführen soll. Sihanouk wurde „Präsident", Khieu Samphan, Führer der „Roten Khmer", übernahm das Amt eines „Vizepräsidenten" und Son Sann von der Nationalen Befreiungsfront der Khmer wurde „Ministerpräsident" der Gegenregierung. Der Prinz hat damit den Rest von politischem Ansehen und Glaubwürdigkeit verspielt. Er ist nunmehr die Galionsfigur einer Organisation von Völkermördern, ausersehen, den Sitz in der UNO, den die Roten Khmer noch besetzt halten, statt ihrer zu verteidigen.

Widersprüche auch bei ASEAN-Staaten

Die fünf ASEAN-Länder Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Singapur und Thailand liegen wie ein nach Norden offener Ring um die drei Staaten Indochinas herum. Die Association of South East Asian Nations (ASEAN) ist kein Militärbündnis, sondern deklariert sich als Wirtschaftsblock, der eng mit dem Westen zusammenarbeitet. Die große Zahl der Auslandschinesen in diesen Ländern – in Singapur stellen diese Chinesen 80% der Bevölkerung – beeinflußt das politische Geschehen. Die Gegnerschaft der ASEAN-Länder zu Vietnam zeigt jedoch kein einheitliches Bild. Während Thailand und Singapur eine feindselige Politik betreiben, nehmen Malaysia und Indonesien eine gemäßigte Haltung ein. Sie fürchten ein von China geschwächtes Vietnam; langfristig gesehen, scheint auch in ihrer Sicht Vietnam ein besserer Garant für eine friedliche Region.

23a) Zit. nach: „Monitor"-Dienst v. 16. 2. 1981.

So war es Vietnam, das zahlreiche Angebote an diese Länder gemacht hat, um zu einer friedlichen Koexistenz auf der Grundlage der Souveränität und der Unverletzbarkeit der nationalen Grenzen zu gelangen. Premier Pham Van Dong hat bereits 1978 eine Goodwill-Riese durch die ASEAN-Länder gemacht, damals mit keinem großen Erfolg. Inzwischen scheint klargeworden zu sein, daß auch die westliche Wirtschaftsblockade das vietnamesische Volk nicht in die Knie zwingen kann; die Positionen lockern sich. Wohl allen ist klar geworden, daß eine sicher von allen erwünschte Befriedung Südostasiens nur durch Verhandlungen zu erreichen ist. Ohne Vietnam ist eine Lösung nicht möglich.

Indochina: drei Länder – ein Frieden

Den Begriff Indochina hat der französische Geograph Malte-Brun erdacht, er bezeichnet die Länder Vietnam, Kampuchea und Laos: Kolonien Frankreichs, Objekte radikaler Ausbeutung: Laos besaß „im Jahre 1960 keine Eisenbahnen, zwei Ärzte, drei Ingenieure und 700 Telefone."[24])

Indochina als Realität in der Gegenwart bedeutet, sich weiterhin gemeinsam zur Wehr setzen, damit eine mühsam erklämpfte Freiheit nicht wieder verloren geht. Geeint im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, bestehen heute Bindungen, deren Verlust schwerwiegende Folgen haben würde. Die Gegner Vietnams verbinden den Begriff mit einem Hegemonialanspruch innerhalb einer Förderation Indochina.

1930 wurde die Kommunistische Partei Indochinas gegründet. In deren Statuten stand, die Unabhängigkeit Indochinas zu erkämpfen und das Land an die Bauern zu verteilen. Im März 1935 präzisierte die Partei ihre Aufgabe: Nach der Befreiung vom Kolonialjoch sollten die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen; sie sollten nach freiem Willen in eine Föderation Indochina eintreten oder ihren eigenen Staat gründen und sich für dieses oder jenes politische System entscheiden.

Die Begriffe Brüderliche Allianz, Selbstbestimmung, Freiheit und gegenseitige Achtung tauchen in mehreren Dokumenten jener Jahre auf.

Die KP Indochinas bestand 21 Jahre, 1951 wurde sie auf Vorschlag der Vietnamesen aufgelöst. Jedes der drei Länder hatte danach seine eigene kommunistische Partei. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Kampf gegen den Kolonialismus gemeinsam weiterzuführen.

Mit dieser Neuorientierung wurde nach einer Erklärung des Außenministeriums von Vietnam der Gedanke an eine Föderation aufgegeben: „... la question de la ‚Fédération Indochinoise' est définitivement entrée dans l'histoire."[25]). (... die Frage der Föderation Indochina ist endgültig in die Geschichte eingegangen.)

24) Noam Chomsky, Kambodscha, Laos, Nordvietnam, Frankfurt/M. 1972, S. 93.
25) Dossier Kampuchéa, Hanoi 1978. S. 97, 2. Ausgabe.

Im Dezember 1977 brach Pol Pot die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam ab. In diesem Jahr verstärkten sich auch die kriegerischen Auseinandersetzungen im südlichen Grenzgebiet zwischen Kampuchea und Vietnam. Die Roten Khmer drangen immer wieder in Vietnam ein, mordend und plündernd zogen sie durch die Dörfer. Noch am 5. Februar 1978 versuchten die Vietnamesen, eine friedliche Regelung zu erreichen, als sie einen Dreipunktevorschlag überreichten, in dem eine sofortige Einstellung der Kämpfe, ein sofortiges Treffen der Vertreter beider Länder und ein Abkommen über die territoriale Souveränität vorgeschlagen wurde. Pol Pot lehnte ab, im Laufe des Jahres 1978 verstärkten sich die militärischen Auseinandersetzungen, die zweifellos von China gestützt wurden. Die Vietnamesen hatten schließlich keine andere Wahl, um ihre Bevölkerung zu schützen, als die Roten Khmer entscheidend zu schlagen. Diese Auseinandersetzung führte schließlich zur Eroberung Kampucheas im Jahre 1979.

Es ist unbestritten und international anerkannt, daß Vietnam den Völkermord Pol Pots gestoppt und damit zahlreichen Kampucheanern das Leben gerettet hat. Es ist weiterhin unbestreitbar, daß Vietnam einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung des in tiefe Apathie versunkenen Landes geleistet hat – nicht nur durch die Lieferung von Lebensmitteln, sondern auch durch ärztliche Hilfe und andere humanitäre Leistungen. Noch heute gibt es auf dem Land Hospitäler, in denen Ärzte aus Vietnam arbeiten, gegen einen Lohn, der in Pfennigen ausgedrückt werden kann. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Kampuchea und Vietnam werden durch den im Februar 1978 abgeschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geregelt. Beide Länder verpflichten sich, einander Beistand zu leisten, wenn dies notwendig erscheint.

Indira Gandhi hat, als Indien Kampuchea diplomatisch anerkannte (1980), von einer Realität gesprochen; die Regierung Heng Samrin habe das Volk hinter sich. Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea könne nicht losgelöst gesehen werden von der barbarischen Diktatur Pol Pots und der ausländischen Hilfe, durch die Pol Pot gestützt werde, sagte die indische Regierungschefin.

Auf dem Weg zum Frieden

Die Frage, wer für die instabilen Verhältnisse, für die noch immer währenden blutigen Auseinandersetzungen verantwortlich ist, wird oft gestellt. Obwohl Vietnam in der veröffentlichten Politik als „Sündenbock" herhalten muß, bleibt jeder den Beweis für eine Verantwortung Hanois schuldig. Kenner der Verhältnisse, auch Diplomaten und Politiker des Westens, wissen, daß ein Land, das 35 Jahre Krieg hinter sich hat und unter schwierigen wirtschaftlichen Notständen leidet, kein Interesse an der Aufrechterhaltung einer großen Armee und an dadurch bedingten Kosten hat, sondern den Frieden will. In den letzten Jahrzehnten war die Region eine der instabilsten der Welt; nie hat die Bevölkerung der drei Länder vor der Befreiung sich dem Aufbau gesicherter

Lebensverhältnisse widmen können. Schon 1859 schrieb Henri Mouhot, ein französischer Naturforscher: „Der gegenwärtige Zustand von Kambodscha ist beklagenswert und seine Zukunft bedroht . . . Die Bevölkerung wird durch die nicht endenden Kriege gegen die Nachbarstaaten in großem Maße verringert."[26])

Zum erstenmal in ihrer Geschichte haben die drei Länder Indochinas jetzt die Chance, ihre Zukunft selber zu gestalten. Das heißt nicht nur Unabhängigkeit von fremden Mächten, sondern auch die Schaffung von Lebensverhältnissen, die dem ganzen Volke nützen und nicht den Luxusbedürfnissen einer ausbeutenden Minderheit. Da mögen Vorbehalte bleiben, wo sie wollen – wer die Länder besucht und Verhältnisse prüft, dem bleibt kein anderes Urteil. Die Schwierigkeiten sind enorm. Die politische Kurzsichtigkeit westlicher Industrieländer – im Kielwasser einer ebenso deutlichen Machtpolitik der USA – erschwert den Wiederaufbau in Indochina. Die USA haben ihr Versprechen, 3,2 Mrd. Dollar für den Wiederaufbau Vietnams zu leisten, gebrochen. Die Bundesrepublik ist gefolgt und hat 82 Mio. DM nicht gezahlt. Mehrfach haben Vertreter der Bundesregierung bekannt, daß Wirtschaftsblockaden keine Perspektive der Politik seien. Im Mai hat Bundeskanzler Schmidt gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand im Blick auf den britisch-argentinischen Falkland-Krieg erklärt, daß wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Argentinien keine Lösung der Probleme brächten. Gegenüber Vietnam gilt diese richtige Erkenntnis nicht.

Der stärkste Gegner einer Befriedung der Region ist China, das gemeinsam mit Thailand eine Politik der offenen Aggression betreibt. Die teils militärischen, teils psychologischen Kämpfe, die China ständig gegen Vietnams Nordgrenze vorträgt, sind eine Verletzung des Völkerrechts, ein Verstoß gegen Artikel 2 (4) der Satzung der UN.

Die Länder Indochinas, an ihrer Spitze Vietnam, haben immer wieder Versuche zu einer friedlichen Regelung der zweifellos komplizierten Verhältnisse unternommen. Bisher sind sie dabei stets auf die starre Haltung Chinas gestoßen, aber auch auf die Ablehnung durch einige ASEAN-Länder.

Bei den zurückliegenden, zweimal im Jahr stattfindenden gemeinsamen Konferenzen der Außenminister der drei Länder hat sich bislang als Grundposition herausgeschält:

– Gespräche auf regionaler Basis, da die Probleme der südostasiatischen Länder in erster Linie von ihnen selber behandelt und gelöst werden müssen;
– entmilitarisierte Gebiete an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand.

Laos hat in Abstimmung mit den beiden anderen Staaten durch seinen Außenminister Phoun Sipaseuth der UN-Vollversammlung von 1981 die Grundzüge einer Verständigung erläutern lassen. In dem vorgelegten Memorandum

26) William Shawcross, a.a.O., S. 424.

sind die Grundsätze für eine friedliche Koexistenz beschrieben. Wesentliche Gesichtspunkte sind darin:

– Die Achtung der Unabhängigkeit, das heißt die Respektierung des Rechts, nach dem jede Nation frei ihr politisches, gesellschaftliches, ökonomisches und kulturelles Leben sowie ihre Innen- und ihre Außenpolitik bestimmen kann.
– Die Beilegung von Streitigkeiten oder Differenzen zwischen Indochina und der ASEAN-Gruppe sowie anderen Ländern der Region soll auf dem Grundsatz beruhen, daß die Länder Südostasiens ihre Probleme selber friedlich und verständnisvoll lösen.
– Die Zusammenarbeit soll zum gegenseitigen Nutzen auf die Bereiche der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur ausgedehnt werden.

Immer wieder auch hat Vietnam seine Friedensbereitschaft gegenüber China betont. China hat darauf allein im ersten Quartal 1982 mit über 70 bewaffneten Provokationen auf vietnamesischen Hoheitsgebieten geantwortet, wie Radio Hanoi am 13. April 1982 meldet. Vietnam dagegen hat mehrfach einen teilweisen Abzug seiner Truppen angeboten und schließlich den vollständigen, wenn Bedingungen geschaffen würden, die den Frieden in der Region garantieren. Dazu gehört zunächst und unbedingt, daß Thailand und China die Roten Khmer Pol Pots nicht mehr unterstützen, daß dieser Unruheherd im thailändisch-kampucheanischen Grenzgebiet restlos beseitigt wird.

Den ersten Schritt tun

Das internationale Gespräch über die Lösung der mit Indochina zusammenhängenden Probleme ist jetzt durch einen bemerkenswerten Vorstoß der Außenminister der drei Länder belebt worden. Im Kern der Vorstellungen, die die Teilnehmer der 6. Außenministerkonferenz in Ho Chi Minh-Stadt am 6./7. Juli 1982 entwickelt haben, steht ein Teilabzug der in Kampuchea stationierten Truppen Vietnams. Zum „Zeichen ihres guten Willens", so betonen die Minister in einer Verlautbarung, seien sie übereingekommen, „den ersten Schritt zu tun".

Von der Reaktion Thailands und dem daraus sich entwickelnden Maß an Sicherheit an der thailändisch-kampucheanischen Grenze machen es Vietnam und Kampuchea abhängig, ob ein weiterer Abzug von Truppen erwogen werden soll.

Die Länder Indochinas hoffen, daß Thailand auf diesen Akt guten Willens eingeht, um endlich Frieden und Stabilität in der Region zu erreichen. Wenn jedoch weder China noch Thailand aus dem jetzigen Abzug Vorteile schlagen wollen, so werden geeignete Maßnahmen aufgrund des Vertrages vom 18. Februar 1979 ergriffen, kündigen die Außenminister an.

Das Angebot des Teilabzugs von Truppen ist nicht nur ein Zeichen des guten Willens, sondern auch ein Hinweis auf die stabile Lage in Kampuchea. Es wäre eine Fehlinterpretation, wenn man die Geste in Zusammenhang mit der

antivietnamesischen „Koalitionsregierung" Sihanouk-Son Sann-Khieu Samphan bringen wollte, die in Kampuchea und Vietnam als Marionette angesehen wird.

Sicherheitszone Kampuchea-Thailand

In dem Kommuniqué, das die Außenminister in Ho Chi Minh-Stadt veröffentlichten und das der Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam in der BRD, Nguyen Tuan Lieu, kürzlich in Bonn erläuterte, wird von Kampuchea der thailändischen Regierung eine Sicherheitszone vorgeschlagen. Die Regierung Heng Samrin greift damit auf den Vorschlag einer entmilitarisierten Zone vom 18. Juli 1980 zurück. Sollte Thailand jetzt noch nicht vorbereitet sein, eine solche entmilitarisierte Zone zu akzeptieren, dann schlägt Kampuchea vor, zunächst eine Sicherheitszone einzurichten. In dieser Zone sollen sich auf kampucheanischer Seite nur Truppen der Volksrepublik Kampuchea aufhalten. Vietnamesische Soldaten werden dort nicht stationiert.

Auf der Seite Thailands sollen nur Streitkräfte des Königreichs anwesend sein. Aus dieser Sicherheitszone müßten die Resttruppen Pol Pots abgezogen und die Flüchtlingslager verlegt werden. Über Einzelheiten der Sicherheitszone, ihre Breite etc., sollen beide Länder eine Vereinbarung entwickeln. Beide Seiten sollen auch einer internationalen Kontrolle zustimmen. Wenn die Vereinten Nationen die Vertretung Pol Pots oder seiner getarnten Clique in der UN ihre Anerkennung entziehen, dann schlägt Kampuchea vor, die Kontrolle über die Vereinbarung zur Sicherheit den Vereinten Nationen zu übertragen.

Im übrigen wiederholen Laos, Kampuchea und Vietnam ihren Vorschlag von der Außenministerkonferenz von Vientiane (16./17. Februar 1982), Kontakte zu Thailand herzustellen, um alle Fragen gemeinsamen Interesses zu besprechen und friedlich zu lösen.

Internationale Südostasien-Konferenz

Die drei Länder Indochinas schlagen neben dem Teilabzug vietnamesischer Truppen und einer Sicherheitszone als drittes Element ihrer Friedensinitiative die Einberufung einer Internationalen Konferenz über Südostasien vor. Daran sollten Vietnam, Kampuchea und Laos einerseits sowie die ASEAN-Länder als andere politische Gruppierung teilnehmen. Ferner sollen Burma und Indien sowie die Staaten, die an den internationalen Konferenzen über Indochina in den Jahren 1954, 1961/62 und 1973 teilgenommen haben, eingeladen werden. Es handelt sich um die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien, die USA und China.

Der Generalsekretär der UN soll in privater Eigenschaft eingeladen werden; wenn aber die Anerkennung des Pot-Pot-Regimes zurückgezogen würde, könnte er als offizieller Vertreter der Vereinten Nationen an der Konferenz teilnehmen.

Zur Frage der Vertretung Kampucheas in den UN stellen die Außenminister in ihrem Kommuniqué fest, daß die Pol-Pot-Clique ausgeschlossen werden sollte, weil ihre weitere Anerkennung einen „rechtswidrigen Akt" darstellt, der im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen stehe. Der Sitz sollte an die Volksrepublik Kampuchea gegeben werden, die „alleinige und wahre Vertreterin des Volkes von Kampuchea ist".

Die Volksrepublik erklärt, daß sie in der „unmittelbaren Zukunft nicht verlangt", daß ihr der Sitz übertragen wird; er könne nach dem Ausschluß Pol Pots zunächst vakant bleiben.

Die zweite Jahreshälfte 1982 kann ein entscheidender historischer Abschnitt in der Entwicklung von Frieden und Stabilität in Südostasien werden. Der Blick richtet sich zunächst auf die Konferenz der Blockfreien in Bagdad im Frühherbst, die allerdings durch den Konflikt Iran–Irak belastet wird, danach auf die Vollversammlung der UN mit der Abstimmung über den Sitz Kampucheas. Im Dezember – so haben die Außenminister in Ho Chi Minh-Stadt beschlossen – soll eine Gipfelkonferenz von Laos, Kampuchea und Vietnam stattfinden.

Auch bei einer zurückhaltenden Einschätzung der Lage in Indochina ist eine Konsolidierung zu erkennen. Zwar ist die Belastung durch die Politik Chinas und einiger westlicher Staaten groß. Es mangelt an vielem, und der Begriff „Hunger" hat eine andere Bedeutung als das sogenannte „Gürtel-enger-Schnallen" hier. Aber:

– In Kampuchea hat sich die Regierung Heng Samrin stabilisiert. Hunger bedroht nicht mehr in der extremen Weise der Pol-Pot-Zeit das Leben der Menschen.
– In Laos wurde die Reisernte zum erstenmal so gesteigert, daß keine Importe von Thailand mehr notwendig waren. Dies erklärte ein Vertreter der Administration in Vientiane bei einem Besuch dem Autor mit Stolz.
– Vietnam trägt die Hauptlast der Auseinandersetzungen. Daran ist kein Zweifel. Aber in Vietnam ist der Wille, die 1975 erkämpfte Freiheit zu verteidigen, so stark, daß er noch manche Notlage überstehen wird.
– Die Beziehungen der drei Länder Indochinas sind solide. Es verbindet sie ein spürbares Interesse, sich in der Region zu behaupten. Ein von außen erzwungener Zerfall dieser Gemeinschaft würde unübersehbare Folgen, vielleicht nicht nur für die gesamte südostasiatische Region haben.

Wilfred Burchett hat 1970 eine These aufgestellt, die aktuell geblieben ist: „So wie es jetzt nur noch einen einzigen Indochinakrieg gibt, so kann es nur einen einzigen Indochinafrieden geben. Das Ziel der Vietnamesen, Kambodschaner und Laoten ist es, friedliche, unabhängige, prosperierende Länder aufzubauen."[27])

27) Wilfred Burchett, Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg?, Reinbek 1970, S. 163/164.

Schnelle Brüter haben Vorrang

Das neue Energieforschungsprogramm der Bundesregierung

Von Jürgen Grumbach

Ohne intensivere öffentliche Diskussionen verabschiedete die Bundesregierung am 24. März 1982 das „Zweite Programm Energieforschung und Energietechnologien"[1]), das mit einem stattlichen Volumen von 12,8 Mrd. DM ausgestattet ist und die Schwerpunkte der Energieforschung von 1981 bis 1985 festlegt. An die Öffentlichkeit drang vor allem das Gerangel zwischen Bundesregierung und Elektrizitätsversorgungsunternehmen um die Finanzierung immer neuer Milliardenlöcher beim Bau des Schnellen Brüters (SNR 300) in Kalkar. Darin lag auch der Grund für den späten Verabschiedungstermin des Programms, das zu diesem Zeitpunkt schon über ein Jahr lief: erst mußte der SNR 300 abgesichert werden. Inzwischen sind allerdings schon neue Finanzierungsschwierigkeiten aufgetaucht, insbesondere beim Bau des Hochtemperaturreaktors (THTR 300) in Hamm/Mentrop.

I. Die strategische Bedeutung der Energieforschung

Bevor das Energieforschungsprogramm näher untersucht wird, sei auf die strategische Bedeutung von Prioritätensetzungen in der Forschung für die zukünftige Energiepolitik hingewiesen: Durch sie wird das Innovationspotential für neue Energietechnologien in mittel- und langfristiger Perspektive entscheidend geprägt. Legt man die im Energiesektor für Forschung und Entwicklung durchaus nicht unübliche Zeitspanne von 20 Jahren (z. B. Kernenergie) zugrunde, so wird heute entschieden, welche Technologien um die Jahrhundertwende bei energiepolitischen Entscheidungen für eine breite Anwendung überhaupt zur Verfügung stehen werden. Es ist später kaum möglich, in kurzer Zeit leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in bislang vernachlässigten Bereichen aufzubauen. Ebenso entwickeln einmal etablierte Kapazitäten wie etwa die Atomindustrie und die zum Zweck der Kernforschung gegründeten Großforschungszentren[2]) eine erhebliche Eigendynamik bei der Weiterführung einmal eingeschlagener Forschungseinrichtungen. Seit 1955 wurde die Entwicklung der Kernenergie und der Atomindustrie mit über 30 Mrd. DM aus staatlichen Atomprogrammen gefördert. Programme für die Förderung anderer Bereiche der Energieforschung existie-

1) Das Zweite Programm Energieforschung und Energietechnologien lag d. Verf. noch nicht gedruckt vor. Zitate aus dem Typoskript sind im folgenden durch in Klammer gesetzte Seitenzahlen kenntlich gemacht.
2) Es handelt sich vor allem um das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFK), die Kernforschungsanlage Jülich (KFA) und die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffsbau und Schiffahrt Geesthacht (GKSS). Alle diese drei Einrichtungen verfügen 1982 über knapp 7500 Planstellen und Etats in Höhe von 930 Mio. DM.

ren erst seit 1974. Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" des Bundestages wird die Kontroverse um die zukünftige Energieversorgung auf zwei mögliche Optionen zugespitzt: Energieeinsparen[3]) sowie Einsatz regenerativer Energien und/oder Einsatz der Kernkraft mit Schnellen Brutreaktoren. Es gibt „vor allem zwei Elemente, die von strategischem Gehalt sind . . .: Der Brüter und das sehr starke Sparen", meint beispielsweise Kommissionsmitglied W. Häfele. Als ehemaliger Forschungsmanager im Brüterprojekt verweist er als Kriterien für die Entscheidung zwischen beiden Möglichkeiten vor allem auf den Stand der Forschung und Erprobung: „Es ist nun entscheidend, zu erkennen, daß jedwedes Sparen nicht erprobt ist. . . . Demgegenüber muß der Brüter bereits als hochgradig erprobt gelten."[4])

In ihrer von allen Mitgliedern bis auf die drei CDU/CSU-Abgeordneten getragenen Empfehlung kommt die Kommission zu dem Schluß, die Entscheidung über den Einstieg in die Kernenergie mit Nutzung Schneller Brüter auf 1990 zu verschieben, da sie aus Gründen der Entwicklung des Bedarfs und der Technologie erst dann notwendig sei. Bis dahin sei in einer „fairen Konkurrenz" einerseits „die nukleare Option versorgungs- und industriepolitisch zu erhalten", was den Bau neuer KKW im Rahmen des Bedarfs und die technologische Entwicklung Schneller Brüter einschließt. Andererseits könne der „Übergang zum Verzicht auf die Kernenergienutzung . . . nur offengehalten werden, wenn . . . die ernsthafte und glaubwürdige Wahrnehmung des Energieeinsparens und die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger nicht behindert wird"[5]). Auch der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen kommt in seinem Sondergutachten „Energie und Umwelt" zu dem Schluß, „daß der Energieeinsparung nicht nur energiepolitisch, sondern vor allem unter Umweltgesichtspunkten hohe Priorität zukommt."[6])

II. Die Ausgabenstruktur des Energieforschungsprogramms

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Ausgabenstruktur des Programms (Tabelle 1), so fällt zunächst eine eindeutige Bevorzugung der „nuklearen Option" auf. 52,1% der Mittel sollen für die Kernenergieentwicklung aufgewandt werden, während die Bereiche „Rationelle Energieverwendung" und „Neue Energiequellen" zusammen auf 13,2% kommen. Die Relation zugunsten der Kernforschung wird noch deutlicher, wenn man das „Programm Grundlagenkernforschung", das früher Teil der Atomprogramme war, einbezieht. Allein in den Großforschungszentren sind für den Bereich „Nukleare

3) Mit Energiesparen wird in diesem Bericht das Erbringen der gleichen Energiedienstleistung mit geringerem spezifischen Energieaufwand gemeint. Energiesparen in diesem Sinne hat nichts mit Komfortverlust oder Wohlstandseinbußen zu tun, wenn etwa durch die Verbesserung von Wirkungsgraden der Benzinverbrauch von Autos zurückgeht.

4) Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Kernenergiepolitik", in: Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum (Hrsg.): Zur Sache, 1 und 2/1980, Bonn 1980, hier: S. 155.

5) Enquete-Kommission, a.a.O., S. 192 ff.

6) Sondergutachten „Energie und Umwelt" des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, BT-Drucksache 9/872, TZ 618.

Tabelle 1
Verteilung der geplanten Ausgaben im 2. Programm Energieforschung und Energietechnologien (in Mio. DM)

	1981	1982	1983	1984	1985	Summe	%
Neue Technologien zur rationellen Nutzung und Bereitstellung von Energie	155	159	181	196	230	921	7,2
Kohle und andere fossile Energieträger	352	590	777	966	1221	3906	30,4
davon:							
Kohlevergasung	25	166	300	456	672	1619	12,6
Kohleverflüssigung	71	123	138	148	163	643	5,0
Neue Energiequellen	148	157	162	164	167	798	6,2
davon:							
Wärme aus Sonne	23	17	17	19	19	95	0,7
Strom aus Sonnenenergie	25	58	59	60	61	263	2,0
Windenergie	48	29	29	29	29	164	1,3
Kernbrennstoffkreislauf und Reaktorsicherheitsforschung	567	659	628	644	635	3133	24,4
davon:							
Urananreicherung	107	121	127	134	132	621	4,8
Entsorgung/Wiederaufbereitung	283	313	264	267	270	1397	10,9
Sicherheitsforschung	122	161	163	165	151	762	5,9
Strahlenschutzforschung	30	32	34	34	34	164	1,3
Fortgeschrittene Reaktoren	65	701	693	707	808	3563	27,7
davon:							
SNR 300	233	230	245	299	362	1369	10,7
Brüterweiterentwicklung	142	149	151	162	220	825	6,4
Summe Brüter	375	379	396	461	582	2193	17,1
THTR 300	118	143	157	150	165	733	5,7
HTR – Weiterentwicklung	143	155	126	86	61	571	4,5
Summe HTR	261	298	283	236	226	1304	10,2
Kernenergie Gesamt	1221	1360	1321	1351	1443	6696	52,1
Kernfusion	94	99	100	112	120	525	4,1
Summe	1970	2365	2541	2789	3180	12846	

Quelle: 2. Programm Energieforschung und Energietechnologien, Anhang, Tabelle 1. Eigene Berechnungen.

Grundlagenforschung" von 1981 bis 1985 Mittel in Höhe von 2215,5 Mio. DM vorgesehen[7]).

Nun kann zu Recht eingewandt werden, daß die Höhe von Mittelzuweisungen wegen je unterschiedlicher spezifischer Forschungs- und Entwicklungsko-

7) Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (Hrsg.), Programmbudget 1982, Bonn 1982, S. 57.

sten in verschiedenen Projekten keine gradlinigen Schlüsse auf politische Schwerpunktsetzungen zulasse. Im Bereich der Kernenergie wird argumentiert, man befinde sich in der „besonders teuren Phase der Errichtung von Prototyp- und Demonstrationsanlagen" (S. 22), die bald zu Ende geht. Dagegen läßt sich einwenden, daß in jedem Fall große Probleme im Bereich der Endlagerung noch zur Lösung anstehen und es der Atomindustrie bislang auch keine Probleme bereitet hat, jeweils rechtzeitig „Anschlußprojekte" in ihrem Sinne durchzusetzen. Im Bereich der rationellen Energieverwendung und der regenerativen Energien dagegen könnten „verbleibende Probleme nicht immer durch zusätzlichen F&E-Aufwand allein einer Lösung näher gebracht werden" (S. 26), ein Haupthindernis seien zu hohe Kosten bei der Markteinführung. Nun ist es in der Tat wenig sinnvoll, den Einsatz z. B. von Doppelfenstern zur Wärmedämmung mit Forschungsmitteln zu forcieren; hier hat das Energiesparprogramm von Bund und Ländern ein positives Zeichen gesetzt. Dagegen ist festzuhalten, daß in diesem Bereich für neue Technologien, die ja im Gegensatz zu AKWs dezentral und in zehntausendfacher Anzahl in verschiedenen Umgebungen einzusetzen sind, eben nicht je ein Prototyp oder Demonstrationsobjekt ausreicht, um den Markt ausreichend zu informieren. Außerdem sind erhebliche Anstrengungen zur Minderung der Kosten bei einer Massenproduktion nötig. Die teilweise berechtigten Einwände gegen die unreflektierte Benutzung des Indikators „Mittelzuweisung" als Maßstab für Prioritätensetzung können die grundsätzliche Aussage einer eindeutigen Schwerpunktsetzung des Programms im Nuklearbereich also nicht entkräften.

III. Rationeller Energieeinsatz und regenerative Energien: nur zum Ölersatz?

Rationelle Energieverwendung, in der politischen Diskussion meist als Energieeinsparung bezeichnet, bedeutet nicht etwa eine Senkung der Raumtemperaturen, Benzinrationierungen oder ähnliche Einschränkungen des Lebensstandards. Es geht beispielsweise um die Nutzung von Abwärme oder die Verbesserung von Wirkungsgraden. „Man kann also denselben Nutzen, der bisher durch den Einsatz bestimmter Mengen von Energieträgern erzielt oder gewährleistet wurde, auch durch einen geringeren Einsatz an Energieträgern hervorbringen, wenn zusätzliche Einsparungsmaßnahmen getroffen werden. Insoweit Energieträger durch Einsparungsmaßnahmen substituiert werden können, ist die Einsparung von Energie funktional eine Energiequelle."[8])

Forschungsaktivitäten behandeln meist anwendungsbezogene Probleme wie die Entwicklung von Wärmetauschern, Isolierungen, Transport- und Speichertechnologien oder integrierter Systeme zur Abwärmenutzung und Fernwärmeversorgung (S. 55 ff.). Daneben müssen allerdings politische Initiativen ergriffen werden, die entwickelten Technologien auch gegen den Widerstand der um ihre Umsätze besorgten Energiekonzerne durchzusetzen.

8) K. M. Meyer-Abich (Hrsg.), Energieeinsparung als neue Energiequelle. Wirtschaftspolitische Möglichkeiten und alternative Technologie, München/Wien 1979, S. 28.

Es ist bemerkenswert, daß in der Industrie, besonders auch in der Energiewirtschaft und in stark energieverbrauchenden Branchen wie etwa der Chemieindustrie, Einsparpotentiale auch in der Vergangenheit im Rahmen technischer Erneuerungen schon recht weitgehend ausgenutzt worden sind[8a]). Energieverbrauchende Konzerne haben durchaus das Interesse und die ökonomischen Mittel, den Umsatzinteressen der energieproduzierenden Industrie entgegenzuwirken. Anders sieht es im Bereich der kleinen Verbraucher, der Haushalte, aus: hier wird die Energie in der Regel schlecht genutzt und es könnten – über politischen Druck – mit z. T. einfachsten Mitteln relativ hohe Einsparraten ohne Senkung des Lebensstandards erreicht werden. Die Förderung von Doppelfenstern zur Senkung des zum gleichen Heizeffekts notwendigen Energieeinsatzes (vor allem Heizöl) und die damit erreichten Erfolge machen dies deutlich. Simple Normen wie etwa, daß ein Kühlschrank nicht die doppelte Menge Strom verbrauchen darf wie ein anderer gleicher Größe und Leistung, sind in der BRD allerdings bislang gescheitert.

Dahinter steht ein Energieeinsparungskonzept, das sich schwerpunktmäßig auf die Einsparung von Öl bezieht. „Die schrittweise Ausschöpfung weiter bestehender Einsparungspotentiale und eine stärkere Nutzung aller Energieträger, die Öl ersetzen" (S. 5), wird befürwortet, an anderer Stelle ist davon die Rede, „Energie, vor allem Öl, zu sparen" (S. 26). Durch diese Verengung der Energieeinsparpolitik von Bund und Ländern werden die positiven Ansätze im Programm abgeschwächt und die konsequente Entwicklung und breite Anwendung aller Einspartechnologien letztlich verhindert.

Das gleiche gilt für die Erschließung und den Einsatz regenerativer Energien, die auch zur Schonung der Energierohstoffreserven und zur Minderung des Energieumsatzes beitragen und deshalb als Einheit mit rationeller Energieverwendung zu sehen sind. Der Windenergienutzung wird beispielsweise kein hoher Stellenwert beigemessen, „da zum Zeitpunkt einer möglichen Markteinführung knappe Energieträger (Erdgas, Erdöl) nur noch in geringem Umfang zur Stromerzeugung genutzt werden dürften und daher kein nennenswertes Substitutionspotential vorhanden sein dürfte" (S. 119). Hier wird exemplarisch deutlich: Windenergie zum Ersetzen von Öl und Gas wäre nach der Logik des Programms eventuell noch etwas Sinnvolles, da die Stromerzeugung aber später eh durch Kernenergie erfolgen wird, wird für diese Zeit kein Bedarf mehr für Windenergie gesehen. Als Anekdote am Rande sei angemerkt, daß die genehmigungsrechtliche Situation bei Windenergieanlagen als „ohnehin durch ästhetische Gründe belastet" (S. 119) dargestellt wird. Diese Kategorie taucht ansonsten im Programm nicht auf, weder bei Kühltürmen und Schornsteinen noch bei Kohleveredelungsanlagen mit über 100 ha Grundfläche.

8a) vgl. K. M. Mayer-Abich (Hrsg.), a.a.O., S. 68 ff. Daß der spezifische Endenergieumsatz der Gesamtindustrie (bezogen auf den Wert der Produktion) seit Mitte der 50er Jahre bis zur Ölkrise also in Zeiten relativ niedriger Energiepreise, um ca. 42% abgenommen hat, macht auch deutlich, daß es, um Energieeinsparmaßnahmen durchzusetzen, nicht notwendigerweise steigender Preise bedarf, wie es so mancher „Marktwirtschaftler" behauptet.

Im Bereich der Sonnenforschung liegt der Schwerpunkt auf passiver Nutzung der Sonnenenergie, ihre aktive Nutzung (z. B. durch Solarzellen) wird offenbar vor allem mit Blick auf eine gute Stellung der Solarindustrie auf dem Weltmarkt gefördert[9]). Die Einschätzung der unter Leitung von W. Häfele im IIASA erstellten Energiestudie, daß langfristig „neben den Brutreaktoren die Solarkraftwerke, wie immer sie aussehen mögen, als einzige Alternative einer praktisch unerschöpflichen Langzeit-Energiequelle der Menschheit"[10]) bestehen, spiegelt sich allerdings nicht angemessen im Programm wider.

IV. Einbahnstraße in die Kerntechnologie

1. Vorrang für Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitung

Die Entwicklung von Schnellen Brütern, „seit langem das größte Projekt der Energieforschung" (S. 168), bleibt das Schlüsselprojekt auch des neuen Energieforschungsprogramms. Die strategische Bedeutung von Schnellen Brütern für die „nukleare Option" besteht in der im Vergleich zu den z. Z. gängigen Leichtwasserreaktoren gut sechzigmal besseren Ausnutzung des eingesetzten Urans[11]). Das Programm geht in Übereinstimmung mit anderen Schätzungen davon aus, „daß die heute bekannten Uranvorräte, verglichen mit anderen Primärenergieträgern, in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen erschöpft sein würden" (S. 128). Beim weiteren alleinigen Einsatz von Leichtwasserreaktoren ist also in absehbarer Zeit mit Schwierigkeiten bei der Uranversorgung zu rechnen[12]). Auf der Basis von Leichtwasserreaktoren kann die „nukleare Option" also höchstens eine Übergangslösung sein. Erst mit Schnellen Brütern stünde die oft beschworene „praktisch unendliche" Energiequelle Kernkraft zur Verfügung. Bislang steht die 60fache Ausnutzung der Urans allerdings erst auf dem Papier, und unter Experten ist – auch nach Erfahrungen im Ausland – umstritten, ob die prognostizierten Brutraten je erreicht werden können.

„Systemnotwendig für den Brüter ist der geschlossene Brennstoffkreislauf, ohne den die besonders gute Uranausnutzung nicht erzielt werden kann" (S. 172 f.). Denn erst mit funktionierenden Wiederaufarbeitungsanlagen kann der „Brennstoffabfall" aus Leichtwasserreaktoren für die Brüter nutzbar gemacht werden. Darin besteht die Verknüpfung der beiden Projekte, und es

9) Vgl. dazu G. Simonis/J. Häusler, Der Export von Solartechnologie in Entwicklungsländer – Ein Beitrag zur Entwicklung der Industrieländer; in: „Leviathan", 8/1980, S. 320 ff.

10) Nach: R. Gerwin, Die Welt-Energieperspektive: Analyse bis zum Jahr 2030 nach dem IIASA-Forschungsbericht „Energy in a finite world", Stuttgart 1980, S. 112. Der Havard-Energie-Report kommt z. B. für die USA zu der Empfehlung, neben der Produktion konventioneller Energien „ihre Forschungs- und Entwicklungsmittel auf dem partiell bewährten Terrain der Energieeinsparung und dem vielversprechenden, aber noch weitgehend unerforschten Terrain der Sonnenenergie konzentriert einzusetzen". R. Stobaugh/D. Yergin (Hrsg.), Energie-Report der Havard Business School, München 1980, S. 337.

11) Uran besteht nur zu 0,7% aus dem in Leichtwasserreaktoren spaltbaren U 235. Im Schnellen Brüter kann auch der „Rest" von über 90% U 238 nach Umwandlung (Erbrütung) in Plutonium 239 genutzt werden. Pointiert ausgedrückt könnten die Brüter aus den „Abfällen" der Leichtwasserreaktoren fast unbegrenzt versorgt werden.

12) Vgl. BMFT (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, Bonn 1976, S. 119.

wird die Hast bei der Verwirklichung sogenannter „kleiner" Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz erklärlich, nachdem das Gorleben-Projekt vorerst gescheitert ist. Das in WAAs gewonnene Plutonium ist ebenfalls zur Atombombenproduktion geeignet. Die militärische Dimension der WAA-Politik wird im Zusammenhang mit der „Nachrüstung" der USA deutlich, in deren Rahmen über zehntausend Sprengköpfe produziert werden sollen. Dazu Robert Jungk: „Da der Schnelle Brüter in Deutschland noch lange nicht funktioniert, wird man dieses Plutonium doch nicht irgendwo liegen lassen, sondern versuchen, es an jemanden zu verkaufen, der so danach giert wie die amerikanische Rüstungsindustrie . . . Infolgedessen wird man, was an Plutonium in den nächsten Jahren hergestellt wird, gar nicht für die friedliche Kernenergie verwenden, sondern ausschließlich für neue Bomben."[12a])

Aus diesen knapp skizzierten Zusammenhängen resultiert die überragende Bedeutung des Schnellen Brüters für die Vertreter der „nuklearen Option" und für die langfristige ökonomische Absicherung der Atomindustrie. Es wird erklärlich, warum weder ständig steigende Kosten (Tabelle 2) von 1972 ge-

Tabelle 2
Kosten und Finanzierung des SNR 300 (in Mio. DM)

	1973	*1977*	*1981*
Baukosten insgesamt[1])	1698	2519	5000,0
davon:			
Eigenfinanzierungsanteil der SBK[2])	120	180	265,5
Zuschuß Belgiens	212	314	470,2
Zuschuß der Niederlande	212	314	470,2
Zuschuß des Bundes	993	1480	2215,0
Investitionszulage	150	220	440,0
Direkte Beiträge weiterer EVUs[5])			932,1[3])
Indirekte Beiträge weiterer EVUs			187,0[4])
Zuschuß der Industrie (KWU)	11	11	20,0

1) Ohne die Beiträge des Kernforschungszentrums Karlsruhe und die belgischen und niederländischen Aufwendungen für bauzugehörige Forschung und Entwicklung sowie für Plutoniumbeschaffung (Schätzung des BRD-Anteils: 407 Mio. DM)
2) Schnell-Brüter-Kernkraftwerks-GmbH (Bauherr und zukünftiger Betreiber); Gesellschafter: Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (62,8%), Electronucléaire/Belgien (14,8%); N.V. Samenwerkende Electriciteits-Productiebebdrijven/Niederlande (14,8%), Central Electricity Generating Board/Großbritannien (1,6%).
3) Davon ist über 183 Mio. DM im Jahre 1982 noch anschließend zu verhandeln.
4) Dieser Beitrag entsteht durch Verrechnung von EVU-Beiträgen zu anderen Projekten der Energieforschung.
5) EVU = Elektrizitätsversorgungsunternehmen.
Quellen: BMFT (Hrsg.), 4. Atomprogramm, Bonn, o.J. (1973), S. 41; Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977–1980, Bonn, 1977, S. 130; 2. Programm Energieforschung und Energietechnologien, S. 171.

12a) R. Jungk, US-Industrie giert nach Plutonium, in: „Die Neue" v. 7. 5. 1982.

planten 1,5 Mrd. DM auf heute geschätzte 6 bis 7 Mrd. DM[13]) noch die Verzögerungen in der Bauzeit eine Umorientierung der Brüterpolitik bewirkten. (Nach ursprünglichen Planungen sollte der SNR 300 schon 1979 übergeben werden; heute wird damit frühestens 1986/87 gerechnet.) Außerdem gilt der Brüter, der als Kühlmittel mit chemisch hochaggressivem Natrium arbeitet und den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft bedeutet, besonders unter Gesichtspunkten der Sicherheit und Umweltbelastung als äußerst umstritten[14]).

Wie stark die Bundesregierung trotz allem – auch des Umstands, daß der SNR 300 im Weltmaßstab „nicht zur Spitzengruppe" (S. 21) zählt – auf den Schnellen Brüter setzt, machen die schon erwähnten Bemühungen um seine Weiterfinanzierung deutlich. Als die Finanzsituation sich 1981 zuspitzte, bewog die Bundesregierung angesichts der Haushaltskrise des Staates durch Drohungen mit der Einstellung der Bauarbeiten die Energiewirtschaft erstmals in der Geschichte des Atomprogramms, einen nennenswerten eigenen Beitrag zur Energieforschung zu leisten. Allerdings: „Der Betrag wird in fünf Jahresraten fällig, sobald der Deutsche Bundestag den Vorbehalt zur Inbetriebnahme des Schnellen Brüters aufhebt."[15]) Der Bundestag hatte sich wegen der besonderen Probleme hinsichtlich Sicherheit, Umwelt und Bedarf beim Brüter mit der Einsetzung der Enquete-Kommission erstmals intensiv mit der Atompolitik auseinandergesetzt. Im Herbst 1982 soll das Parlament eine Entscheidung über die Inbetriebnahme des SNR 300 fällen. Das Wort „Erpressung" machte die Runde, und Kommissionsvorsitzender H. Schäfer (SPD) äußerte: „In millionenschwerer Höhe wurde Druck auf den Deutschen Bundestag ausgeübt."[16]) Das BMFT machte auch deutlich, was ohne die von der Industrie mobilisierten Mittel – die ohnehin noch nicht sicher sind – geschehen würde: „Die jetzt von der Stromwirtschaft eingeworbenen Mittel entlasten den Forschungshaushalt wesentlich, so daß zusätzliche Sparmaßnahmen von über 1 Mrd. DM in anderen Forschungsbereichen vermieden werden können."[17])

Durch die enge Kopplung der Schnellen Brüter mit der Wiederaufarbeitung ist bei der geplanten Durchsetzung von Prototypen dieser Technologie eine ähnliche kompromißlose Haltung zu erwarten. Dabei wird auf die erheblichen Gefahren für Umwelt und Sicherheit, die von Wiederaufarbeitungsanlagen insbesondere durch den Umgang mit Plutonium ausgehen, und auf Probleme der Kostenexplosion und der Wirtschaftlichkeit von Experten schon lange hingewiesen[18]).

13) Nach „Die Zeit" v. 26. 3. 1982, S. 30. In der Diskussion um die Brüterfinanzierung wurde die Höhe der investierten Mittel sogar als ein zentrales Argument für die Weiterfinanzierung des SNR 300 gewendet.
14) Vgl. dazu H. Matthöfer (Hrsg.), Schneller Brüter, Pro und Contra, Villingen 1977.
15) „BMFT-Mitteilungen", 3/1982, S. 64.
16) „Die Zeit" v. 26. 3. 1982, S. 30.
17) „BMFT-Mitteilungen", 3/1982, S. 64.
18) Vgl. dazu die Diskussionen auf dem Gorleben-Hearing der niedersächsischen Landesregierung im Frühjahr 1979; eine Zusammenfassung liegt vor mit H. Bufe/J. Grumbach, Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick, in: „Blätter", 5/1979, S. 537 ff.

2. *Neuorientierung beim Hochtemperaturreaktor?*

Kurz nach Verabschiedung des Energieforschungsprogramms hat sich im Bereich der Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren (HTR) bereits ein weiteres „Milliardenloch" aufgetan. Der HTR hat vor allen anderen Reaktortypen den Vorteil, neben der Elektrizitätsproduktion auch zur Erzeugung von Prozeßwärme von bis zu 1000 Grad benutzt werden zu können. Das eröffnet Einsatzmöglichkeiten der Kernenergie in neuen Bereichen außerhalb der Stromerzeugung. Von ihnen wird z. Z. vor allem die Kohleveredelung diskutiert. Die BRD ist weltweit das einzige Land, das über ein intensives HTR-Programm verfügt.

Die Baukosten für den Prototyp THTR 300, bei einer vorgesehenen Kraftwerksübergabe 1977 ursprünglich auf 673 Mio. DM geschätzt und im Programm mit etwa 3000 Mio. DM angegeben, sind inzwischen weiter um ca. 1 Mrd. DM angestiegen. Das BMFT droht angesichts dieser Situation mit einer Einstellung der Bauarbeiten und hat Anfang Mai 1982 die Vergabe erster Aufträge gestoppt[19]). Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß dies die im Programm angekündigte „Neuorientierung der HTR-Entwicklung" (S. 163) ist.

Bei den Auseinandersetzungen geht es wohl vor allem um folgende Punkte: *Erstens* ist das BMFT angesichts seiner Finanzkrise bemüht, ähnlich wie beim SNR 300 die Industrie zu einer stärkeren finanziellen Beteiligung am Projekt zu bewegen, ohne allerdings grundsätzlich von der Subventionspraxis abzugehen. *Zweitens* wird die Präferenz für den Brüter bei den fortgeschrittenen Reaktorlinien deutlich. Denn obwohl beide „Milliardenlöcher" gleichermaßen bekannt waren, wurde zunächst nur eins gestopft und das andere erst danach behandelt. Dahinter mögen sich auch konkurrenzpolitische Manöver innerhalb der Atomindustrie verbergen: Die HTR-Entwicklung wird vornehmlich von einer Gruppe um Brown-Boverie-Cie (BBC) getragen, die auf dem BRD-Reaktormarkt der letzte Konkurrent der ansonsten den LWR- und Brütermarkt dominierenden und international in Spitzenposition operierenden Siemens/KWU/Interatom-Gruppe ist. *Drittens* geht es sicherlich um einen Angriff auf ein angeblich „völlig ausgeufertes Genehmigungsverfahren", das die Kostenexplosion verursacht haben soll.

3. *Sicherheitsforschung und Endlagerung*

Die staatliche Förderung der Entwicklungsarbeiten im Bereich der bereits auf dem Markt eingeführten Leichtwasserreaktoren (LWR) konzentriert sich auf die Sicherheitsforschung. Der Grund für staatliches Engagement liegt darin, daß „bei technischen Entwicklungen wichtige Gesichtspunkte des Umweltschutzes, des Bevölkerungs- und Arbeitsschutzes zu wenig beachtet werden" (S. 30) – denn diese Ziele treten mit der betriebswirtschaftlichen Optimierung

19) Vgl. „Neue Westfälische" v. 30. 4. 1982 und 19. 5. 1982.

der Kernkraftwerke in Konflikt[20]). Sicherheitstechnologien und -maßnahmen verschlechtern wegen Preiserhöhungen die Profitsituation sowohl von Erbauern der KKWs als auch von deren Betreibern. Hier dürfte auch der Grund für manchen Unfall zu suchen sein[21]).

Ebenfalls als Grund für die Sicherheitsforschung werden die von Unfällen verursachten Kosten (!) genannt: „Die Notwendigkeit dieser Arbeiten wird auch deutlich, wenn man an die Aufwendungen zur Störfallbeseitigung denkt" (S. 153). Die konkreten Projekte verdeutlichen die jahrelange Vernachlässigung der Sicherheitsforschung zugunsten der schnellen Entwicklung marktfähiger KKWs: Untersuchungen zum realistischen Ablauf beginnender Kernschmelzvorgänge" (S. 156) machen beispielsweise deutlich, daß bislang kaum Informationen vorliegen, wie solche Unfälle ablaufen, und daß entsprechend das Niveau der Gegenmaßnahmen kaum sonderlich hoch sein kann. Daß die Orientierung der Forschungspolitik auf Industrieinteressen auch zu Konflikten mit gründlicher Wissenschaftlichkeit führen kann, wird ebenfalls angedeutet: „Darüber hinaus hat sich bewährt, daß ... die Forschungszentren eng und konstruktiv mit der Industrie zusammenarbeiten, dabei sich zwar auch an deren kommerziellen Zielen orientieren, *aber* (sic!) ihren wissenschaftlichen Aufgaben verpflichtet bleiben" (S. 42). Der jahrelange Leiter der Wissenschaftsredaktion der „Frankfurter Allgemeinen", K. Rudzinski, äußerte beispielsweise anläßlich des 25jährigen Bestehens des Kernforschungszentrums Karlsruhe: „Was die Karlsruher Haltung so undiskutabel macht, ist die bedingungslose Identifizierung mit den industriellen Interessen."[21a]) Zweifel an der Neutralität staatlicher Stellen können auch entstehen, wenn man hört, daß von der Regierung „eine 1979 in Auftrag gegebene und 1980 abgelieferte Studie über Kosten und Bauzeit (des SNR 300; d. Verf.) als nicht realistisch beurteilt worden sei, weil zu hohe Baukosten und eine zu späte Inbetriebnahme prognostiziert worden sei"[22]) und man die Studie deshalb gar nicht erst veröffentlicht hat obwohl sie sich im nachhinein als richtig erwies. Woher die Regierung auch kurz nach der Veröffentlichung einer kritischen Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU) schon weiß, „daß die IFEU-Aussagen einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten"[23]), wird ihr Geheimnis bleiben.

In dem Bereich der Entsorgung, dem einzigen Bereich, in dem die Mittel nicht nach den verschiedenen Elementen differenziert werden, geht die Tendenz offenbar weiter zu einer Entkoppelung der beiden Bestandteile Wiederaufar-

20) „Die betriebswirtschaftliche Optimierung von Technologien wird nicht von vornherein allen übergeordneten Zielen gerecht. Dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung des Umweltschutzes, des Bevölkerungs- und Arbeitsschutzes und die Verminderung der Importabhängigkeit", heißt es deutlicher in: BMFT (Hrsg.), Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977–1980, Bonn 1977.

21) Vgl. H. Bufe/J. Grumbach, Harrisburg in der BRD? Unfälle in bundesdeutschen Kernkraftwerken, in: J. Grumbach (Hrsg.), Reaktoren und Raketen. Atomare Gefahren und Bürgerproteste, Köln 1980.

21a) K. Rudzinski, Sechs Thesen, warum Karlsruhe die Erwartungen nicht erfüllen konnte; in: „Bild der Wissenschaft", 6/1981, S. 148.

22) „Woche im Bundestag" (wib), 4/1982, S. 23.

23) wib, 8/1982, S. 10.

beitung und Endlagerung. Während die Wiederaufarbeitung, die zur Lösung der Endlagerung nicht notwendig ist, als für die Schnellen Brüter lebenswichtig vorangetrieben wird, läßt man sich bei der weniger profitablen, aber unter Umweltschutzaspekten ungleich wichtigeren Lösung der Endlagerung offenbar Zeit.

V. Kohleforschung: Schwerpunkt Veredelung

Der Schwerpunkt der Kohleforschung liegt eindeutig im Bereich der Kohleveredelung – und dabei wegen der weiter fortgeschrittenen technologischen Entwicklung und der erwarteten besseren Wirtschaftlichkeit bei der Kohlevergasung. Hier sind auch die größten Steigerungsraten des Programms zu verzeichnen. Damit wird die mit dem Kohleveredelungsprogramm der Bundesregierung seit 1980[24]) in Gang gesetzte Entwicklung festgeschrieben. Die Mittel sollen vor allem zum Bau (Investitionszuschüsse) und Betrieb (Kohleausgleichsabgabe beim Einsatz bundesdeutscher Steinkohle) von sieben großtechnischen Kohlevergasungs- und vier Kohleverflüssigungsvorhaben eingesetzt werden.

Die hohen Ausgaben werden im Programm damit begründet, daß „die Kohleveredelung eine Verminderung der Importabhängigkeit einleiten" soll. Kommentarlos geht es weiter: „Allerdings wird sie erst längerfristig – auch durch Anlagen auf kostengünstigen Kohlelagerstätten des Auslands (Verminderung der Importabhängigkeit?!; d. Verf.) – eine mengenmäßig größere Bedeutung erlangen" (S. 84). Der Hauptgrund ist also wohl vor allem darin zu sehen, „daß die internationale Leistungsfähigkeit der deutschen Hersteller in diesem technologischen Zukunftssektor erhalten und verstärkt" werden soll (S. 84).

Kohleveredelungsanlagen zeichnen sich durch einen ungemein schlechten energetischen Nutzungsgrad aus: 30 bis 40% der eingesetzten Kohle werden bei den konventionellen Verfahren als Umwandlungsenergie verbrannt (vgl. S. 87), Kritiker gehen von ca. 50% aus . Um Kohle zu sparen, soll deshalb die Kohlevergasung perspektivisch mit Prozeßwärme aus Hochtemperaturreaktoren betrieben werden; zwei Verfahren zur Kombination von Kohlevergasung mit einem HTR werden bereits gefördert (S. 87). Im erwähnten Sondergutachten „Energie und Umwelt" wird außerdem auf die besonderen Probleme der Umweltverträglichkeit von Kohleveredelungsanlagen hingewiesen. Sogar VEBA-Chef R. v. Bennigsen-Foerder verweist auf kritische Punkte des Programms: weder das in der Bundesrepublik vorhandene Wasser reiche aus, um den enormen Bedarf der geplanten Anlagen zu decken; noch seien die

24) Vgl.: Das Kohleveredelungsprogramm der Bundesregierung (Kurzfassung); in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 6/1980 v. 31. 1. 1980; Weitere Durchführung des Kohleveredelungsprogramms der Bundesregierung; in: ebd., Nr. 76/1981 v. 22. 10. 1981. Zur Kritik an diesem Konzept vgl. insbesondere: W. Schott/D. Teufel, Kohle„veredelung" – ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, IFEU-Bericht Nr. 13, Heidelberg 1981; und: H. Hatzfeld u. a. (Hrsg.), Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung, Frankfurt 1982.

notwendigen Subventionen für Kohle angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel durchzuhalten.[24a])

Positiv müssen die Anstrengungen zur Verbesserung des Umweltschutzes bewertet werden, die sich vor allem mit Problemen der Rauchgasentschwefelung und der Verminderung anderer Immissionen beschäftigen. Erfolgversprechend ist auch die Entwicklung verschiedener Varianten der Wirbelschichtfeuerung, „bei der die Kohle bei relativ geringen Emissionen an Schwefeldioxyd und Stickoxyden sowohl für die Prozeßwärmeerzeugung in der Industrie als auch für die öffentliche Strom- und Fernwärmeversorgung genutzt werden kann" (S. 76).

VI. Schlußfolgerungen

Bei einer zusammenfassenden Bewertung der Energieforschung ist zwar eine tendenziell stärkere Berücksichtigung der Sektoren „Rationelle Energieverwendung" und „Neue Energiequellen" festzustellen; der Schwerpunkt liegt aber eindeutig bei der „nuklearen Option" sowie tendenziell bei der Kohleveredelung. Eine von der Enquete-Kommission befürwortete „faire Konkurrenz" zwischen Energieeinsparung und Schnellem Brüter mit dem ernsthaften Ziel, einen Ausstieg aus der Kernenergie zu ermöglichen, findet nicht statt. Dabei führten die wenn auch primär nur zur Ölsubstitution eingeleiteten Energieeinsparungsmaßnahmen zu Erfolgen, die die Chance dieses Weges deutlich machen: Der Primärenergieverbrauch in der BRD lag 1981 um 2% unter dem von 1973, während das Bruttosozialprodukt um 17% höher lag[25]); absolut sank der Primärenergieverbrauch von seinem Höchstwert von 408,2 Mio. t SKE 1979 auf 371,0 Mio. t SKE 1981[26]).

Der Staat folgt mit seiner Energieforschungspolitik damit eher den Interessen der Energiewirtschaft nach höheren Umsätzen und besseren Gewinnen als den volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Strategien zur Energieeinsparung. Es ist sicher kein Zufall, daß sich die Schwerpunkttechnologien Kohleveredelung und Elektrizitätsproduktion durch KKW durch extrem ungünstige energetische Wirkungsgrade auszeichnen, die für die Energiewirtschaft einen höheren Primärenergieumsatz bedeuten.

Dabei bestünde bei den enormen staatlichen Mitteln für Energieforschung, mit denen nach Anspruch des Programms „unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Technologien erarbeitet werden sollen, deren Entwicklung in der gegebenen Marktsituation nicht oder nicht ausreichend durchgeführt wird" (S. 30), die Möglichkeit, den betriebswirtschaftlich beschränkten Interessen der Energiewirtschaft entgegenzuwirken.

Neben den verheerenden ökologischen Folgen eines expandierenden Energieverbrauchs sind es auch die sozialen Härten für die Verbraucher, die nach

24a) Vgl. „Neue Westfälische" v. 26. 5. 1982.
25) „BMFT-Mitteilungen", 4/1982, S. 72.
26) Vgl. Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.), Energiebilanzen für die Bundesrepublik Deutschland.

einer Wende in der Energieforschungspolitik verlangen. Die Bürger werden gleich zweimal zur Kasse gebeten: Mit ihren Steuern wird die Energieforschung finanziert, und gleichzeitig müssen sie – neuerdings offen mit dem Hinweis auf Kostensteigerungen beim Schnellen Brüter und der Entsorgung[27]) – immer höhere Preise für Energie bezahlen.

Freund- und Feindbilder in der Presse

Von Eckart Spoo

Ist der Dritte Weltkrieg möglich? Können die Menschen so dumm sein, sich auf ihre Massenvernichtung einzulassen? Oder was sonst könnte sie hindern, sich dem Wahnsinn zu widersetzen? Der Psychologe und Publizist Horst Eberhard Richter hat einmal versucht, sich das vorzustellen. In einer Politfiktion über die „Ursachen des 3. Weltkriegs", veröffentlicht im „Spiegel" 41/1981, schildert Richter rückblickend, was geschehen mußte, ehe der Krieg entbrannte. Zum Beispiel sei es darauf angekommen, Redakteure in Schlüsselpositionen an Sendern und Zeitungen zu mobilisieren, Fachleute, die „ihre Bewährungsprobe bereits bei der Durchführung des Sprachverwirrungsprogramms bestanden" hätten. An zahlreichen zentralen Stellen in den Medien habe es ja noch Leute gegeben, die im Zweiten Weltkrieg in Propaganda-Abteilungen „ausgiebig Erfahrungen in einäugigem Agitationsjournalismus gewonnen" hätten. Richter schreibt: „Enthusiastisch machten sie sich nun wieder ans Werk, als man ihnen das Feuer frei gab auf einen einseitig definierten Feind, den aufzubauen und in den düstersten Farben auszumalen man ihrem Geschick und ihrer Phantasie anheimstellte."

Sind das realistische Vorstellungen? Oder ganz abwegige? Sind Umstände denkbar, unter denen die Medien auf solche oder ähnliche Weise mißbraucht werden? Denken wir zurück: Wie konnte es vor einigen Jahrzehnten dahin kommen, daß sich die Deutschen in den Krieg treiben ließen? Die meisten Menschen in unserem Land waren zwar nicht begeistert über die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, aber nur wenige leisteten Widerstand. Wie war das möglich? Welchen Anteil hatten die Medien daran?

27) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 2. 1. 1982.

Wir sollten uns die Journalisten von damals nicht völlig anders vorstellen als die Journalisten von heute. Zwar hatten die Nazis seit 1933 viele Linke, demokratische, anständige Journalisten vertrieben oder eingesperrt. Aber die Übriggebliebenen waren keine Monster, deren ganzes Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet gewesen wäre, Böses zu tun. Sie hatten vielmehr – dessen bin ich sicher – für alles, was sie taten, Rechtfertigungen parat. In ihrem Selbstverständnis waren sie biedere, gemäßigte Leute. Ebensowenig wie wir heute neigten sie dazu, sich bedingungslos mit allem zu identifizieren, was in der Zeitung stand, für die sie selber arbeiteten. Auch damals hieß es wohl gelegentlich im Kollegenkreise: „Na, der hat aber wieder dick aufgetragen." Doch allmählich übernahm man selber die eine oder andere Vokabel des Scharfmachers. Man gewöhnte sich daran, einzelne Themen unter den Tisch fallen zu lassen, weil sie unerwünscht waren, wie man wußte oder vermutete. Die Journalisten verloren den Respekt vor den Tatsachen, führten die Menschen irre, betäubten den Realitätssinn, lähmten das demokratische Verantwortungsbewußtsein und das schlichte mitmenschliche Empfinden, so daß ein großer Teil des Volkes passiv blieb, als SS und Staatsorgane erst die Kommunisten und dann Angehörige vieler anderer Organisationen verfolgten und die Rüstungswirtschaft immer größere Macht gewann, bis schließlich die ganze Gesellschaft zur Kriegsmaschinerie wurde.

Erst die Medien, dann die ganze Gesellschaft. Die Gleichschaltung der Medien gelang über einen Mechanismus, der etwa so funktioniert: Der einzelne Journalist will zugehörig bleiben. Er fürchtet, durch eine nonkonformistische Art der Berufsausübung könnte er in eine Außenseiterposition geraten. Er bemüht sich deshalb, den Anschluß an die publizistische Haupttendenz in der Redaktion zu halten, d. h. keine zu große Distanz zwischen sich und den jeweils gültigen Normen entstehen zu lassen. Ich brauche nicht zu erläutern, daß dieses Bestreben des einzelnen Journalisten leicht zu mißbrauchen ist.

Der skizzierte Mechanismus, wie er in den einzelnen Redaktionen wirkte, wirkte in den Medien insgesamt, die sich zu einem einzigen Propagandaapparat zusammenschweißen ließen, und er wirkte in der ganzen Gesellschaft, wo der Propagandaapparat den gewünschten „Volksgemeinschaftsgeist" herstellte. „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" war eine der typischen Parolen von damals.

Falsche Identifikation als Ergebnis publizistischer Arbeit scheint mir zum Wichtigsten zu gehören, worüber man nachdenken muß, wenn man sich über möglichen Mißbrauch der Medien klarwerden will. Falsche Identifikation = Ineinssetzung des Volkes mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen, als wären die ihm angeboren und unabänderlich und als wäre jeder Angriff auf die bestehenden Herrschaftsverhältnisse gegen das Volk selbst gerichtet. Solche Identifikation bindet das Volk schicksalhaft – „Schicksal" war ein Lieblingswort der Nazi-Publizistik – an seine Herren und macht es zu jedem Opfer bereit, auch zur Selbstaufopferung.

Das Wörtchen „wir" verbindet

Sind das in den Augen eines heutigen Journalisten allzu weit hergeholte Erfahrungen? Ich stelle beim Zeitunglesen, Radiohören, Fernsehen täglich fest, daß versucht wird, mich in eine Gemeinschaft hineinzuziehen, und ich beobachte bei eigener journalistischer Arbeit, wie schwierig es in diesem Beruf manchmal ist, nicht an der Herstellung eines Gemeinschaftsgeists mitzuwirken, der den Menschen ihre wahre Identität nimmt und das Volk zur Verfügungsmasse der Herrschenden macht.

Das Wort „wir" taucht täglich in den Papieren auf, mit denen der Journalist arbeitet. Es steht in Presseverlautbarungen, die er auf den Tisch bekommt und die man ihm in der Erwartung zugeleitet hat, daß er sie weitertransportiert. Da ist zum Beispiel von „unserer Nationalmannschaft" die Rede. Wieso ist das eigentlich „unsere" Nationalmannschaft? Bin ich daran in irgendeiner Weise beteiligt? In welcher Weise? Ich, Eckart Spoo, habe gar kein Interesse an Fußball. Ich habe mich nie mit „Bomber" Müller oder „Kaiser" Franz, mit Bernd Schuster oder Karl-Heinz Rummenigge identifizieren können. Aber daß dies „unsere" Nationalmannschaft sei, verkündet die Presse jahraus, jahrein, und darin steckt System.

Ich zitiere aus einer Fußball-Reportage der „Bild"-Zeitung: „Mit 5:0 Toren verprügelte unsere Nationalmannschaft gestern abend Mexiko." Diese Art Identifikation findet gerade in „Bild" tagtäglich statt, aber nicht nur dort. Wer in den Sportteil anderer Zeitungen schaut, wird dort Ähnliches finden. Wir sind wir, und deswegen „verprügeln" wir mit Begeisterung Mexiko. Die Begeisterung wächst mit der Verachtung oder dem Haß, den wir gegenüber den anderen empfinden. Darum müssen die anderen in der Sportberichterstattung diffamiert werden. Eine italienische Fußballmannschaft wurde in der „Bild"-Zeitung einmal als „ein Haufen giftiger Zwerge" tituliert. Oft bemüht sich „Bild" schon tagelang vor einem Spiel, die Emotionen anzuheizen. Ich erinnere mich an eine Schlagzeile vor den Olympischen Spielen in München, die lautete: „Helft uns und brüllt uns zur Medaille".

Zu welchem Zweck eine derartige Identifizierung betrieben wird, hat Axel Springer, der Verleger von „Bild" und vielen anderen Zeitungen und Zeitschriften, einmal ganz offen ausgeprochen. Von Springer, der sich ebenso wie viele andere Verleger oder Verlagsmanager gern in der Pose des Mäzens ins Fußball-Showgeschäft mischt, stammt der fein formulierte Satz: „Es müßte einen Weg geben, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, so denke ich, das in einem Fußballstadion aufkommt, in geläuterter Form auf den Alltag zu übertragen." Läuft das auf etwas anderes hinaus als auf die alte „Volksgemeinschafts"-Ideologie?

Am Wohl und Wehe des Fußballstars soll das Publikum Anteil nehmen. Deswegen berichtet unsereiner in der Zeitung, bei der er tätig ist, täglich über das Befinden des verletzten Knies eines Spielers vom HSV oder über den langwierigen Prozeß der Heilung des Knöchels eines Spielers von „Borussia" oder

„Eintracht". Das sind Wichtigkeiten, die heutzutage sogar in den stündlichen Nachrichtensendungen von Rundfunkanstalten verbreitet werden. Mißhelligkeiten im Verhältnis eines Fußballers zum Trainer der Mannschaft und Versuche, die beiden zu versöhnen, sind Ereignisse, die die ganze Nation bewegen sollen.

Die „Volksgemeinschafts"-Ideologie, wissenschaftlich längst erforscht, hatte von jeher den Zweck, reale Gegensätze und Konflikte in der Gesellschaft zu vernebeln und zu verkleistern, insbesondere die Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen. Ganz in diesem Sinne möchte Springer – und darin ist er sich mit vielen anderen Verlegern und mit vielen Unternehmern anderer Branchen einig – die Vorstellung in die Köpfe treiben, alle säßen „in einem Boot", seien gemeinsam von Wind und Wetter bedroht (Schicksal) und müßten deshalb zusammenhalten. Das häufig benutzte Bild stammt noch aus der Zeit der Galeeren: Die Menschen, die sich an den Rudern quälten, sollten jeden Gedanken an Streik bzw. Meuterei aufgeben und klaglos den Kommandos des Bootsbesitzers und seiner Schiffsoffiziere gehorchen. „Unser Betrieb" sei in Gefahr, sagt der Besitzer des Betriebs, wenn er in der Betriebsversammlung die Forderungen der „lieben Mitarbeiter" nach besseren Arbeitsbedingungen, nach mehr Mitsprache, nach mehr Beteiligung am Ergebnis der Arbeit zurückweist. „Unsere Wirtschaft" sei in Gefahr, wenn die Gewerkschaften höhere Löhne forderten oder gar dafür streikten, lese ich Jahr für Jahr zu Beginn und im Verlauf der Tarifkämpfe. „Jetzt droht uns Streik", lautete eine Schlagzeile der „Bild"-Zeitung, als die IG Metall einmal selbstbewußt auf ihren Forderungen beharrte. Wer war da mit „uns" gemeint? Mit wem sollten sich die „Bild"-Leser identifizieren? Täglich erschien das Blatt mit solchen Schlagzeilen, um die Leser, hauptsächlich die IG Metaller, einzuschüchtern, z. B. auch mit der Schlagzeile „Langer Streik und wir sind pleite". Wer war da „wir"? Solche Identifikation erweist sich immer wieder als eine propagandistische Methode, den Lohnabhängigen Interessen aufzuzwingen, die ihren eigenen zuwiderlaufen.

Neuerdings richtet sich die Propaganda nicht mehr wie früher gegen gewerkschaftliche Forderungen nach mehr Beteiligung oder zumindest nach Sicherung des bisher Errungenen, sondern die Gewerkschaften sollen zum Verzicht auf bestehende Rechte, insbesondere auf den bisherigen Reallohn, gezwungen werden. Jetzt heißt es: „Wir müssen sparen." Wer soll sparen? Gemeint ist: Die arbeitenden Menschen sollen sich mit weniger Lohn zufriedengeben, damit dem Unternehmer ein um so größerer Anteil am Ertrag der Arbeit verbleibt.

Als die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) begann, im Landkreis Lüchow-Dannenberg Grundstücke für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage, die Plutoniumfabrik und die Atommülldeponie in ihren Besitz zu bringen, und als sich dagegen Proteste erhoben, wandte sich DWK-Vorsitzender Günther Scheuten brieflich per Postwurfsendung an die Bürger des Landkreises und sprach von „unserem Landkreis", der

gegen Demonstranten verteidigt werden müsse. Scheuten stammt nicht aus Lüchow-Dannenberg, seine Firma sitzt mehr als 100 Kilometer entfernt in Hannover. Trotzdem sprach er von „unserem Landkreis", und er meinte den, den er für die DWK erst erobern wollte. In seinem Brief versuchte er sich mit den Lüchow-Dannenbergern gemein zu machen, sich einzuschleichen und anzubiedern, um die von ihren eigenen Interessen abzubringen und in eine falsche Frontstellung zu treiben.

Wo immer jemand mit dem vertraut klingenden „wir" den Fuß in die Tür schiebt, ist Mißtrauen angebracht. Immer sollte der Angesprochene nachfragen, ob die Interessen wirklich identisch sind oder ob Interessenidentität vorgetäuscht wird. Vor allem wir Journalisten, zu sorgsamem Umgang mit der Sprache verpflichtet, sollten das nachprüfen. Und dabei ist auch immer zu bedenken, wer nicht im „wir" inbegriffen ist, wer draußen bleiben soll oder hinausgedrängt werden soll. Denn wo es ein „wir" gibt, da gibt es allemal auch den anderen. Wer ist das?

Der andere, der Fremde, der Feind

Über den anderen erfährt man wenig. Er ist fremd, und da man wenig über ihn erfährt, bleibt er fremd. Aufgabe der Medien wäre es, gerade über ihn zu informieren. Wenn man ihn genauer kennenlernen würde, könnte man vielleicht die Angst vor ihm verlieren. Wenn man mit ihm vertraut würde, könnte man ihm am Ende vielleicht trauen. Aber dann wäre er nicht mehr der andere in dem Sinn, wie ihn die Propaganda zurichtet: der Feind. Eben weil er einem fremd vorkommt, weil er andersartig dargestellt wird, kann man sich von ihm bedroht fühlen. Gerade weil man sich von ihm bedroht fühlen soll, sorgt die Propaganda dafür, daß er fremd bleibt. Die Angst vor ihm ist propagandistisch gewollt. Die angebliche Bedrohung – etwa durch die Demonstranten – mobilisiert den Selbstbehauptungswillen, der, wenn ihn die Propaganda weiter anstachelt, schließlich aggressiv reagieren muß. Die Feindseligkeit kann dann sogar das Wahrnehmungsvermögen derart behindern, daß sachliche Information, falls sie sich doch noch einstellt, gegen die Propaganda nichts mehr auszurichten vermag.

Das Fatale in unserem Beruf ist, daß wir Journalisten immer in Gefahr sind, zu solcher Propaganda beizutragen und solche Wirkungsmechanismen im Publikum zu betätigen, ohne uns dessen bewußt zu sein. Vor allem, wenn wir gezwungen sind, sehr schnell zu arbeiten, können wir oft die Behauptungen, die wir dem Leser, Hörer, Zuschauer übermitteln, nicht hinreichend überdenken und überprüfen, so daß uns nicht klar wird, was wir damit anrichten können. Wir selbst haben kein originäres Interesse, das Publikum zu verdummen, zu verängstigen, in falsche Fronten zu treiben. Aber das heißt nicht, daß es ein solches Interesse nicht gibt. Konstituierend für den Springer-Konzern und andere Presseverlage ist das Unternehmerinteresse, bestehende Besitz- und Machtverhältnisse publizistisch abzusichern. Wäre das ohne Massenmanipulation möglich?

Axel Springer hat die in seinem Konzern lohnabhängig beschäftigten Journalisten ausdrücklich auf „Bejahung und Unterstützung des Systems der freien sozialen Marktwirtschaft" – man könnte auch sagen: des Kapitalismus – verpflichtet. Andere Verleger haben es unterlassen, die Tendenz so deutlich zu formulieren. In der Regel genügt es ihnen, wenn die von ihnen eingesetzten Redaktionshierarchien dafür sorgen, daß ungeschriebene Regeln befolgt werden. Es ist ihnen sogar lieber, wenn nicht darüber gesprochen wird. Sie versuchen, klare, zitierbare Ge- oder Verbote an die Journalisten zu vermeiden. Der einzelne Journalist merkt schon irgendwie, daß er beim Leser keine Sympathien für die Gewerkschaften wecken soll – schon gar nicht dann, wenn es hart auf hart geht und wenn eine Gewerkschaft gar vom Streikrecht Gebrauch macht. Er merkt, daß er keine Antipathie gegen das wirtschaftliche Establishment wecken soll, auch nicht gegen das politische oder administrative. Er merkt, mit welcher Art zu schreiben und zu redigieren er bei seinen Vorgesetzten Erfolg hat oder jedenfalls keine Schwierigkeiten bekommt. Er merkt, welche Themen tabu sind. Er lernt, instinktiv zwischen denjenigen Gruppen zu unterscheiden, über die er wohlwollend zu schreiben hat, und solchen, über die er hämisch oder überhaupt nicht zu berichten hat. Er gewöhnt sich an Sprachregelungen. Diese wortlose Gewöhnung, diese Anpassung und Unterordnung ist die eigentliche bundesdeutsche Journalistenausbildung.

Journalisten in einer gewöhnlichen bundesdeutschen Monopolzeitung dürfen feindselig über die Jungsozialisten schreiben oder über den Erzfeind im Osten. Bei solchen Themen brauchen sie gar nicht erst zu recherchieren. Wenn ein Arbeitgeberverband oder ein Innenminister einen Studentenverband diffamiert oder gegen eine Gruppe von Wohnungslosen hetzt, die in eine seit Jahren leerstehende Wohnung eingezogen sind, dann kann das unkritisch, unkommentiert ins Blatt gesetzt werden. Niemand in der Redaktionshierarchie und niemand im Verlag nimmt daran Anstoß. Auf der anderen Seite überlegen sich aber z. B. die Redakteure der „Rheinpfalz" in Ludwigshafen bestimmte dreimal, wie sie mit einer ihnen zugegangenen Information umgehen sollen, deren Veröffentlichung dem Ansehen des größten Unternehmens am Ort, der BASF, abträglich sein könnte. Sie wollen möglichst nicht in Konflikte mit dem Verlag und mit ihren Vorgesetzten in der Redaktion geraten, die ihrerseits Angst haben, sich mit einem mächtigen Konzern anzulegen.

Die gegen Mißstände protestierende Gruppe der Zivildienstleistenden hat keine Pressestelle, die den Journalisten die Arbeit mit wohlvorbereiteten schriftlichen Informationen erleichtert. Von dieser Gruppe sind auch kaum Einladungen zu Auslandsreisen zu erwarten. Manche der Gruppen, die sich mit nonkonformistischen Erklärungen an uns wenden, wird es vielleicht im nächsten Jahr nicht mehr geben. Außerdem ist wohl kaum zu befürchten, daß sie sich beim Chefredakteur über unzureichende oder ganz unterbliebene Berichterstattung beschweren werden. Und wenn sich eine solche Gruppe beschweren würde, dann würde der Chefredakteur die Beschwerde vermutlich eher mit einem Drei-Zeilen-Antwortbrief abwimmeln als eine Beschwerde

des Bundestagsabgeordneten X (insbesondere wenn er von der CDU ist) oder des Regierungspräsidenten Y oder des Firmenchefs Z (den der Chefredakteur vielleicht vom Rotary-Club oder von einer Jagdgesellschaft her kennt).

Was also ist gemeint, wenn Springer und andere „wir" sagen? Genau besehen, ist diese „Volksgemeinschaft" nicht sehr groß, im Gegenteil, sie ist sehr klein und nimmt noch ab, denn auf der anderen Seite werden immer größere Gruppen der bundesdeutschen Bevölkerung zum inneren Feind erklärt. Eine kämpferische Gewerkschaft ist ja offenkundig nicht in das „wir" einbezogen. Ausgegrenzt werden auch die linken Studentenverbände oder häufig die evangelischen Studentengemeinden oder auch die Allgemeinen Studenten-Ausschüsse, also die demokratisch gewählten Vertretungen der gesamten Studentenschaft. Desgleichen die linken und liberalen Hochschullehrer, sobald sie es wagen, sich links oder liberal zu verhalten und sich nonkonformistisch zu äußern. Überhaupt Intellektuelle. Aber auch die Jungdemokraten, die ebenso wie die Jungsozialisten ins Abseits gerückt werden. Als braver Journalist bei einer gewöhnlichen bundesdeutschen Monopolzeitung wird man also über die Jugendorganisationen beider Bonner Regierungsparteien entweder hämisch oder gar nicht berichten; jedenfalls sollte man sie nicht selbst zu Wort kommen lassen. Das gleiche gilt für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes oder Arbeitslose oder Ausländer, wenn sie sich für ihre Interessen engagieren, oder für Umweltschützer, die sich nicht damit abfinden wollen, daß Siemens/KWU immer neue Atomkraftwerke in jedes Dorf setzt. Gegen sie alle soll der Journalist Fronten aufbauen. Schließlich besteht das Volk fast nur aus Menschen, die Springer zu inneren Feinden erklärt hat.

Hetze gegen die Friedensbewegung

Auf der feindlichen Seite stehen auch alle diejenigen, die sich in der Friedensbewegung engagieren. Das muß nicht immer so auffallend gehässig formuliert werden, wie es „Capital"-Chefredakteur Ludolf Herrmann in seinem Fernsehkommentar nach der großen Bonner Anti-Raketen-Demonstration vom 10. Oktober 1981 tat: „Die meisten Versammelten waren auf irgendeine dumpfe Weise Friedensfreunde, und wenn ihnen der Begriff Frieden nur als gruppentherapeutisches Mittel diente, um für Momente der Massenerotik die kleine rachitische Seele aus dem Gefängnis des pickligen Körpers flattern und sich mit den anderen Seelen zur Hochzeit des großen Friedensgefühls vereinigen zu lassen – wer darf den zur Masse Geborenen verargen, wenn sie sich in der Masse vitalisieren?"

Dort die Masse und hier die kleine herrschende „Capital"-Elite, als deren Wortführer der Journalist auftritt – mit seltener Konsequenz und Offenheit hat Ludolf Hermann den Frontverlauf dargestellt. Aber sein Stil ist nicht einzigartig. Ähnlich zynisch, wie er in der ARD über die Friedensbewegung redete, äußerte sich ein ZDF-Sprecher über die 80 000 Demonstranten beim Besuch des US-Außenministers General Haig in West-Berlin. Da wurden Bilder von vermummten Gestalten und Aufnahmen von Gewaltszenen bei der Räumung

eines besetzten Hauses gezeigt, und der Sprecher stellte flugs den Zusammenhang her: „So geben sie sich zu erkennen, die gegen Haig sind, gegen Berlin, gegen Bonn. . . und angeblich für den Frieden." Und über den Tod des Hausbesetzers Hans Jürgen Rattay sagte der ZDF-Sprecher Karlheinz Rudolph: „Nun haben sie endlich ihren Märtyrer." Man beachte das wegwerfende „sie". Zusammen mit dem pathetischen „wir" gehört es zu den rhetorischen Mitteln, die einst Joseph Goebbels effektvoll eingesetzt hat.

Der „Arbeitgeber", Organ des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände, über die Friedensbewegung: „In der Regel leistet ein beliebiger General des Pentagons mehr praktische Friedensarbeit als eine ganze Straße voll von deutschen Pazifisten. . . Den amerikanischen Soldaten wird im Notfall nichts anderes übrigbleiben, als die Atomraketen mit der Waffe in der Hand gegen deutsche Pazifisten zu verteidigen. Es schaudert einen bei der Vorstellung, Leute, die menschlich so labil sind wie das hysterische Segment der Pazifisten, könnten die Kontrolle über Massenvernichtungswaffen erlangen. Deswegen bleibt dem Betrachter, wenn er die Behauptungen und Emotionen der Pazifisten lange genug hin- und hergewendet hat, nur Verachtung für die Subkultur übrig."

Springers „Welt" vom 5. Oktober 1981: „Es gibt in der Bundesrepublik zur Zeit wohl kaum etwas Unfriedlicheres und Aggressiveres als die sogenannte ‚neue Friedensbewegung'. Die Gewaltpotentiale, die sich im Gefolge von ‚Friedensmärschen' und ‚Friedensdemos' zu entladen drohen, hängen wie ein Damoklesschwert über den verantwortlichen Politikern und Ordnungshütern. . .Neulich beim VS-Kongreß der Gewerkschafts-Schriftsteller in Hannover feierte die rhetorische Friedensplatitüde geradezu Triumphe. Das Gremium, ohnehin bekannt für seine geistige Anspruchslosigkeit, wälzte sich förmlich in Flachsinn und Totschlagephrase." Die zum Frieden mahnenden Schriftsteller als die eigentlichen Aggressoren darzustellen – das ist Journalismus in unmittelbarer Goebbels-Nachfolge: Die Wölfe klagen über die bedrohliche Feindseligkeit der Schafe (derer sie sich notgedrungen erwehren müssen).

Und wie schrecklich viel Publizität den Schafen zuteil wird! Herbert Kremp jammert darüber in der „Welt" vom 26. Oktober 1981: „Verstärkte deutsche Emotionsanfälligkeit trifft mit der Reproduktionsenergie elektronischer Massenmedien zusammen. Der Friedensmarschierer von Bonn konnte sich am Abend vor der Nation porträtiert finden und in zahllosen Stellungnahmen bestätigt sehen, während dem Atomtod-Marschierer von dazumal Vergleichsweises nicht vergönnt war. Das Rüstungsthema nimmt kampagneartigen Breitenraum ein." Einer der Herren der öffentlichen Meinung, ein Chefredakteur des größten Pressekonzerns der Bundesrepublik, beschwert sich also auch noch darüber, daß die Friedensbewegung überhaupt Publizität erlangt. Nachdem es ihr unter großer Kraftentfaltung gelungen ist, zur Kenntnis genommen zu werden, folgt nun der Hetze auf die Friedensbewegung selbst noch der Angriff auf diejenigen in den Medien, die dazu beitragen, daß das

Anliegen von Demonstranten in Bonn oder West-Berlin auch in anderen Städten wahrgenommen werden kann.

Kriegspropaganda

Der Springer-Konzern steht seit eh und je in enger Beziehung zur Rüstungsindustrie, namentlich zum Flick-Konzern, der größten Panzerschmiede der Bundesrepublik, Hinterlassenschaft des gerissensten „Wehrwirtschaftsführers" der Nazis, Friedrich Flick.Zeitweilig hatte der Springer-Konzern sogar einen Generalbevollmächtigten, Eberhard v. Brauchitsch, der vom Flick-Konzern kam und nachher wieder dorthin zurückging, für zwei Jahre gleichsam ausgeliehen. Der Verleger der „Welt" und der „Bild"-Zeitung, Axel Springer, sieht nämlich die Weltlage so: „Wir sind mitten im Dritten Weltkrieg." Das ist nachzulesen in der „Welt" vom 26. April 1980. Ein beachtliches Wort, finde ich. Und im Sinne dieses Wortes programmiert Springer die Zeitungen und Zeitschriften seines Konzerns.

Ich möchte einige weitere Zitate bringen, die, ohne daß ich sie kommmentieren müßte, Springers Grundtendenz erkennen lassen. Springers „Hörzu" warnte zum Beispiel vor einer amerikanisch-sowjetischen Fernsehserie über den Zweiten Weltkrieg: „In dieser Dokumentation aus internationalen Archiven kommt die deutsche Wehrmacht nicht gut weg" – als ob sie in Stalingrad und auf anderen Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges gut weggekommen wäre oder als ob die Völker die Aggressoren in freundlicher Erinnerung hätten behalten sollen. Als die Bundeswehr ein neues Schiff bekam, nahm die „Welt" Anstoß an der Rede des Bundesverteidigungsministers: „Jedes dritte Wort bei der Taufe der neuen Fregatte in Bremen war, daß sie ‚dem Frieden dient', ‚den Frieden sicherer macht'. Muß der Verteidigungsminister das so oft sagen?" Das Blatt ermahnte den Minister: „Wer sich unnötig entschuldigt, zeigt Schwäche." Der Springer-Kolumnist Paul C. Martin gab im Wirtschafts-Informationsdienst „Basis" den konjunkturpolitischen Rat: „. . . noch ist die Fahrt in eine neue Wirtschaftskrise zu stoppen: mit militärischen Mitteln." Man könne „nicht tatenlos zusehen, wie ein internationales Preis- und Mengenkartell, die OPEC, alles zerstört, was in Jahrzehnten durch Fleiß und Intelligenz aufgebaut wurde. . . Die Antwort kann nur lauten: Einmarsch. . . Das Kriegsrisiko ist minimal, sowohl militärisch als auch politisch. Die Besetzung der wichtigsten Ölfelder im Nahen Osten ist bestenfalls ein Kommandounternehmen, wobei die Araber bei ihrer bekannten Kriegstüchtigkeit wahrscheinlich sofort kapitulieren werden." Ähnlich schätzte einst die Nazi-Propaganda die Kriegsrisiken ein: Die nordischen Herrenmenschen sollten sich allen anderen Völkern überlegen glauben. Auch im „Münchner Merkur", an dem Springer beteiligt war, meinte der stellvertretende Chefredakteur Hans Troß, der bald darauf Pressechef des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wurde, man solle „den Öl-Erpressern das Handwerk legen. Mögliche Reaktionen Moskaus nicht außer acht lassend, müßte es Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen." Herbert Kremp, der als „Welt"-Chefredakteur monatelang seinen Sitz in Peking hatte, schrieb: „Den Vietnamesen eine weitere

Lehre zu erteilen, ist für China nur eine Frage der Zeit, der letzte Krieg war für Peking schwierig, aber nicht entmutigend." Die Schwierigkeit, räumte Kremp ein, liege darin, daß Vietnam über viele gute Soldaten verfüge. Er empfahl: „Für China wäre es deshalb erwägenswert, Hanoi unausgesetzt durch Kriegsdrohungen in den Startlöchern zu halten. Eines Tages bricht es ohnmächtig zusammen." Zwei Jahre später, am 30. Mai 1981, rühmte Kremp den „unablässigen, verheerenden militärischen Druck auf Vietnam" als „aktive Leistung der chinesischen Außenpolitik".

Einst haben die bundesdeutschen Medien den amerikanischen Vietnamkrieg bis zum letzten Blutstropfen des letzten GI geführt. Wie vorher schon den Algerienkrieg der Franzosen. Als sich die französische Presse längst darüber klargeworden war, daß Frankreich den Krieg verlieren mußte, betrieben die meisten bundesdeutschen Zeitungen noch immer tapfer moralische Aufrüstung, da es ihnen doch darum ging, in Algerien die „freie Welt" zu verteidigen. „Freie Welt" ist hierzulande in der Sprache der Medien der Inbegriff alles Positiven auf der Welt: Kapitalismus – Pardon: freie soziale Marktwirtschaft, NATO usw. Die „freie Welt" – das sind „wir". Die Algerier dagegen, die für die Unabhängigkeit ihres Landes von Frankreich kämpften, konnten nur „Terroristen" sein; als „Terroristen" wurden der bundesdeutschen Öffentlichkeit auch die Kämpfer der Befreiungsbewegung in Vietnam vorgestellt, und ehe sich die Portugiesen aus Angola, Moçambique und Guinea-Bissau zurückziehen mußten, galten bei uns selbstverständlich auch die dortigen antikolonialistischen Unabhängigkeitsbewegungen als „terroristisch". Unsere Identifikation mit der Kolonialmacht schien unauflöslich. Es bedurfte unvorstellbarer Opfer, um solche Frontlinien des politischen Denkens, solche Denkbarrikaden zu durchbrechen – ähnlich wie jetzt in El Salvador. Müssen sich immer erst Tausende von Menschen hinmorden lassen, bis bei uns in den Medien ein bißchen Nachdenken darüber beginnt, ob ein Regime wie das in El Salvador wirklich unsere Sympathie und unsere Unterstützung verdient? Den lateinamerikanischen Militärdiktaturen wird einfach unterstellt, sie seien mit uns durch gemeinsame Interessen verbunden, seien Teil der „freien Welt", wozu dann Chile und Brasilien, Paraguay und Guatemala ebenso gehören wie Indonesien oder Südkorea oder Südafrika.

Besonders stark ist die Zusammengehörigkeit mit der Türkei, unserem NATO-Partner. Wir äußern kein Wort der Kritik daran, daß die Truppen der Türkei in das unabhängige, souveräne, blockfreie Zypern einmarschiert sind, bei dem kriegerischen Überfall 40 % der Territoriums der Insel besetzt haben und diese Okkupation bis heute aufrechterhalten. Die Identifikation geht vielmehr so weit, daß die Bundesrepublik Milliardenbeträge zahlt, damit sich dieses Regime hält und die Okkupation fortgesetzt werden kann. Die Stationierung von 50 000 Soldaten in einem anderen Land ist sehr kostspielig. Aus eigener Kraft wäre die Türkei dazu nicht in der Lage. Dazu braucht sie die bundesdeutsche Hilfe. Ob das politisch klug, ob es moralisch vertretbar ist, wird in der Öffentlichkeit nicht angezweifelt. Die Tatsache selbst wird kaum erwähnt, als gebe es nichts Selbstverständlicheres. Über die Stationierung

sowjetischer Truppen in Afghanistan empören wir uns noch immer fast täglich. Wo liegen die Unterschiede? Woran nehmen wir Anstoß? Woran nehmen wir keinen Anstoß? Dies einmal gründlich zu analysieren, würde sicher zur Erhellung unserer Freund- und Feindbilder beitragen. Ich schlage vor, dafür das Völkerrecht als Kriterium zu nehmen. Was die Türken in Zypern angerichtet haben und weiterhin anrichten, ist von der UNO als Invasion verurteilt worden. Völkerrechtlich ist es etwas wesentlich anderes als etwa die Intervention sowjetischer Soldaten in Afghanistan im Rahmen eines zwei Jahre zuvor abgeschlossenen Freundschafts- und Militärpakts. Auch die UNO hat diesen Vorgang anders beurteilt.

Ein solcher Vergleich, worüber viel berichtet wird und worüber kaum berichtet wird, in welchem Fall die Medien anprangern und in welchem sie entschuldigen, zwingt zum Nachdenken. Warum empören sich die bundesdeutschen Medien kaum über die brutalen Aggressionsakte Südafrikas gegen Angola? Vielleicht weil Südafrika für Kapitalismus steht und Angola für Sozialismus? Oder gibt es irgendeinen anderen Grund? Darüber müßte diskutiert werden. In den Redaktionen aber wird wenig diskutiert. Die Multiplikation der Freundbilder und Feindbilder geht in den Redaktionen diskussionslos vor sich. Ich bin sicher, daß es nicht so glatt funktionieren würde, wenn gelegentlich Diskussion stattfände. Stattdessen arbeiten wir oft so stumm und schematisch wie der Roboter am Fließband, nehmen zum Beispiel am Agenturmaterial nur ein, zwei Handgriffe vor und lassen es weiterlaufen. Wer wird uns schon einen Vorwurf daraus machen, wenn wir Agenturmaterial unkritisch weitergeben? Etwa der Verleger? Im Gegenteil: Je gründlicher, je länger wir nachrecherchieren, desto größer die Kosten. Je mehr Arbeitszeit wir aufwenden, desto mehr vom Umsatz des Verlages geht für die Personalkosten drauf. Unsere Aufgabe, kritisch mit Informationen umzugehen, läuft dem Rationalisierungsbestreben des Verlegers zuwider. Wir müssen sie also dem Verleger gegenüber immer aufs neue zur Geltung bringen und verteidigen.

Sprachregelung, Textmanagement

Oder besteht etwa kein Anlaß zum Mißtrauen gegenüber Meldungen von Nachrichtenagenturen? Woher kommen denn die Meldungen? Wer nimmt Einfluß darauf? Welchen Einfluß der US-Geheimdienst CIA nimmt, ist längst kein Geheimnis mehr. Darüber gibt es manche präzisen Berichte. Man kann einiges in den Protokollen des amerikanischen Kongresses über die Anhörungen nachlesen, in denen er 1977 herauszufinden versuchte, mit welchen Mitteln die CIA in Chile den Faschismus etablierte. Damals erklärten die CIA-Direktoren Colby und Turner, wie der Geheimdienst Journalisten unter Vertrag nimmt, wie Falschmeldungen in die Medien geschleust werden, wie auf diese Weise außenpolitische Konflikte erzeugt oder im Sinne der CIA gelöst werden. Im US-Kongreß kam auch zur Sprache, daß der amerikanische Bombenkrieg gegen Nordvietnam mit einer Desinformation begann, einer Manipulation der CIA, dem sogenannten Tongking-Zwischenfall. Das wurde zu Protokoll genommen, zu den Akten gelegt. Wir sollten es nicht vergessen.

Es wäre naiv anzunehmen, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen. Inzwischen haben die USA sogar eine eigene Agentur geschaffen, die USICA, die sich unter anderem um Sprachregelung bemüht. Die USICA regelte zum Beispiel – einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" zufolge –, daß die von den USA ausgerüsteten Destabilisierungstrupps in Afghanistan als „Freiheitskämpfer" und nicht anders zu bezeichnen seien.

Sprachregelung ist ein sehr wirksames Mittel, um irrezuführen und falsche Idenitifikationen zu schaffen. Die Geschichte der Remilitarisierung in der Bundesrepublik ist eine Geschichte von Sprachregelungen. Als man Mitte der 50er Jahre begann, das Grundgesetz zum Zwecke der Remilitarisierung zu ändern, konnte man nicht mit Begriffen arbeiten, die den Menschen noch in allzu schlechter Erinnerung waren. Wörter wie „Krieg" mußte man vermeiden. Daraus wurde der „Verteidigungsfall" oder der „Ernstfall".

Der Hamburger Friedensforscher Herbert Wulf hat darauf hingewiesen („Neue Presse" vom 8. April 1981), daß die Rüstungsindustrie lange Zeit ihre Produktion sprachlich verschleierte. Erst seit fünf bis zehn Jahren seien die Firmen „eher bereit, sich dazu zu bekennen. Früher hieß es ‚Sonderanfertigungen'. Heute wirbt man schon aktiv in Anzeigen für das Rüstungsgeschäft." Der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr hielt es noch Anfang 1982 in einem Interview, in dem er nach dem Kriegsschiffbau gefragt wurde, für opportun, in seinen Antworten immer vom „Sonderschiffbau" zu sprechen.

Diese Methode, gegenüber Rüstung, Krieg und Tod das Wahrnehmungs- und Reflexionsvermögen der Menschen lahmzulegen, reicht übrigens weit in die Vergangenheit zurück. Auch die Goebbels-Propaganda arbeitete wirkungsvoll mit dem Präfix „Sonder". In Begriffen wie „Sonderkommandos", „Sonderaktionen", „Sondereinsatz", „Sonderbehandlung" ist das „Sonder" immer eine Umschreibung für einen Mordauftrag. Diese Begriffe haben sich erhalten, und wir erleben immer neue Versuche, ähnliche Sprachregelungen einzuführen. Der Todesschuß der Polizei darf keinesfalls als Todesschuß bezeichnet werden, sondern in der Sprachregelung, die von der Innenministerkonferenz ausgegeben wird, handelt es sich um den „Rettungsschuß". Alle unangenehmen Vorstellungen, die mit staatlich organisiertem Blutvergießen verbunden sind, sollen aus dem Bewußtsein verdrängt werden, damit kein Widerwille und kein Widerstand dagegen erwachsen.

Heftige Auseinandersetzungen, die Ende 1981 aus der ARD-Redaktion „Tagesthemen" an die Öffentlichkeit drangen, entzündeten sich daran, daß ein Journalist in einer Meldung die Neutronenbombe als die „umstrittene Neutronenbombe" bezeichnen wollte. Redaktionsleiter Edmund Gruber wünschte nicht, daß in diesem Zusammenhang das Wort „umstritten" benutzt wurde. War – und ist – die Neutronenbombe etwa nicht umstritten? Wann dürfen wir etwas umstritten nennen, wann nicht? In manchen Fällen wird ausdrücklich von uns erwartet, daß wir eine Sache als „umstritten" oder „angeblich" oder „sogenannt" darstellen. Wann existiert etwas nur angeblich, wann tatsächlich? Unter welchen Voraussetzungen ist eine Sache nur „sogenannt",

unter welchen anderen Bedingungen wird sie akzeptiert? Wer „behauptet" etwas, wer dagegen „erklärt" etwas oder „stellt klar"? Es sind immer die Lieben, die Unseren, die etwas erklären. Die anderen dagegen, die Bösen, sofern wir sie überhaupt zu Wort kommen lassen, dürfen etwas nur behaupten. Die Bösen, zum Beispiel die Gewerkschaften, sind es auch, die immer „drohen". Der Osten droht, der Streik droht. „Wir" aber und alle Lieben „warnen". Gemeint ist genau der gleiche Sachverhalt. Wenn etwa die USA ankündigen, daß sie Maßnahmen der Sowjetunion mit Gegenmaßnahmen beantworten werden, dann wird in den bundesdeutschen Medien so formuliert: „Die Amerikaner warnen die Sowjets." Wenn aber umgekehrt die Sowjetunion das gleiche tut, lautet die richtige Formulierung: „Die Sowjets drohen den Amerikanern." Schmidt, die NATO, die Arbeitgeber warnen, während Honecker, der Warschauer Pakt und die Gewerkschaften drohen.

So kann man mit Wörtern entweder anprangern oder rechtfertigen – auch in der Kriegsberichterstattung. Wenn wir in den Zeitungsjahrgängen aus der Zeit des Vietnamkriegs nachblättern, finden wir jeden Tag Beispiele dafür. Die Streitkräfte der südvietnamesischen Befreiungsfront haben „gemordet", die Truppen der Amerikaner und ihre südvietnamesischen Söldnertruppen haben niemals „gemordet", sondern allenfalls „getötet". Meistens haben sie Landstriche „durchkämmt" und „gesäubert". Da waren Menschen auf der gegnerischen Seite eben nur so etwas wie Läuse, Ungeziefer. Mit solchen einfachen sprachlichen Mitteln werden tagtäglich Freund- und Feindbilder geschaffen, und solche Sprachregelungsmöglichkeiten stecken noch in den unscheinbarsten Wörtern.

Jeder Journalist – nicht nur wer für den politischen Teil arbeitet, sondern auch der Lokalberichterstatter, der täglich viel Formulierungsarbeit zu leisten hat – sollte sich selbst beobachten, welche Begriffe er verwendet und welche nicht und welchen Interessen er damit dient. Man kann alles so oder so ausdrücken: „Wenn der andere zu seiner Meinung steht, ist er dickköpfig; wenn ich das tue, bin ich konsequent. Wenn der andere einmal gegen Anstandsregeln verstößt, ist er ein ungehobelter Klotz; wenn ich so etwas tue, beweise ich Souveränität. Wenn der andere für eine Sache viel Zeit braucht, ist er langsam; wenn mir das passiert, bin ich gründlich" (Hans Firzlaff). So kann man Voreingenommenheiten schaffen, Vorurteile übertragen. Und bei aller Manipulation, durch die der Öffentlichkeit eine wahrheitsgemäße, umfassende, eigenes Urteil ermöglichende Information vorenthalten wird, handelt es sich nicht etwa um Zensur und Selbstzensur, sondern, wie es die Geschäftsleitung des „Zürcher Tagesanzeigers" einmal in einer Auseinandersetzung um einen glatten Fall von Zensur formulierte, um „Textmanagement".

Der Journalist soll eigentlich Verständnis wecken, Vorgänge verstehbar machen. Eine Berichterstattung aber, der es im Grunde nur darauf ankommt, Einverständnis mit bestehender Herrschaft herzustellen, „Volksgemeinschaft" zu stiften, die Menschen in falsche Fronten zu zwingen, bewirkt das Gegenteil.

Wirtschaftsinformation

Staatliche Haushaltspolitik und Konjunktur

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Nur selten und ungern erinnern sich die Verantwortlichen für die Wirtschaftspolitik in den großen Parteien an ein Gesetz, das doch erst vor 15 Jahren als neues wirtschaftspolitisches „Grundgesetz" gefeiert worden war: das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom Juni 1967. Es verpflichtet die öffentliche Hand „bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten" (§ 1).

Daß dieses Gleichgewicht im vergangenen Jahrzehnt nachhaltig gestört war, daß die „Ungleichgewichte" zur Zeit rasch größer werden, dies wird kaum bestritten. Sieht man sich aber z. B. die Gestaltung des Haushaltsplans der Bundesregierung für 1982 und 1983 an, so ist dort eine Bezugnahme auf die existierenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, insbesondere die Arbeitslosigkeit, nicht sichtbar: in den Mittelpunkt tritt das rein fiskalische Ziel des Haushaltsausgleichs, vom „Stabilitätsgesetz" ist keine Rede mehr. Allerdings fehlt im Bundestag auch die Instanz, die die Bundesregierung an ihre gesetzlichen Verpflichtungen erinnern könnte: der permanente Verstoß gegen geltendes Recht bleibt ungerügt.

Eine Analyse der konjunkturellen und beschäftigungspolitischen Wirkungen der staatlichen Finanzpolitik, die vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) für den Zeitraum 1974 bis 1981 vorgenommen wurde, zeigt, daß vor allem seit 1980 eindeutig kontraktive, d. h. krisenfördernde Momente das Übergewicht gewonnen haben. Dabei ist der Ausgangspunkt der Untersuchung mit ihrer Beschränkung auf kurzfristige konjunkturelle Aspekte nicht unproblematisch: Kriterium für die Beantwortung der Frage, wie die staatliche Haushaltspolitik gewirkt hat, ist der jeweilige Grad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung: d. h. die Finanzpolitik wirkt expansiv, wenn sie dazu beiträgt, den Auslastungsgrad zu erhöhen, sie wirkt kontraktiv, wenn sie ihn senkt. Dieser Ausgangspunkt ist allein deshalb diskussionswürdig, weil er weder die mittelfristigen Auswirkungen einer kontraktiven Haushaltspolitik auf die Produktionskapazitäten selbst berücksichtigt – also von der Tatsache absieht, daß die Kapazitätsentwicklung selbst ebenfalls von der Finanzpolitik beeinflußt wird – noch berücksichtigt, daß der Auslastungsgrad auch überkonjunkturell seit dem Beginn der 70er Jahre gedrückt ist. Maßstab zur Beurteilung einer Wirtschaftspolitik müßte eigentlich sein, wie es ihr gelingt, die existierenden Produktivkräfte voll zu nutzen.

Doch auch wenn man die bescheidenen Maßstäbe des DIW zugrunde legt, bei denen die volle Nutzung der Kapazitäten bereits als Ziel aus dem Blickfeld ist, fällt die Beurteilung der staatlichen Finanzpolitik vor allem in den letzten Jahren eher negativ aus.

Es handelt sich bei den Angaben dieser Tabelle nur um Primärimpulse, d. h. noch nicht um die tatsächlichen Wirkungen. So darf eine expansive bzw. kontraktive Gestaltung des „Defizits", also des Gesamthaushalts, in dieser Tabelle nicht mit einer entsprechenden Wirkung auf die Konjunktur verwechselt werden. Z. B. ist klar, daß ein Zurückbleiben der Gewinnsteuern, in der Tabelle mit einem expansiven Vorzeichen versehen, ganz anders wirkt als z. B. ein Anstieg der staatlichen Investitionsausgaben: im ersten Fall verfügen die Unternehmer über die relativ freigesetzten Mittel, im letzten ist bereits eine produktive Verausgabung durch die öffentlichen Hände eingeschlossen. Ins Auge fällt bei der Tabelle, daß der Ausgabenbereich als konjunkturell wirksamster wirtschaftspolitischer Hebel seit 1979 ausgeprägt prozyklisch – also krisenverschärfend – wirkt.

Tabelle 1
Konjunkturelle Impulse der staatlichen Finanzpolitik[1])

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Staatsausgaben insgesamt	+14,0	+24,1	+ 4,9	− 2,2	+5,5	−2,1	−10,1	−11,8
darunter:								
Investitionen	+ 1,6	− 1,4	− 1,6	− 2,1	+0,7	+0,9	+ 0,2	− 3,4
Sozialausgaben	+ 7,5	+19,3	+ 7,5	+ 4,7	0,0	−3,6	− 8,7	− 3,5
Einnahmen insgesamt[2])	+ 0,4	+23,0	−28,1	−16,1	+0,1	−2,9	+ 6,2	+18,8
darunter:								
Lohnsteuer	− 4,9	+ 7,6	− 5,9	− 4,7	+4,5	+1,5	− 6,2	+ 2,6
Gewinnsteuern	+ 2,6	+ 9,8	− 7,0	− 7,7	+3,2	+2,3	+ 7,8	+ 9,1
Defizit	+14,4	+47,1	−23,2	−18,3	+5,6	−5,0	− 3,9	+ 7,0

1) Impulse in Mrd. DM, + = expansiv, − = kontraktiv, gemessen am jeweiligen Auslastungsgrad, Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen zusammen.
2) Anstieg der Einnahmen geringer als Anstieg des Produktionspotentials = expansiv, u. umgekehrt.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 19/1982, S. 252.

Vor allem die Investitionen, die am stärksten durch direkte politische Maßnahmen beeinflußt werden, entfalteten schon seit 1975 eher prozyklische Wirkungen. Lediglich das in den Jahren 1978 bis 1980 wirkende Programm für „Zukunftsinvestitionen" (ZIP) hat sich geringfügig stabilisierend ausgewirkt.

Konjunkturstabilisierend wirkten zunächst noch die staatlichen Sozialausgaben: sie enthalten einen „eingebauten Stabilisator", d. h. sie steigen an, wenn die Konjunktur zurückgeht, und umgekehrt. Allerdings hat die staatliche Finanzpolitik mit ihrer Politik des Sozialabbaus in den letzten Jahren diese positive Funktion untergraben: daher überwiegen nun prozyklische, d. h. krisenfördernde Momente.

Das DIW hat nun versucht, ausgehend von einem ökonometrischen „Modell", die effektiven Auswirkungen der jeweiligen staatlichen Finanzpolitik auf die Wirtschaft zu quantifizieren. Es braucht hier nicht weiter ausgeführt werden, daß solche Modelle mit ihrer z.T. sehr genauen Quantifizierung ein Wissen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge vortäuschen, das tatsächlich nicht existiert: nur so erklären sich die eklatanten wirtschaftlichen Fehlprognosen. Würden die „Modelle" ein stimmiges Bild der wirklichen Verhältnisse abgeben, wäre die Aufstellung korrekter Prognosen – zumindest mittelfristiger – kein Problem.

Trotzdem erlaubt es für die Vergangenheit zumindest Tendenzaussagen mit einigem Wahrscheinlichkeitsgehalt: hier kann man sich ja auf die Ergebnisse der tatsächlichen Entwicklung stützen.

Tabelle 2
Konjunkturelle Wirkungen der staatlichen Finanzpolitik

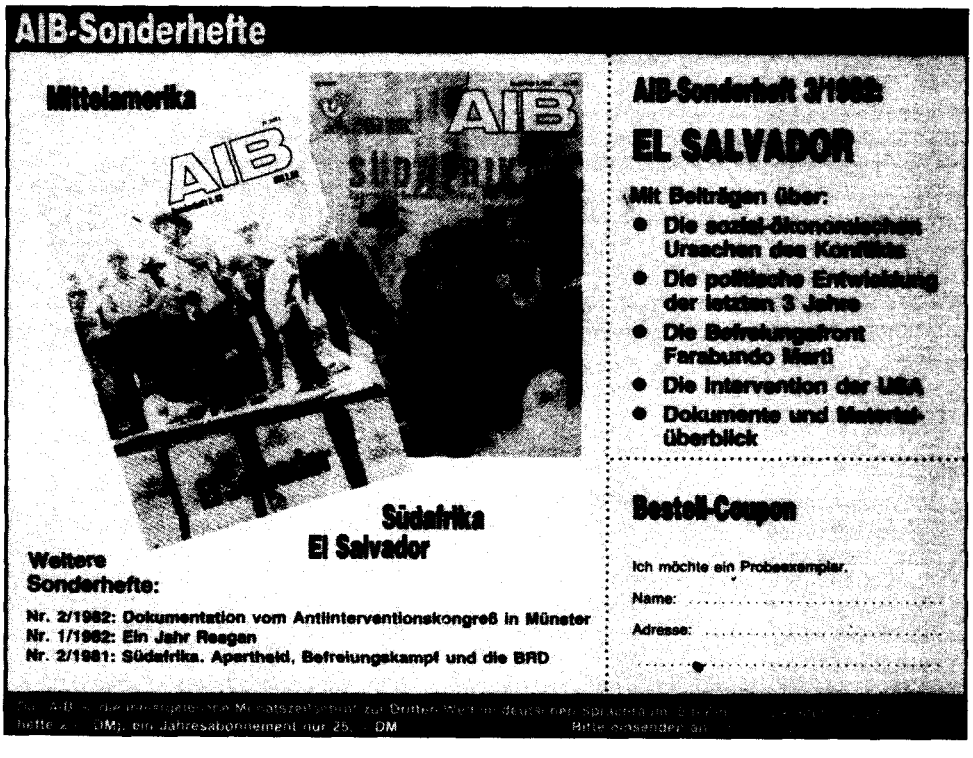
	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Bruttosozialprodukt (real,								
in Mrd. DM)	+ 7,1	+22,1	−10,8	−10,5	+ 5,0	−0,6	−2,1	−2,1
Preise (in %)	+ 0,1	+ 0,3	− 0,1	− 0,2	+ 0,2	+0,1	−0,1	−0,2
Beschäftigte (in 1000)	+120	+ 470	− 290	− 210	+100	− 30	− 40	− 80
Auslastungsgrad (in %)[1])	+ 0,8	+ 2,7	− 1,2	− 1,2	+ 0,5	−0,1	−0,2	−0,2

1) Eigene Berechnung.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 19/1982, S. 257.

Berücksichtigt man die Gesamtsituation in der untersuchten Periode, so muß die staatliche Finanzpolitik insgesamt als verfehlt bezeichnet werden. Darauf verweist auch das DIW: „In der Situation der Bundesrepublik mit ihrer Wachstumsschwäche und hohen Sockelarbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre sind jedoch höhere Anforderungen an die Finanzpolitik zu stellen als die einer bloßen Konjunkturverstetigung." (A.a.O., S. 257) Bei einer Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten – gesamtgesellschaftlich – von um 90% müssen die positiven konjunkturellen Effekte von 1974 und 1975 als absolut unzureichend beurteilt werden.

Insgesamt hat die staatliche Finanzpolitik seit 1976 zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit und einer Senkung des Auslastungsgrads beigetragen. Eine Ausnahme bildet nur das Jahr 1978. Bemerkenswert ist auch, daß dem kaum positive Effekte für die Preisstabilität entsprechen. Ein hier nicht untersuchter Aspekt, die Staatsverschuldung, kann noch nachgetragen werden: so erhöhte sich allein die Neuverschuldung beim Bundeshaushalt von 9,5 Mrd. DM im Jahre 1974 auf 37,4 Mrd. 1981; die wirtschaftspolitisch kontraktiv wirkende Gestaltung der öffentlichen Haushalte hat also auch den Anstieg der Staatsverschuldung eher gefördert als aufgehalten.

Jörg Goldberg



Autoren dieses Heftes

Dr. Alexander GSCHWIND, geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als Wiss. Ass. an der Universität Zürich publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. *** *Dr. Lutz KÖLLNER*, geb. 1928, Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München, seit 1976 consulting expert der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. zur Geschichte und Struktur von Militärausgaben aus finanzhistorischer und finanzsoziologischer Sicht, darunter: Rüstungsfinanzierung – Dämonie und Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1969; Beziehungen zwischen Militärausgaben und Militärstruktur in Deutschland seit 1900, München 1980. *** *Dr. jur. Helmut RIDDER*, geb. 1919, Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen, Mitinitiator des Krefelder Appells; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. jur. Walter LEWALD*, geb. 1887 in Leipzig, 1947–1973 verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Juristischen Wochenschrift"; zahlreiche Veröffentlichungen in juristischen Fachzeitschriften und Archiven. *** *Dr. Rainer RILLING*, geb. 1945 in Stetten/Württ., 1974–1980 Dozent für Soziologie in Marburg; Buchveröffentlichungen u. a.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975. *** *Dr. Fritz MICHAEL*, geb. 1915 in Mühlhausen/Thür., Journalist, Studium der Kunstgeschichte, Germanistik, Zeitungswissenschaft; Arbeitsgebiete: Neue Medien, Medienpolitik, Probleme Indochinas, Gewerkschaftsarbeit in der Deutschen Journalisten-Union/IG Druck und Papier. *** *Jürgen GRUMBACH*, geb. 1954 in Detmold, Diplom-Soziologe, Studium der Soziologie und Mathematik, Tätigkeit an der Universität Bielefeld; Buchveröffentlichung u. a.: Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. *** *Eckart SPOO*, geb. 1936, Studium der Germanistik, Publizistik, Soziologie und Philosophie an der FU Berlin und an den Universitäten Zürich, Hamburg und Frankfurt/M., Redakteur der „Frankfurter Rundschau", Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Das geheime Pentagon-Programm („Leitlinien-Dokument") zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1988

(Wortlaut des „New York Times"-Berichtes vom 31. Mai 1982)

Die atomare „Enthauptung" („decapitation") der Sowjetunion und die Fähigkeit, „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten", sollen einem neuen „Leitlinien-Dokument" des Pentagon zufolge künftig offiziell „Grundlage der Atomkriegsstrategie" Washingtons sein! Dies enthüllte die „New York Times" am 30. Mai 1982 mit der Veröffentlichung von Auszügen aus dem neuen Pentagon-Dokument, dessen 125 Seiten langer Wortlaut bisher geheim gehalten wird. Weinbergers Strategen gehen damit noch über die berüchtigte – im Wortlaut bis heute geheime – „Direktive 59" hinaus, in der Präsident Carter 1980 erstmals atomare „Erst"- und „Entwaffnungs"schläge als amtliche US-Nuklearkriegsstrategie sanktionierte. Jetzt hat sich offensichtlich die aberwitzige „Sieg-im-Atomkrieg"-Konzeption von Colin S. Gray im Pentagon durchgesetzt, die 1980, als die „Blätter" sie erstmals in deutscher Sprache bekanntmachten (Heft 12/1980), offiziell noch als Hirngespinst eines strategischen Außenseiters abgetan wurde. Das neue „Leitlinien-Dokument", in der Bundesrepublik bisher noch kaum zur Kenntnis genommen, verdient intensivste Aufmerksamkeit gerade der deutschen Öffentlichkeit, deren schlimmste Befürchtungen hinsichtlich der wahren Funktion der „Nachrüstung" mit der hier dokumentierten Proklamation einer „Enthauptungs"-Strategie gegen die Sowjetunion bestätigt werden. (Vgl. dazu auch den Beitrag von Karl D. Bredthauer im vorliegenden Heft, vor allem Kapitel II). Die „Blätter" dokumentieren den bekanntgewordenen Inhalt des neuen Pentagon-Papiers, also den vollständigen Text der „New York Times"-Enthüllung vom 30. Mai d. J., erstmals in deutscher Sprache. D. Red.

In einem neuen sicherheitspolitischen Fünfjahresplan haben die Planer des Verteidigungsministeriums die Prämisse angenommen, daß sich ein atomarer Konflikt mit der Sowjetunion in die Länge ziehen könnte, und sie haben erstmals eine Strategie für die Führung eines solchen Krieges entworfen.

In dem Entwurf, den Vertreter des Pentagon als die „erste vollständige sicherheitspolitische Leitlinie dieser Regierung" bezeichnen und der von Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger unterzeichnet werden soll, erhalten die Streikräfte den Befehl, sich auf gegen die Sowjetunion gerichtete nukleare Gegenangriffe vorzubereiten, „die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken" („Counterattacks").

Das Leitlinien-Dokument, das im Pentagon entworfen wurde und dessen Auffassungen widerspiegelt, wird die Grundlage bilden für die Budgetforderungen des Verteidigungsministeriums während der nächsten fünf Haushaltsjahre. Außerdem war das Dokument, wie Vertreter des Verteidigungsministeriums mitteilten, die Grundlage für eine strategische Studie, die der Nationale Sicherheitsrat vor kurzem erstellt hat. Diese Studie ist das Fundament der umfassenden strategischen Position der Regierung.

Diskussion um den Atomkrieg

Der Charakter eines atomaren Krieges ist Gegenstand einer intensiven Diskussion, an der führende Politiker, Militärexperten und Offiziere beteiligt sind. Einige vertreten die Meinung, es

werde lediglich einen einzigen totalen Schlagabtausch geben, der beide Seiten vernichtet. Andere argumentieren, ein atomarer Krieg könne mit vielen Schlagwechseln tage- und wochenlang geführt werden.

Das Ergebnis der Diskussion wird die Waffen, Kommunikationsmittel und die Strategie der atomaren Streitkräfte bestimmen. Die zivilen und militärischen Planer, die sich für die Auffassung entschieden haben, daß ein länger andauernder Krieg möglich ist, sagen, die amerikanischen Atomstreitkräfte müßten „ die Überlegenheit besitzen und in der Lage sein, die Sowjetunion zu zwingen, die frühestmögliche Beendigung der Feindseligkeiten unter Bedingungen anzustreben, die für die Vereinigten Staaten günstig sind". Für das Pentagon ist ein „verlängerter" Krieg alles, was über einen einzigen Schlagabtausch mit atomaren Waffen hinausgeht.

Diese Ansichten zum Atomkrieg werden in einem 125-seitigen unveröffentlichen Dokument zum Ausdruck gebracht, das die militärische Strategie des Pentagon detailliert für die nächsten fünf Jahre und allgemein für das nächste Jahrzehnt skizziert. Das Dokument liefert den zur Zeit maßgeblichen Einblick in das militärische Denken der führenden Verteidigungsstrategen der Reagan-Regierung: Es weist die Streitkräfte an, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis hin zum Atomkrieg – zu besiegen.

Weitere Hauptpunkte

Das Dokument offenbart eine Strategie, der zufolge die Streitkräfte bereit sein würden, im Falle eines langen *konventionellen* (Hervorh. v. d. Red.) Krieges mit der Sowjetunion Schläge gegen das sowjetische Mutterland und gegen sowjetische Verbündete wie Kuba, Vietnam und Nordkorea zu führen.

Weiterhin enthält das Leitlinien-Dokument die folgenden Hauptpunkte:
– Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung („decapitation"), d. h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion.
– Die Strategie des konventionellen Krieges würde einer Verteidigung des amerikanischen Territoriums die Priorität einräumen, gefolgt von Westeuropa und den Erdölquellen des Persischen Golfs. Die Verteidigung Asiens ist niedriger eingestuft, und im Bedarfsfall können Streitkräfte aus dem Westpazifik in andere Gebiete verlegt werden.
– In Friedenszeiten würde die Handelspolitik des Westens im Wettbewerb mit der Sowjetunion so viel Druck wie möglich auf die sowjetische Wirtschaft ausüben, die bereits die Bürde der Ausgaben für militärische Zwecke zu tragen hat.
– China würde sorgfältig abgewogene Militärhilfe erhalten, um auf diese Weise die entlang der chinesischen Grenze stationierten sowjetischen Truppen dort auch weiterhin zu binden.
– Sonderoperationen, womit Untergrundkampf, Sabotage und psychologische Kriegsführung gemeint sind, müßten verbessert werden. Der Weltraum müßte für die militärischen Bedürfnisse der USA nutzbar gemacht werden.
– Der Bereitschaft der vorhandenen Truppen und dem Bau von Munitions- und sonstigen Lagern zur Versorgung dieser Truppen im Kampf würde gegenüber der Anschaffung neuer Waffen und neuen Materials die Priorität eingeräumt. Die amerikanische Verteidigungsindustrie müßte modernisiert werden.
– Fehlende Haushaltsmittel werden wahrscheinlich bedeuten, daß das Fünfjahresziel nicht erreicht wird, daher müßten Strategie und Streitkräfte so flexibel wie möglich bleiben, um einem weiten Spektrum von Gefahren begegnen zu können.

Pläne für simultane Operationen

In einem konventionellen Krieg, heißt es in dem Dokument, „könnten Streitkräfte der USA gleichzeitig auf geographisch voneinander getrennten Kriegsschauplätzen benötigt werden", so zum Beispiel in Europa, Südwestasien und Korea. Insbesondere ist es, besagt das Dokument weiter, „essentiell, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen umfassenden Konflikt konfrontiert wird, wenn sie versuchen sollte, die Ölquellen des Persischen Golfs zu erreichen."

Das Dokument legt der Drohung mit simultaner Kriegsführung in verschiedenen Teilen der Welt besonderes Gewicht bei. William P. Clark, Präsident Reagans Berater in Fragen der nationalen

Sicherheit, erklärte in der vergangenen Woche, hochmobile amerikanische Streitkräfte würden nicht überall zugleich zuschlagen, sondern in einem Zielgebiet nach dem anderen.

Als Ergänzung der Militärstrategie in Friedenszeiten sollten, wie in dem Leitlinien-Dokument festgestellt wird, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten faktisch der Sowjetunion wirtschaftlich und technisch den Krieg erklären.

Die Vereinigten Staaten, heißt es dort, sollten Waffen entwickeln, auf die die Sowjetunion nur schwer eine Antwort finden kann, die ihr unverhältnismäßig hohe Kosten auferlegen, neue Gebiete einer umfassenden militärischen Konkurrenz eröffnen und frühere sowjetische Investitionen obsolet machen".

Ein detaillierter Plan

Trotz seiner streckenweise geheimnisvollen Sprache ermöglicht das Dokument mit dem Titel „Leitlinien der Verteidigung für die Haushaltsjahre 1984-1988" ein besseres Verständnis, was das Denken der militärischen Planer in der Reagan-Administration anbetrifft, als das bei früheren Dokumenten der Fall war, die entweder aus routinemäßigen öffentlichen Verlautbarungen oder aus Revisionen der von der Regierung Carter vertretenen Strategie bestanden.

In vielen Teilen dieses Dokuments haben die militärischen Planer Reagans mit einem weißen Blatt Papier begonnen. Ihre Ansichten von der Möglichkeit eines verlängerten Atomkrieges unterscheiden sich von denen der Militärtheoretiker der Carter-Administration ebenso wie ihre Auffassungen von einem globalen konventionellen Krieg und vor allem ihre Absicht, die Sowjetunion wirtschaftlich unter Druck zu setzen.

Das Leitlinienpapier gibt die grundlegenden Ansichten Caspar Weinbergers und die seines Stellvertreters Frank C. Carlucci wieder, sowie die Auffassungen der Vereinigten Stabchefs, hoher kommandierender Staboffiziere, ziviler Planer im Bereich der Politik und technischer Experten.

Das Dokument diente als Hauptunterlage für die strategische Studie, die der Nationale Sicherheitsrat vor kurzem erstellt hat, wie Vertreter des Verteidigungsminiteriums erklärt haben. Diese Studie wiederum war die Grundlage für die von der Regierung vertretenen Gesamtstrategie, wie sie in einer Rede des Sicherheitsberaters Clark am 21. Mai beschrieben wurde. Der Ton seiner Rede war allerdings zurückhaltender als das Leitlinien-Dokument.

Was mit dem Papier weiter geschieht

Im Verteidigungsministerium wird das Dokument die Gesamtstrategie der für den Militärhaushalt vorgeschlagenen Programme bestimmen, wie zum Beispiel die Einführung von Waffensystemen sowie Operationen, Unterhaltung und Größe der bewaffneten Streitkräfte für die Dauer von fünf Jahren, beginnend mit dem 1. Oktober 1984.

Diese Programme werden vom Amt für Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten und danach vom Präsidenten noch geprüft, bevor sie dem Kongreß zur Beratung und Bewilligung der entsprechenden Mittel zugeleitet werden. Der Präsident könnte natürlich jedes dieser Programme reduzieren, wenn die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion ein Abkommen über einen Rüstungsabbau aushandeln würden.

In dem Dokument, das einen weiten Themenbereich umfaßt, werden die Streitkräfte angewiesen, neue Bereiche für ihre Bewaffnung zu erschließen, insbesondere im Weltraum, wozu der Vorschlag gemacht wird, „Prototypen von Waffensystemen zu entwickeln, die im Weltraum stationiert sind", unter anderem Waffen zur Zerstörung sowjetischer Satelliten.

Am anderen Ende der Liste besagt der Plan, daß „wir unsere Spezialeinheiten neu beleben und verstärken müssen, um die Macht der Vereinigten Staaten dort wirksam werden zu lassen, wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unpassend oder undurchführbar wäre", insbesondere in Osteuropa. „Spezialeinheiten" ist dabei ein Euphemismus für Guerillas, Saboteure, Kommandotruppen und ähnliche unkonventionelle Streitkräfte.

Prioritäten des Dokuments

In dem Papier wird festgestellt, daß die amerikanischen Truppen bessere Nachrichtenverbindungen und nachrichtendienstliche Informationen benötigen. Damit werden Forderungen von Verteidigungsminister Weinberger nach einer Vielzahl neuer Kommunikationssysteme vorbereitet, und es heißt weiter: „Die einzelnen Waffengattungen sollten Mittel für Programme einsetzen, die eine angemessene Versorgung mit nachrichtendienstlichen Informationen gewährleisten."

Weiter wird in dem Dokument erklärt, daß „ein Erreichen unseres Planungsziels während dieses Zeitraums von fünf Jahren wahrscheinlich nicht möglich sein wird", und zwar wegen der umfangreichen Haushaltsbelastungen, der langen Zeit, die für die Waffenproduktion erforderlich ist und der dringenden Notwendigkeit, die Einsatzbereitschaft der gegenwärtig vorhandenen Truppen zu erhöhen.

Aus diesem Grunde setzt das Papier Prioritäten fest für Rekrutierung und Ausbildung, für die Beschaffung von Waffen für die existierenden Streitkräfte und für den Bau von Lagern für Munition und sonstige Verbrauchsgüter, so daß eine Versorgung für mindestens 60 Tage gewährleistet ist. Heute reicht bei vielen Artikeln der Vorrat nicht einmal für 20 Tage aus.

Außer den allgemeinen Konzeptionen ist das Dokument durchsetzt von neuen Richtlinien für spezifische Einzelprobleme:
– Die Einführung der weiterentwickelten Rakete Trident II oder D 5, die von Unterseebooten abgeschossen wird, soll um ein Jahr, das heißt auf 1988 verschoben werden. Das könnte die Entwicklung der MX-Rakete in Frage stellen, da sie im günstigsten Fall erst zwei Jahre früher zur Verfügung stehen würde.
– Die Schnelle Eingreiftruppe, deren Auftrag in der Verteidigung der amerikanischen Ölquellen um den Persischen Golf bestehen würde, soll aus bis zu fünf Armeedivisionen bestehen, zwei Divisionen und Flugzeuggeschwader der Marineinfanterie, 10 Geschwader der Luftwaffe mit taktischen Kampfflugzeugen und zwei Geschwader mit B-52-Bombern, und ist damit eine erheblich größere Truppe als ursprünglich geplant war.
– Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollen ihre Möglichkeiten ausbauen, „befreundeten erdölproduzierenden Ländern bei der Reparatur, der Wiederinbetriebnahme oder der Verteidigung ihrer Erdölfelder und Fördereinrichtungen zu helfen".
– Marine und Luftwaffe sollen im Rahmen neuer Operationen zusammenarbeiten, um die Seewege zu verteidigen und sowjetische Schiffe zu bekämpfen, wobei die Luftwaffe die von Awacs-Radarflugzeugen gelieferten Informationen zur Verfügung stellt und Bomber einsetzt, die mit Antischiffsraketen ausgerüstet sind.
– Das Marinekorps soll durch Versuche klären, ob die Flugzeuge vom Typ „Harrier" – die Hauptstütze der britischen Luftwaffe in der Umgebung der Falkland-Inseln – mit Atomwaffen bestückt werden können.
– Neues Gewicht soll der Militärhilfe für befreundete Länder beigemessen werden. Ein spezieller Beschaffungsfonds für Verteidigungszwecke soll eingerichtet werden, so daß Waffen, Flugzeuge inbegriffen, bestellt und gelagert werden könnten, die dann an bedrängte Verbündete oder sonstige in Schwierigkeiten geratene Länder ausgeliefert würden.

Ein langer Atomkrieg

Bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Führung eines verlängerten Atomkrieges sind die politischen Planer von Verteidigungsminister Weinberger über die Direktive 59 hinausgegangen, die Präsident Carter seinerzeit erlassen hatte und die den Schwerpunkt der amerikanischen Atomstrategie auf Angriffe gegen spezifische militärische und politische Ziele verlegt hatte.

Die neue atomare Strategie fordert von den amerikanischen Streitkräften die Fähigkeit, „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten", fordert darüber hinaus jedoch die sichere Vernichtung „der atomar und konventionell ausgerüsteten Streitkräfte und der Industrien, die für die militärische Macht von entscheidender Bedeutung sind". Die amerikanischen Streitkräfte müssen dementsprechend in der

Lage sein, „während einer verlängerten Konfliktperiode und danach über die Mittel zu verfügen", der sowjetischen Industrie „in sehr hohem Maße Schaden zuzufügen".

In der atomaren Strategie wird die Bedeutung der Nachrichtenverbindungen besonders betont, durch die der Präsident und seine höchsten Militärberater in die Lage versetzt werden sollen, einen atomaren Schlagabtausch zu kontrollieren und nicht nur auf einen umfassenden Gegenschlag auf einen sowjetischen Angriff beschränkt zu sein.

Die Nachrichtensysteme müssen es ermöglichen, „Ad-hoc-Pläne zu verwirklichen, auch dann, wenn bereits mehrere Angriffe hintereinander erfolgt sind", heißt es dazu in dem Dokument. „Insbesondere sollten diese Systeme die Neuformierung und den Einsatz strategischer Reservestreitkräfte ermöglichen, insbesondere die uneingeschränkte Nachrichtenverbindung zu unseren strategischen Unterseebooten". Die Verbindung zu Unterseebooten gilt heute noch als langsam und umständlich.

Probleme einer Seekriegsführung

Der Richtlinienplan beinhaltet auch eine Verfeinerung der atomaren Doktrin. So heißt es darin, die für strategische Schläge gegen das sowjetische Kernland vorgesehenen Atomwaffen könnten auch für einen Angriff auf Ziele wie zum Beispiel Militärbasen in Gebieten wie etwa Osteuropa eingesetzt werden. Hierbei scheint es sich um eine Anspielung auf Marschflugkörper zu handeln, die von Unterseebooten gestartet werden.

Ferner heißt es in dem Dokument, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, die Marine der Vereinigten Staaten mit Atomwaffen in der Annahme anzugreifen, der Konflikt lasse sich auf das Seegebiet begrenzen. „Daher wird", heißt es weiter, „die Politik der Vereinigten Staaten darin bestehen, daß ein Atomkrieg, der mit sowjetischen Angriffen auf See beginnt, nicht notwendig auf das Seegebiet beschränkt bleibt".

Der militärische Plan besagt weiterhin, daß die Entwicklung von Raketensystemen beschleunigt werden soll, deren Aufgabe darin besteht, die Vereinigten Staaten gegen einen sowjetischen atomaren Angriff zu verteidigen. Weiter heißt es, die Vereinigten Staaten könnten eine Revision des ABM-Vertrages über Abwehrraketen anstreben, falls die Einführung der Interkontinentalrakete vom Typ MX das erfordern sollte.

Zur konventionellen Rüstung stellt das Dokument fest, daß „die konventionellen Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Verbindung mit denen unserer Verbündeten in der Lage sein sollten, es für die Sowjetunion riskant zu machen, ihre Interessen zu verfolgen, und zwar auch innerhalb des sowjetischen Kernlandes".

Die Streitkräfte werden angewiesen, besondere Strategien gegen die sowjetische Aggression vorzubereiten. In Westeuropa, heißt es in diese Zusammenhang, „wird es von höchster Priorität sein, den ersten Vorstoß des Warschauer Paktes unter minimalem Verlust an Territorium zum Stehen zu bringen". Das bedeutet die Ablehnung einer Strategie, nach der man Raumzugeständnisse macht, um dadurch die Zeit zu gewinnen, die es den alliierten Streitkräften erlaubt, sich zum Gegenangriff zu formieren.

In dem Papier werden Transportmöglichkeiten auf dem See- und dem Luftwege verlangt, mit denen sechs Armeedivisionen, die Hälfte einer Division Marineinfanterie mit Begleitflugzeugen, sowie 60 Staffeln mit taktischen Kampfflugzeugen der Luftwaffe innerhalb von 10 Tagen nach Europa verlegt werden können. Bei den gegenwärtigen Transportmöglichkeiten wäre das nicht möglich.

Wie es in dem Dokument weiter heißt, „werden Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten, um einen Abzug von Verbänden des Pakts von der Zentralfront zu erzwingen." Die Nordflanke stützt sich auf Norwegen, die südliche Flanke auf die Türkei.

Ferner werden „um politische, wirtschaftliche und militärische Schwächen innerhalb des Warschauer Paktes auszunutzen und Operationen im feindlichen Hinterland zu zerschlagen, Spezialeinheiten Operationen in Osteuropa sowie im nördlichen und südlichen NATO-Gebiet durch-

führen", heißt es in dem Dokument. Mit besonderer Aufmerksamkeit soll dabei das Ziel verfolgt werden, die Unterstützung zu untergraben, die der Sowjetunion in ihrem osteuropäischen Einflußbereich zuteil wird.

Die Strategie am Persischen Golf

Die Strategie für Südwestasien unter Einschluß des Persischen Golfs, wie sie in dem Papier dargestellt wird, fordert von den amerikanischen Streitkräften die Bereitschaft, sich, falls erforderlich, mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten, was bislang die öffentlich erklärte Politik war.

Es zeigt sich auch, daß das Hauptziel des amerikanischen Militäreinsatzes in diesem Gebiet darin bestehen würde, eine sowjetische Infiltration oder Invasion zu stoppen und nicht notwendig darin, die Invasion eines Landes durch ein anderes innerhalb dieser Region abzuwehren, wie gelegentlich offiziell erklärt wurde.

Seit langem gehört es zu den am nachdrücklichsten vertretenen Zielen von Verteidigungsminister Weinberger, den Zugang der Sowjetunion zur Technologie der USA und anderer nichtkommunistischer Länder zu reduzieren, und der Pentagon-Plan spiegelt dies wider. Ebenso kommt in ihm das Bestreben zum Ausdruck, eine technische Strategie durchzusetzen, die darauf abzielt, die wirtschaftliche Stärke der Sowjetunion zu unterminieren.

Diese Strategie, so heißt es in dem Plan, „sollte Investitionen auf Waffensysteme konzentrieren, die die vorhandenen sowjetischen Rüstungsbestände wertlos machen." Sie sollte „den Sowjets dadurch höhere Kosten auferlegen, daß sie bei ihnen Unsicherheit hervorruft, ob sie noch in der Lage sind, einige ihrer vordringlichsten Aufträge zu erfüllen".

Die Forderungen des Pentagon für die Streitkräfte
(Die Zahlen geben für jedes Haushaltsjahr die Stärke der Streitkräfte an, die nach den Angaben der Pentagon-Planer benötigt werden, um ihre Ziele zu erreichen.)

	Gegenwärtige Stärke	*1984 (Beginn des Fünfjahresplans)*	*1988 (Ende des Fünfjahresplans)*	*1991 (Langfristiger Bedarf)*
Truppen für allgemeine Zwecke				
Armeedivisionen	*16*	*16*	*17*	*25*
Flugzeugträger-Kampfgruppen (Navy)	*13*	*14*	*14*	*22*
Taktische Kampfflugzeug-Geschwader (Air Force)	*24*	*25,6*	*27,6*	*38*
Amphibienverbände (Marineinfanterie)	*3*	*3*	*3*	*4*
Mobile Luftlandetruppen				
Langstreckenflugzeuge	*304*	*304*	*312*	*632*
Kurzstreckenflugzeuge	*218*	*218*	*218*	*458*
Strategische Streitkräfte				
Raketenbestückte U-Boote (Navy)	*32*	*35*	*40*	*44*
Bombenflugzeuge (Air Force)	*376*	*290*	*389*	*483*
Interkontinentalraketen(AirForce)	*1053*	*1029*	**)*	*1254*

*) Muß noch festgelegt werden.
Quelle: (US-)Verteidigungsministerium.

Erklärung der Krefelder Initiative*) vom 29. Juli 1982

(Wortlaut)

Die Legende, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dienten der Kriegsverhütung, wurde durch den Falklandkrieg, die israelische Aggression gegen den Libanon und den irakisch-iranischen Krieg wiederum ad absurdum geführt. Waffen sind Kriegsführungsinstrumente; sie werden eingesetzt, wenn es das vermeintliche nationale Interesse zu erfordern scheint. Das sind die Lehren, die diese verniedlichend als „regional" bezeichneten Kriege vermitteln, die alle die Gefahr der Ausweitung zu einer weltweiten nuklearen Katastrophe in sich bergen.

Die richtige Schlußfolgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß mit Aufrüstung kein Konflikt zu lösen ist, gilt insbesondere für uns Deutsche. Denn in der Bundesrepublik sollen ab 1983 Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper stationiert werden, mit denen der Atomkrieg – so wird behauptet – geführt, begrenzt und gewonnen werden kann. Die Stationierung dieser neuartigen Erstschlagwaffen und die damit verbundene Kriegsführungsstrategie sind der Weg in die atomare Selbstvernichtung.

Die Bundesregierung gibt vor, die weitere Nuklearrüstung auf unserem Boden diene dem Überlebensinteresse; Sicherheit sei nur im Bunde mit den USA möglich, nur auf diese Weise sei Abrüstung zu erreichen. Ist die Vorstellung, aufzurüsten, um abrüsten zu können, schon ein Widersinn in sich, so zeigt sich unter den gegenwärtigen Umständen, daß die Hoffnung auf positive Verhandlungsergebnisse einem Selbstbetrug gleichkommt. Zwar finden Verhandlungen statt, aber nichts deutet darauf hin, daß die USA von ihren auf militärische Überlegenheit abzielenden Verhandlungsvorschlägen abzurücken bereit sind. Wandte sich die Außenpolitik des US-Präsidenten Reagan zunächst überhaupt gegen Verhandlungen und mußten die USA erst durch die Friedensbewegung an den Verhandlungstisch gebracht werden, so richtet sich ihre Aktivität heute im wesentlichen darauf, in der Öffentlichkeit die Schuld für den bereits vorprogrammierten Mißerfolg anderen zuzuschieben.

Die Abträglichkeit der US-Politik für die legitimen europäischen Interessen zeigt sich insbesondere auch in der Tatsache, daß die USA ohne Konsultation der Verbündeten und ohne Rücksicht auf soziale Folgen ihre Wirtschaftssanktionen gegen den Osten verschärfen. Der anhaltende Versuch, das europäische Erdgas-Röhren-Geschäft zu torpedieren, zielt zugleich gegen die Ergebnisse der Entspannungspolitik.

Diese Haltung muß den verstärkten Widerstand der Europäer, insbesondere gegen die Raketenstationierung, hervorrufen. Wirkliche Fortschritte bei den Verhandlungen hängen heute mehr denn je vom Einfluß der Friedensbewegung ab. Sie zu stärken, ist das immer dringlicher werdende Gebot der Stunde.

Ein Jahr vor der beabsichtigten Stationierung gilt es, jeden Bürger auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen, weil durch die Stationierung die europäische Szene entscheidend verändert und unsere nationale Sicherheit völlig in Frage gestellt werden würde. Es kommt darauf an, den Krefelder Appell durch weitere millionenfache Unterstützung zu stärken, neue Kreise der Bevölkerung anzusprechen, um die wachsende Betroffenheit sichtbar zu machen. Wir begrüßen deshalb die Initiative von zahlreichen in- und ausländischen Künstlern, die zu der Veranstaltung „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum aufgerufen haben und mit der sie dem Krefelder Appell zu noch größerer Beachtung verhelfen wollen. Wir begrüßen die Absicht von Naturwissenschaftlern, Medizinern, Pädagogen, Sportlern und anderen, diese Gele-

*) Die „Krefelder Initiative" wird getragen von den Initiatoren des „Krefelder Appells": Gert Bastian, Petra K. Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber. Karl Bechert, ebenfalls Mitinitiator des „Krefelder Appells", ist 1981 verstorben. D. Red.

genheit zu nutzen, um am 12. September 1982 in Dortmund einen eigenen Beitrag zur Verhinderung des Raketenbeschlusses zu beraten. Wir sind überzeugt, daß diese Veranstaltungen in der Bevölkerung den verdienten Widerhall finden und dazu beitragen werden, den Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung gegen den Atomtod zu machen.

„Kehrt um – entrüstet Euch" Aufruf zur Demonstration anläßlich des Katholikentages am 4. September 1982 in Düsseldorf

(Wortlaut)

Der Wille zum Frieden ergreift immer mehr Menschen in vielen Ländern der Welt und in allen gesellschaftlichen Gruppen. Sie vertrauen nicht länger darauf, daß ein Dritter Weltkrieg durch Abschreckung und Aufrüstung in Ost und West verhindert werden kann. Eine Friedensbewegung hat sich formiert. Christliche Gruppen und Gemeinden tragen sie mit.

Wir Christen glauben an den Gott Jesu Christi, der auf der Seite der Armen, Unterdrückten und Machtlosen steht und uns zur Umkehr, d. h. zur Parteinahme für diese Menschen ruft. Diese Parteilichkeit des Evangeliums macht uns fähig, alle gesellschaftlichen Verhältnisse von ihren Opfern her zu betrachten und an deren Seite zu treten, auf Feindbilder zu verzichten und Sicherheitsängste abzubauen. Im Zusammenhang der Friedensbewegung heißt dies vor allem, Rüstung und Militarismus zu bekämpfen

- weil sie die Vernichtung der gesamten Menschheit immer wahrscheinlicher machen
- weil sie durch die hohen Kosten Millionen von Menschen verhungern lassen
- weil sie die bestehenden Unrechtsstrukturen zementieren.

Durch die militärische Abschreckung herrsche seit 1945 Frieden in Europa, sagen manche. Aber unser „bewaffneter Friede" tötet schon jetzt millionenfach durch Hunger und verhindert für die Mehrheit der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben. Für die Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies u. a. konkret Abbau von Sozialleistungen und Reduzierung von Löhnen. Die Rüstung der Großmächte und anderer Staaten verschlingt das Geld, das die Menschen zum Leben nötig hätten. Weltweit wurden in diesen 37 Jahren 127 Kriege geführt, an denen 88 Staaten beteiligt waren. In diesen Kriegen wurden 32 Millionen Menschen umgebracht.

Gerechtigkeit und Frieden sind untrennbar. Trotz des Leidens und Sterbens unzähliger Menschen lebt die Hoffnung auf Frieden, auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Völker. Diese Hoffnung verbindet Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt mit der Ökologischen und Friedensbewegung in den Industrieländern. Ob es beispielsweise um die Befreiung El Salvadors, die Umweltzerstörung durch Rüstung und Industrie oder die neuen Mittelstreckenwaffen geht – überall dort stellen sich Menschen Unrechtsstrukturen entgegen. Immer mehr Menschen entdekken diesen Zusammenhang und kämpfen gegen den alltäglichen Dritten Weltkrieg.

Unsere eigene Aufgabe liegt dort, wo wir wohnen. Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland und müssen deshalb hier anfangen. Europa ist vom Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten besonders betroffen und aktiv daran beteiligt. Abrüstung ist ein notwendiger Schritt für das Überleben der Menschheit.

Nach dem Beschluß der NATO sollen ab 1983 in Westeuropa, vor allem auf dem Boden der Bundesrepublik, neue Mittelstreckenwaffen (Cruise Missiles, Pershing II) stationiert werden. Diese sind – ebenso wie die Neutronenbombe – Waffen für einen Atomkrieg, der nach Ansicht führender Militärs begrenzt und gewonnen werden kann. Damit wird die Gefahr eines Atomkrieges drastisch erhöht.

Wir begrüßen es grundsätzlich, wenn die politischen Führer der Supermächte miteinander ins Gespräch gehen. Allerdings ist deutlich, daß die Genfer Verhandlungen nicht wirklich die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen verhindern werden, sondern viel eher ein angebliches „eurostrategisches Gleichgewicht" an Atomraketen festschreiben werden. Deshalb werden wir den Widerstand gegen die Einführung und Stationierung dieser neuen Waffen in der Bundesrepublik und in Westeuropa noch verstärken.

Wir solidarisieren uns mit der wachsenden Friedensbewegung in der DDR, die unter dem Prophetenwort „Schwerter zu Pflugscharen" in ihrem Bündnis für Abrüstung eintritt.

Wir fordern in unserem Bündnis die Regierungen, besonders die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen, umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

Wir fordern ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert, noch verwendet werden.

Wir treten ein für die Ächtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn daneben ein Prozeß der politischen und militärischen Entflechtung der Blöcke in Europa stattfindet.

Frieden in Europa drückt sich durch drei Fähigkeiten aus:

- niedriges Niveau der Bewaffnung
- Verwirklichung der Menschenrechte
- Selbstbestimmung der Völker

Eine zukünftige Friedensordnung in Europa muß von uns allen möglich gemacht werden. Deshalb rufen wir dazu auf, die Demonstration für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit am 4. September 1982 anläßlich des Katholikentages in Düsseldorf zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Träger: Initiative Kirche von unten – Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste – Interkirchlicher Friedensrat der Niederlande.

Ablauf: 13.00 Uhr: Vorkundgebungen/Sammelplätze: Beckbuschstraße (Messegelände), Hans Böckler Straße, Reitallee (Hofgarten); 14.00 Uhr: Demonstration; 16.00 Uhr: Schlußkundgebung Oberkasseler Rheinwiesen.

DIE ÜBERLEBENDEN WERDEN DIE TOTEN BENEIDEN

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Die Überlebenden werden die Toten beneiden

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Herausgegeben von Berliner und Hamburger Ärzteinitiativen sowie von bayerischen Ärztinnen und Ärzten gegen Atomenergie

240 Seiten, DM 14,80

International namhafte Ärzte, Biophysiker, Zivilschutzexperten, Militärs und Friedensforscher machen in diesem Buch umfassend und eindrucksvoll die kaum vorstellbaren Folgen eines Atomkrieges in Europa deutlich.

Pahl-Rugenstein

Mainauer Friedensmanifest der Nobelpreisträger

(Wortlaut)

Während einer Tagung der Nobelpreisträger auf der Bodensee-Insel Mainau haben die unten genannten acht Nobelpreisträger ein Manifest unterzeichnet, das der schwedische Physiker Hannes Alfvén verfaßt hatte. Nachstehend der Wortlaut des Dokuments. D. Red.

In dem Bewußtsein, daß die Wissenschaften dem Wohle der Menschen dienen sollen und nicht der Zerstörung unserer Existenz, glauben wir, nicht länger zum weltweiten Rüstungswettlauf schweigen zu können. Wir haben viele Jahre unseres Lebens der Forschung oder dem Studium gewidmet, getrieben von dem Wunsch, mit unseren Erkenntnissen den Menschen ein glücklicheres Leben zu ermöglichen. Mit Entsetzen müssen wir aber feststellen, daß in zunehmendem Maß wissenschaftliche Erkenntnisse zu militärischen Zwecken verwandt werden.

Wir sind besorgt über die weltweite Entwicklung und Erprobung nuklearer Waffen und bestürzt über die zunehmende Bereitschaft von Politikern und Militärs, die Möglichkeit eines begrenzten Atomkrieges in Erwägung zu ziehen. Wir haben die Möglichkeit, die Folgen eines auch „nur" begrenzten nuklearen Krieges zu überschauen. Wir stehen in der Verantwortung, die Menschen aller Völker darüber aufzuklären, daß sie erkennen, daß ein solcher Krieg Millionen, wenn nicht Hunderte von Millionen Tote fordern wird, daß die Spätfolgen diejenigen der Opfer von Hiroshima und Nagasaki bei weitem übertreffen werden.

Wir wissen, daß jede weitere Aufrüstung und immer komplizierter werdende Waffensysteme die Wahrscheinlichkeit für menschliches und technisches Versagen vergrößern. Wir wissen auch, daß ein Atomkrieg nicht nur als Unglück über uns kommen kann: Viele Wissenschaftler in Ost und West sind heute im Teufelskreis der Eskalation eines Konflikts gefangen, in den ihre Länder verwickelt werden könnten. Ungeheure menschliche, wissenschaftliche, technische und natürliche Ressourcen, die zur Lösung der Menschheitsprobleme genutzt werden könnten, werden so sinnlos verschwendet.

Wir bitten deshalb alle Menschen, zusammen mit uns auf die Regierungen ihrer Länder dahingehend einzuwirken, daß ernsthafte Schritte zur Beendigung des Wettrüstens und zur Sicherung des Friedens unternommen werden. Wir stehen mit unserem Friedensmanifest in der guten Tradition des Mainauer Appells von 1955 eines Max Born, Adolf Butenandt, Arthur Compton, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Frederick Soddy, Hideki Yukawa und anderer, die sich in ihrer Verantwortung als Wissenschaftler leidenschaftlich gegen den Krieg und für die Abrüstung eingesetzt haben.

Wir fordern deshalb die Regierungen in Ost und West auf, ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel einer wirklichen Abrüstung zu führen. Um einen Erfolg dieser Verhandlungen nicht durch Schaffung vollendeter Tatsachen zu gefährden, fordern wir, daß keine weiteren nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen stationiert oder produziert werden, insbesondere nicht, während verhandelt wird. Als erste vertrauensbildende Maßnahme sollten alle Kernwaffenstaaten öffentlich auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen verzichten.

Wir halten es daher für sinvoll, ein internationales Komitee aus namhaften Wissenschaftlern verschiedener Länder einzurichten, das die Lebensnotwendigkeit der Verhütung einer nuklearen Katastrophe aufzeigt. Denn wir wollen eine Welt, in der die Völker ohne Angst vor Krieg in friedlichem Nebeneinander leben können, und daß die Ergebnisse und Denkmethoden der Wissenschaften ausschließlich zum Nutzen der Menschheit eingesetzt werden.

Erstunterzeichner: Hannes Alfvén (Stockholm), Alfred Kastler (Paris), Peter Kapitza (Moskau), Kai Siegbahn (Uppsala), Tjalling Koopmans (Cambridge), Leo Esaki (Yorktown Heights) und Samuel Ting (USA, jetzt Hamburg).

Rede des ehemaligen Berliner Landesbischofs Kurt Scharf vor der UNO-Sondergeneralversammlung zur Abrüstung am 24. Juni 1982 in New York

(Wortlaut)

Hohe Versammlung der Repräsentanten der Völker der Welt! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Geschwister auf dieser einen Erde! Friede sei mit Euch und Gnade von dem Gott, an den ich glaube! Ich spreche zu Ihnen als Christ. Ich spreche zu Ihnen als Deutscher. Ich komme aus dem Land, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen große Schuld auf sich geladen hat, aus der Stadt, von der der Zweite Weltkrieg ausgegangen ist und die darob eine -weltpolitisch-geteilte Stadt wurde.. Ich habe erlebt, wie schwer Kriegsschuld, Schuld an Holocaust und Genozid auf einem Volk als ganzem lastet und wie furchtbar sie sich rächt bis in die dritte und vierte Generation. Ich habe auch erlebt, daß Kriege, lange bevor sie auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden, in den Köpfen und Herzen der Menschen beginnen. Ich weiß, was Rassenwahn, sogenanntes Herrenmenschentum und Stereotypen von Feindbildern in der Geschichte meines Volkes und auch in der Geschichte der christlichen Kirchen angerichtet haben: Vor vier Jahrzehnten hat diese Vergiftung des Denkens den Versuch ausgelöst, das europäische Judentum auszurotten, es hat 20 Millionen Sowjetbürgern, vielen Millionen Polen, mehr als 50 Millionen Menschen auf dieser Erde das Leben und vielen Millionen dazu ihre Heimat gekostet.

Ich darf das Wort an Sie, die Vertreter der Völker der Erde, richten – eingeladen als Vorsitzender der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste". Diese Organisation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Christen gegründet, die „der Bitterkeit, dem Haß und der Selbstrechtfertigung eine Kraft entgegensetzen" wollten: die Macht des Friedens durch Versöhnung. Wir versuchen, diese Aufgabe wahrzunehmen durch die hingebende Arbeit Tausender junger Deutscher, die in *die* Länder und zu *den* Völkern gehen, die bsonders unter der nationalsozialistischen Verfolgung und Besetzung zu leiden hatten und haben. Wir wollen im Eintreten für Versöhnung und Frieden aus der Geschichte unseres Volkes und der evangelischen Christenheit in Deutschland für eine Zukunft lernen, in der der Mensch nicht mehr des Menschen ärgster Feind ist. Der Norden Norwegens, Coventry/Großbritannien, Oradour-Taizé/Frankreich, Lidice/CSSR, Kandnos/Griechenland, Rotterdam/Niederlande, Auschwitz, Stutthof und Majdanek in der Volksrepublik Polen, Chatyn/UdSSR und Stätten in Israel sind die Stationen unserer praktischen Tätigkeit. Der Schlüssel zu einer besseren Zukunft, die Gott mit uns vorhat, der Grund zur Hoffnung, ist für uns Deutsche an diesen Orten, nicht abgesehen, im Wegsehen, von ihnen, zu finden. Wir wollen die – teuer bezahlte – Lektion von Auschwitz lernen und sie unsere Kinder und Kindeskinder lehren, damit es sich nie wiederholen kann, damit kommende Generationen eine solche Erfahrung nicht noch teurer bezahlen müssen!

Und: Wir wollen – auch – die Lektionen von Hiroshima und Nagasaki lernen, damit sie eine einmalige Verfehlung des Menschen bleiben: ein Menetekel der Verirrung, vor dem wir zurückschrecken dürfen! Wir leben – im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter – mit der Drohung und dem Schrecken der Möglichkeit atomarer Selbstvernichtung des Menschengeschlechtes und haben vor Augen, daß Rüstung schon heute hunderttausendfach tötet. An jedem Tag, an dem weltweit Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden, sterben auf unserer Erde Zehntausende von Kindern am Hunger. Das ist ein Gipfel an Gewalttätigkeit, ein unerträglicher Skandal. Immer neue – furchtbarere – Waffensysteme werden erfunden, gebaut, getestet, stationiert, weil eine Mehrheit der Menschen Sicherheit zu gewinnen wähnt nur durch Verstärkung militärischer Drohungen, obwohl wir errechnen können, daß die fortdauernde Androhung gegenseitiger Totalvernichtung und die „atomare Geiselnahme" der Völker des Ostens durch den Westen und des Westens durch den Osten – unausweichlich – herbeiführen werden, was man verhindern will. Im Gehorsam gegenüber Gott und im Hören auf sein Wort wage ich zu sagen: Die atomaren Waffen sind kein Mittel der Politik. Auch ihr Gebrauch allein zur Drohung ist Lästerung Gottes.

Umkehr ist notwendig! Jeder Mensch auf dieser Erde, die Gott liebt und die er durch uns erhalten will, kann dazu mithelfen, daß Umkehr vollzogen wird. Der einzelne ist dem bösen Geschehen

gegenüber nicht ohnmächtig und Sie, Freunde, sind es ganz und gar nicht. Auf Sie blickt die sorgende Erwartung der Völker! Friedensbewegungen in Europa und in der ganzen Welt haben begonnen, Voraussetzungen für eine andere eine neue Art des Zusammenlebens der Nationen zu schaffen. Wir zählen uns zu der weltumspannenden Bewegung für das Überleben der Menschheit. In dem Land, aus dem ich komme, erkennen die Bürger in zunehmendem Maße, wie gefährdet der Friede durch eine Politik ist, die von gegenseitigem Mißtrauen bestimmt wird. Sie überlassen ihre Zukunft nicht länger den Regierenden, die in den Denkkategorien des Abschreckens und des Drohens gefangen sind. Große Demonstrationen in Europa und vor zwölf Tagen hier in New York eröffnen den Menschen neue Möglichkeiten politischen Denkens und Handelns. Arbeit für den Frieden heißt heute:

1. ökonomische und politische Beziehungen zwischen den armenen und reichen Nationen dieser Erde zu schaffen, die gerechter sind als die gegenwärtigen; und heißt: die Rüstungsexporte zu stoppen!

2. die Konfrontation der Militärsysteme in Ost und West zu mindern! Sicherheit gibt es in Zukunft nur als gemeinsame Sicherheit der Kontrahenten. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Entspannungspolitik sind ein Anfang, der fortgeführt werden muß. (Die Kirchen Europas haben ihn mit herbeigeführt.) Das militärische Auseinanderrücken der Machtblöcke ist notwendig und möglich!

3. die Welt von Atomwaffen zu befreien! Sie zuerest bedrohen das Überleben der Menschheit. Es gilt, die weitere Verbreitung atomarer Waffensysteme anzuhalten, atomwaffenfreie Zonen überall auf der Erde zu schaffen: in Skandinavien, auf dem Balkan, in den Ländern der Dritten Welt!

4. – eben deshalb – an die Großmächte zu appellieren, daß sie die Produktion, den Test und die Stationierung atomarer Waffen sofort und bedingungslos einfrieren: auch die Produktion der Pershing-II-Raketen und der Marschflugkörper, die in Europa stationiert werden sollen. Die europäische Friedensbewegung unterstützt den Vorschlag der amerikanischen Freunde für das beiderseitige Einfrieren der Nuklearwaffen als Test der eigenen Bemühungen in Europa!

5. für die Erkenntnis zu werben, daß jede Macht einseitig dazu beitragen kann, daß der notwendige Prozeß der Abrüstung in Gang komme! Angesichts von Vernichtungskapazitäten unvorstellbaren Ausmaßes kann jede Seite mit eigenen Schritten – und auf jeder Seite jedes einzelne Land mit unabhängigen nationalen Initiativen – beginnen. Durch Gleichgewichtsrechnen wird ein beiderseitiger Abbau der Waffenarsenale nicht gefördert, sondern verhindert. Gleichgewicht zwischen den Großmächten ist wegen ihrer unterschiedlichen Erfahrungen mit Kriegen, ihrer unterschiedlichen ökonomischen und politischen Stabilität, technologischen Entwicklung und geopolitischen Lage nicht zu errechnen. Die Logik „Aufrüsten, um abzurüsten", die dem Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 zugrunde liegt, neue atomare Waffen in Westeuropa zu stationieren, ist – in sich – widerlegt, ist „eine Logik des Wahnsinnes". Aufrüsten steigert das gegenseitige Mißtrauen. Wir stellen ihr die Erwartung entgegen, durch Verhinderung der Stationierung neuer atomaerer Waffen den Einstieg in eine wirkliche Abrüstung, in einen Abrüstungsprozeß, zu finden. Wir richten diese Erwartung nicht nur an das eigene Bündnissystem, sondern auch an die Sowjetunion und den Warschauer Pakt.

6. der Einsicht Rechnung zu tragen, daß Ost und West beide Teil eines Problems sind, eines Problems, das nicht mehr nur ein politisches oder militärstrategisches, sondern ein ethisches Problem ist! Die Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme in Ost und West sind in sich nicht der Frieden. Sie sind beide Teil einer Aufgabe, den Frieden zu gewinnen, zu fördern, zu erneuern. Keine der beiden Seiten vermag sie für sich zu lösen, aber jede Seite kann – auf die andere zu – entgegenkommende, tastende Schritte der Rüstungsminderung tun, und das so lange, bis Vertrauen entsteht, Bedrohung verringert, Abrüstung, effektive Abrüstung möglich wird. Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa in West und Ost auf dem niedrigsten (kontinuierlich herabzusetzenden) Stand rein defensiver konventioneller Rüstung und stehen zu der – allein noch realen – Utopie einer „Welt ohne Waffen". Wir arbeiten an unserem Beitrag zur gewaltfreien Lösung aufkommender Konflikte in der Überzeugung, daß Krieg als Mittel der Politik den Völkern – spätestens seit Hiroshima – nicht mehr erlaubt ist. Diese allein legitime Aufgabe der Kriegsverhütung und Konfliktlösung mit politischen statt militärischen Mitteln fördert von uns allen die Arbeit an alternativen Sicherheitssystemen.

Gott, der Herr der Schöpfung und der Geschichte, hat uns – nach meinem Glauben – in Jesus Christus den „Frieden auf Erden" zugesprochen. Selig – glücklich zu preisen – sind nach seinen Worten die, die Frieden schaffen. Denen, die auf unterdrückende, verletzende, tötende Gewalt mit der Geduld überwindender Liebe antworten, soll die Erde gehören. Solche Zusage ist die Quelle, der Beweggrund, unseres Exodus aus den – auf Waffen starrenden – Denkystemen. So nur können wir unterwegs sein als Volk Gottes! Wir begreifen – in den Großkirchen erst heute –, wie treffend richtig und zukunftsweisend die Ethik Jesu ist. Andere Religionen, uns fremde Ideologien kennen – dennoch – gleiche oder ähnliche Vorstellungen und Verhaltensmuster. Jeder Anhänger solcher Glaubenslehre beginne bei sich, in seiner Familie, in seiner Kommune (Gemeinde), in seiner Kirche, in seinem Land, seinem Volk, seinem Kontinent, sie zu leben! Schon wenn es Minderheiten tun, bedeutet das den Anfang einer neuen Wirklichkeit, einer Wirklichkeit, nach der es den Menschen hungert und dürstet. Der Nahe Osten und der Falkland-(Malwinen-)Konflikt zeigen, wie nötig wir sie haben.

Wir hoffen und beten, daß diese Konferenz einen eindeutigen Beitrag zum Frieden leistet. Wir hoffen und beten, daß die Völker der Erde die Stimme Ihrer Konferenz hören. Wir, für die ich spreche, lassen uns in Pflicht nehmen, in unserem Bemühen um Frieden nicht zu ermüden.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 9/1982 der „Blätter" wird am 20. 9. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Alexander GSCHWIND, geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als Wiss. Ass. an der Universität Zürich publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. *** *Dr. Lutz KÖLLNER*, geb. 1928, Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München, seit 1976 consulting expert der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. zur Geschichte und Struktur von Militärausgaben aus finanzhistorischer und finanzsoziologischer Sicht, darunter: Rüstungsfinanzierung – Dämonie und Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1969; Beziehungen zwischen Militärausgaben und Militärstruktur in Deutschland seit 1900, München 1980. *** *Dr. jur. Helmut RIDDER*, geb. 1919, Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen, Mitinitiator des Krefelder Appells; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. jur. Walter LEWALD*, geb. 1887 in Leipzig, 1947–1973 verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Juristischen Wochenschrift"; zahlreiche Veröffentlichungen in juristischen Fachzeitschriften und Archiven. *** *Dr. Rainer RILLING*, geb. 1945 in Stetten/Württ., 1974–1980 Dozent für Soziologie in Marburg; Buchveröffentlichungen u. a.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975. *** *Dr. Fritz MICHAEL*, geb. 1915 in Mühlhausen/Thür., Journalist, Studium der Kunstgeschichte, Germanistik, Zeitungswissenschaft; Arbeitsgebiete: Neue Medien, Medienpolitik, Probleme Indochinas, Gewerkschaftsarbeit in der Deutschen Journalisten-Union/IG Druck und Papier. *** *Jürgen GRUMBACH*, geb. 1954 in Detmold, Diplom-Soziologe, Studium der Soziologie und Mathematik, Tätigkeit an der Universität Bielefeld; Buchveröffentlichung u. a.: Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. *** *Eckart SPOO*, geb. 1936, Studium der Germanistik, Publizistik, Soziologie und Philosophie an der FU Berlin und an den Universitäten Zürich, Hamburg und Frankfurt/M., Redakteur der „Frankfurter Rundschau", Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 8/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-395080-01-01
KLAUS BERGER
541

RITTERSHAUSSTR. 34

5300 BONN 1

Gerd Greune/Klaus Mannhardt

Hiroshima und Nagasaki

Bilder, Texte, Dokumente

Format 24 x 17 cm, 180 Seiten, DM 14,80

Angesichts der nuklearen Bedrohung durch die Anhäufung von immer mehr Atomwaffen in Europa bekommt die Mahnung von Hiroshima und Nagasaki aktuelle Bedeutung. Der Band enthält Bilder und Texte über den Atombombenabwurf und seine Spätfolgen. Augenzeugen berichten. Das Buch schließt mit einer Darstellung des atomaren Rüstungswettlaufs seit Hiroshima und Nagasaki. Es macht eindringlich klar, wie notwendig atomare Abrüstung ist, wenn auf Hiroshima kein „Euroshima" folgen soll.

Pahl-Rugenstein